

Unterrichtung

durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Elfter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 2011 und 2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort des Bundesbeauftragten zum Elften Tätigkeitsbericht	7
1 Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum	10
1.1 Achte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes	10
1.2 Schwerpunkte der Archivarbeit	13
1.3 Schwerpunkte bei der Verwendung von Stasi-Unterlagen	15
1.4 Schwerpunkte der Forschung und der Unterrichtung der Öffentlichkeit	18
2 Die Behörde des BStU	21
2.1 Organisationsstruktur	21
2.2 Beirat	21
2.3 Personal	22
2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung	22
2.3.2 Fort- und Weiterbildung	22
2.3.3 Ausbildung	23
2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung	23
2.4 Haushalt	24
2.5 Liegenschaften	24
2.6 Informationstechnik	24

	Seite
2.7	Informationssicherheit und Datenschutz 25
2.8	Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) 26
3	Archivbestände 26
3.1	Arbeitsschwerpunkte 26
3.2	Erschließungsergebnisse 27
3.2.1	Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums 27
3.2.1.1	Ablagen des MfS-Zentralarchivs 28
3.2.1.2	Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Dienststellen 28
3.2.2	Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen 30
3.2.2.1	Land Berlin 31
3.2.2.2	Land Brandenburg 31
3.2.2.3	Land Mecklenburg-Vorpommern 32
3.2.2.4	Freistaat Sachsen 32
3.2.2.5	Land Sachsen-Anhalt 33
3.2.2.6	Freistaat Thüringen 34
3.2.3	Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten 36
3.2.3.1	Filme und Videos 36
3.2.3.2	Tondokumente 36
3.2.3.3	Fotodokumente 36
3.2.3.4	Maschinenlesbare Daten 36
3.3	Findmittel 37
3.3.1	Karteien des MfS 37
3.3.2	Datenbanken des BStU 37
3.3.3	Findmittel im Internet 38
3.4	Bestandserhaltung 38
3.4.1	Präventive Maßnahmen 38
3.4.2	Papierrestaurierung und -konservierung 39
3.4.3	Sicherung audiovisueller Medien und maschinenlesbarer Daten 40
3.5	Herausgabe und Übernahme von Unterlagen 40
3.6	Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen 41
3.6.1	Manuelle Rekonstruktion 41
3.6.2	Virtuelle Rekonstruktion 42
3.7	Archivfachliche Kontakte mit anderen Archiven und Einrichtungen 42
4	Verwendung von Unterlagen auf Antrag oder Ersuchen 43
4.1	Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes 44

	Seite
4.1.1 Antragstellung	44
4.1.2 Antragsaufkommen und Antragsbearbeitung	45
4.1.3 Beweggründe für einen Antrag auf Akteneinsicht	46
4.1.4 Bürgerberatung	47
4.1.5 Eilbedürftigkeit von Anträgen	49
4.1.6 Erfahrungen mit der Bearbeitung von Anträgen naher Angehöriger nach der Novellierung des § 15 StUG	49
4.1.7 Decknamenentschlüsselung	50
4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen	50
4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts	50
4.2.1.1 Strafrechtliche Rehabilitierung	50
4.2.1.2 Wiedergutmachung	51
4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr	52
4.2.3 Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen	53
4.2.4 Verwendung von Unterlagen für Zwecke der Nachrichtendienste	53
4.2.5 Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR	53
4.2.6 Ersuchen zur Überprüfung von Personen	53
4.2.6.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte, ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil sowie Regierungsmitglieder ...	54
4.2.6.2 Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen; von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichts- organen; Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsachengestützten Verdachtsfällen	55
4.2.6.3 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter	55
4.2.6.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften	55
4.2.6.5 Beiratsmitglieder des BStU und Beschäftigte in Aufarbeitungsinitiativen	56
4.2.6.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen	56
4.2.6.7 Rentenangelegenheiten	56
4.2.6.8 Ordensangelegenheiten	56
4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung und von Presse, Rundfunk und Film	56
4.3.1 „Westarbeit“ des MfS	58
4.3.2 Grenzregime, Fluchten, Militär und Militärverbindungsmissionen	60
4.3.3 Justiz und Strafvollzug sowie Polizei	61
4.3.4 Sport	63
4.3.5 Wirtschaft	63
4.3.6 Schüler und Jugendliche	64

	Seite
4.3.7	Aufarbeitung der NS-Diktatur 65
4.3.8	Kultur, Kunst 65
4.3.9	Opposition in der DDR 67
4.3.10	Terrorismus 67
4.3.11	MfS 67
4.3.12	Organisationen Ost 68
4.3.13	Deutsch-deutsche Beziehungen 68
4.4	Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU 68
4.5	Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz 69
5	Forschung und Publikationen 71
5.1	Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums 72
5.2	Forschungsprogramm 72
5.2.1	Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstandes 72
5.2.2	Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsdiensten des Ostblocks zur Verhinderung von Flucht und Opposition/Westarbeit des MfS 73
5.2.3	Zusammenarbeit osteuropäischer Staatssicherheitsdienste 73
5.2.4	Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz 74
5.2.5	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Edition und Analyse der Stimmungs- und Lageberichte der Zentralen Auswertungs- und Informations- gruppe (ZAIG) des MfS 1953 bis 1989 74
5.2.6	Rechtsanwälte in der Ära Honecker 75
5.3	Publikationen 75
5.3.1	Monografien und Sammelbände 75
5.3.1.1	Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR 75
5.3.1.2	Das Revolutionsjahr 1989 75
5.3.1.3	Opposition und SED in der Friedlichen Revolution 76
5.3.1.4	Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung: 1961 und 1977 76
5.3.1.5	Desertionen im geteilten Berlin 76
5.3.1.6	Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker 76
5.3.1.7	Konfliktfall „KOSMOS“. Die politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR 77
5.3.2	Handbuch 77
5.3.2.1	Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen 77
5.3.2.2	Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme 77
5.3.2.3	Die Diensteinheiten des MfS 1950 – 1989. Eine organisatorische Übersicht 77

	Seite
5.3.3 MfS-Dokumente online	78
5.4 Bundestagsgutachten	78
5.5 Wissenschaftliche Tagungen	78
5.5.1 Staatssicherheit, Herrschaft und Gesellschaft. Forschungsperspektivenkonferenz	78
5.5.2 Die Diktatur in der Provinz – Nahaufnahmen der SED-Herrschaft	78
5.5.3 Nach dem Mauerbau	78
5.5.4 Historische Denunziationsforschung	79
5.5.5 Workshop IPN	79
5.6 Bibliothek	79
6 Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	79
6.1 Informations- und Dokumentationszentren, Gedenkstätten, Ausstellungen	79
6.1.1 Bildungszentren in Berlin in der Magdalenenstraße und in der Zimmerstraße	79
6.1.1.1 „Haus 1“ auf dem Gelände der ehemaligen MfS-Zentrale	80
6.1.1.2 Bildungszentrum in der Zimmerstraße	80
6.1.2 Unterrichtung der Öffentlichkeit in den Außenstellen, Informa- tions- und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten	81
6.1.2.1 Ausstellungsangebote der Außenstellen	81
6.1.2.2 Informations- und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten	84
6.1.3 Wanderausstellung	85
6.1.4 Weitere Ausstellungen	85
6.1.4.1 Solidarność, die DDR und die Stasi	85
6.1.4.2 Internationale Wanderausstellung „Die kommunistischen Geheimpolizeien“	85
6.2 Bildungsarbeit für junge Menschen und Multiplikatoren	86
6.2.1 Projekttag und andere Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern	86
6.2.2 Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren	87
6.2.3 Betreuung von Facharbeiten	88
6.2.4 Materialien	89
6.2.5 Kooperationspartner	89
6.3 Veranstaltungen	90
6.3.1 Veranstaltungen der Zentralstelle	90
6.3.2 Veranstaltungen der Außenstellen	92
6.4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	95
6.4.1 Pressearbeit	95
6.4.2 Öffentlichkeitsarbeit	96

	Seite
7 Internationalisierung der Aufarbeitung	98
7.1 Die Arbeit des Netzwerks	98
7.2 Ausgewählte internationale Kontakte	100
7.2.1 Europa	100
7.2.2 Nahost („Arabischer Frühling“)	102
7.2.3 Weitere Länder	103
Anhang	105
Abkürzungsverzeichnis	137

Vorwort

Hand aufs Herz – wer von Ihnen hätte vor zwei Jahrzehnten gedacht, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur heute weiterhin ein bedeutendes Thema ist und die Dienstleistungen der Stasi-Unterlagen-Behörde so stark nachgefragt werden? Vor 23 Jahren – als die Stasi-Dienststellen besetzt wurden, vor 21 Jahren – als die ersten Akteneinsichten stattfanden? Seitdem sind bei der Stasi-Unterlagen-Behörde fast 6,8 Millionen Anträge und Ersuchen eingegangen. 1,9 Millionen Bürgerinnen und Bürger wollten Einsicht in die zu ihrer Person gesammelten Unterlagen der Stasi nehmen, viele wiederholt. Dieser Elfte Tätigkeitsbericht der Stasi-Unterlagen-Behörde – der die Jahre 2011 und 2012 umfasst – zeigt, wie aktuell die Aufarbeitung des Wirkens der Staatssicherheit immer noch ist und wie hilfreich dabei die Dienstleistungen der Behörde des Bundesbeauftragten sind.

Es geht dabei nicht in erster Linie um Akten, es geht um Menschen und ihre Schicksale. Ältere sind noch heute von der Vergangenheit aufgewühlt. Zeit heilt nicht einfach alle Wunden. Die Verletzungen der Diktatur beschäftigen oft auch die nächsten Generationen. Jüngere sind erstaunt und bestürzt über die Hinterlassenschaften der SED-Diktatur und ihrer Geheimpolizei. All das erleben viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stasi-Unterlagen-Behörde in ihrer alltäglichen Arbeit – bei der privaten Akteneinsicht, bei Veranstaltungen im Rahmen der politischen Bildung oder bei öffentlichen Archivführungen. Auch ich erlebe immer wieder in meiner nun fast zwei Jahre währenden Arbeit als Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde, wie stark viele Menschen noch unter der Vergangenheit in der SED-Diktatur leiden. Ich denke beispielsweise an die Häftlinge, die unter erschwerten Bedingungen für westliche Firmen Waren fertigen mussten und diese dann nach der Ausreise in die Bundesrepublik in den Kaufhäusern sahen. Ich denke an die Geschichte einer Gruppe Jugendlicher einer Kirchengemeinde, die 1961 wegen eines kleinen handgeschriebenen Zetels bei einer Bootsfahrt auf der Ostsee in die Mühlen der Stasi gerieten. Oder ich denke an jüngste Recherchen zu fragwürdigen Medikamententests an Patienten in Krankenhäusern der DDR, bei denen die Stasi mitwirkte.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist alles andere als beendet. Immer noch ist Vieles, was die Stasi als „Schild und Schwert der Partei“ Menschen an Leid und Unrecht zugefügt hat, im Dunkeln oder gerät erst in den letzten Jahren in den Blick. Das fängt bei den schlimmsten Verbrechen an, den Morden an der innerdeutschen Grenze. 2011, anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus, präsentierte die Behörde die Ausstellung „Täuschen und Vertuschen“ im Berliner Bildungszentrum in der Nähe des Checkpoint Charlie. Die Stasi hatte den Auftrag, Todesfälle an der Mauer zu vertuschen. Perfide und rücksichtslos verfälschte sie die Todesursachen und die Umstände. Den ratlosen Angehörigen tischte sie Lügen auf, deren Wirksamkeit sie durch lückenlose Überwachung der Angehörigen kontrollierte. Die Hinterbliebenen der Maueropfer erfuhren teils erst Jahrzehnte nach dem Verschwinden des Vaters oder Ehemanns oder Bruders, dass er an der Berliner Mauer zu Tode gekommen war.

Bereits im letzten Tätigkeitsbericht wurde über das Frauengefängnis in Hoheneck und die Jugendwerkhöfe berichtet. Die dort Inhaftierten bzw. menschenrechtswidrig Eingesperrten erfahren oft erst durch verstärkte Aufmerksamkeit für diese Themen in der Öffentlichkeit die gebührende Anerkennung für ihr Leid. Dazu trägt die Behörde bei: durch Herausgabe von Unterlagen an öffentliche Stellen, die über die Rehabilitierung dieser Personen entscheiden, oder an Forscher und Medien, die sich dieser Themen annehmen, sowie durch Veranstaltungen mit Zeitzeugen. Der unwürdige und rechtlose Umgang mit den Betroffenen wurde insbesondere durch Filme und Fernsehberichte, die teils auf Unterlagen der Staatssicherheit beruhen, einem breiten Publikum nahegebracht. Sechs Millionen Zuschauer verfolgten beispielsweise den Film „Es ist nicht vorbei“ über die Spätfolgen einer Inhaftierung im Frauengefängnis Hoheneck.

Durch die weitere Erschließung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) konnten im Berichtszeitraum auch einige spektakuläre Fälle und Aktionen des MfS im Westen durch Journalisten aufgeklärt werden (siehe Kapitel 4). Dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Schanz wurde in den 80er-Jahren von einem Stasi-Agenten die Identität „gestohlen“. Mit den Personaldaten von Schanz und einem da-

mit gefälschten Pass ausgestattet, spionierte dieser inoffizielle Mitarbeiter (IM) in der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufklärung des Falls wurde möglich, weil von der Stasi zerrissene Unterlagen in den letzten Jahren manuell rekonstruiert wurden. Zusammengesetzte Schnipsel halfen auch bei einem weiteren Fall, der bis heute Folgen hat. In einer Fernsehsendung konnte die inoffizielle Zusammenarbeit eines wissenschaftlichen Mitarbeiters der Universität Jena sowie eines finnischen Kollegen an der Universität Helsinki mit dem MfS aufgedeckt werden. Beide waren bis dato noch an ihren Universitäten tätig und hatten ihre Vergangenheit verschwiegen. Gleichfalls aus zerrissenen Unterlagen wurden Dokumente zu einem IM mit österreichischem Pass rekonstruiert. Dieser war zur Beobachtung und Aufklärung der Kirchenszene in Ost- und West-Berlin sowie später in Schweden eingesetzt, wo er bis zu seiner Enttarnung als Pfarrer tätig war und danach auf sein Amt verzichtete. Unter anderem fertigte er Berichte zu geplanten Republikfluchten von Mitstudenten, die daraufhin verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Erst durch die manuelle Rekonstruktion der Unterlagen konnte sein Deckname entschlüsselt werden. Diese Beispiele belegen nicht nur die aktuelle Bedeutung der Akten, sondern auch, dass die manuelle und die geplante künftige virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen Lücken in der Aufarbeitung schließen können. Dass im Nebeneffekt mit diesem Projekt technologische Innovationen bewirkt werden, die auch in anderen Bereichen wie Kultur, Museen, Zoll- und Steuerverwaltung einsetzbar sind, verdient besondere Beachtung.

So ausgereift die Mechanismen der Stasi vielfach waren, so subtil war oft die Wirkungsweise der Diktatur im Alltag. In den vielen Veranstaltungen zum Thema, die ich besucht habe, habe ich erfahren, wie wichtig es ist, ein differenziertes Bild und Bewusstsein für den Alltag in der Diktatur zu entwickeln. Warum haben sich so viele angepasst, obwohl die Lüge über die gesellschaftliche Wirklichkeit in der DDR allgegenwärtig und es eigentlich deutlich erkennbar war, dass die DDR eine Diktatur war? Auch wenn der Einzelne sie nicht immer gespürt hat, es gab eine tief sitzende Angst vor unberechenbaren Konsequenzen, wenn man sich nicht beugte. Angst, das war der Kitt, der die Diktatur zusammenhielt. Oft habe ich in Vorträgen und Diskussionen genau darüber gesprochen und über das Leben zwischen Anpassung und Widerspruch.

Die Frage nach dem eigenen Verhalten ist eine Frage von Werten, von Anstand und Gewissen. Und damit ist sie auch eine Hilfe für das Verhalten in einer demokratischen Gesellschaft, in der es so viel einfacher ist, Position zu beziehen. Die Beschäftigung mit den Verhältnissen in einer Diktatur hat die Stasi-Unterlagen-Behörde vielfach zum Beispiel in Ausstellungen und in Veranstaltungen mit Zeitzeugen durch die Darstellung ganz unterschiedlicher Biografien und Lebenslagen erreicht. Eine größere Breitenwirkung wird erzielt, wenn entsprechende Lebensgeschichten in Filmen oder Büchern erzählt werden. Solche Projekte, die im Berichtszeitraum vermehrt entstanden sind, unterstützen wir deshalb mit allen Kräften.

In einzelnen Veranstaltungen kamen auch Stasi-Mitarbeiter und Bespitzelte bzw. Inhaftierte miteinander ins Gespräch. In öffentlichen Diskussionen mit Zeitzeugen hatte diese Thematik eine starke Resonanz. Solche Begegnungen sind, jenseits des Erkenntnisinteresses, vor allem dann für die Opfer hilfreich, wenn die Täter ein Mindestmaß an Einsicht in das von ihnen begangene oder mitbegangene Unrecht zeigen.

Bei allem Bemühen, an die Verantwortung der Täter zu appellieren und sie zur Auseinandersetzung mit ihrem Tun zu motivieren, stehen für mich die Belange der Opfer im Vordergrund. Die Verletzungen vieler sind noch nicht geheilt. Jedes individuelle Schicksal ist das Engagement wert. Ich habe deshalb nach meinem Amtsantritt eine gut nachgefragte Bürgersprechstunde eingerichtet. Gleichermäßen wichtig ist mir der regelmäßige und intensive Austausch mit verschiedenen Verbänden der Opfer wie auch mit Aufarbeitungsorganisationen überhaupt.

Besonders erfreulich hat sich hierbei die Zusammenarbeit mit dem Bürgerverein Antistalinistische Aktion e. V. (ASTAK) entwickelt, der seit 1990 eine Ausstellung im sogenannten Haus 1, dem Dienstsitz von Erich Mielke in der ehemaligen Zentrale des MfS, betrieben hat. Inzwischen ist die notwendige Sanierung des Hauses mit Mitteln des Konjunkturprogramms II des Bundes erfolgt. BStU und ASTAK haben

Mitte 2011 eine Kooperationsvereinbarung über den gemeinsamen Betrieb des Stasi-Museums erzielt. Sie umfasst auch die gemeinsame Entwicklung der künftigen Dauerausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“. Die konkreten Vorbereitungen dazu haben Mitte 2012 begonnen. Bereits seit Jahresbeginn 2012 zeigen ASTAK und BStU gemeinsam im Stasi-Museum eine Interims-Ausstellung.

Für die künftige Nutzung des historischen Geländes an der Normannenstraße/Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg wird seit einiger Zeit die Idee eines „Campus der Demokratie“ öffentlich diskutiert. Auf diesem Gelände versahen zum Ende der DDR rund 7 000 Stasi-Mitarbeiter ihren Dienst. Im Verlauf der Friedlichen Revolution besetzten hier am 15. Januar 1990 mutige Bürgerinnen und Bürger die Machtzentrale der Geheimpolizei und sicherten die Unterlagen, die bis heute von der Stasi-Unterlagen-Behörde genutzt werden. Ich bin der Auffassung, dass sich an jenem Ort, der für Repression, Friedliche Revolution und Aufklärung steht, für die Zukunft unserer Gesellschaft besonders gut lernen lässt. Es besteht die Chance, dass sich hier ein Lernort für Demokratie, ein Campus für Demokratie entwickelt. Es ist meine Überzeugung, dass authentische Orte wie dieser eine besondere Kraft haben, um Geschichte zu vermitteln und dass wir sie, gepaart mit unseren Archiven, intensiver nutzen sollten, um unseren Gesetzauftrag zu erfüllen.

Die gute Kooperation mit der ASTAK ist für mich ein gelungenes Beispiel der Zusammenarbeit im Bereich der Aufarbeitung überhaupt. Die Behörde des Bundesbeauftragten ist ein Dienstleister. Deshalb ist, um Ressourcen optimal einzusetzen und Doppelarbeit einerseits und Leerstellen andererseits zu vermeiden, eine gute Abstimmung mit anderen Organisationen notwendig. Ich habe deshalb einen intensiven Austausch mit den Verantwortlichen der ostdeutschen Länder und den regionalen Gedenkstätten und Vereinen gesucht. Dabei war im Besonderen die Entwicklung der zwölf Außenstellen der Behörde im Blick.

Der BStU steht in allen ostdeutschen Bundesländern für die Aufarbeitung des Wirkens der Staatssicherheit zur Verfügung. Bürgernähe – in räumlicher wie inhaltlicher Hinsicht – ist dabei ein wichtiges Anliegen. Die starke Resonanz bei Tagen der offenen Tür oder bei Bürgerberatungen und Veranstaltungen z. B. in Rathäusern der Region belegt dies.

Leitlinie für die Arbeit ist immer die intensive Kooperation und Abstimmung mit anderen Institutionen und gesellschaftlichen Initiativen, die in der Aufarbeitung tätig sind (Landesbeauftragte, Landeszentralen für politische Bildung, Gedenkstätten, Initiativen, Opferverbände). Eine solche Zusammenarbeit ist nicht nur aus Gründen knapper Ressourcen, sondern auch wegen der zuvor geschilderten inhaltlichen Synergieeffekte geboten.

Das Konzept für die Struktur der Außenstellen wird unter dem Gesichtspunkt der Nutzung authentischer Orte und einer besseren Eignung von Liegenschaften weiterentwickelt. Wegen der notwendigen fachlichen Prüfungen und der erforderlichen Abstimmungen stehen Entscheidungen noch aus.

Viele Aktivitäten der Stasi-Unterlagen-Behörde standen 2012 unter dem Motto „Wissen wie es war – 20 Jahre Einsicht in die Akten“. Im Zentrum dieser Reihe wurde eine Bilanz der vielfältigen Erfahrungen beim Blick in die Stasi-Unterlagen versucht. Kaum denkbar wäre der gesellschaftliche Erfolg dieser Einrichtung ohne die beiden Bundesbeauftragten, auf deren Arbeit ich seit meinem Amtsantritt Mitte März 2011 aufbauen kann: Joachim Gauck und Marianne Birthler. Dazu gehört aber auch die Arbeit der zu Anfang über 3 000 und heute gut 1 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Zugang zu diesen Akten in täglicher, sorgfältiger Tätigkeit ermöglichen. Dass wir damit eine breite, auch internationale Anerkennung gefunden haben, bestätigen nicht zuletzt die vielen Besucher aus aller Welt, besonders zurzeit aus dem arabischen Raum, die sich über das Wirken der Staatssicherheit und den Beitrag der Stasi-Unterlagen-Behörde bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur informieren. Das ist ein Ansporn für die weitere Arbeit.

Je besser wir Diktatur begreifen, umso besser können wir Demokratie gestalten.

Roland Jahn

1 Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

1.1 Achte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Die Achte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) bezog sich auf zwei Schwerpunkte: den verbesserten Zugang zu den Unterlagen und die Überprüfung von Personen auf Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), hierbei die Verlängerung der Fristen und die Erweiterung der überprüfbaren Personengruppen. Durch die Novellierung wird eine Überprüfung insbesondere von Regierungsmitgliedern, Mandatsträgern und im öffentlichen Dienst beschäftigten Personen weiterhin ermöglicht. Nach der zuvor gültigen Regelung wären wichtige Personengruppen nach dem 31. Dezember 2011 nicht mehr überprüfbar gewesen. Diese Frist wurde nun bis zum 31. Dezember 2019 verlängert. Zugleich wurde der – durch die vorherige Novellierung deutlich eingeschränkte – Kreis der überprüfbaren Personen im Bereich des öffentlichen Dienstes wieder erweitert. Zum Zweiten wird durch die Novellierung erreicht, dass Bürger, Wissenschaftler und Journalisten in bestimmten Bereichen einen erleichterten Zugang zu den Stasi-Unterlagen bekommen; insoweit wird dem nach wie vor ungebrochenen Bedürfnis nach Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen Rechnung getragen. Zudem hat der Deutsche Bundestag mit dem neuen § 37a klargestellt, dass eine Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes unzulässig ist und betreffende Mitarbeiter zu versetzen sind.

Die von der CDU/CSU- und der FDP-Bundestagsfraktion eingebrachte Achte Novelle des StUG wurde am 30. September 2011 mit deren Stimmen vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Die Linksfraktion stimmte gegen den Gesetzentwurf; SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Kontrovers diskutiert wurde in den Beratungen des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages insbesondere die Frage der Überprüfungsmöglichkeiten für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie die neue Regelung eines Beschäftigungsverbots für ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes beim BStU. Der Bundesrat stimmte dem Gesetzentwurf am 4. November 2011 zu. Am 31. Dezember 2011 sind die Neuregelungen des Achten Gesetzes zur Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (8. StUÄndG) vom 22. Dezember 2011 in Kraft getreten.

Verwendung von Unterlagen zur Überprüfung

Neben der Verlängerung der Frist für bestimmte Überprüfungstatbestände über den 31. Dezember 2011 hinaus bis zum 31. Dezember 2019 wurden im Zuge der Achten Novellierung die Überprüfungsmöglichkeiten im Bereich des öffentlichen Dienstes wieder erweitert. Nachdem bis Ende 2006 alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst überprüfbar waren, war dieser Kreis durch die Siebte Novellierung auf Beamte und Angestellte eingeschränkt worden, die eine Behörde leiten oder eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen. Überprüfbar

waren danach nur noch Behördenleiter und Inhaber vergleichbarer Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst wie Intendanten, Schulleiter oder Hochschulpräsidenten bzw. -rektoren sowie deren Stellvertreter. An dieser Regelung wurde kritisiert, dass dadurch Personen mit Leitungsfunktionen in größeren Behörden, die nach innen wie nach außen eine hohe Entscheidungskompetenz haben, nicht überprüfbar waren. In einzelnen Fällen – so die Kritik – werde die grundsätzlich gewünschte Transparenz für diese Bereiche des öffentlichen Dienstes nicht erreicht. Zudem wurde als problematisch angesehen, dass einerseits Medien die MfS-Verstrickungen solcher in leitender Funktion im öffentlichen Dienst tätigen Personen thematisieren konnten, andererseits es dem Dienstherrn nicht möglich war, beim BStU Informationen zu einer möglichen Tätigkeit für das MfS zu erhalten.

Nach der Neufassung der §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6d StUG sind nunmehr diejenigen Beschäftigten öffentlicher Stellen überprüfbar, die einen Dienstposten ab der Besoldungsgruppe A 9 bzw. der Entgeltgruppe E 9 innehaben und eine Leitungsfunktion ausüben. Darüber hinaus können sämtliche Beschäftigte im öffentlichen Dienst überprüft werden, wenn Tatsachen den Verdacht einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für das MfS rechtfertigen. Durch die Neuregelung ist der überprüfbare Personenkreis im öffentlichen Dienst deutlich größer geworden. Allerdings ist auch nach neuer Rechtslage die verdachtsunabhängige Überprüfung von Personen, die zwar eine leitende Funktion ausüben, aber nicht unter die im Gesetz genannten Besoldungs- und Entgeltsysteme fallen, nicht möglich. Dies gilt beispielsweise für Staatsanwälte, für außertariflich oder nach anderen Tarifsystemen bezahlte Beschäftigte oder Inhaber leitender Positionen an Hochschulen.

Die Zahl der nach diesem Verwendungszweck eingereichten Ersuchen ist nach der Novellierung von 210 im Jahr 2011 um etwa die Hälfte auf 317 im Jahr 2012 gestiegen (siehe Abschnitt 4.2.6 und Anhang 5). Zwar ist dies im Vergleich zu den vor 2007 (als ein weit größerer Personenkreis überprüfbar war) gestellten Ersuchen eine geringe Zahl. Andererseits kann für eine öffentliche Einrichtung und für die interessierte Öffentlichkeit schon die Klärung einzelner Fälle von hoher Bedeutung sein.

Durch die Achte Novellierung wurden außerdem die Überprüfungsmöglichkeiten für Einrichtungen erweitert, die sich mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR befassen. Neben den Beschäftigten sind nach §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 7e StUG nunmehr auch ehrenamtliche Mitarbeiter sowie Gremienmitglieder derartiger Einrichtungen überprüfbar.

Zugangsrecht naher Angehöriger Vermisster oder Verstorbener nach § 15 StUG

Durch die Achte Novellierung wurde für nahe Angehörige der Zugang zu den Unterlagen vermisster oder verstorbener Personen erleichtert. Während nach alter Rechtslage ein Aktenzugang nur zum Zweck der Rehabilitation, zum Schutz des Persönlichkeitsrechts oder zur

Aufklärung des Schicksals Vermisster oder Verstorbener möglich war, ist nunmehr nach dem neu in das Gesetz eingefügten § 15 Absatz 1 Satz 2 StUG die Glaubhaftmachung sonstiger berechtigter Interessen ausreichend, die in Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des StUG stehen. Damit wird der Charakter des § 15 StUG als ein eigenes Aktenzugangsrecht naher Angehöriger betont, das von der Wahrnehmung der Belange der vermissten bzw. verstorbenen Person losgelöst ist. Ehegatten, Kinder, Enkelkinder, Eltern und Geschwister können danach über die im Gesetz explizit genannten Antragszwecke hinaus auch dann Einsicht in Unterlagen nehmen, wenn sie sonstige berechnigte Interessen geltend machen. Unter diesen Begriff fällt z. B. auch das Interesse an der eigenen Familiengeschichte, sodass nach neuer Rechtslage Unterlagen auch für die Familienforschung bereitgestellt werden können. Durch die Bezugnahme auf den Aufarbeitungszweck des StUG nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 StUG (d. h. Aufklärung über die Einflussnahme der Staatssicherheit auf das persönliche Schicksal) wird in diesem Zusammenhang klargestellt, dass die Stasi-Unterlagen nicht als allgemeine Erkenntnisquelle für sonstige, das Privatleben der verstorbenen Person betreffende Anfragen genutzt werden können.

Durch den Aktenzugang naher Angehöriger dürfen überwiegende schutzwürdige Interessen nicht beeinträchtigt werden. Durch diese Abwägungsklausel sind beispielsweise Informationen, die die Intimsphäre des Vermissten oder Verstorbenen betreffen, geschützt. Die abschließend aufgeführten einzelnen Antragszwecke des § 15 Absatz 1 Satz 1 StUG sind nach wie vor für den Aktenzugang weiterer Verwandter bis zum dritten Grad maßgeblich. Grundsätzlich gilt für den Aktenzugang naher Angehöriger, dass Unterlagen nur im Rahmen des jeweils geltend gemachten konkreten Antragszwecks bereitgestellt werden können.

Es ist davon auszugehen, dass die Einsichtnahme in MfS-Unterlagen durch nahe Angehörige in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen wird, da die nachwachsende Generation die Einflussnahme des Staatssicherheitsdienstes auf das Schicksal ihrer Eltern und Großeltern aufklären möchte. Dem Bedürfnis nach individueller Aufarbeitung der eigenen Familiengeschichte trägt das Gesetz durch die Neuregelung umfassend Rechnung und erlaubt einen deutlich weitergehenden Zugang zu den MfS-Unterlagen als bisher. Zahlreiche Anträge zum Zweck der Familienforschung, die nach alter Rechtslage unzulässig waren, sind nun zulässig. Der Anteil der Anträge naher Angehöriger an den Erstanträgen im Jahr 2012 macht zehn Prozent aus, wobei die Quote im zweiten Halbjahr höher lag als im ersten (siehe Abschnitt 4.1.6).

Zugang zu sachbezogenen Unterlagen nach § 26 StUG

Im Rahmen der aktuellen Novellierung des StUG wurde außerdem der Zugang zu sachbezogenen Unterlagen erleichtert, die im Hinblick auf möglicherweise berührte Persönlichkeitsrechte in der Regel weniger sensibel sind. Bereits nach alter Rechtslage durften bestimmte, typischerweise sachbezogene Dokumente wie Richtlinien,

Dienstanweisungen, Organisations- und Stellenpläne des MfS sowie Pläne und Verzeichnisse von Objekten des MfS auf Antrag zur freien Verwendung herausgegeben werden. Dies gilt nach dem neu in das Gesetz eingefügten § 26 Absatz 2 StUG nunmehr für sämtliche Unterlagen, die nicht gezielt zu natürlichen Personen angelegt worden sind, soweit sie keine überwiegend schutzwürdigen personenbezogenen Informationen enthalten. Die Nutzung dieser Unterlagen unterliegt nicht der ansonsten nach dem StUG bestehenden Zweckbindung bzw. dem Weitergabeverbot, sodass eine freie Verwendung im Rahmen aller Zugangsarten möglich ist.

Die Neuregelung bezieht sich neben Unterlagen, die die interne Organisation des MfS betreffen, auch auf zusammenfassende Synthesen und Analysen des Staatssicherheitsdienstes. Hierunter fallen beispielsweise die Berichte der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe) des MfS, die Informationen für die Partei- und Staatsführung der DDR verfasst hat. Diese geheimen Berichte haben in der Regel bestimmte Sachverhalte zum Gegenstand, wurden also nicht gezielt zu natürlichen Personen angelegt. Dessen ungeachtet können derartige sachbezogene Unterlagen – je nach Thema und Zielrichtung – in mehr oder weniger großem Umfang personenbezogene Informationen enthalten. Soweit diese nach Abwägung als überwiegend schutzwürdig anzusehen sind, dürfen sie nach der Schutzklausel des § 26 Absatz 2 StUG nicht im Rahmen einer zweckfreien Verwendung zugänglich gemacht werden. Ebenfalls von der Neuregelung des § 26 Absatz 2 StUG erfasst sind sachbezogene Unterlagen wie die allgemeinen Lehrmaterialien der MfS-Hochschule und anderer Ausbildungseinrichtungen des Staatssicherheitsdienstes sowie sonstige sachbezogene Publikationen des MfS wie beispielsweise Diplomarbeiten und Promotionsschriften an der MfS-Hochschule. Auch diese Unterlagen sind unter persönlichkeitsrechtlichen Gesichtspunkten in der Regel weniger schutzwürdig, sodass eine zweckfreie Herausgabe möglich ist.

Diese Neuregelung des Zugangs zu sachbezogenen Unterlagen hat in der Praxis insofern eine begrenzte Bedeutung, als derartige Unterlagen im Rahmen des Zugangsrechts nach §§ 32 ff. StUG für Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung durch Forschung und Medien sowie der politischen Bildung bereits themenbezogen umfassend zugänglich waren bzw. sind. So werden bei der Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen auch sachbezogene Unterlagen zum jeweiligen Thema mit herausgegeben. Eigenständige Bedeutung entfaltet das erweiterte Zugangsrecht zu derartigen Unterlagen daher vor allem im Bereich der persönlichen Akteneinsicht sowie der Verwendung durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen. Jeder Bürger hat nach neuer Rechtslage einen Anspruch auf Zugang zu sachbezogenen Unterlagen nach Maßgabe des Gesetzes, ohne dass hierfür ein bestimmter Antragszweck geltend gemacht werden müsste.

Zugangsrechte von Forschung und Medien

Bereits bei der Siebten Novellierung des StUG war der Aktenzugang für Forschung und Medien sowie für Zwe-

cke der politischen Bildung erweitert worden, und zwar dahingehend, dass Unterlagen mit personenbezogenen Informationen zu Verstorbenen nach Ablauf einer Schutzfrist von 30 Jahren nach dem Tod zugänglich sind. Durch die damals geschaffene Regelung des § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 StUG sollte verhindert werden, dass immer mehr Unterlagen der Aufarbeitung dauerhaft entzogen sind, da ein Zugang zu Akten Betroffener grundsätzlich nur mit deren Einwilligung möglich ist, soweit es sich nicht um Personen der Zeitgeschichte handelt. Durch die Achte Novellierung wurde nun die Möglichkeit der Verkürzung dieser Schutzfrist auf bis zu zehn Jahre in das Gesetz aufgenommen. Eine solche Verkürzung ist danach im Einzelfall möglich, wenn die Benutzung der Unterlagen für ein wissenschaftliches Forschungsvorhaben oder zur Wahrnehmung berechtigter Belange erforderlich ist und überwiegende schutzwürdige Belange nicht beeinträchtigt werden. Die in das Gesetz eingefügte Klausel ist in ihrer Formulierung an der entsprechenden Regelung zur Schutzfristverkürzung im Bundesarchivgesetz orientiert. Voraussetzung ist, dass der Antragsteller konkret darlegt, inwiefern er für die Verwirklichung seines Vorhabens bereits vor Ablauf der regulären 30-jährigen Schutzfrist auf das personenbezogene Archivgut angewiesen ist. Auf dieser Grundlage ist durch den BStU eine Ermessensentscheidung zu treffen, die möglicherweise berührte schutzwürdige Interessen der verstorbenen Person sowie ihrer Angehörigen berücksichtigen muss.

Die Möglichkeit der Verkürzung der gesetzlichen Schutzfrist auf bis zu zehn Jahre nach dem Tod ist nur in entsprechend gelagerten Einzelfällen von Bedeutung. Sie wurde bislang in einem Fall beantragt und nach rechtlicher Prüfung gewährt. Hier ging es um die Aufarbeitung der Lebensgeschichte einer im Jahr 1997 verstorbenen Person für einen biografischen Dokumentarfilm und einen Spielfilm. Dabei bestand die Besonderheit darin, dass zu der betreffenden Person sowohl Unterlagen als inoffizielle Mitarbeiterin (IM) des MfS als auch Betroffenenunterlagen überliefert sind. Um die unterschiedlichen Aspekte der Biografie zu berücksichtigen, war es erforderlich, neben den Dokumenten zur IM-Tätigkeit auch die Betroffenenunterlagen einzubeziehen. Erst dadurch wurde es möglich, in einer historisch angelegten Dokumentation die Person als Ganzes darzustellen.

Eine weitere Änderung der Achten Novellierung betrifft das Aktenzugangsrecht für die politische und historische Aufarbeitung nach § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 StUG. Danach werden die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Forschungseinrichtungen gleichgestellt, für die unter bestimmten, im Gesetz geregelten Voraussetzungen zu Forschungszwecken ein Einsichtsrecht in unanonymisierte Unterlagen besteht. Nach dieser Regelung, die im Rahmen der Siebten Novellierung in das Gesetz aufgenommen wurde, können Unterlagen mit personenbezogenen Informationen durch die institutionell angebundene externe Forschung (d. h. an Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen) ungeschwärzt eingesehen werden, sofern dies für die Durchführung der wissenschaftlichen Forschung erforderlich ist und eine Nutzung anonymisierter Unterlagen zu diesem Zweck nicht möglich oder die

Anonymisierung mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden ist. Zur Wahrung von Persönlichkeitsrechten sieht das Gesetz vor, dass der Empfänger der Informationen Amtsträger oder nach dem Verpflichtungsgesetz förmlich verpflichtet worden ist.

Die Regelung wird häufig bei umfassenden Forschungsanträgen angewandt, bei deren Bearbeitung innerhalb kurzer Zeit ein großer Umfang an Unterlagen gesichtet werden muss. Dabei erfolgt eine Zugänglichmachung unanonymisierter Unterlagen nur zur Einsichtnahme; sie ermöglicht es dem Antragsteller, einen Überblick über die Aktenlage zu gewinnen und eine Vorauswahl der Dokumente zu treffen. Werden Unterlagen als Duplikate herausgegeben, sind sie entsprechend den gesetzlichen Vorschriften zu anonymisieren.

Die Aufnahme der Landesbeauftragten in den Kreis der diesbezüglich privilegierten Einrichtungen erfolgte, da auch bei den dort durchgeführten wissenschaftlichen Forschungsvorhaben in der Praxis ein Bedürfnis nach einem entsprechend erweiterten Zugang zu den Unterlagen bestehen kann. Von dem erweiterten Einsichtsrecht wurde bislang bei zwei umfassend angelegten Forschungsvorhaben der Landesbeauftragten Gebrauch gemacht, bei denen jeweils umfangreiche Unterlagenbestände gesichtet werden mussten. In beiden Fällen erfolgte die Einsichtsgewährung nach § 32 Absatz 1 Satz 1 Nummer 7 StUG, weil eine Anonymisierung aufgrund des Umfangs der Unterlagen mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden gewesen wäre. Eines der Vorhaben hat die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 zum Gegenstand. Im Rahmen der Bearbeitung dieses Antrags wurden bereits innerhalb der ersten vier Monate nach Antragstellung 82 000 Seiten durchgesehen, 22 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt und 500 Seiten Kopien übergeben. Außerdem wurden 100 Fotos recherchiert, eingesehen und 60 als Duplikate übergeben. Angesichts der Fülle des zum Thema überlieferten Materials wäre dies bei Vorlage von ausschließlich anonymisierten Unterlagen in der genannten Zeitspanne nicht möglich gewesen.

Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes

Nachdem der Gesetzgeber mit der Achten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes die Beschäftigung von Mitarbeitern des ehemaligen MfS beim BStU grundsätzlich für unzulässig erklärt hat (§ 37a StUG), hat sich der BStU mehrfach an die Obersten Bundesbehörden und deren Geschäftsbereiche gewandt und diese gebeten, einen Wechsel dieser Mitarbeiter in Verwendungen außerhalb der Behörde des BStU zu ermöglichen.

Von den im März 2011 in der Behörde tätigen 48 Mitarbeitern des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes sind bis zum Jahresende 2012 drei in andere Behörden gewechselt; insgesamt haben neun die Behörde verlassen: ein Mitarbeiter ist verstorben, fünf sind durch Inanspruchnahme von Rente ausgeschieden.

Insbesondere das Bundesverwaltungsamt hat eine erhebliche Zahl an Verwendungen zur Verfügung gestellt.

Wenn nach eingehender Prüfung sichergestellt ist, dass die dort bestehenden Verwendungen jeweils gleichwertig und zumutbar sind, werden die Wechsel erfolgen. Insgesamt mangelt es bisher an der Bereitstellung von gleichwertigen und zumutbaren Arbeitsplätzen – wie es das Gesetz vorschreibt – in hinreichender Zahl. In Erfüllung seiner gesetzlichen Verpflichtung setzt sich der BStU deshalb weiter dafür ein, dass die Obersten Bundesbehörden und deren Geschäftsbereiche gleichwertige und zumutbare Arbeitsplätze für die Mitarbeiter mit MfS-Vergangenheit zur Verfügung stellen.

Kostenrecht

Im Rahmen der Achten Novellierung wurde die im StUG enthaltene Ermächtigungsgrundlage für den Erlass einer Gebührenverordnung durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) neugefasst und an entsprechende gebührenrechtliche Vorgaben angepasst. Auf dieser Basis kann der BKM eine für die Praxis der Behörde wichtige neue Gebührenverordnung erlassen. Die noch in Abstimmung befindliche Neuregelung der Auslagentatbestände sieht beispielsweise auch die Bereitstellung von Unterlagen in digitaler Form vor, die von den Nutzern immer häufiger angefragt wird. Die Gebühren und Auslagen sollen durch die neue Gebührenverordnung lediglich entsprechend der allgemeinen Preisentwicklung nach oben angepasst werden. Auch wenn durch die Achte Novellierung das Prinzip der Kostendeckung in das StUG aufgenommen wurde, soll auch nach dem neuen Gebührenrecht weiterhin der grundsätzlich kostenfreie Aktenzugang für die Opfer der SED-Diktatur gewährleistet bleiben.

1.2 Schwerpunkte der Archivarbeit

Die in den Archiven des BStU aufbewahrte Überlieferung des MfS ist in ihrem Charakter sowie ihrer Größe und Geschlossenheit weltweit einzigartig: Nirgendwo sonst sind historische Akten einer ehemaligen Geheimpolizei in vergleichbarem Umfang für Forschung und Medien, vor allem aber für die persönliche, individuelle Aufarbeitung öffentlich zugänglich und nutzbar geworden. Etwa 111 Kilometer Schriftgut in Papierform, darunter ca. 40 Millionen Karteikarten, ferner große Mengen verfilmte Unterlagen, deren Ausdruck ungefähr weiteren 47 Kilometern Papier entsprechen würde, über 1,7 Millionen Fotodokumente, gut 30 000 Film- oder Tonaufzeichnungen, 46 Datenbankprojekte sowie über 15 000 Säcke und andere Behältnisse, in denen noch Hunderttausende zerrissener MfS-Dokumente als weitgehend unbekanntes Schnipselmasse lagern, stammen aus den verschiedenen Zweigen der DDR-Staatssicherheit. Sie bilden heute einen selten dichten archivalischen Quellenfundus.

Der BStU ist das gesetzlich bestimmte Archiv, in dem die Stasi-Unterlagen zu sichern, zu ordnen, fachlich zu bewerten, zu erschließen, zu verwahren und zu verwalten sowie jedermann auf gleicher Rechtsgrundlage zugänglich zu machen sind. Neben dem Bundesarchiv gehört der BStU zusammen mit dem Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, dem Archiv beim Sekretariat des

Bundesrates, dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, dem Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz und weiteren Spartenarchiven von nationaler Bedeutung zur Archivlandschaft des Bundes.

Der BStU verwahrt und pflegt diesen Archivbestand nach einheitlichen Grundsätzen. Knapp 94 Prozent der in Papierform überlieferten Akten und Dokumente (103 800 lfd. M. von insgesamt 111 000 lfd. M.) sind mittlerweile personenbezogen zugänglich. Insgesamt 55 100 lfd. M. Schriftgut wurden zudem von den Archivarinnen und Archivaren des BStU bisher sachthematisch verzeichnet. Im aktuellen Berichtszeitraum wurden in den Archivbereichen des BStU ca. 2 200 lfd. M. Unterlagen erschlossen (siehe Abschnitte 3.1 und 3.2).

Der MfS-Archivbestand gliedert sich zum einen in die Akten, Dokumente und Karteien, die sich bei der Besetzung der Stasi-Dienststellen 1989/90 durch Bürgerinnen und Bürger in den Büros der MfS-Mitarbeiter befanden. Diese Unterlagen wurden großteils in einem chaotischen Zustand aufgefunden, vielfach konnten sie zunächst nur notdürftig zu Bündeln verschnürt werden (sogenannte Bündelüberlieferung). Häufig mangelte es an erklärenden Zugangsinformationen, sodass sich die Erschließungsarbeiten des BStU von Anfang an darauf konzentrierten, diese oftmals schwer oder gar nicht nutzbare Überlieferungsmenge für die Zwecke der Aufarbeitung und Forschung zugänglich zu machen. Der Umfang dieser Unterlagen beläuft sich insgesamt auf über 59 900 lfd. M. Hiervon wurden mittlerweile 52 700 lfd. M. durch die Archivarinnen und Archivare des BStU sachthematisch und personenbezogen verzeichnet; dies entspricht einem Erschließungsstand von 88 Prozent. Auch im Berichtszeitraum konzentrierten sich die Arbeiten weiterhin auf diesen Überlieferungsteil. Sechs BStU-Außenstellen konnten die Verzeichnung der 1989/90 in den Dienstzimmern der Stasi-Mitarbeiter aufgefundenen Überlieferungen bereits weitestgehend abschließen. Sie unterstützen seitdem andere Archivbereiche des BStU bei der laufenden Erschließungsarbeit. Ziel bleibt es, die noch verbleibenden Unterlagen (aktuell 7 200 lfd. M.) in den kommenden Jahren weiter vordringlich zu erschließen.

Zum andern enthält der MfS-Archivbestand jene Akten, die bereits vom Staatssicherheitsdienst archiviert worden waren und deren Zugang über spezielle Karteinachweise des MfS gesteuert wurde. Der Umfang dieser vom Staatssicherheitsdienst archivierten Ablagen beträgt knapp 51 100 lfd. M. Die Unterlagen sind grundsätzlich über die dazu vom MfS geführten Karteien personenbezogen zugänglich. Darüber hinaus wurden vom BStU inzwischen ca. 2 400 lfd. M. der vom MfS archivierten Akten zum Zwecke der besseren Nutzbarkeit durch Forschung und Medien auch nach sachthematischen Gesichtspunkten verzeichnet. Die weitere Erschließung der archivierten Ablagen des MfS nach sachthematischen Gesichtspunkten bleibt eine wichtige Aufgabe. Sie soll in den Vordergrund treten, sobald die Zugänglichmachung der aus den Büros der Stasi-Mitarbeiter stammenden Unterlagen überwiegend abgeschlossen ist. Dabei wird dann auch zu entscheiden sein, für welche Bereiche der archivierten Ablagen des

MfS der personenbezogene Zugang grundsätzlich hinreichend sein kann, so z. B. für die Personalakten der Staatsicherheit (sogenannter MfS-Archivbestand 3), deren Umfang allein insgesamt knapp 4 800 lfd. M. beträgt (siehe Abschnitt 3.2.1.1).

Gesondert gelagert und bearbeitet werden die zum MfS-Archivbestand gehörenden bildlichen, akustischen, filmischen und elektronischen Aufzeichnungen (siehe Abschnitt 3.2.3). Von aktuell über 1,7 Millionen Fotos sind mittlerweile 61 Prozent (1,04 Millionen Bilddokumente) erschlossen, davon wurden ca. 215 000 Stück im Berichtszeitraum bearbeitet. Der Bestand an Filmen und Videos des MfS (2 790 Einheiten) ist nahezu vollständig verzeichnet. Der Erschließungsstand im Bereich der Tonaufzeichnungen beträgt nunmehr 69 Prozent (18 989 von insgesamt 27 606 Einheiten). Von den insgesamt 46 überlieferten Datenprojekten des MfS sind inzwischen 23 erschlossen. Eine wichtige Bearbeitungsleistung im Berichtszeitraum war hier beispielsweise die Installation eines alten Fernschreibers mit PC-Schnittstelle, der es erlaubte, Daten auszulesen, die von der Bezirksverwaltung des MfS in Gera auf Lochstreifen gespeichert waren und die teilweise im originalen Aktenbestand nicht mehr vorhanden waren. Neben dem so gegebenen Informationszugewinn besteht nun generell für den BStU eine Möglichkeit, die vom MfS auf Lochstreifen gespeicherten Daten rasch auszulesen und elektronisch zu speichern (siehe Abschnitt 3.4.3).

Schließlich gehören zum MfS-Archivbestand Hunderttausende Dokumente, die von den Stasi-Mitarbeitern 1989/90 bereits per Hand zerrissen und so für die Vernichtung in maschinellen Anlagen vorbereitet waren. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU gehört es heute zu den aufwändigsten Aufgaben, diese Überlieferungsteile wieder zusammenzubringen und zugänglich zu machen. Aus ca. 500 Säcken mit zerrissenen Dokumenten, die sich in der Obhut des BStU befanden, konnten in sorgfältiger Detailarbeit mittlerweile etwa 1,3 Millionen Blatt Papier und Karteikarten rekonstruiert werden, im Berichtszeitraum waren dies ca. 300 000 Blatt. Tausende, unstrittig archiwürdige Dokumente, Karteien und Aktenteile, die vom MfS noch hastig vernichtet werden sollten, sind dadurch wieder ans Licht gebracht worden (siehe Abschnitt 3.6.1). Die Rekonstruktion der zerrissenen Unterlagen in den verbleibenden über 15 000 Säcken und weiteren Behältnissen, die vom BStU verwahrt werden, stellt weiter eine wichtige Aufgabe dar, die künftig mit Hilfe spezieller Informationstechnik erleichtert werden soll. Der BStU hat hierzu eine besondere Projektgruppe eingerichtet und lässt durch das 2007 initialisierte IT-Großprojekt „Virtuelle Rekonstruktion“ eine entsprechende Software für den Wirkbetrieb entwickeln und erproben (siehe Abschnitt 3.6.2).

Die archivistische Bearbeitung gestaltete sich auch im aktuellen Berichtszeitraum vielfach in der gleichen Weise schwierig, wie dies in früheren Tätigkeitsberichten bereits skizziert worden ist (siehe zuletzt Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 17 ff.): Neben der Rekonstruktion und Zugänglichmachung zerrissener Unterlagen stellt auch die Ordnung und Verzeichnung der 1989/90 in den Büros der

Stasi-Mitarbeiter materialintakt gesicherten Schriftgutteile weiterhin eine große fachliche Herausforderung dar. Weil diese Unterlagen ebenfalls häufig nur lose und nicht selten völlig chaotisiert aufgefunden worden waren, müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU bis heute in vielen Fällen die damals in Bündeln geborgenen Einzelblätter zu Dokumenten zusammenfügen. Dieser Arbeitsvorgang, der fachsprachlich Formierung genannt wird, ist zeitraubend und muss in den Archibereichen des BStU den klassischen Bearbeitungsschritten der archivischen Erschließung vielfach vorgeschaltet werden. Nicht minder herausfordernd und Zeit beanspruchend ist die Erschließung der audiovisuellen Medien, die häufig nur kontextlos überliefert sind. Weitere Anforderungen ergeben sich durch den erhöhten Aufwand bei der Aufnahme personenbezogener Angaben, die während der Verzeichnung von Unterlagen nach den Vorschriften des StUG in die verschiedenen BStU-Datenbanken aufzunehmen sind.

Große Anstrengungen hat der BStU im Berichtszeitraum darauf verwandt, die archivischen Erschließungsergebnisse durch Online-Findmittel einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Besondere Aufwände ergeben sich dabei aus der offenen Unrechtsnatur vieler MfS-Akten sowie der Tatsache, dass zahlreiche Stasi-Unterlagen – selbst bei einem erklärten Sachbezug – ausgesprochen personenzentriert geführt wurden. Deshalb müssen vor jeder Online-Stellung von Findmitteln die vorhandenen Erschließungsangaben daraufhin durchgesehen und geprüft werden, ob eine Veröffentlichung der Angaben schutzwürdige Belange derjenigen Personen berühren würde, auf die sich die Angaben konkret beziehen oder auf die die betreffenden Angaben hinreichend konkret schließen lassen.

Neben Online-Übersichten zu den einzelnen Teilen des MfS-Archivbestandes können mittlerweile mehr als 95 BStU-Findmittel im Internet eingesehen werden. 40 Online-Findmittel wurden im Berichtszeitraum neu erstellt. Es bleibt das Anliegen des BStU, in den nächsten Jahren weitere wesentliche Teile der in der Fachdatenbank „Sachaktenererschließung“ (SAE) enthaltenen Verzeichnungsangaben für die Online-Stellung aufzubereiten. Dies soll die strukturierte Präsentation von digitalisiertem Archivgut einschließen, so z. B. für die vom Staatssicherheitsdienst in der sogenannten Dokumentensammlung (DOSÄ) vereinigte Überlieferung zentraler dienstlicher MfS-Bestimmungen. Hierzu fanden im Berichtszeitraum umfangreiche Vorbereitungen statt, die dem Ziel dienen, die Unterlagen über ein Online-Findmittel im Internet künftig anzeigen lassen zu können (siehe Abschnitt 3.3.3).

Die Bemühungen zur Ausweitung und Erleichterung des Zugangs zu archivischen Erschließungsangaben sind verbunden mit der technischen Pflege und Weiterentwicklung des aktuell bestehenden Online-Rechercheangebots. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesarchiv verabredet. Ziel ist es zum einen, die bestehenden BStU-Online-Findmittel in eine übergreifende Suchmaschine einzubinden, in HTML auszugeben und in einem international schnittstellenfähigen Erschließungs- und Präsentations-

tionsstandard zu kodieren. Zu diesem Zweck wurde im Berichtszeitraum eine Teststellung für Online-Findmittel des BStU entwickelt, die diesen Anforderungen genügt und gleichzeitig der Online-Recherche- und Präsentationsplattform des Bundesarchivs entspricht. Auf der Basis der Ergebnisse dieser Teststellung ist aktuell vorgesehen, die Online-Findmittel des BStU in die Online-Plattform des Bundesarchivs einbringen und diese künftig auch gemeinsam betreiben zu können. Ziel ist zum anderen die Ablösung der bestehenden Fachdatenbank SAE und anderer Altanwendungen beim BStU durch die sukzessive Einführung und Anpassung der beim Bundesarchiv fortentwickelten Archivverwaltungssoftware BASYS 2 (siehe Abschnitt 3.3.2). Im Berichtszeitraum erfolgte dazu die konzeptionelle Vorbereitung zur Einführung der Funktionskreise Benutzung und Magazinwesen (BASYS-B+M) beim BStU. Auf die Inbetriebnahme von BASYS-B+M soll als zweite Etappe die Übernahme des Funktionskreises Bewertung/Erschließung (BASYS-B+E) folgen, dessen Einführung derzeit im Bundesarchiv vorbereitet wird. In diesem Zusammenhang ist dann auch die Implementierung des Moduls BASYS-Invenio zur rationellen Online-Präsentation von Erschließungsangaben vorgesehen. Bis zur Möglichkeit der Anwendung dieses Moduls beim BStU sind noch mehrjährige Arbeiten notwendig, die in dem dazu vom BStU initialisierten IT-Großprojekt „eArchiv“ koordiniert werden. Im Berichtszeitraum wurden mit Forschungsmitteln des BMBF zwei wissenschaftliche Mitarbeiterstellen beim BStU befristet für drei Jahre eingerichtet, um die Arbeiten weiter voranzutreiben.

Zur Archivarbeit des BStU gehören ferner auch unterstützende Aufgaben im Rahmen der persönlichen Akteneinsicht und der Bearbeitung von Anträgen durch Forschung und Medien. Für diese Zwecke werden im Durchschnitt monatlich etwa 36 000 Personenauskünfte aus den Karteien des MfS erteilt und mehr als 21 000 Aktenbände zu Benutzungszwecken ausgehoben.

Ein anderer, extern weitgehend verborgener Tätigkeitskreis, der wichtige archivische Ressourcen bindet, ist die sogenannte Bestandserhaltung, d. h. jede Maßnahme zur Verbesserung des materiellen Zustands der Papiere, Fotos, Filme und weiteren Informationsträger des MfS (siehe Abschnitt 3.4). Die notwendigen Maßnahmen gegen den schleichenden Zerfall und drohenden Verlust der Überlieferung erfordern technische und bauliche Nachrüstungen wie auch die aufwandsintensive Verpackung und Umlagerung von Unterlagen. Sie schließen eine Sicherung durch Verfilmung, zunehmend auch durch Digitalisierung ein. Insbesondere die Vorhaltung digitaler Arbeitskopien dient einer schnelleren, vor allem aber das Original schonenden Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit. Gelegentlich müssen Digitalisate ganz an die Stelle des Originals treten, insbesondere bei Tonaufzeichnungen, deren historische Trägermaterialien unwiederbringlich zerfallen und daher auf Dauer nicht als Informationsmedium erhalten werden können.

Nicht zuletzt bildet die archivische Öffentlichkeitsarbeit weiterhin einen wichtigen Tätigkeitsschwerpunkt (siehe Abschnitt 3.7). Das Interesse an der Geschichte des MfS-

Archivs und der Art der archivalischen Hinterlassenschaft des Staatssicherheitsdienstes war erfreulicherweise auch im aktuellen Berichtszeitraum unvermindert hoch. Mehrere Tausend Menschen nutzten neben den regelmäßig angebotenen öffentlichen Führungen die vom BStU veranstalteten „Tage der offenen Tür“ oder „Langen Nächte“, ferner auch die Angebote zum „Tag der Archive“, um die Archivbereiche des BStU kennenzulernen und sich über die Archivarbeit des BStU zu informieren.

Durch die Präsentation des Archivs einschließlich seines Aufbaus informiert der BStU über die Wirkungsweise des MfS. Anhand der Art und Weise der Archivierung und mithilfe der Darstellung von Karteien und Musterakten lässt sich die Funktionsweise des MfS anschaulich zeigen. Die Archive des BStU, im Besonderen das der Zentralstelle, haben viele Gäste aus dem Ausland, im Berichtszeitraum besonders stark aus dem arabischen Raum (siehe Kapitel 7). Diese wollen von den Erfahrungen des BStU profitieren, wie die Behörde die Hinterlassenschaften der Geheimpolizei entschlüsselt hat und wie sie diese in rechtsstaatlicher Weise für die verschiedenen Zwecke der Aufarbeitung zur Verfügung stellt. Dass der BStU dieses Bedürfnis durch die Präsentation eines weitgehend erhaltenen Bestandes bedienen kann, verdankt er der Besonderheit der MfS-Überlieferung. Gerade in seiner Geschlossenheit und Größe verkörpert dieser einmalige Archivbestand ein beeindruckendes Erbe der Friedlichen Revolution, das weit über den nationalen Rahmen hinaus wirkt.

Seit Ende 2009 ist der BStU auch Teil des „Europäischen Netzwerkes der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ in Ländern mit kommunistischer Diktaturvergangenheit. Der BStU steht darüber hinaus weltweit mit Spezialarchiven zur Überlieferung staatlicher Gewaltherrschaft in Verbindung. Gemeinsam mit diesen hat der BStU beispielsweise zentrale Grundsätze und Handlungsempfehlungen zur Archivierung von Unterlagen aus staatlichen Gewaltregimen erarbeitet, die von der UNESCO und dem Internationalen Archivrat (ICA) anerkannt wurden. Durch seine gleichzeitige Verankerung in die Archivlandschaft des Bundes, in das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ und in den Kreis internationaler Spezialarchive für die Unterlagen totalitärer Regime nimmt der BStU einen wichtigen und unverwechselbaren Platz unter den staatlichen Archiven ein.

1.3 Schwerpunkte bei der Verwendung von Stasi-Unterlagen

Private Akteneinsicht

Eine Hauptaufgabe der Stasi-Unterlagen-Behörde ist es nach wie vor, Bürgerinnen und Bürgern auf Antrag Zugang zu den Informationen zu ermöglichen, die das MfS zu ihnen gesammelt hat. Die vor mehr als 20 Jahren getroffene grundlegende politische Entscheidung, dass Vergangenheit nur aufarbeiten kann, wer sie kennt und sich somit auch mit ihr auseinandersetzen kann, wird durch das anhaltend große Interesse an den MfS-Unterlagen auch im Berichtszeitraum erneut bestätigt.

Anders als vermutet, stieg die Zahl der Bürgeranträge im Jahre 2012 wiederum auf 88 231, nachdem sie 2011 gegenüber den beiden Vorjahren auf 80 611 zurückgegangen war. Der Zuwachs erfolgte fast komplett bei den Außenstellen, in der Berliner Zentralstelle blieben die Zahlen nahezu konstant (2011: 26 874, 2012: 26 294). Auf die Außenstellen entfielen über zwei Drittel der Bürgeranträge, was die Bedeutung der regionalen Präsenz der Behörde unterstreicht. Betrachtet man das letzte Jahrzehnt, schwanken die Antragszahlen zwischen rund 80 000 und 102 000 mit einem Mittel von knapp über 90 000.

Die Struktur der Anträge hat sich gegenüber den vergangenen Berichtszeiträumen nicht signifikant verändert. Die Zahl der Erstanträge liegt – gemessen an der Gesamtzahl der Erst- und Wiederholungsanträge – nach wie vor bei 72 Prozent. Auch der Anteil der Anträge, zu denen – über Karteikartenerfassungen hinausgehende – Unterlagen aufgefunden werden, hat sich mit 40 Prozent nicht wesentlich verändert. Für solche Anträge hat sich die Dauer der Bearbeitung wegen Personalknappheit verlängert (siehe unten).

Warum jetzt – über zwei Jahrzehnte nach dem Ende der DDR – noch so viele Menschen einen Antrag auf Akteneinsicht stellen, lässt sich zum Teil aus Gesprächen mit Antragstellerinnen und Antragstellern oder aus schriftlichen Begründungen ablesen. Viele stellen den Antrag erst jetzt, weil sie Abstand zu den Ereignissen brauchten, weil sie durch ihren Ruhestand mehr Zeit und Kraft für die persönliche Auseinandersetzung haben oder weil sie durch jüngere Familienangehörige hierzu angestoßen werden (siehe Abschnitt 4.1.3).

So sehr durch die anhaltend hohen Antragszahlen bestätigt wird, dass die Entscheidung, die MfS-Akten zugänglich zu machen, richtig war, so sehr gerät diese Entwicklung zunehmend in ein Spannungsverhältnis zu den personalpolitischen Weichenstellungen früherer Jahre. Bisher war in den für die Bearbeitung der Akteneinsichten wichtigen Bereichen eine Neueinstellung als Ausgleich für ausscheidendes Personal grundsätzlich nicht möglich. Mit dem Haushalt 2012 wurde erstmals die Möglichkeit eingeräumt, in begrenztem Umfang frei werdende Stellen im Auskunftsbereich nachzubesetzen (siehe Kapitel 2). Dies konnte jedoch den aufgrund des mittlerweile hohen Durchschnittsalters der Beschäftigten jährlich eintretenden hohen Personalverlust nur zu einem geringen Teil ausgleichen. Die Schere zwischen der Zahl eingehender Anträge auf Akteneinsicht und dem für die Antragsbearbeitung zur Verfügung stehenden Personal hat sich auch im Berichtszeitraum weiter geöffnet. Die Zahl der Anträge pro Mitarbeiter hat sich seit 2005 mehr als verdoppelt. Aus diesem Grunde konnten auch die in den vergangenen Jahren durch vielerlei Maßnahmen erreichten deutlichen Steigerungen bei den Erledigungen pro Mitarbeiter insgesamt nicht zu einer Verkürzung der Wartezeiten für die Antragsteller führen, zu denen Unterlagen des MfS aufgefunden werden (siehe oben: 40 Prozent aller Anträge). Für diesen Teilbereich der Anträge auf Akteneinsicht betragen die maximalen Wartezeiten inzwischen mehr als zweieinhalb Jahre. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass der Prozess der

Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht keineswegs nur aus formalrechtlichen Prüfungen, dem Auslösen von Recherchen in den verschiedenen Beständen, der Sichtung und der in jedem Einzelfall vorzunehmenden differenzierten Anonymisierung bestimmter personenbezogener Informationen besteht. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter der Bürgeranträge sind auch in vielen Fällen unmittelbare und erste Ansprechpartner bei der Eröffnung persönlich sehr sensibler und belastender Informationen. Sie müssen nicht selten den Prozess der persönlichen Auseinandersetzung während der konkreten Akteneinsicht durch Beratung begleiten, was ihre Tätigkeit von vielen anderen reinen Verwaltungstätigkeiten unterscheidet. (Zu der davon unabhängigen allgemeinen Beratung für informationssuchende Bürger siehe Abschnitt 4.1.4).

Herausgabe von Unterlagen an Forschung und Medien

Die Aufarbeitung der Herrschaftsmechanismen der DDR ist ein fortlaufender gesellschaftlicher Prozess. Dementsprechend war auch im Berichtszeitraum ein anhaltend hohes Interesse an einem Zugang zu den Unterlagen des MfS seitens der Forschung sowie der Medien zu verzeichnen. Die absolute Zahl von knapp 1 500 Anträgen pro Jahr sagt allerdings wenig über den zum Teil immensen Aufwand der Bearbeitung aus, die in Einzelfällen viele Tausend Seiten umfasst und sich über Monate, bei umfangreichen Forschungsvorhaben in Einzelfällen über Jahre erstrecken kann.

In der Aufarbeitung der SED-Diktatur wird die Zahl und thematische Ausrichtung der Anträge zu einem nicht geringen Teil von aktuellen Ereignissen und Entwicklungen einerseits sowie von historischen Jahrestagen andererseits beeinflusst. Hierbei stellen für die den Anträgen zugrunde liegenden Publikationsvorhaben die Unterlagen des BStU meist eine neben anderen Quellen unverzichtbare, nicht selten aber auch die wichtigste oder einzige Überlieferung zum jeweiligen Thema dar.

Im Hinblick auf den 50. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August 1961 sind im Berichtszeitraum überproportional viele Anträge zum Themenbereich Berliner Mauer und innerdeutsche Grenze eingegangen, allein im Halbjahr vor dem Jahrestag 75 Anträge (siehe dazu ausführlich Abschnitt 4.3.2).

Viele Todesfälle an Mauer und innerdeutscher Grenze, bei denen zum Teil zuvor die Opfer unbekannt waren, hätten ohne die Unterlagen des MfS nicht aufgeklärt werden können, dies wurde auch bei den Veranstaltungen und der Veröffentlichung von Publikationen anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus deutlich. Für die Untersuchung und Aufklärung der gegen die Staatsgrenze gerichteten „staatsfeindlichen Handlungen“ war das MfS zständiges Untersuchungsorgan. Deshalb finden sich in dessen Hinterlassenschaft amtliche Berichte, Tatortuntersuchungen, die Befragung der Zeugen und Hinterbliebenen, Obduktionsprotokolle und Ermittlungsergebnisse zur Biografie der Betroffenen. Zudem hatte das MfS die Aufgabe, die tatsächlichen Abläufe zu verschleiern und ggf. für Zwecke der Propaganda zu verfälschen. Aufgrund ei-

nes Medienantrags der „Sächsischen Zeitung“ konnte durch Unterlagen, die in der Außenstelle Dresden des BStU recherchiert wurden, auch das Schicksal eines der ersten Opfer der Verminung der innerdeutschen Grenze 1973, des Meißners Hans Franck, aufgeklärt werden. Der Flüchtling konnte vom Bundesgrenzschutz mit schwersten Verletzungen geborgen werden, verstarb jedoch wenig später im Krankenhaus.

In diesem Kontext konnten auch für die neue Dauerausstellung „Grenzerfahrungen. Alltag der deutschen Teilung“ im Berliner Tränenpalast, die von Wissenschaftlern der Stiftung „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ erarbeitet wurde, zahlreiche Dokumente und Fotos aus den Beständen des BStU zur Verfügung gestellt werden. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Kulturstaatsminister Bernd Neumann eröffneten die Ausstellung am 14. September 2011.

Hervorzuheben ist die Tatsache, dass der BStU im Berichtszeitraum eine ganze Reihe von Gedenkstätten und Museen an authentischen Orten im Rahmen von Antragsverfahren durch die Bereitstellung von Unterlagen wesentlich unterstützen konnte (siehe dazu insbesondere Abschnitt 4.3.3). Diese reichen von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen bis zum „Grenzhus“ in Schlagsdorf (Mecklenburg-Vorpommern). Hinzu kommen Einrichtungen, die das Wirken des MfS neben anderen Themen in Ausstellungen aufgreifen und hierfür bereitgestellte Unterlagen des MfS verwenden. Dieser Bereich spiegelt insgesamt eine gelungene Kooperation in der Aufklärungsarbeit über die SED-Diktatur wider.

Neben zahlreichen Buchveröffentlichungen und Medienberichten, etwa zur Westarbeit des MfS, zum Häftlingsfreikauf oder auch zu alltagsgeschichtlichen Ereignissen, z. B. im Sport, gab es auf der Grundlage von MfS-Unterlagen im Berichtszeitraum eine steigende Zahl von Anträgen für Filmproduktionen (siehe Abschnitt 4.3). Diese betrafen Spielfilme wie Dokumentationen zu verschiedenen Themen. Bisher in der Öffentlichkeit weniger beachtete Themen, wie etwa das Frauengefängnis Hoheneck oder die Frage, wie sich inoffizielle Mitarbeiter und von ihnen bespitzelte Personen heute mit der Vergangenheit auseinandersetzen, wurden durch Fernseh- und Kinofilme einem breiteren Publikum nahegebracht.

Inhaltlich entfiel bei den Anträgen zu den Unterlagen über das Wirken der Staatssicherheit wie in den Vorjahren der größte Anteil auf das Themenfeld Politik und Parteien, gefolgt von den Bereichen Kultur und Medien sowie Wissenschaft und Wirtschaft (siehe Grafik im Kapitel 4). Einer der prozentual größten Zuwächse von (zumeist Forschungs-)Anträgen war auf dem Gebiet der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit zu verzeichnen. In diesen Anträgen ging es hauptsächlich um die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in beiden deutschen Staaten. Ebenso gingen vermehrt Anträge ein, die sich mit der nationalsozialistischen Vergangenheit von Personen auseinandersetzten.

Insgesamt ging ein Drittel aller Anträge nach §§ 32 und 34 StUG aus dem Bereich der Medien ein, zwei Drittel der

Anträge wurden zu Forschungszwecken gestellt. Wie bereits in den Vorjahren, hat sich auch im Berichtszeitraum die Struktur der Antragsteller weiter zugunsten jüngerer Forscher verlagert, die für Publikationen, Dissertationen oder Abschlussarbeiten Themen der DDR-Aufarbeitung untersuchen. Die von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Forschungs- und Medienanträge geleisteten Beratungen, wie die Erläuterung der sachthemenatischen Recherchen, die Unterstützung der Antragsteller bei der Arbeitsplanung und Prioritätensetzung, sind naturgemäß in diesen Fällen noch wichtiger und aufwändiger.

Neben der Sichtung umfangreicher Überlieferungen im Hinblick auf den Themenbezug bilden die mitunter schwierigen Fragen bei der Abwägung von Persönlichkeitsrechten mit entsprechenden Anonymisierungen sowie die zum Teil aufwändigen Ermittlungen, ob eine Person verstorben ist oder eine Information durch Recherche in entsprechenden Veröffentlichungen als offenkundig anzusehen ist, Schwerpunkte der Bearbeitung von Forschungs- und Medienanträgen.

Die Resonanz bei den Antragstellern auf die Bearbeitung ihrer Anträge ist durchweg positiv. Insbesondere die Forscher wissen die fachkundige Beratung gerade bei umfangreichen Projekten, mit zielgerichteten Recherchen in unterschiedlichen Beständen und Hilfe in unübersichtlichen Überlieferungslagen zu schätzen. Dies gilt ganz überwiegend auch für die Medienantragsteller, wenn gleich hier zuweilen den Wünschen nach personenbezogenen Recherchen durch die Regelungen des StUG zum Persönlichkeitsrechtsschutz Grenzen gesetzt sind.

Rehabilitierung und Wiedergutmachung

Die strafrechtliche Rehabilitierung Betroffener und ihre Anträge zum Zweck der Wiedergutmachung lösten auch in den beiden vergangenen Jahren wieder eine Vielzahl von Ersuchen der damit befassten Rehabilitierungsbehörden und Gerichte an den Bundesbeauftragten aus. Zwar ist die Zahl der Fälle gegenüber früheren Berichtszeiträumen insgesamt rückläufig, sie bewegt sich jedoch immer noch auf hohem Niveau. Viele Menschen, die in der DDR zwangsweise in Kinderheime und Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, haben im Berichtszeitraum nunmehr eine soziale Ausgleichsleistung beantragt. In den Stasi-Unterlagen werden oftmals Belege zur Sache vermutet, was allerdings nur zum Teil der Fall ist. Im Ergebnis kann der Bundesbeauftragte aber in zahlreichen Fällen durch Herausgabe von Unterlagen an die zuständigen Landesbehörden die Rehabilitierungsverfahren der Betroffenen unterstützen.

Der Bundesbeauftragte wird außerdem verstärkt durch Folgeanfragen nach einer gegebenen Mitteilung in streitige Auseinandersetzungen einbezogen, die zwischen Antragstellern auf Entschädigungsleistungen und den dafür zuständigen Behörden ausgetragen werden. Nicht selten werden von öffentlichen Stellen einschließlich Gerichten gutachterliche Stellungnahmen zur Erläuterung von Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes beim BStU in Auftrag gegeben bzw. zu in den Unterlagen dokumentierten Lebensverhältnissen in der ehemaligen

DDR nachgefragt, um die Entscheidungsgrundlagen zur Antragsbearbeitung zu ergänzen.

Mitteilungen zu Überprüfungen

Nachdem durch die vorangegangene Siebte StUG-Novellierung beschlossen worden war, dass zu einigen Verwendungszwecken – teils in eingeschränktem Umfang – weiterhin Überprüfungen möglich sind, wurde davon relativ kontinuierlich Gebrauch gemacht. Im Großen und Ganzen wurde die davor geltende Praxis fortgesetzt, auch im Berichtszeitraum bis Ende 2011. Besonders gilt dies für den Deutschen Bundestag, die Landesparlamente, die kommunalen Vertretungskörperschaften und die kommunalen Wahlbeamten in den neuen Bundesländern. Bei Führungspositionen im öffentlichen Dienst (und vergleichbaren Funktionen) waren die Eingangszahlen jedoch aufgrund des ab 2007 erheblich eingeschränkten überprüfbaren Personenkreises (erwartungsgemäß) schlagartig geringer geworden. Nach der Erweiterung ab dem 31. Dezember 2011 durch die Achte Novellierung haben die Eingangszahlen für den Bereich des öffentlichen Dienstes wieder zugenommen. Zu Mitarbeitern öffentlicher Stellen ab der Besoldungsgruppe A 9 bzw. E 9 wurden im Jahr 2012 zu 295 Personen Ersuchen eingereicht, von denen über ein Drittel allerdings abgelehnt werden musste. Bei den anderen Erweiterungen der Überprüfbarkeit (Gremienmitglieder und tatsächengestützter Verdacht) liegt die Zahl im zweistelligen Bereich (siehe Abschnitt 4.2.6.2). Hierbei trat beginnend mit dem Jahr 2009 die besonders im Land Brandenburg geführte politische Debatte um die Art und Weise der DDR-Aufarbeitung in diesem Bundesland in den Vordergrund. So wurde um Mitteilungen zum Zweck der Überprüfung sämtlicher Abgeordneter des Brandenburger Landtages, Tausender Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften und zahlreicher leitender Beamter aus dem Bereich der Polizei und weiterer Landeseinrichtungen ersucht (vgl. Abschnitt 4.2.6.1).

Grundsatzfragen der Verwendung von MfS-Unterlagen

Neben der Umsetzung der Achten Novellierung in der Praxis (siehe dazu Abschnitt 1.1), unter anderem durch die Überarbeitung der Richtlinien, waren die im Zusammenhang mit Anträgen auf Akteneinsicht entstehenden Streitfragen bei Widerspruchsverfahren oder ggf. verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu klären. Die Anzahl dieser Fälle ist im Verhältnis zur Zahl der Anträge und Auskünfte nach wie vor außerordentlich gering, was für eine weitgehende Akzeptanz der behördlichen Tätigkeit spricht. Die Mehrzahl der Streitfragen konnte im Rahmen des Widerspruchsverfahrens geklärt werden. In den wenigen Gerichtsverfahren wurde die Praxis der Behörde im Berichtszeitraum seitens des Verwaltungsgerichts durchgehend bestätigt (siehe dazu näher unter Abschnitt 4.5).

Das Interesse aus dem Ausland an den mittlerweile über 20 Jahre gesammelten Erfahrungen der Behörde mit der Verwendung der MfS-Unterlagen und den hiermit verbundenen rechtlichen und tatsächlichen gesellschaftlichen Fragen nimmt weiter zu. Dieses Interesse gerade an

den deutschen Erfahrungen gründet sich auch auf den Ruf, den sich die Behörde des Bundesbeauftragten in ihrer langjährigen kontinuierlichen Arbeit international erworben hat.

Es manifestiert sich in den Besuchen zahlreicher Juristen und anderer Vertreter von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen ebenso wie in Einladungen zu Vorträgen auf internationalen Tagungen. Einen besonderen Stellenwert im Zusammenhang mit der Verwendung der Stasi-Unterlagen nimmt in jüngerer Zeit das Thema „Transitional Justice“ ein, in dessen Rahmen ausgehend von Rechtsfragen die Auswirkungen der Diktaturen und deren juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung in den Transformationsländern diskutiert werden (siehe Kapitel 7).

1.4 Schwerpunkte der Forschung und der Unterrichtung der Öffentlichkeit

Schwerpunkte der Forschung

Die Forschungsabteilung beim Bundesbeauftragten konnte im Berichtszeitraum wesentliche Beiträge zu ihren vom Gesetzgeber festgelegten Aufgabenfeldern liefern. Ergebnis der Forschung waren Publikationen und Veranstaltungen, die der Unterrichtung der wissenschaftlichen Gemeinschaft und der interessierten Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Staatssicherheit dienen.

Das MfS-Handbuch „Anatomie der Staatssicherheit“, das sich mit der Struktur und Arbeitsweise des MfS am Beispiel einzelner Dienstseinheiten und Schwerpunktthemen befasst und ein umfangreiches Grundwissen zur Staatssicherheit zur Verfügung stellt, konnte im Berichtszeitraum nahezu abgeschlossen werden. Nunmehr liegen 27 Bände vor, nur eine Teillieferung (zur HA IX) steht noch aus.

Unter den zuletzt erschienenen Handbüchern war eine Darstellung zur Hauptabteilung VIII, die als sogenannte dienstnehmende Abteilung im Auftrag verschiedener Organisationseinheiten des MfS in der DDR, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland tätig wurde. Sie führte Beobachtungen und Ermittlungen durch, war für Durchsuchungen und Festnahmen verantwortlich und war somit im Bereich der Hauptaufgabe der Staatssicherheit tätig. Konkrete Fallbeispiele machen die nicht an Gesetze gebundene Arbeitsweise und die hohe Aggressivität deutlich, mit der das MfS seine Ziele verfolgte.

Mit der Handbuch-Teillieferung zur Hauptverwaltung A (HV A) konnte ein erstes Nachschlagewerk zu dieser vor allem in der Bundesrepublik nachrichtendienstlich arbeitenden Dienstseinheit vorgelegt werden. Da es der HV A gelang, ihre Akten im großen Umfang zu vernichten, handelt es sich bei diesem Handbuchkapitel um eine geschichtswissenschaftliche Rekonstruktion auf Basis fragmentierter Daten, die sich im Archiv des BStU befinden. Schon aufgrund dieser Tatsache musste der Band umfangreicher ausfallen und wird so die Grundlage für zukünftige Untersuchungen bilden.

Gleiches gilt für die Lieferung zu den Dienstseinheiten des MfS 1950 bis 1989, die als eine der wichtigen Übersichts-

werke innerhalb des Handbuchs über 200 Abteilungen von den Hauptverwaltungen bis zu zentralen Arbeitsgruppen hinsichtlich Aufgaben, Entwicklung, Struktur und Personalbestand erschließt. Das Kompendium kann als opulenter Schlussstein der „Anatomie der Staatssicherheit“ gelten: Darin werden die Teillieferungen untereinander verzahnt und Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb des MfS über die Jahrzehnte hinweg nachvollziehbar gemacht.

Das im Frühjahr 2011 in erster Auflage erschienene MfS-Lexikon bündelt die Informationen aus der Handbuchsreihe und die Erkenntnisse aus der nahezu zwanzigjährigen Forschungstätigkeit beim BStU und bereitet sie in kompakter und für weite Kreise nutzbarer Form auf. Die gute Aufnahme des Bandes machte bereits ein knappes Jahr nach dem Erscheinen eine 2. Auflage notwendig. Der Erfolg bestätigt, wie wichtig es ist, die Ergebnisse von Grundlagenforschung in fundierter Form zu popularisieren. Das Lexikon ist bereits innerhalb kurzer Zeit für die Fachwissenschaft, aber auch für alle historisch Interessierten zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk geworden. Der Bedeutung der Regionen für die Untersuchung der Tätigkeit des MfS wurde in dieser 2. Auflage in verstärktem Maße Rechnung getragen, indem sie um sämtliche Biografien der Leiter der Bezirksverwaltungen der Staatssicherheit erweitert wurde.

Einen unkomplizierten direkten Zugang zu MfS-Unterlagen bietet das Editionsprojekt „Die DDR im Blick der Stasi“. In ihm werden die geheimen Berichte, die das MfS zwischen 1953 und 1989 für die SED-Führung fertigte, in ihrer Gesamtheit publiziert. Sie erscheinen zunächst in Buchform mit einer auf CD beigegebenen Datenbank, stehen aber bereits ein Jahr später kostenlos und mit komfortablen Recherchemöglichkeiten versehen im Internet unter www.ddr-im-blick.de zur Verfügung. Im Berichtszeitraum konnten die Bände zu den Jahren 1961 und 1977 als Buch erscheinen; online stehen derzeit die Jahrgänge 1961, 1976 und 1988 bereit. Aufwändig aufbereitet und kommentiert von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Bundesbeauftragten, können die Berichte als Ausgangsbasis für weitergehende Forschungen dienen, aber auch einzelne Details der SED-Herrschaft erhellen.

Ähnlich gelagert ist das Publikationsprojekt „MfS-Dokumente online“. Unter diesem Titel veröffentlicht der Bundesbeauftragte zentrale Quellen zur Arbeit der Staatssicherheit auf der Homepage des BStU. Es handelt sich dabei um Dokumente, die unter bestimmten thematischen Gesichtspunkten im Rahmen einzelner Forschungsprojekte zusammengestellt wurden. Ihre Publikation in elektronischer Form soll leichten Zugriff auf grundlegende Dokumente der Staatssicherheit bieten. Das Portal umfasst unter anderem ein „Verzeichnis edierter Dokumente“, das bereits über 1 000 im Rahmen von Publikationen des BStU veröffentlichte Unterlagen auflistet. Das Angebot soll sukzessive ergänzt werden.

Die Beschäftigung mit den Stasi-Unterlagen als historische Quelle führt immer wieder zu der Frage, wie das MfS mit seiner Tätigkeit in die Gesellschaft hinein wirkte. Es ist nur folgerichtig, dass die Forschungsabtei-

lung beim BStU den eigenen Blick mehr und mehr weitete. Standen zunächst Struktur und Methoden des MfS im Fokus, so bekamen im Laufe der Tätigkeit die vielfältigen Wechselbeziehungen im Herrschaftsgefüge des SED-Staates und die Wirkungsweise der Geheimpolizei in die Gesellschaft der DDR hinein immer größeres Gewicht. Eine Neuakzentuierung, die auf der Forschungsperspektivenkonferenz des Bundesbeauftragten im Herbst 2012 von Fachleuten aus dem In- und Ausland begrüßt und nachdrücklich unterstützt wurde. Sie wird eine weitere Vernetzung der wissenschaftlichen Aktivitäten des BStU innerhalb der Forschungslandschaft befördern.

Schwerpunkte der Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Struktur, Methoden und Wirkungsweisen des DDR-Staatssicherheitsdienstes: diesem gesetzlichen Auftrag kommt der Bundesbeauftragte zunächst mit einem vielseitigen und abwechslungsreichen Bildungsprogramm nach.

Die Geschichte der DDR-Geheimpolizei ist für den nachgeborenen Betrachter weder inhaltlich noch materiell eine einfache Kost. In den überlieferten Stasi-Unterlagen finden sich Belege für die rechtswidrigen Methoden der Stasi, sie bezeugen erschütternde Erfahrungen von Menschen, die unter der Verfolgung und Bespitzelung der Stasi gelitten haben, sie zeigen die unterschiedlichen Schattierungen des Lebens in der ehemaligen DDR auf.

Es ist allerdings nicht nur die Schwere des Themas, nicht nur der wachsende Abstand zwischen damals und heute, den die Bildungsarbeit zu überbrücken hat: Auch der materielle Fundus der Arbeit des Bundesbeauftragten, die überlieferten Stasi-Unterlagen, stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Dokumente sind aus der Perspektive der Täter geschrieben und in der schwerfälligen, gedrechselten Sprache der Stasi verfasst. Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Stasi-Tätigkeit heißt somit letztlich auch, die Dokumente der Staatssicherheit lesen und verstehen zu helfen und ihren Inhalt in unsere heutige Begriffswelt zu transformieren.

Diese Aspekte greift der Bundesbeauftragte in seiner Bildungsarbeit aktiv auf. Es wird vermittelt, was die Stasi war, mit welchen Methoden sie gegen „feindlich-negative Elemente“ vorging, wie sich ihre Praxis auf das Leben der DDR-Bevölkerung auswirkte – und was diese Geschichte für unsere heutige gesamtdeutsche Gesellschaft bedeutet. Gerade dieser Gegenwartsbezug mit den Fragen nach den Grundrechten und der Verantwortung des Einzelnen für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft hilft, den Blick der nachgeborenen Generationen für die Stasi-Thematik zu öffnen.

Als sehr erfolgreich erwiesen sich weiterhin die schulspezifischen Angebote des Bundesbeauftragten: die Materialreihe „Quellen für die Schule“, Handreichungen für Lehrer, die Unterrichtsfilm sowie verschiedene Online-Angebote. Diese auf Schüler und Lehrkräfte zugeschnittenen Bildungsformate trafen auf sehr rege Nachfrage und positive Resonanz.

Die Beschäftigung mit der Stasi und der SED-Diktatur tritt gut 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution in eine neue Phase. Dass immer mehr Menschen, die keine eigene Erfahrung mit DDR und Mauerfall haben, sich mit dieser Vergangenheit beschäftigen können, verlangt neue Wege der Erzählung dieses historischen Kapitels deutscher Geschichte. Gleichzeitig gilt es aber auch, weiterhin diejenigen Menschen zu erreichen, für die die DDR nicht einfach nur ein historisches Kapitel, sondern Teil ihrer persönlichen Biografie ist. Dieser Herausforderung stellt sich der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen auch in seinen Veranstaltungen und in der Öffentlichkeits- und Pressearbeit.

Mit Veranstaltungen, Broschüren und vor allem auch dem Internet-Auftritt wird das Thema Stasi, Kontrolle der Bevölkerung, Repression und Haft, aber auch Widerstand und Zivilcourage auf vielfältige Art und Weise in publikumswirksame, oft auch aktuell reagierende Formate übersetzt.

In gut 800 Veranstaltungen mit über 78 000 Besucherinnen und Besuchern informierte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen 2011 und 2012 die Öffentlichkeit über Strukturen, Methoden und Wirkungsweise der DDR-Staatssicherheit, aber auch über die Tätigkeitsfelder und Dienstleistungen der Behörde, wie die Arbeit in den Archiven und den Service rund um die Akteneinsicht. Die Palette an Veranstaltungen, die der Bundesbeauftragte in Berlin wie in den Regionen, oftmals gemeinsam mit Kooperationspartnern, realisierte, umfasste Diskussionsrunden, Leseabende, Filmvorführungen und Zeitzeugengespräche.

Im Jahr 2012 stand eine Reihe von Veranstaltungen unter dem Motto „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“ im Zentrum. Zum 20. Jahrestag des Inkrafttretens des Stasi-Unterlagen-Gesetzes versuchte der Bundesbeauftragte in Berlin und seinen Außenstellen eine öffentliche Zwischenbilanz dessen, was es bedeutet, den Blick in die Unterlagen der Stasi zu werfen – persönlich, aber auch aus Forscher- und Journalistensicht oder aus Sicht der Opfer, die sich beispielsweise um ihre Rehabilitierung bemühen.

Gleich zum Auftakt des 20. Jahrestages kamen im Januar 2012 rund 6 000 Menschen zum „Bürgertag“ auf das Gelände des ehemaligen Stasi-Ministeriums. Die Wiedereröffnung des Stasi-Museums in „Haus 1“ war dabei ein besonderer Publikumsmagnet.

Weitere Akzente setzten die Gedenkveranstaltung zum 30. Todestag des Jenaer Oppositionellen Matthias Domaschk „Der Traum ist aus“ im April 2011, der Open-Air-Abend „Die DDR im Blick der Stasi 1961“ im Juni 2011 auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer oder die Filmreihe „STASI *doku* SCHICKSAL“, die den Blick auf die individuellen Erfahrungen von Stasi-Verfolgten lenkte. Wie diese ihr Schicksal aufarbeiten können und wie sich die Täter – hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter – mit ihrer Verantwortung auseinandersetzen, war Thema zahlreicher Veranstaltungen. Insbesondere die filmischen Porträts wirkten sehr berührend und regten das Publikum zur Diskussion an. Veranstaltungen mit Zeitzeu-

gen – meist Opfer der DDR-Diktatur und seltener Stasi-Mitarbeiter – erreichten durch die Schilderung ihrer persönlichen Erlebnisse und ihrer persönlichen Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit ein größeres Publikum. In den Regionen verzeichneten die Tage der offenen Tür viele Besucher.

Im Bereich Ausstellungen stand am Anfang des Berichtszeitraums (am 15. Januar 2011) die Eröffnung der Ausstellung „STASI. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“ durch den damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff und die damalige Bundesbeauftragte Marianne Birthler im BStU-Bildungszentrum in Berlin. In unmittelbarer Nähe des Touristenmagnets Checkpoint Charlie gelegen, erreicht sie viele Besucher. Am Ende (im November 2012) wurde der Gestaltungsauftrag für die künftige Dauerausstellung im Stasi-Museum in „Haus 1“ der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg vergeben. Bis zur Fertigstellung der neuen Dauerausstellung sind dort seit Januar 2012 am authentischen Ort im Stasi-Museum neben der komplett zugänglichen, im Original erhaltenen Etage von Stasi-Minister Mielke auf zwei weiteren Etagen provisorische Ausstellungen des Bürgervereins ASTAK e. V. und des BStU zu besichtigen.

Unverminderte Aufmerksamkeit erhielt die primär in den westlichen Bundesländern präsentierte Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Zu den Stationen in Kassel, Kaarst, Tübingen, Weil am Rhein oder Dorsten kamen zahlreiche Besucher, um sich über die Funktion und die Methoden der DDR-Staatssicherheit zu informieren und um zu erfahren, ob und inwiefern die ostdeutsche Stasi an ihrem westdeutschen Heimatort eingegriffen hat, und um über die Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit zu diskutieren. Hierzu werden jeweils Ausstellungstafeln mit regionalem Bezug angefertigt. Dabei zeigte sich erneut, dass es im Westen der Bundesrepublik zwar an Dokumentationsstellen mangelt, aber keineswegs an Wissensbedürfnis. Das Echo der Ausstellungsbesucher auf die Wanderausstellung war ein beredtes Zeugnis für den Wunsch, mehr über unsere jüngste Vergangenheit zu erfahren. Auch die anderen Ausstellungsangebote des Bundesbeauftragten haben ein breites Publikum erreicht. Es sind vor allem die konkreten regionalbezogenen Fallbeispiele, die den Betrachter anziehen und ihn zur Analyse der Geschehnisse und zur Empathie mit den Betroffenen anregen. Besondere Anziehungskraft bewies erneut das Thema Sport, wie die Berliner Sonderausstellung über den BFC Dynamo, die am Vorabend der Fußball-Europameisterschaft 2012 eröffnet worden war, nachdrücklich zeigte.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit hatte Vorrang, die Webseite der Behörde für ein breiteres Publikum gut nutzbar zu machen. Dazu gehört es, Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Staatssicherheit sowie die vielfältigen Tätigkeiten der Behörde nutzergerecht und verständlich darzustellen, Serviceangebote wie die Antragstellung zu vereinfachen und vor allem die Vielzahl unterschiedlichster Dokumente, Fotos und Filme aus den Archiven des BStU besser sortiert und in größerem Umfang als bisher abzubilden. Eine Mediathek und interaktivere Formate

sind in Arbeit und sollen bald auch den Dialog mit der nächsten Generation auf eine zeitgemäße Basis stellen.

Aufgaben und Tätigkeit der Stasi-Unterlagen-Behörde fanden im Berichtszeitraum auch ein stetiges mediales Interesse. Dominierende Themen der Berichterstattungen in Presse, Funk und Fernsehen waren neben der Amtsübergabe von Marianne Birthler an Roland Jahn die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, das Schwerpunktthema „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“, der Dialog mit jungen Menschen, die die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, und die Bedeutung authentischer Orte für die Aufarbeitung. Ebenfalls fand das Thema der virtuellen Rekonstruktion von Stasi-Unterlagen sowie das Interesse von Vertretern arabischer Nationen an den Beständen und der Arbeitsweise im Archiv der Zentralstelle des BStU starke Aufmerksamkeit der Medien.

2 Die Behörde des BStU

2.1 Organisationsstruktur

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) hat die Organisationsstruktur seiner Behörde (siehe Anhang 1) im Berichtszeitraum verändert, um die ihm nach § 37 Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) zugewiesene Aufgabe der Unterrichtung der Öffentlichkeit besser zu erfüllen und die Arbeitsprozesse im Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit effektiver zu gestalten.

Dazu wurde am 22. Mai 2012 die Stabsstelle Kommunikation eingerichtet und direkt der Behördenleitung unterstellt. Damit sind die Aufgaben Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen sowie die Aufgaben zur Darstellung der Behörde im Internet und der Kommunikation in modernen Netzwerken organisatorisch an einer Stelle gebündelt.

Die Standorte der Behörde sind unverändert: Sie hat eine Zentralstelle in Berlin mit drei Liegenschaften sowie zwölf Außenstellen in den neuen Bundesländern (siehe Anhänge 1 und 2). Nach Auflösung der Außenstelle Potsdam im Jahr 2009 wurde in der „Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ in der Lindenstraße 54/55 eine Bürgerberatungsstelle eingerichtet.

Im Berichtszeitraum wurden die Prüfungen zur Entwicklung der Regionalstruktur fortgesetzt. Dabei standen Gesichtspunkte im Vordergrund, ob und wie authentische Orte und Einrichtungen des Stasi-Apparates, insbesondere die Untersuchungshaftanstalten, seitens des BStU genutzt werden könnten – sei es insgesamt als Liegenschaft für Außenstellen oder für Aufgaben der Unterrichtung der Öffentlichkeit am Standort der Außenstelle. Dem Bundesbeauftragten war dabei eine intensive Abstimmung mit den jeweiligen Ländern wichtig.

2.2 Beirat

Beim Bundesbeauftragten ist ein Beirat eingerichtet (§ 39 StUG). Der Bundesbeauftragte berichtet dem Beirat über grundsätzliche und andere wichtige Angelegenheiten und berät diese mit ihm. Ihm gehören acht Mitglieder an, die

vom Deutschen Bundestag gewählt werden, sowie neun Mitglieder, die von den Landtagen der neuen Bundesländer benannt werden (siehe Anhang 3). Die Zusammensetzung des Gremiums trägt dem besonderen Interesse an Aufarbeitung in den neuen Bundesländern Rechnung. Im Berichtszeitraum fanden fünf Beiratssitzungen und zwei Sondersitzungen statt.

Einer der wichtigsten Beratungspunkte des Beirats war die Novellierung des StUG. Nach einer ausführlichen Erörterung der Vorschläge der Behörde und des seinerzeit vorliegenden Entwurfs der Koalitionsfraktionen im Juni 2011 wandte sich der Beirat per Brief an den Deutschen Bundestag. Er begrüßte darin ausdrücklich die vorgesehene Erweiterung der Überprüfungsmöglichkeiten sowie die geplanten Verbesserungen der Zugangsmöglichkeiten zu den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) für Privatpersonen sowie für Forschung und Medien: „In Ergänzung zu der bereits vorgesehenen Erweiterung des Kreises der überprüfbaren Personen um die Inhaber leitender Funktionen im öffentlichen Dienst ab der Besoldungsgruppe A 13 bzw. der Entgeltgruppe E 13 (Gesetzesentwurf zu §§ 20 und 21 Absatz 1 Nummer 6d StUG) (schlug) der Beirat die Einfügung einer gesonderten Klausel vor, die die Überprüfbarkeit derjenigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes regelt, die in den Bereichen Justiz und Polizei leitende Funktionen innehaben und hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. In diesen Bereichen sollte auch das Führungspersonal der unteren Ebenen bereits ab der Besoldungsgruppe A 9 bzw. der Entgeltgruppe E 9 überprüfbar sein.“ Abgesehen von der Bezugnahme auf die Bereiche Justiz und Polizei, folgte der Gesetzgeber diesem Vorschlag, genauso wie grundsätzlich der folgenden Überlegung:

„Im Hinblick auf die im Gesetzesentwurf vorgesehene Erweiterung der Zugangsrechte für nahe Angehörige nach § 15 StUG gibt der Beirat zu bedenken, dass der Begriff der ‚sonstigen berechtigten Interessen‘ grundsätzlich weit ausgelegt wird. Nach der aktuellen Fassung des Entwurfes müsste nahezu jede sachliche Begründung als berechtigtes Interesse anerkannt werden, beispielsweise auch die Klärung vermögensrechtlicher Fragen oder sonstiger Familienstreitigkeiten. Dieses Umstands sollte sich der Gesetzgeber bewusst sein. Angeregt wird daher eine klarere und – im Hinblick auf den Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes – präzisere Definition der in diesem Zusammenhang geltend zu machenden berechtigten Interessen, zumindest in der Begründung des Gesetzes.“

Schließlich regte der Beirat in eigener Sache eine präzisierende Klarstellung zur Verschwiegenheitspflicht nach § 39 Absatz 4 StUG an, welche auch erfolgte. Nach der neuen Regelung in § 39 Absatz 4 Satz 1 bezieht sich die Verschwiegenheitspflicht nun auf die den Beiratsmitgliedern „bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen nicht offenkundigen personenbezogenen Informationen und sonstigen vertrauliche(n) Informationen“, zuvor allgemein auf „die bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, soweit sie nicht offenkundig sind“.

Mit der Neuaufnahme des § 37a (Beschäftigung von Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes) in das StUG

konnte sich der Beirat erst nach der Beschlussfassung im Deutschen Bundestag befassen.

In mehreren Sitzungen des Beirats wurden grundsätzliche Fragen wie die Veränderung der Regionalstruktur des BStU, diesbezüglich auch die Kooperation mit anderen Trägern der Aufarbeitung, und die perspektivische Ansiedlung des Archivguts des BStU (zentral/dezentral; Bundesarchiv/BStU) diskutiert. Intensiv beraten wurden diese Themen in einer Klausur im März 2012 mit zwei Schwerpunktthemen: a) Perspektiven für das Archivgut des BStU, b) Zur Situation der historischen Bildung mit besonderem Blick auf die regionale Aufarbeitung.

Zum ersten Punkt legte die Behörde einen Grundlagentext der Abteilung Archivbestände (AR) „Zukunft in Einheit – Für die unzertrennte Erhaltung, Pflege und Nutzung des MfS-Archivgutes“ (siehe Anhang 4) vor. Es gab im Beirat eine deutliche, aber nicht einhellige Tendenz zugunsten des Zusammenhalts der MfS-Unterlagen und des Umgangs nach speziellen gesetzlichen Bestimmungen mit diesen besonderen Unterlagen. Eine Fortsetzung der Diskussion wurde vereinbart. Zum zweiten Punkt waren sich der Bundesbeauftragte und der Beirat einig im Wert der Pluralität der Träger der historisch-politischen Bildung, insbesondere in den Regionen.

Neben den bereits genannten Themen befasste sich der Beirat mit den erfreulichen Entwicklungen beim sogenannten Haus 1 in der ehemaligen Zentrale des MfS (erfolgreiche Sanierung; verbesserte Zusammenarbeit zwischen der „Antistalinistischen Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.“ (ASTAK) und dem BStU) und beriet das Konzept der künftigen Ausstellung (siehe Kapitel 6). In seiner Sitzung im Oktober 2012 diskutierte er die Idee des Bundesbeauftragten für einen „Campus der Demokratie“ auf dem Gelände der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit und nahm die Pläne der Behörde zum Umzug von weiteren Teilen der Abteilung Bildung und Forschung (BF) an den Standort Magdalenenstraße zustimmend zur Kenntnis.

Bereits im Mai 2011 war eine Sondersitzung des Beirats anberaumt worden, veranlasst durch eine öffentliche Debatte zum Thema der Beschäftigung ehemaliger Mitarbeiter des MfS in der Behörde; in der Sitzung wurden auch weitere Themen behandelt. Nach einer intensiven Diskussion wurde die folgende öffentliche Stellungnahme verabschiedet, um zu signalisieren, dass Beirat und Bundesbeauftragter sich im Ziel einig seien: „Die Beschäftigung ehemaliger Mitarbeiter des MfS bei dem BStU belastet die öffentliche Wahrnehmung der Behörde. Eine Versetzung dieser Beschäftigten in andere Bundesbehörden ist deshalb wünschenswert. Dabei dürfen rechtsstaatliche Grundsätze selbstverständlich nicht verletzt werden. Im Übrigen wartet der Beirat das in Auftrag gegebene arbeitsrechtliche Gutachten ab.“

Der Vorstand des Beirats wurde im Berichtszeitraum zwei Mal in bisheriger Besetzung bestätigt (Herr Prof. Richard Schröder als Vorsitzender, Frau Ulrike Poppe als 1. stellvertretende Vorsitzende, Herr Rainer Eppelmann als 2. stellvertretender Vorsitzender).

2.3 Personal

2.3.1 Personalbestand und Personalentwicklung

Erstmals mit dem Haushaltsjahr 2012 wurde dem BStU eingeräumt, 46 Stellen mit einem kw-Vermerk (kw = künftig wegfallend; diese Stellen können nach dem Ausscheiden des oder der betreffenden Beschäftigten nicht nachbesetzt werden) zu schieben, um dem problematischen Rückgang beim Personal gerade in Servicebereichen wie der Aktenauskunft und den Archiven durch gezielte Personalmaßnahmen entgegenwirken zu können. Da hierfür jedoch keine zusätzlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt wurden, konnte im Berichtszeitraum unter Verzicht auf die Nachbesetzung anderer Stellen tatsächlich nur die Schiebung für insgesamt 26 Stellen (im Jahr 2012) beantragt und genehmigt werden; auf Grundlage dessen wurden sechs befristete Arbeitsverträge in unbefristete umgewandelt und 20 externe Neueinstellungen im Jahr 2012 vorgenommen bzw. vorbereitet.

Aufgrund der knappen Haushaltsmittel für den Personalbereich war der Trend der Verringerung des Personalbestandes nicht aufzuhalten. Waren es im Jahr 2010 noch 1 825 Beschäftigte, so sind es zum Jahresende 2012 nur noch 1 708 gewesen (siehe Schaubild zum Personalbestand). Tatsächlich in der Behörde tätig waren Ende 2012 1 589 Menschen; die Differenz erklärt sich im Wesentlichen aus der Inanspruchnahme von Altersteilzeit.

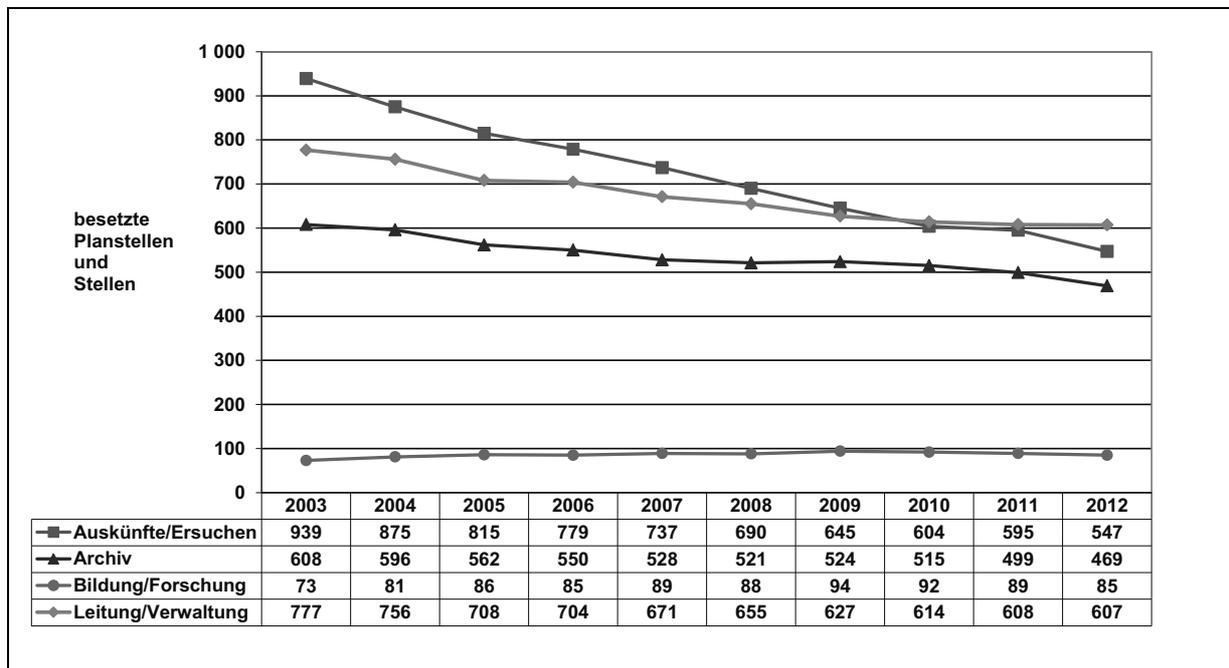
Großes Augenmerk bei der Personalentwicklung wurde auf die interne Ausschöpfung personeller Ressourcen zur Verstärkung der Fachabteilungen Auskunft und Archivbestände der Behörde gelegt. So sind Beschäftigte der Verwaltung und der Abteilung Bildung und Forschung in die Bereiche der Akteneinsicht gewechselt. Durch befristete und unbefristete interne Umsetzungen von zehn Beschäftigten wurden die Kartei- und Magazinbereiche der Zentralstelle und der Außenstellen verstärkt.

Die Behörde legt großen Wert darauf, dass die Gleichbehandlung der Beschäftigten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durchgesetzt werden. Es gibt 46 verschiedene individuelle Teilzeitmodelle, die von 256 Beschäftigten in Anspruch genommen werden, davon sind 216 weiblich. Zehn Beschäftigte nehmen derzeit die Möglichkeit der Teilnahme an alternierender Telearbeit wahr. Der Anteil schwerbehinderter Menschen an der Belegschaft liegt bereits seit 2006 dauerhaft über 10 Prozent.

2.3.2 Fort- und Weiterbildung

Wie beschrieben, sinkt bei wachsendem Aufgabenvolumen die Zahl der Beschäftigten. Deshalb kommt es dem BStU mehr denn je auf eine effiziente Aufgabenerledigung vor allem durch einen gut strukturierten Einsatz des Personals sowie durch die Unterstützung der individuellen Leistungsstärke und Einsatzbereitschaft jedes Beschäftigten an. Der mittel- und langfristigen Personalentwicklung und Fortbildung kommt dabei eine wichtige begleitende Rolle zu, und zwar gleichermaßen für neue berufliche Tätigkeiten in der Behörde wie auch für die weitere Tätigkeit im

Entwicklung des Personalbestandes des BStU (nach Aufgabenbereichen)



jahrelang gewohnten Arbeitsbereich. Im Berichtszeitraum standen Inhouse-Seminare u. a. zu den Themen „Kommunikation“ und „Konfliktbewältigung“, zum StUG und zum Datenschutz im Mittelpunkt. Für die beim BStU als Ausbilderinnen und Ausbilder fungierenden Beschäftigten – es sind über 200 – wurden verschiedene Workshops zur Auffrischung des Wissens und zum gegenseitigen Austausch veranstaltet. Für neue Ausbilderinnen und Ausbilder gab es ein Grund- und ein Aufbauseminar.

Speziell für die Beschäftigten des Auskunftsbereiches wurden Seminare „Effektive Lesetechniken“ organisiert, die auf große Resonanz stießen. An insgesamt vier Veranstaltungen nahmen 49 Beschäftigte teil. Die 2010 begonnene Seminarreihe „Professionell kommunizieren und erfolgreich agieren“ sowie „Einführung in das StUG“ wurde 2011 und 2012 weiter geführt. Insgesamt waren es acht Veranstaltungen mit 132 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die seit Dezember 2009 regelmäßig stattfindenden Supervisions-Sitzungen für Kolleginnen und Kollegen der Abteilung Auskunft in der Zentralstelle und den Außenstellen fanden auch im Berichtszeitraum weiter statt. Neue Beschäftigte kamen hinzu, andere beendeten ihre Teilnahme. Die Rückmeldungen der Teilnehmer zum Nutzen der Supervision sind durchgehend positiv und belegen, dass Supervision eine gute Möglichkeit ist, Unterstützung in der täglichen Arbeit zu erfahren. Das Angebot, in der Gruppe Fragen der täglichen Facharbeit miteinander zu besprechen, bereichsübergreifend den Blickwinkel zu erweitern und im Konfliktfall gemeinsam nach Lösungen zu suchen,

soll aufrechterhalten werden. Im Berichtszeitraum nahmen 45 Beschäftigte der Zentralstelle und der Außenstellen an der Supervision teil.

2.3.3 Ausbildung

Die Zahl der Auszubildenden beim BStU ist seit 2005 auf hohem Niveau. Im September 2011 waren in der Berliner Zentralstelle und den Außenstellen 73 junge Menschen in der Ausbildung. Im September 2012 begannen 16 junge Frauen und Männer ihre Ausbildung: sieben Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste (vier in der Zentralstelle, drei in den Außenstellen), acht Fachangestellte für Bürokommunikation sowie ein Fachinformatiker (in der Zentralstelle). Insgesamt erlernen damit derzeit 80 Auszubildende einen Beruf beim BStU.

2011 beendeten beim BStU 61 junge Menschen ihre Ausbildung, 2012 waren es drei. Drei Auszubildende wurden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen, 15 Stellen konnten für die Dauer eines Jahres für die ausgebildeten Azubis als Anschlussbeschäftigung zur Verfügung gestellt werden.

2.3.4 Betriebliche Gesundheitsförderung

Die Betriebliche Gesundheitsförderung, zu der weiterhin der Arbeitskreis Gesundheit gehört, ist ein fester Bestandteil der Behörde. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 Sozialgesetzbuch (SGB) IX soll Nutzen sowohl für die Arbeitnehmer- als auch für die Arbeitgeberseite bringen. Es wurde umfassend dafür ge-

worben, das BEM als Prozess sowie als Hilfsangebot für alle Seiten zu begreifen und die Rückkehr der Beschäftigten in das Arbeitsleben ganzheitlich zu betrachten.

Der Krankenstand ist im Vergleich zu den Vorjahren erneut gestiegen. So ergeben sich für das Jahr 2011 Fehlzeiten von 25,85 Arbeitstagen, für das Jahr 2012 Fehlzeiten von 25,45 Arbeitstagen pro Mitarbeiterin bzw. Mitarbeiter. Das liegt vor allem an dem hohen Altersdurchschnitt der Beschäftigten, den steigenden Anforderungen durch den Personalrückgang sowie der hochsensiblen Arbeitsmaterie. Hier besteht eine besondere Fürsorgepflicht durch die personalbetreuenden Bereiche. Auch werden die Aufgaben, beeinflusst durch den steigenden Altersschnitt der Beschäftigten, oft belastender wahrgenommen. Hier setzen die Maßnahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung an. Wie in den Jahren davor handelte es sich um verhaltens- und verhältnisorientierte Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Beschäftigten. Im Einzelnen gab es Angebote im Sportbereich, Schulungen, Einzel- sowie Teamcoaching, Informationsveranstaltungen im Bereich Sucht- und Gesundheitsprävention.

Die Beschäftigten können sich jederzeit im Intranet und an Aufstellern mit Broschüren, Flyern sowie Zeitschriften zu unterschiedlichen Themen mit Gesundheitsbezug informieren.

2.4 Haushalt

Im Haushaltsjahr 2011 lagen die Gesamtausgaben des BStU bei 97 596 000 Euro. Sie setzen sich zusammen aus 77 386 000 Euro für Personalausgaben (79,3 Prozent der Gesamtausgaben), 17 998 000 Euro für sächliche Verwaltungsausgaben (18,4 Prozent), 192 000 Euro für Ausgaben für Zuweisungen/Zuschüsse (0,2 Prozent) sowie 2 020 000 Euro für Ausgaben für Investitionen (2,1 Prozent). Bauausgaben tätigte der BStU nicht mehr, da alle Liegenschaften in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben überführt wurden.

Im Haushaltsjahr 2012 betragen die Gesamtausgaben 100 167 000 Euro, dabei lagen die Personalausgaben bei 77 161 000 Euro (77,0 Prozent), die sächlichen Verwaltungsausgaben bei 17 977 000 Euro (17,9 Prozent), die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse bei 371 000 Euro (0,4 Prozent) und die Ausgaben für Investitionen bei 4 658 000 Euro (4,7 Prozent).

Der Haushaltsplan 2013 sieht ein Volumen von 99 970 000 Euro vor, darunter 78 468 000 Euro für Personalausgaben, 18 821 000 Euro für sächliche Verwaltungsausgaben, 116 000 Euro Ausgaben für Zuweisungen/Zuschüsse und 2 565 000 Euro Ausgaben für Investitionen.

2.5 Liegenschaften

Unabhängig von den Überlegungen und Konzeptionen des Bundesbeauftragten zur Entwicklung der Regionalstruktur (siehe Vorwort) gab es im Berichtszeitraum für die Außenstellen in den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen

und Thüringen außer den normalen Maßnahmen des Bauunterhalts für die Liegenschaften keine erwähnenswerten Vorhaben.

In der Zentralstelle in Berlin-Lichtenberg konnten die Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Archivgebäudes beendet werden. Neben dem Aspekt, den CO₂-Ausstoß klimafreundlich zu verringern, ist wichtig, dass künftig auch Einsparungen beim Energieverbrauch für die Liegenschaft und damit eine Reduzierung von Betriebskosten erwartet werden.

Gemäß dem Gedenkstättenkonzept des Bundes, das für das „Haus 1“ auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale die Errichtung eines Dokumentations- und Bildungszentrums „Repression in der SED-Diktatur“ vorsieht, wurde dieses Gebäude unter strengen denkmalpflegerischen Gesichtspunkten restauriert. Es handelt sich um das Gebäude, in dem sich bis 1989 der Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit befand und das nach dem Ende der DDR dem Land Berlin gehörte. Im Gedenkstättenkonzept war festgelegt worden, dass der Bau wegen seiner historischen Bedeutung erhalten werden sollte. Auch vor dem Hintergrund entsprechender Äußerungen der Bundeskanzlerin anlässlich eines Besuchs der Behörde im Jahr 2009 wurde letztlich beschlossen, das Haus aus Mitteln des Konjunkturpakets II zu sanieren. Der Bund kaufte dem Land Berlin die Liegenschaft zu einem symbolischen Preis von einem Euro ab. Die für die Sanierung zur Verfügung gestellten Mittel beliefen sich auf 11 Millionen Euro. Nach dem vollständigen Freizug des Gebäudes wurden die Arbeiten im Mai 2010 unter Federführung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Einbindung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien begonnen und wie geplant im Dezember 2011 beendet.

Am 14. Januar 2012 fand auf Einladung des Staatsministers für Kultur und Medien die feierliche Eröffnung des denkmalgerecht instandgesetzten Hauses statt. Zu diesem Zeitpunkt übernahm es der BStU als Verantwortlicher gemäß Gedenkstättenkonzept und stellt nun seinerseits die Räumlichkeiten Aufarbeitungsvereinen und Opferinitiativen zur Verfügung. Dabei handelt es sich im Einzelnen um die Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V. (ASTAK), die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), das Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V., das Osteuropa Zentrum Berlin, das Bürgerkomitee 15. Januar e. V., den BSV-Förderverein für Beratung e. V. sowie Help e. V. – Hilfsorganisation für Opfer politischer Gewalt in Europa.

Gemeinsam mit der ASTAK betreibt der BStU in „Haus 1“ das Stasi-Museum. Bis Ende 2013 wird die derzeitige Ausstellung im Bildungszentrum des BStU in der Zimmerstraße in Berlin-Mitte geöffnet sein. Die Nutzung der Liegenschaft konnte durch eine Vertragsverlängerung bis zu diesem Zeitpunkt sichergestellt werden.

2.6 Informationstechnik

Auf die Informationstechnik kamen gemäß der Ergebnisse des Projektes „IT-Analyse“ (siehe Neunter Tätigkeitsbe-

richt, S. 19) und der daraus resultierenden Zunahme von Projekten neue Herausforderungen hinsichtlich der Infrastruktur und der Softwaretechnologie zu. Durch die Umstellung auf moderne Blade-Server-Systeme und die Virtualisierung von Servern erfolgte eine Konsolidierung der IT-Infrastruktur. Softwareseitig werden zurzeit die Serverbetriebssysteme HP-Unix und Novell NetWare durch die offeneren und unabhängigeren Betriebssysteme Suse Linux Enterprise Server und Open Enterprise Server für Linux abgelöst. Im Rahmen der Konsolidierung der Infrastruktur erfolgt ebenfalls eine Ablösung des Datenbanksystems Informix durch Oracle sowie eine Portierung der alten Datenbank-Bearbeitungsprogramme auf neue browserbasierte Programme. Mit der Migration des Client-Betriebssystems wurde 2012 begonnen.

Die IT-Strategie des BStU richtet sich an den vorrangigen Aufgabenfeldern der Behörde aus: dem unmittelbaren Service für die Antragsteller, der langfristigen Sicherung der Archivgüter und der Weiterentwicklung der Angebote im Internet. Für die kommenden Jahre wurden in Abstimmung mit allen Fachbereichen folgende strategische IT-Vorhaben festgelegt:

- digitale Langzeitarchivierung,
- Digitalisierung der beiden zentralen Karteien F 16 und F 22,
- Geschäftsprozessmanagement – technische Unterstützung,
- Digitalisierung von MfS-Unterlagen zur Nutzung und
- virtuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen.

Die Umsetzung dieser Vorhaben wird davon abhängen, ob die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

2.7 Informationssicherheit und Datenschutz

Datenschutz und Informationssicherheit sind unterschiedliche Anforderungsbereiche. Datenschutz bezieht sich auf das Individuum, zunächst – wie bei allen Arbeitgebern – auf die Beschäftigten und deren informationelles Selbstbestimmungsrecht. Für den BStU im Besonderen kommt es darauf an, bei der Verwendung der MfS-Unterlagen nach den verschiedenen Zielen des StUG nicht die Persönlichkeitsrechte Dritter zu verletzen. Informationssicherheit ist als dauerhafter und komplexer Prozess zu begreifen, der die Planung, die Konzeption, den Betrieb und die regelmäßige Anpassung aller Aspekte der Informationsverarbeitung in einem gegebenen Umfeld beinhaltet.

Dem BStU ist es im Berichtszeitraum auf dem Gebiet der Informationssicherheit gelungen, den von der Bundesregierung mit der Verabschiedung entsprechender Grundsatzzapfele geforderten Informationssicherheitsprozess fest in die behördlichen Strukturen und Prozesse zu integrieren.

In einer langfristig gewachsenen Behördenstruktur mit zahlreichen Liegenschaften ist es immer eine Herausforderung, Sicherheitsansprüche angemessen einzubringen und mit konkreten Maßnahmen umzusetzen. So hat sich

das Sicherheitsmanagement des BStU im Berichtszeitraum mit den Möglichkeiten des sicheren Internetsurfens auseinandergesetzt. Im Ergebnis wurde eine Lösung ausgewählt, die auf einem Sicherheitskonzept des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) beruht, welches die Sicherheitsfunktionalitäten von Software und Hardware dafür optimal kombiniert. Diese Lösung ermöglicht den freieren Internetzugang auf mediale, interaktive Inhalte und hält dabei Schadsoftware vom Netzwerk des BStU fern. Damit wurde die Informationssicherheit gestärkt.

Die Berichterstattungen in den Medien über massive Angriffe auf IT-Infrastrukturen, auch auf die von Behörden, schärfen das Risikobewusstsein aller Beschäftigten des BStU. Die kritische Wahrnehmung des Einzelnen für dieses gesellschaftlich und behördlich wichtige Thema hat sich erhöht. Die Basis dafür hat die Behörde in den Jahren 2010/2011 mit einer auf das Haus abgestimmten Sensibilisierungskampagne zur Informationssicherheit für alle Beschäftigten geschaffen; seit Herbst 2012 wird sie im Rahmen der Migration auf ein neues Betriebssystem aufgefrischt. Damit diese Basiskompetenz in Sicherheitsfragen keine Momentaufnahme bleibt, sind weitere Maßnahmen zur Vertiefung des Themas Informationssicherheit für die Folgejahre konzipiert.

Durch die angestrebte Zertifizierung nach ISO 27001 auf der Basis von BSI IT Grundschutz will der BStU dokumentieren, dass er im Behördenverbund ein verlässlicher IT-Partner ist und sich an den Anforderungen der vernetzten Behördenzusammenarbeit orientiert. Dieses Vorgehen hilft der Behörde auch, die hohen Ansprüche aus dem gesetzlichen Auftrag des StUG und aus § 1 Absatz 1 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), der die Wahrung des „informationellen Selbstbestimmungsrechts“ einfordert, gut zu erfüllen. Der BStU nutzt die Angebote und Beratungskompetenz des BSI, zieht externen Sachverstand zu Rate und setzt die im BSI-Gesetz festgeschriebenen Forderungen um. Die für dieses Ziel erforderlichen rechtlichen Regelungen und technischen Maßnahmen sind gut aufeinander abgestimmt, sodass die geforderte rechtliche Sicherheit bei der Verwaltung und Verwendung von Daten und Informationen erreicht wird. Hierzu arbeiten Datenschutz und Informationssicherheit eng zusammen und beziehen zu Fragen des Geheimenschutzes den behördlichen Beauftragten ein.

Im Berichtszeitraum ist die Sensibilisierung der Beschäftigten im Umgang mit den ihnen anvertrauten personenbezogenen Daten durch regelmäßige Seminare und Beratungsgespräche gefestigt worden. Grundsätzlich erhält jeder neue Beschäftigte nach dem Eintritt in die Behörde ein datenschutzrechtliches Seminar sowie eine Schulung zum Stasi-Unterlagen-Gesetz. Parallel dazu wurden Netzwerke zu anderen behördlichen Datenschützern ausgebaut. So findet beispielsweise jährlich ein Erfahrungsaustausch mit Beauftragten für Datenschutz aus anderen Bundesbehörden statt.

Im Berichtszeitraum besuchte der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) den BStU dreimal. Neben einer Beratung zum Umgang mit

Personalaktendaten und einem inzwischen fest etablierten jährlichen Fachgespräch zwischen dem BfDI und dem BStU zu allgemein anstehenden datenschutzrechtlichen Fragen ging es bei einem Kontrollbesuch im September 2011 insbesondere um die Prüfung, ob der BStU datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Bearbeitung der Forschungs- und Medienanträge nach §§ 32 bis 34 StUG eingehalten hatte. Auch die interne Forschungsarbeit stand im Fokus. Der BfDI stellte das sehr hohe datenschutzrechtliche Niveau im Umgang mit den MfS-Unterlagen sowohl bei der Bearbeitung von Anträgen auf Akteneinsicht als auch bei der Forschung durch Wissenschaftler des BStU wie durch externe Wissenschaftler fest und informierte darüber in seinem 23. Tätigkeitsbericht.

2.8 Anträge nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Im Berichtszeitraum wurden beim Beauftragten für das Informationsfreiheitsgesetz insgesamt 34 Anträge auf Einsicht in Behördenunterlagen gestellt. Eine besondere Bedeutung hatten sieben Anträge von Gutachtern, die von der Brandenburger Enquetekommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ bestellt waren. Die Gutachter hatten die Aufgabe, zu unterschiedlichen Bereichen (Rechtsanwälte, Landtagsabgeordnete, regionale Vertretungskörperschaften) für das Land Brandenburg die Kontinuität/Diskontinuität von Eliten aus der ehemaligen DDR zu untersuchen. Insbesondere sollte die Brandenburger Überprüfungspraxis bezüglich der untersuchten Personenkreise seit Beginn der 90er-Jahre bis heute überprüft werden. Eine besondere Schwierigkeit dieser Antragsbearbeitung bestand darin, sowohl Regelungsinhalte des Informationsfreiheitsgesetzes als auch des Stasi-Unterlagen-Gesetzes zu berücksichtigen. Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte waren Hunderte von Beteiligungsverfahren durchzuführen.

3 Archivbestände

3.1 Arbeitsschwerpunkte

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum waren die archivische Erschließung für die Zwecke des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG), die vorbeugende Bestandserhaltung, die Nutzung weiterentwickelter Möglichkeiten der Informationstechnik, die Bereitstellung von Erschließungsdaten im Internet für Recherchen zur politisch-historischen Aufarbeitung sowie die Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen.

Der Deutsche Bundestag hat mit dem StUG dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) neben anderen Aufgaben aufgetragen, die Stasi-Unterlagen nach archivischen Grundsätzen zu erschließen. Um die Unterlagen für die vielfältigen Verwendungszwecke des StUG nutzen zu können, ist zumeist eine sehr intensive Erschließung notwendig. Archivische Erschließung umfasst die Ordnung und Verzeichnung aller dauerhaft aufbewahrungswürdigen Unterlagen. Nach Maßgabe des StUG ha-

ben alle Bürgerinnen und Bürger Anspruch darauf, Auskunft darüber zu verlangen, ob in den erschlossenen Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Informationen zu ihrer Person vorhanden sind. Darum beinhaltet die archivische Verzeichnung der Unterlagen beim BStU weiterhin zugleich die umfassende Aufnahme von Daten derjenigen bestimmbarer Personen, zu denen der Staatssicherheitsdienst nach Ausweis der betreffenden archivalischen Quelle tätig geworden ist. Die dann jeweils erforderliche genaue Datenaufnahme im elektronischen Personenregister (EPR) und deren Verifizierung gestalten sich äußerst arbeits- und zeitintensiv für die Archivarinnen und Archivare des BStU.

Die Erschließung folgte auch im Berichtszeitraum den gemeinsam mit den Fachabteilungen Auskunft (AU) und Bildung und Forschung (BF) gebildeten Prioritäten, die ihrerseits weiterhin grundsätzlich den archivischen Prinzipien der Bestandsbearbeitung verpflichtet waren und regelmäßig auch mit den Außenstellen des BStU abgestimmt wurden. Im Berichtszeitraum wurde insgesamt 2 200 lfd. M. Schriftgut (in Papierform) erschlossen. Darüber hinaus wurden 215 000 Fotos sowie 1 100 Stück Tonaufzeichnungen erschlossen. Auch in diesem Berichtszeitraum konnte die Erschließungsarbeit an einer Reihe von Teilbeständen abgeschlossen werden, so z. B. an den Teilbeständen Hauptabteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr), Hauptabteilung VII (Abwehrarbeit Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei), Abteilung XIV (Untersuchungshaft und Strafvollzug), Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) und Abteilung 26 (Telefonüberwachung) (siehe Abschnitte 3.2.1.2 und 3.2.2).

In der Zentralstelle wurde an 23 Teilbeständen des Schriftguts zentraler MfS-Dienstseinheiten gearbeitet. Diese Teilbestände waren außer den oben bereits genannten: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG), Hauptabteilung KuSch (Kader und Schulung), Hauptabteilung II (Spionageabwehr), Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan), Abteilung Finanzen, Hauptabteilung PS (Personenschutz), Wachregiment, VRD (Verwaltung Rückwärtige Dienste), Hauptabteilung XVIII (Sicherung der Volkswirtschaft), Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post, Nachrichten), Hauptabteilung I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen), Hauptabteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung), Hauptabteilung XXII (Terrorabwehr), Arbeitsgruppe XVII (Besucherbüro West-Berlin), OTS (Operativ-technischer Sektor), Abteilung XI (Chiffrierwesen), Abteilung BCD (Bewaffnung, Chemischer Dienst) sowie VEB (Volkseigener Betrieb) Spezialhochbau Berlin.

Insgesamt sind von 111 000 lfd. M. Schriftgut inzwischen 103 800 lfd. M. sachthematisch oder personenbezogen zugänglich. Knapp 94 Prozent dieser Unterlagen sind personenbezogen recherchierbar, 88 Prozent der Unterlagen aus den MfS-Dienstseinheiten (Teilbestände) liegen sachbezogen erschlossen vor.

Sechs Außenstellen konnten die Erschließung der 1990 in den Dienstzimmern der Stasi-Mitarbeiter aufgefundenen Überlieferungen der MfS-Bezirksverwaltungen weitestge-

hend abschließen und unterstützen seitdem andere Archivreiche des BStU bei der laufenden Erschließungsarbeit. Gleichzeitig sind aber noch mehr als 15 000 Säcke und weitere (meist kleinere) Behältnisse (z. B. Kisten, Kartons) mit zerrissenen Unterlagen vorhanden, deren detaillierte Sichtung und Zugänglichmachung weiter zu den vordringlichen Aufgaben zählt.

Neben der Erschließung umfasste die archivarische Bearbeitung im Berichtszeitraum schließlich auch solche Unterlagen, die nach den dafür beim BStU gültigen, besonders eng gefassten Fachvorgaben als kassabel eingestuft werden können, z. B. Leerformulare oder Blankovordrucke, von denen bereits eine genügende Anzahl Musterexemplare durch den BStU gesichert wurde (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 30). Dies betraf im Berichtszeitraum insgesamt ca. 370 lfd. M. Schriftgut sowie knapp 35 800 Datenträger für audiovisuelle Medien. Ein Teil dieser Unterlagen konnte im Wege der Dauerausleihe besonders berechtigten Trägerinstitutionen der politisch-historischen Aufarbeitung verfügbar gemacht werden, insbesondere zu musealen Anschauungszwecken.

Die Archivarinnen und Archivare waren im Berichtszeitraum nicht nur mit Erschließungsaufgaben befasst, sondern teilweise auch an den mitunter sehr komplexen Sachrecherchen zu Anträgen insbesondere aus den Bereichen Forschung und Medien beteiligt. Gerade die Bearbeitung dieser sachthematischen Anfragen zu teils wissenschaftlichen Forschungs- oder medialen Recherchethemen gestaltete sich besonders arbeitsintensiv.

Einbezogen ist die Abteilung Archiv (AR) auch in die Begleitung von Besuchergruppen im Archiv des BStU. Deren erfreulich hohe Zahl manifestiert das Interesse an Fragen der archivarischen Überlieferung und ihrer fachgerechten Bearbeitung, ist aber für Temperatur und Luftfeuchtigkeit in den Magazinen nicht unproblematisch und insofern für die Bestandserhaltung eine Herausforderung. Allein in der Zentralstelle fanden im Berichtszeitraum beispielsweise 638 Archivführungen statt; dies entsprach durchschnittlich mindestens einer Gruppenführung pro Arbeitstag.

Die hier nur in Umrissen skizzierte Aufgabenvielfalt bereichert einerseits den Arbeitsalltag der Archivmitarbeiter, führt allerdings bei tendenziell weiter abnehmenden Personalressourcen auch zu Engpässen und starker Arbeitsverdichtung. Die Personalsituation im Archivreich ist auch deshalb besonders angespannt, weil viele Archivarinnen und Archivare durch eine Mitarbeit in wichtigen Fachprojekten gebunden sind. Diese Projekte sind notwendig, um die Kernaufgaben der archivarischen Erschließung, Verwahrung und Nutzbarmachung auch in den nächsten Jahren effektiv, nach inhaltlichen Prioritäten und mit Blick auf die Interessen der Nutzer und die Notwendigkeiten einer sicheren und authentischen Langzeitsicherung fortführen zu können. In diesem Kontext stehen insbesondere das laufende Großprojekt „elektronisches Archiv“, das u. a. zur Ablösung des IT-Programms „Sachaktenererschließung“ (SAE) führen soll (siehe Abschnitt 3.3.2), ferner verschiedene Projekte zur analogen oder digitalen Langzeitsicherung und Konservierung (Abschnitte 3.2.3 und

3.4.3), allen voran aber das Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen (siehe Abschnitt 3.6.2). Besonders letztgenanntes Großprojekt erfordert weiterhin den Einsatz von archivischem Fachpersonal.

Im Berichtszeitraum erarbeitete die Abteilung einen Text (siehe Anhang 4) für eine Grundsatzdiskussion im Beirat des BStU zu den Perspektiven des Umgangs mit dem Archivgut des BStU (siehe Abschnitt 2.2). Dieses Papier unterstreicht, dass der BStU ein sogenanntes Ganzheitsarchiv beherbergt, in dem alle archivwürdigen Unterlagen des MfS aus seinen zentralen, regionalen und lokalen Zweigen ungeteilt konsultierbar sind. Es bleibt zu beachten, dass die verschiedenen Überlieferungsteile des MfS-Archivbestandes vertikal und horizontal stark ineinander verweben sind, weshalb die Struktur des MfS-Archivbestandes auch nicht einfach mit den Überlieferungsverhältnissen aus anderen Bereichen des DDR-Staates bzw. SED-Regimes gleichgesetzt werden kann. Für die langfristigen Perspektiven der MfS-Überlieferung und ihre integrale Nutzungsmöglichkeit ist deshalb die Frage von großer Bedeutung, ob der Archivbestand weiter ungeteilt erhalten bleibt oder zertrennt werden soll. Eine Zertrennung würde Grundfragen der archivarischen Überlieferungsbildung berühren, zudem würde dadurch die bislang gebotene Möglichkeit der Nutzung von Unterlagen im Zusammenhang nachhaltig verändert werden. Aus Sicht der Abteilung Archivbestände sollte die Einheit des Archivbestandes weiter gewahrt bleiben. Über diese wichtige Zukunftsfrage fand im Beirat des BStU ein intensiver Austausch statt.

3.2 Erschließungsergebnisse

3.2.1 Zentrale Schriftgutüberlieferung des Ministeriums

Der MfS-Archivbestand lässt sich hinsichtlich seiner Merkmale und des Überlieferungszusammenhangs in zwei Schriftgutgruppen unterscheiden: Zum einen die im MfS-Zentralarchiv und in den korrespondierenden Teilarchiven der MfS-Bezirksverwaltungen abgelegten Akten, zum anderen die bis 1989/90 kurrenten, d. h. in Umlauf befindlichen und benutzten Unterlagen der zentralen, regionalen und lokalen MfS-Diensteinheiten.

Erstere, die bereits vom MfS archivierten Unterlagen, sind grundsätzlich über die Karteien des MfS personenbezogen recherchierbar. Sie wurden und werden für Nutzer von Stasi-Unterlagen regelmäßig bereitgestellt.

Letztere, die 1989/90 in den Diensteinheiten zirkulierenden Unterlagen, wurden dagegen bei der Auflösung des MfS überwiegend nur lose aufgefunden und zunächst in Bündeln gesichert. Zumeist standen keinerlei Hilfsmittel zur Verfügung, mit denen die Ordnung und inhaltliche Erfassung dieser Unterlagen oder der Zugang zu ihnen möglich gewesen wäre. Diese Unterlagen waren darum von Anfang an vordringlicher Gegenstand der archivarischen Erschließungsarbeiten.

Von den Unterlagen der zentralen MfS-Diensteinheiten sind gut 18 000 lfd. M. von insgesamt 23 000 lfd. M.

(78 Prozent) sach- und personenbezogen erschlossen. Die Ablagen des MfS-Zentralarchivs sind mit ihren etwa 20 000 lfd. M. personenbezogen recherchierbar, davon sind ca. 1 600 lfd. M. zudem sachthematisch verzeichnet.

3.2.1.1 Ablagen des MfS-Zentralarchivs

Das Zentralarchiv des MfS wurde von der Abteilung XII des MfS verwaltet. Es umfasst überwiegend personenbezogen geführte Akten, die nach ihrer Schließung vom MfS als aufbewahrungswürdig eingestuft wurden. Das Zentralarchiv wurde vom MfS in neun Ablagen und zwei sogenannte Speicher strukturiert. Das waren in numerischer Reihung: 1 Operative Hauptablage, 2 Allgemeine Sachablage, 3 Personalaktenablage, 4 Akten der Staatsanwaltschaften/Militärstaatsanwaltschaften, 5 Geheime Ablage, 6 Akten der Verwaltung Aufklärung des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 7 Protokolle aus der elektronischen Datenverarbeitung (Ablage vor 1987 aufgehoben, Nummer nicht wieder belegt), 8 Akten über Fahnenflucht, 9 Akten der Arbeitsrichtung I der Kriminalpolizei, zudem die Speicher XII/01: Allgemeine Kriminalität und Speicher XII/02: Fahndungsunterlagen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Ablagen und Speicher sind weitgehend über die Karteien des MfS personenbezogen erschlossen und nutzbar. Eine Ausnahme bildete die zunächst nur eingeschränkt benutzbare „Allgemeine Sachablage“. Sie wurde darum vom BStU vordringlich personen- und sachbezogen erschlossen (Sechster Tätigkeitsbericht, S. 14), ein Findbuch liegt gedruckt und auf der BStU-Homepage vor. Zu nennen ist weiter die „Geheime Ablage“: Diese enthält Akten über politische und militärische Straftaten, Gewalt- und Sexualverbrechen, Eigentumsdelikte, Wirtschaftsverbrechen, Fälle von Amtsmissbrauch, Betrug oder Diebstahl, in die hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiter des MfS oder andere Funktionsträger des SED-Staats verwickelt waren. Nach einer Grobsichtung mit Verifizierung der erfassten Personendaten (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 32) wurde mit der sachthematischen Verzeichnung der „Geheimen Ablage“ im Erschließungsprogramm SAE begonnen. Dabei sind die Ergebnisse der Grobsichtung eine wichtige Unterstützung. Sie werden bei externen Nutzeranfragen bis zum Abschluss der Verzeichnung in die Beauskunftung einbezogen.

Für Teile der Akten des ehemaligen Zentralarchivs wird der personenbezogene Zugang auch künftig für die Aufarbeitung der Stasi-Tätigkeit wesentlich bleiben und hinreichend sein. Dies dürfte vor allem auf die Ablage von Personalakten der MfS-Mitarbeiter zutreffen. Ein differenziertes Konzept für die Sacherschließung der einzelnen Aktenkategorien in den Ablagen des MfS-Zentralarchivs entsteht derzeit. Diese Arbeiten können erst beginnen, wenn die Erschließung der bis 1989/90 kurrenten Unterlagen der Dienstseinheiten abgeschlossen ist.

Aus dem MfS-Zentralarchiv wurden 1968 vom MfS zusammengetragene Unterlagen aus der Zeit des Dritten Reichs und zur Entnazifizierung ausgegliedert. Die weitere Verwaltung und Auswertung übernahm die zuvor neu gebildete Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von Nazi-

und Kriegsverbrechen), die Unterlagen wurden seitdem MfS-intern als „Dokumentensammlung der HA IX/11“ bezeichnet. Diese Dienstseinheit war vorrangig für eine systematische Erfassung, Archivierung, politische Auswertung und Nutzbarmachung aller im Bereich des MfS vorhandenen NS-Unterlagen zuständig. Die von der HA IX/11 in ihrer Dienstregistratur gebildeten Ablagen waren Bestandteil der nach 1990 unter der Bezeichnung „NS-Archiv“ bekannt gewordenen Dokumentensammlung. Diese Sammlung (ca. 7 000 lfd. M.) gelangte mit der Deutschen Einheit ins Bundesarchiv und wurde dort später aufgelöst. Die zugehörige Dienstregistratur der HA IX/11 im Umfang von 740 lfd. M. erhielt der BStU 1994 zurück. Diese Ablagen sind personenbezogen über MfS-Karteien zugänglich. Wegen der hohen Nutzerinteressen und -erwartungen wurde zudem eine sachbezogene Erschließung vorangetrieben.

Im Jahre 2011 wurde die Ablage der Arbeitsgruppe „Aktuelle Fragen“ erschlossen. Sie beinhaltet Ergebnisse der Überwachung von Kandidaten und gewählten Abgeordneten der Bundestags- und Landtagswahlen von 1964 bis 1972, aber auch von Führungskräften von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden hinsichtlich ihres beruflichen, politischen und militärischen Werdegangs vor 1945. Im Berichtszeitraum konnten Unterlagen der Aktenkategorie „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ abschließend sowie Vorgänge der Aktenkategorie „Auskunftsersuchen“ und der Aktenkategorie „Auskunftsberichte“ verzeichnet werden. Die Aktenkategorie „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ beinhaltet überwiegend Vernehmungsprotokolle in russischer Sprache aus den frühen 50er-Jahren. Bei den „Auskunftsersuchen“ handelt es sich hauptsächlich um Überprüfungen von Anfragen einzelner MfS-Dienstseinheiten zur Aufklärung der NS-Vergangenheit von DDR-Bürgern oder deren Angehörigen, oft in Verbindung mit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A). Die „Auskunftsberichte“ wiederum beinhalten größtenteils Recherchen der HA IX/11 zu NS-Behörden, Einheiten der Wehrmacht, Waffen-SS oder Ordnungspolizei sowie zu Konzentrationslagern. Die überlieferten Ablagen der HA IX/11 sind gegenwärtig über den personenbezogenen Zugang hinaus zu 90 Prozent sachthematisch recherchierbar.

3.2.1.2 Bis 1990 kurrentes Schriftgut der zentralen MfS-Dienstseinheiten

Die bis zur Auflösung des MfS kurrenten Unterlagen der Dienstseinheiten wurden 1990 überwiegend als gebündelt überlieferte Stapel loser Blätter und Akten geborgen und eingelagert. Diese Unterlagen wurden seit Bildung der Behörde wegen des generell fehlenden Zugangs vorrangig erschlossen. Ausgewählte Erschließungsergebnisse aus dem Berichtszeitraum werden im Weiteren vorgestellt.

Die Erschließungsarbeiten am sehr umfangreichen MfS-Teilbestand **Hauptabteilung II** (Spionageabwehr) wurden fortgesetzt. Inzwischen sind 90 Prozent der materialintakten Papierüberlieferung zugänglich (1 483 von insgesamt 1 644 lfd. M.). Der Schwerpunkt der Erschließungsarbeiten lag im Bereich der Unterlagen der Auswer-

tungs- und Kontrollgruppe der Hauptabteilung II, die in starker Verunordnung, häufig auch lose überliefert waren, wobei durch die Erschließung Spuren einer bewussten Chaotisierung aus der Phase der Auflösung des MfS sichtbar wurden. Vielfach waren die in den Schriftgutbündeln gesicherten Vorgänge so stark auseinandergerissen, dass die inhaltliche Zusammenstellung der Akten sehr zeitaufwändig war. Im Berichtszeitraum neu erschlossen wurden beispielsweise Unterlagen über die Ausspähung der Tätigkeit des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamts und der Landesämter für Verfassungsschutz sowie anderer westlicher Nachrichtendienste durch das MfS. Darüber hinaus zeigen viele der erschlossenen Dokumente den gesamten Querschnitt der Aufgabenstellung dieser Diensteinheit und ergänzen nicht selten inhaltlich solche Materialien, die bereits in früheren Berichtszeiträumen archivisch bearbeitet wurden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Fortsetzung der Erschließung von Arbeitskarteien, die von Angehörigen der Hauptabteilung II unter sachlichen Gesichtspunkten angelegt worden waren. Diese Karteien bieten interessante Einblicke in die Arbeitsweise des MfS. Die zuständigen Archivare wirkten im Berichtszeitraum außerdem an der Feinsichtung der zerrissenen Unterlagen mit, die aus der Hauptabteilung II überliefert sind (siehe Abschnitt 3.6). Aktuell sind noch über 900 Säcke sowie weitere (kleinere) Behältnisse vorhanden, die mit zerrissenen Unterlagen gefüllt sind. Inhaltlich verteilen sich die zerrissenen Dokumente über nahezu alle Bereiche der Hauptabteilung II. Die Wiederherstellung und Zugänglichmachung auch dieser Unterlagen nach inhaltlichen Prioritäten bleibt eine wichtige Herausforderung für die nächsten Jahre.

Im Berichtszeitraum wurde der 588 lfd. M. umfassende Teilbestand **Hauptabteilung III** (Funkaufklärung, Funkabwehr) abschließend verzeichnet. Die 1983 aus Vorläuferinstitutionen neu strukturierte HA III war für die Funkaufklärung, die Funkabwehr sowie den „elektronischen Kampf“ zuständig. Einen Schwerpunkt der Überlieferung bilden die Unterlagen aus der Überwachung des vom Territorium der DDR abhörbaren draht- und richtfunkgestützten Fernmeldeverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlins. Hervorhebenswert sind weiter die eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung sowie die umfangreiche fachbezogene Zusammenarbeit mit entsprechenden Einrichtungen der Geheimpolizeien anderer kommunistischer Staaten. Diese reichte vom gegenseitigen Informationsaustausch über die genau abgestimmte, arbeitsteilige Entwicklung spezieller Funktechnik bis hin zum Aufbau der Funkaufklärungs- und -abwehrdienste beteiligter Staaten und der Ausbildung des dortigen Fachpersonals.

Die Verzeichnungsarbeiten am Teilbestand **Hauptabteilung VII** (Abwehrarbeit Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei) konnten im Berichtszeitraum für den materialintakten Papierbestand beendet werden. Der Umfang der dadurch zugänglich gewordenen Überlieferung beläuft sich auf nunmehr 440 lfd. M. Die Überlieferung zeigt die Überwachung und Beeinflussung des Ministeriums des Innern (Mdl) und seiner nachgeordneten Bereiche, insbesondere der Deutschen Volkspolizei, aber bei-

spielsweise auch der Staatlichen Archivverwaltung, durch das MfS. Die Unterlagen stammen hauptsächlich aus den Jahren ab 1980, betreffen also vorwiegend das letzte Jahrzehnt in der Geschichte der DDR. Aktuell sind von diesem Bestand noch mehr als 170 Säcke sowie weitere (kleinere) Behältnisse mit zerrissenem Schriftgut vorhanden. Darüber hinaus gibt es Unterlagen, die lediglich verfilmt überliefert sind; auch diese Aufzeichnungen werden in die Erschließung einbezogen.

Im Berichtszeitraum wurden beispielsweise dienstliche Bestimmungen des MfS, Stellenpläne oder sogenannte Sofortmeldungen zu gescheiterten und vollendeten „Republikfluchten“ erschlossen. Des Weiteren wurden u. a. Unterlagen über operative Personenkontrollen erschlossen, die die Überwachung von Strafgefangenen, aber auch von Angehörigen des Mdl sowie der Deutschen Volkspolizei betrafen. Zudem wurden Unterlagen über ehemalige Mitarbeiter des Zentralen Aufnahmeheims für Rückkehrer in die DDR und Zuziehende in Röntgental bei Berlin aufgefunden.

Die Erschließung des Teilbestandes **Hauptabteilung IX** (Untersuchungsorgan) erreichte im Berichtszeitraum 98 Prozent (654 lfd. M.). Der Teilbestand umfasst 664 lfd. M. Die Arbeiten an einem Online-Findmittel wurden aufgenommen. Die HA IX war zuständig für die strafrechtliche Verfolgung von sogenannten Staatsverbrechen, darunter Fluchten und oppositionelle Handlungen, sowie für die „Vorkommnisuntersuchung“ in der Volkswirtschaft, u. a. Brände, Havarien, größere Unfälle. Diese Diensteinheit hatte also kriminalpolizeiliche Befugnisse. Mit dem Abschluss der Erschließungsarbeiten ist es nun möglich, Umfang und Schwerpunkt der Ermittlungstätigkeit des MfS systematisch zu erforschen.

Die Bearbeitung der 137 lfd. M. Unterlagen aus der für Untersuchungshaft und Strafvollzug im MfS zuständigen **Abteilung XIV** wurde abgeschlossen. Das Gros des Teilbestandes stellen Gefangenenunterlagen des MfS, die 1994 von der Berliner Senatsverwaltung für Justiz akquisitioniert wurden, und Gesundheitsunterlagen der Haftkrankenhäuser des MfS dar. Weitere Teile der Überlieferung der Abteilung XIV spiegeln die Aufgabenstellung der Abteilung wider. So gibt es Unterlagen zum Dienstablauf bei der Sicherung und Kontrolle der Untersuchungshaftanstalten. Diese beinhalten Dienstpläne, Schulungsunterlagen und solche zur Versorgung bzw. zur Instandhaltung und zum Ausbau von Untersuchungshaftanstalten. Einen anderen Schwerpunkt bilden Dokumente zur Bearbeitung und Sicherung der Strafgefangenenarbeitskommandos. Dokumentiert sind auch die Sicherung der Überführung bzw. Rückführung von Gefangenen aus bzw. in das sozialistische Ausland sowie die Zusammenarbeit mit den Abteilungen XIV der Bezirksverwaltungen des MfS. Zu den verzeichneten Akteneinheiten wird ein Online-Findmittel vorbereitet.

Bezüglich der **Arbeitsgruppe XVII**, die zusammen mit dem West-Berliner Senat die Büros für Besucher- und Reiseverkehr unterhielt, konzentrierte sich die Erschließung im Berichtszeitraum auf die Verwaltung der Büros und die Tätigkeit der Mitarbeiter. Abgeschlossen werden

konnten die Rubriken Personal, Verwaltung und Dienstorganisation, Parteiunterlagen, Aufzeichnungsbücher und Schulungsmaterialien. Des Weiteren wurden mehrere Karteien zu den Besuchern aufbereitet. Von den 194 lfd. M. Unterlagen sind gegenwärtig 176 lfd. M. (91 Prozent) erschlossen.

Über seine **Hauptabteilung XVIII** (Sicherung der Volkswirtschaft) verschaffte das MfS seinem Überwachungsanspruch in den Bereichen Wirtschaft und Technik Geltung. Im Berichtszeitraum konnte die Verzeichnung der Unterstruktur Abteilung 5 (Wissenschaft und Technik) abgeschlossen werden; begonnen werden konnte die Bearbeitung der Unterstruktur Abteilung 6 (Landwirtschaft, Umweltschutz, Handel und Versorgung). Fortgesetzt wird die Verzeichnung der Unterlagen der Auswertungs- und Kontrollgruppe sowie der Abteilung 13 (Chemische Industrie). Von insgesamt 748 lfd. M. sind derzeit 436 lfd. M. (58 Prozent) erschlossen.

Für den Teilbestand **Hauptabteilung XX** (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) konnten die Verzeichnungsarbeiten an der materialintakten Papierüberlieferung im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Der Umfang der insgesamt zugänglich gewordenen Überlieferung beläuft sich auf nunmehr 1 220 lfd. M. Ergänzend werden fortlaufend noch manuell rekonstruierte Schriftgutanteile archivisch bearbeitet und in den Teilbestand aufgenommen. Der Umfang des Teilbestandes wird sich dadurch weiter erhöhen. Aktuell sind noch gut 850 Säcke sowie weitere (kleinere) Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen der Hauptabteilung XX vorhanden. Bei den bisher daraus rekonstruierten Blättern handelt es sich u. a. um Unterlagen der Arbeitsgruppe des Leiters der Hauptabteilung XX, zum Beispiel über die militärische Ausbildung von Mitarbeitern dieser Dienstseinheit. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Verzeichnung von Schriftgut der Abteilung XX/4 über die Ausspähung und Bekämpfung von Kirchen und Religionsgemeinschaften; hier fanden sich beispielsweise weitere Sachunterlagen mit Bezug auf die „Zeugen Jehovas“. Des Weiteren wurde Schriftgut der Abteilung XX/5 (Westarbeit) verzeichnet, darunter Dokumentationen über Bürgerrechtsorganisationen wie die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. oder Unterlagen über Fluchtversuche mit Fluggeräten an der innerdeutschen Grenze. Die sehr umfangreiche Überlieferung des Teilbestandes Hauptabteilung XX gehört zu den wichtigen dokumentarischen Zeugnissen über die innere Repression in der DDR. Die Unterlagen wurden auch im Berichtszeitraum intensiv für Zwecke der Forschung, der historisch-politischen Bildung und der privaten Akteneinsicht nachgefragt.

Die **Abteilung 26** (Telefonüberwachung) war eine reine Dienstleistungsabteilung. Auf Antrag operativ arbeitender Bereiche führte sie Abhörmaßnahmen durch, was eine intensive Zusammenarbeit mit der Deutschen Post erforderte. Die entstandenen Abhörprotokolle übersandte die Abteilung 26 an die Auftraggeber, die diese in die entsprechenden Vorgänge übernahmen. Zudem realisierte die Abteilung akustische, optische und elektronische Raumüberwachungen. Die Erschließung des Teilbestandes konnte

im Berichtszeitraum abgeschlossen werden; der Umfang des Schriftgutes beträgt ca. 47 lfd. M.

Die Erschließungsarbeiten am Schriftgut der **Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)** wurden im Berichtszeitraum fortgesetzt. Die Verzeichnung konzentrierte sich weiter auf Unterlagen der im ZAIG-Bereich 1 (Auswertung, Information) angesiedelten Arbeitsgruppe 5 (Dokumentation), insbesondere auf die darin befindliche, zum Teil ältere Überlieferung der 1985 aufgelösten Abteilung Agitation, das sogenannte Pressearchiv. Wie im vorhergehenden Berichtszeitraum folgten die Erschließungsarbeiten Prioritäten, die mit der Abteilung BF des BStU abgestimmt waren, um die dortigen Arbeiten zur schrittweisen Edition der geheimen ZAIG-Berichte an die Partei- und Staatsführung zu unterstützen (siehe Abschnitt 5.3.1.4). Die erschlossene Überlieferung des Pressearchivs umfasst neben Presseauschnitten auch Schriftgut zu verschiedenen Tätigkeiten und Interessengebieten des MfS, darunter Informationen über westliche Nachrichtendienste, Maßnahmen zur psychologischen Kriegsführung oder NS- und Kriegsverbrechen. Daneben wurden weitere operative Materialien erschlossen, die hauptsächlich Vorgänge aus den 60er-Jahren dokumentieren, darunter etwa ein Konvolut Schriftgut und Fotos, das den Zeitraum nach der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 unter der MfS-Bezeichnung „Aktion Genesung“ behandelt. Weitere erschlossene Unterlagen waren übersetzte Situationsberichte der tschechoslowakischen Geheimpolizei über Aktivitäten, Stimmungen und Meinungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, Gespräche inoffizieller Mitarbeiter (IM) der HV A mit Bürgern und führenden Persönlichkeiten in der ČSSR oder Denkschriften und Flugblätter von Oppositionellen und Dissidenten. Auch die Weisung Erich Mielkes, alle Fotos mit Bezug zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Pakts in die ČSSR zu sammeln, fand sich unter den neu erschlossenen Unterlagen. Parallel wurden Unterlagen aus dem ZAIG-Bereich 3 (Elektronische Datenverarbeitung) verzeichnet, die wichtige Aspekte des EDV-Einsatzes im MfS beleuchten. Der Teilbestand ZAIG gehört zu den sehr großen Hinterlassenschaften des MfS. Der Umfang der materialintakten Papierüberlieferung beläuft sich auf 1 429 lfd. M., hiervon konnten bislang 1 014 lfd. M. (71 Prozent) erschlossen werden.

3.2.2 Schriftgutüberlieferung der MfS-Bezirksverwaltungen und -Kreisdienststellen

Die im Folgenden dargestellten Erschließungsergebnisse für die Schriftgutüberlieferung aus den Bezirksverwaltungen (BV) und Kreisdienststellen (KD) des MfS sind zur leichteren Orientierung nach den heutigen Bundesländern geordnet. Die Unterlagen sind jedoch nicht durchgängig nach heutigen Gesichtspunkten einer länder- bzw. regionalspezifischen Strukturierung entstanden, sondern bilden zusammen mit der Überlieferung aus der MfS-Zentrale einen integralen Archivbestand. Die Überlieferung des MfS wird deshalb in ihrer Gesamtheit vom BStU nach einheitlichen Grundsätzen verwahrt und erschlossen.

3.2.2.1 Land Berlin

Bezirksverwaltung Berlin

Um die Bearbeitung des Bestandes der Bezirksverwaltung (BV) Berlin zeitnah abschließen zu können, wurden zum einen die bereits bestehende Kooperation mit der Außenstelle Schwerin fortgesetzt und zum anderen Mitarbeiter des Archivbereichs der Zentralstelle, die für die Erschließung des Bestandes BV Potsdam zuständig sind, zur Unterstützung herangezogen. Derzeit sind von den Unterlagen der Dienstseinheiten 1 059 lfd. M von 1 162 lfd. M. erschlossen (91 Prozent).

Die Verzeichnung des Teilbestandes Abteilung XX konnte abgeschlossen werden. Die Unterlagen dokumentieren hauptsächlich die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes auf dem Gebiet der Überwachung und Absicherung des Staatsapparates, des Gesundheitswesens, des Sports und der Universitäten sowie der Abwehr oppositioneller Bestrebungen in Ost-Berlin. Speziell zur Evangelischen Kirche und den unter ihrem Dach agierenden Umwelt- und Friedensgruppen, zu Künstlern und Kulturschaffenden sowie zu den Anhängern subkultureller Jugendgruppen finden sich politische Einschätzungen und Rechtsgutachten von MfS-Juristen sowie ausführliche Berichte, die in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der kontrollierten Personengruppen widerspiegeln. Die überlieferten Jahresarbeitspläne ermöglichen in komprimierter Form Einblicke in die Tätigkeit der Abteilung. Daneben sind Berichte und Bilddokumentationen zu Aktionen der Oppositionsgruppen wie Friedensgebete, Demonstrationen gegen die Militarisierung der Gesellschaft und für den Schutz der Umwelt überliefert.

Im Berichtszeitraum wurden die Unterlagen der Bezirkskoordinierungsgruppe (BKG) der BV Berlin abschließend bearbeitet. Die BKG war verantwortlich für die Ost-Berliner Antragsteller auf ständige Ausreise und beteiligt an Genehmigungen oder Ablehnungen. Des Weiteren beteiligte sie sich an der Aufklärung bzw. Verhinderung von „Republikfluchten“ im Berliner Territorium. Im Aktenbestand finden sich neben dienstlichen Bestimmungen Unterlagen über Mitglieder von Fluchthilfeorganisationen und deren Umfeld. Außerdem umfasst der Bestand Ermittlungen zu Ausreisewilligen und sogenannten Reisekadern.

Die Bearbeitung der Teilbestände Abteilung Nachrichten, Abteilung Operative Technik, Abteilung Rückwärtige Dienste und Leitung Parteiorganisation konnte in Kooperation mit der Außenstelle Schwerin abgeschlossen werden.

Bearbeitet wurde außerdem der Teilbestand der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), in dessen Unterkategorie die Ablage der „Parteiinformationen“ überliefert ist. Sie untergliedert sich in die Informationen der BV Berlin an die Bezirksleitung der SED sowie in die Informationen der Kreisdienststellen an die SED-Kreisleitungen der Berliner Stadtbezirke. Die Überlieferung beginnt 1961 und endet 1989. Inhaltliche Schwerpunkte bilden detaillierte Berichte über die Lage in den einzelnen Stadtbezirken, zu Stimmungen und Reaktionen der Berliner Bevöl-

kerung auf bestimmte Ereignisse und über Geschehnisse an der Berliner Mauer. Darüber hinaus wurde die SED-Leitung regelmäßig über die Versorgungslage mit Konsumgütern und Lebensmitteln, über Umweltschädigungen durch Industrieanlagen, über Diebstähle, Schiebereien oder Korruption in der Volkswirtschaft informiert. Einige regionale Besonderheiten sind die Berichte über die Schwierigkeiten beim Bau des Berliner Fernsehturms und der Stadtbezirke Marzahn und Hellersdorf sowie die Informationen über die Wohngemeinschaft „Kommune I-Ost“.

3.2.2.2 Land Brandenburg

Bezirksverwaltung Cottbus

Das Schriftgut der Dienstseinheiten und Kreisdienststellen der BV (Bezirksverwaltung) Cottbus ist nahezu vollständig erschlossen (1 527 lfd. M. von 1 532 lfd. M.; das entspricht 99,7 Prozent). Erschlossen und nutzbar gemacht wurden auch manuell rekonstruierte Unterlagen aus den Kreisdienststellen Senftenberg und Lübben, den Abteilungen II (Spionageabwehr), VII (Inneres/Deutsche Volkspolizei), M (Postkontrolle), XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) und der Abteilung OT (Operative Technik).

Dabei handelte es sich überwiegend um personenbezogene Unterlagen, darunter über 100 Personenakten aus der Kreisdienststelle Lübben. Die Akten wurden nach der Rekonstruktion personenbezogen erfasst und den Beständen beigefügt. Sie stehen zur Nutzung zur Verfügung. Sie enthalten u. a. Unterlagen, die die geheimpolizeiliche Überwachung der Städtepartnerschaft zwischen Lübben und Neunkirchen im Saarland sowie aller Beteiligten beider Städte dokumentieren.

Für die Forschung könnten zudem rekonstruierte Unterlagen aus der Abteilung XX der BV Cottbus von Interesse sein. Es handelt sich um Unterlagen zum Sportclub Cottbus. Die Akten beinhalten vor allem Themen wie die Arbeit von inoffiziellen Mitarbeitern zur Beobachtung von Sportreisekadern, Trainern, Ärzten und Mitarbeitern der Sportmedizinischen Hauptberatungsstelle Cottbus sowie Hinweise zur Anwendung „unterstützender Mittel“ (Doping). Diesen Unterlagen zugehörige Personenkarteien des MfS wurden dem Arbeitsbereich Kartei zur Beauskunftung übergeben.

Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder)

Das Schriftgut der Dienstseinheiten der BV Frankfurt (Oder) ist mit 1 369 lfd. M. von 1 385 lfd. M. zu 99 Prozent erschlossen. Beispielfhaft sei hier der Teilbestand Abteilung VII (Inneres/Deutsche Volkspolizei) genannt. Darin wurden Teile einer Kartei zu Personen, die für die Polizei, vor allem für deren Arbeitsgebiet 1 (K1), erfasst waren, rekonstruiert. Darüber hinaus konnten Akten, die mit der Kartei in Verbindung stehen, erschlossen werden. Es handelt sich dabei u. a. um Akten inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Kriminalpolizei und um allgemeine Kriminalakten.

Aus zerrissenen Unterlagen der Abteilung XX der BV Frankfurt (Oder) wurden Dokumente zu einem hochrangigen IM rekonstruiert. Dieser war zur Beobachtung und Aufklärung der Kirchenszene in Ost- und West-Berlin sowie später in Schweden eingesetzt. Unter anderem fertigte er Berichte zu geplanten „Republikfluchten“ von Mitstudenten, die daraufhin verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Bis zum Zeitpunkt der Rekonstruktion dieser Unterlagen war die Entschlüsselung seines Decknamens nicht möglich gewesen. Aus dem gleichen Bestand stammen auch etliche zusammengesetzte Unterlagen zum Bernauer Friedenskreis und aus der Ablage des Stellvertreters der Abteilung XX, darunter Struktur- und Statistikerunterlagen.

Bezirksverwaltung Potsdam

Die Unterlagen der Bezirksverwaltung Potsdam werden seit 2009 als eigener Bestand im Archiv der Zentralstelle verwahrt und erschlossen. Die Verzeichnungsarbeiten sind für 2 553 lfd. M. von 2 568 lfd. M. Schriftgut der Dienstseinheiten fertiggestellt (99 Prozent). Im Berichtszeitraum war der Fokus auf die Ordnung und Verzeichnung von Sachkarteien verschiedener Dienstseinheiten gerichtet.

Unter anderem wurde eine Vorauswahlkartei zu den 1989 aktiven inoffiziellen Mitarbeitern der operativen Abteilungen und Kreisdienststellen der Bezirksverwaltung Potsdam geordnet und erschlossen. Die umfangreiche Kerblockkartei ermöglichte die analytische Aufbereitung von Informationen sowie die Suche und Auswahl inoffizieller Mitarbeiter für konkrete Aufgaben; sie kann nunmehr für Zwecke der Aufarbeitung genutzt werden.

3.2.2.3 Land Mecklenburg-Vorpommern

Bezirksverwaltung Neubrandenburg

Die 930 lfd. M. Unterlagen der Dienstseinheiten und Kreisdienststellen der Bezirksverwaltung Neubrandenburg sind seit November 2010 vollständig erschlossen. Die Erschließungsergebnisse werden mit Hilfe von Aktenverzeichnissen auf den Internetseiten des BStU veröffentlicht.

Seit April 2010 unterstützt die Außenstelle Neubrandenburg die Erschließung der Teilbestände der Bezirksverwaltung Halle.

Bezirksverwaltung Rostock

Die Erschließung der 1 054 lfd. M. Unterlagen der Dienstseinheiten und Kreisdienststellen der Bezirksverwaltung Rostock des MfS wurde bereits im Jahre 2009 beendet. Eine Kernaufgabe der Außenstelle Rostock des BStU im Berichtszeitraum war und ist die Unterstützung der Erschließung der Überlieferung der BV Leipzig.

Bezirksverwaltung Schwerin

Die Unterlagen der Dienstseinheiten der BV Schwerin und aller Kreisdienststellen wurden in der Außenstelle Schwerin bereits vollständig erschlossen. Zusätzlich

konnten im Ergebnis einer Archivführung für Mitarbeiter eines Diakoniewerkes bei Schwerin im November 2010 Bauunterlagen des Bauhofs der Abteilung Rückwärtige Dienste der BV Schwerin übernommen werden. Die ersten Lieferungen der Unterlagen wurden in den Bestand eingefügt und erschlossen. Der Umfang des Bestandes beträgt aktuell 917 lfd. M. Die übernommenen Unterlagen betreffen vor allem Objekte auf dem Gelände der ehemaligen Bezirksverwaltung in Rampe (siehe Abschnitt 3.5), Dienstobjekte der Kreisdienststellen, u. a. der KD Parchim, sowie den Bau bzw. Umbau des Ferienobjektes der BV Schwerin in Timmendorf auf der Insel Poel.

Insbesondere aber unterstützt die Außenstelle Schwerin die Erschließung des Bestandes der BV Berlin und der Unterlagen der Hauptabteilung XIX (Verkehr, Post und Nachrichtenwesen).

3.2.2.4 Freistaat Sachsen

Bezirksverwaltung Dresden

Im Berichtszeitraum wurden u. a. die Teilbestände Abteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel), Abteilung XII (Auskunft, Speicher) sowie der Kreisdienststellen Pirna und Bautzen vorläufig abgeschlossen und die Teilbestände der Abteilung 26 (Telefonüberwachung) und der Kreisdienststelle Bischofswerda (als letzte der KD) bearbeitet. Der Erschließungsstand liegt mit 4 437 lfd. M. von 4 869 lfd. M. bei 91 Prozent. Die Außenstelle Frankfurt (Oder) unterstützt bei der Erschließung der Teilbestände Abteilung OT (Operative Technik) sowie Wach- und Sicherungseinheit.

Die überlieferten Unterlagen der Abteilung VI stammen zu etwa 60 Prozent aus den 80er-Jahren und zu ca. 40 Prozent aus den 50er- bis 70er-Jahren. Thematische Schwerpunkte sind darin vor allem die Überwachung der an den Hotelneubauten „Dresdner Hof“ und „Bellevue“ eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte, der Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern im Arbeits-, Freizeit- und Wohnbereich der Ausländer sowie operativ-technische Sicherungsmaßnahmen in den genannten Hotels, u. a. mittels einer Fernbeobachtungsanlage mit 14 Fernsehkameras und dem Einbau operativer Technik der Abteilung 26 für die Maßnahmen „B“ (Raumüberwachung mittels Mikrofon) und „D“ (optische und elektronische Beobachtung von Personen). Enthalten sind zudem Schulungsmaterial der Hauptabteilung VI über die Echtheitsprüfung von Personal- und Grenzübertretsdokumenten, Berichte über das Landesinstitut für Erziehung und Unterricht Stuttgart in einer sogenannten Feindobjektakte sowie Unterlagen über die Überwachung des Oberbürgermeisters der Stadt Hamburg und von Delegationsteilnehmern im Rahmen der Städtepartnerschaft Dresden – Hamburg.

Aus der Überlieferung der KD Pirna sind hervorhebenswert eine Chronik der Kreisdienststelle, Planungen zur Interniertensammelstelle in Reinhardtsdorf und zum Internierungslager in Papstdorf und Dokumente über Umweltbelastungen im Kreis Pirna. Bemerkenswert sind zudem Unterlagen über die Überwachung von Faschings-

veranstaltungen in Bad Schandau, Postelwitz, Schmilka und Krippen, über die politisch-operative Absicherung des VEB Feinpapierwerk Königstein, damals zuständig für Wert- und Dokumentenpapierherstellung, sowie über die Patenschaftsbeziehung zwischen der KD und der Polytechnischen Oberschule „Dr. Richard Sorge“ Pirna-Sonnenstein.

Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

Die Erschließung des 1990 aus den Büros der MfS-Mitarbeiter geborgenen Schriftguts der Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung (BV) Karl-Marx-Stadt im Umfang von 3 263 lfd. M. wurde bereits 2010 abgeschlossen. Die Fotosammlung aus der BV Karl-Marx-Stadt wurde bis September 2011 vollständig verzeichnet.

Mit der Überlieferung des früheren Archivs der BV verfügt der BStU mit den Akten der Objektverwaltung „Wismut“ über einmalige Quellen zur Geschichte des ostdeutschen Uranbergbaus. Im Rahmen eines Pilotprojektes wurde mit der Sacherschließung dieser Unterlagen aus den Jahren 1952 und 1953 begonnen. Bisher konnten wesentliche Erkenntnisse zur Organisationsstruktur, zur räumlichen Ausdehnung und zur Arbeitsweise der Objektverwaltung Wismut und der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut gewonnen werden. Das strikte Sicherheitsregime spiegelt sich in den zahlreichen dokumentierten Festnahmen, Ermittlungen wegen „Boykotthetze“ und den sehr hohen Haftstrafen wider. Aus den Ermittlungsakten lassen sich umfangreiche Rückschlüsse auf die Lebensweise in den frühen Nachkriegsjahren, über die sozialen Strukturen der Arbeiter in der Wismut AG, zum Umgang mit dem radioaktiven Uran und zur Zusammenarbeit zwischen den deutschen und sowjetischen Behörden ziehen. In den Unterlagen sind neben vielen interessanten Einzelschicksalen auch Ereignisse um den 17. Juni 1953 dokumentiert.

Im Berichtszeitraum hat die Außenstelle Chemnitz die Außenstelle Suhl bei der Erschließung der Unterlagen der Bezirksverwaltung Suhl weiterhin unterstützt.

Bezirksverwaltung Leipzig

Die Erschließung der Unterlagen der Dienstseinheiten der BV Leipzig und der Kreisdienststellen liegt mit 2 879 lfd. M. von 3 524 lfd. M. bei 82 Prozent. Der Teilbestand AKG (Auswertungs- und Kontrollgruppe) bietet einen guten Überblick zum Kenntnisstand der BV Leipzig über die „subversive Tätigkeit“ von kirchlichen Basisgruppen und oppositionellen Gruppierungen, da in dieser Dienstseinheit Berichte aller Abteilungen und Kreisdienststellen gesammelt und zu Informationen gebündelt wurden. Bedeutung besitzt dieser Teilbestand zudem wegen der Überlieferungslücken im Schriftgut der eigentlich für den Themenkreis zuständigen Abteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund).

Die nahezu vollständig überlieferten Jahresarbeitspläne und -analysen seit Gründung der BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe) im November 1975 belegen in verdichteter Form Ergebnisse und Probleme der „Bearbeitung“ und

Zurückdrängung von Antragstellern auf Übersiedlung, der Aufklärung bzw. Verhinderung von „Republikfluchten“ sowie der Aufklärung von Fluchthelfer- und Menschenrechtsorganisationen in West-Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland durch Einsatz inoffizieller Mitarbeiter. Sie verweisen aber auch auf die Koordinierungsfunktion der BKG bei der Abstimmung von Arbeitsprozessen mit den Dienstseinheiten der BV Leipzig und den Dienststellen des Ministeriums des Innern. Die Unterlagen der BKG haben aktuellen Forschungsbezug. So enthält u. a. eine Verzeichnungseinheit einen Hinweis auf die Fertigung von Möbeln durch politische Häftlinge im Auftrag der schwedischen Möbelhauskette IKEA.

Wie schon beim Teilbestand KD Leipzig-Stadt wird seit Mai 2010 der Teilbestand KD Leipzig-Land unter dem Gesichtspunkt der regionalen Bezüge der Tätigkeit der Staatssicherheit sachthematisch erschlossen. Inhaltlich hervorzuheben sind u. a. die intensive Aufklärung der Kirchengemeinden in den 50er- und 60er-Jahren und einzelner Betriebe, wie der Zentralstelle für Anwendungsforschung Cunnersdorf, sowie die Durchdringung der Schulen des Landkreises mit inoffiziellen Mitarbeitern.

Mit der Erschließung der Unterlagen der KD Altenburg wurde begonnen. Der Teilbestand enthält Quellen über volkswirtschaftlich bedeutsame Betriebe, so u. a. den VEB Nähmaschinenfabrik Altenburg, den VEB Altenburger Spielkartenfabrik und den VEB Maschinenfabrik „John Schehr“, und beinhaltet zu einem großen Teil Personenüberprüfungen zu Reisekadern und zum militärischen Berufsnachwuchs. Meldungen und Informationen zu Munitionsfunden, Verlust von Giftgasen, einem in einer alten Sandgrube in Fockendorf vermuteten Waffenlager aus dem Zweiten Weltkrieg und einem angeblichen Goldschatz in Crimmitschau oder auch zu Wasserversorgungsproblemen finden sich ebenso.

Seit März 2010 wird die Außenstelle Leipzig von der Außenstelle Rostock bei der Erschließung der Unterlagen unterstützt.

3.2.2.5 Land Sachsen-Anhalt

Bezirksverwaltung Halle

Das Schriftgut der Dienstseinheiten der Bezirksverwaltung (BV) Halle ist mit 4 161 lfd. M. von 4 382 lfd. M. zu 95 Prozent erschlossen. Im Berichtszeitraum konnten vor allem Teilbestände der Kreisdienststellen (KD) abschließend bearbeitet werden. Beispielhaft genannt sei die Überlieferung der KD Dessau mit Quellen zum Militärobjekt der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) in Dessau-Kochstedt, zur Sicherung ausländischer Arbeitskräfte, zur Städtepartnerschaft zwischen Dessau und Ludwigshafen, über Veranstaltungen und ausländische Besucher des Bauhauses Dessau, zu jugendlichen Gruppierungen sowie zum Volkspolizeikreisamt Dessau. Besondere Schwerpunkte bildeten die Überwachung von Forschungs- und Investitionsvorhaben einzelner Betriebe und Einrichtungen, vor allem des VEB Magnetbandfabrik Dessau, des VEB Zementanlagenbau Dessau und des VEB Impfstoffwerk Dessau-Tornau sowie die Aufklärung

kirchlicher Aktivitäten und Demonstrationen in der Zeit der Friedlichen Revolution 1989/90.

Der Teilbestand KD Gräfenhainichen beinhaltet Unterlagen zur Sicherung der Wirtschaft des Kreises Gräfenhainichen. Erschlossen wurden u. a. Dokumente der Kraftwerke Zschornowitz und Vockerode, der Braunkohleletagebau, des VEB Chemiewerk Kapen, des VEG Gewächshausanlage Vockerode, des VEB Elektroschmelze Zschornowitz, des VEB Zentralwerkstatt Gräfenhainichen und des VEB Holzwerk Oranienbaum. Die Überwachung von Objekten der Staatlichen Schlösser und Gärten in Wörlitz und Oranienbaum hinsichtlich bestehender Westkontakte bzw. Ein- und Ausreisen von Personen aus dem nichtsozialistischen Ausland spiegeln sich ebenso wider wie die Sicherung von fünf militärischen Objekten der Region und Quellen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand.

In Kooperation mit der Außenstelle Neubrandenburg erfolgt seit November 2011 die Erschließung von Unterlagen der Abteilung N (Nachrichten). Verzeichnet wurden Quellen über die Vorbereitung, Projektierung und Realisierung von nachrichtentechnischen Vorhaben, u. a. über den Anschluss der Kreisdienststellen an das Sondernetz 1 – ein vom öffentlichen Fernsprechnetz der DDR unabhängiges integriertes Fernsprech- und Fernschreibnetz der Partei- und Staatsführung, der Sicherheitsbehörden und des Militärs – über Schalt- und Funkübungen, über die Aus- und Weiterbildung von Funkern und Chiffreuren, Kontrollen von VS-Dokumenten und Chiffriermitteln, Überprüfungen von Nachrichtenverbindungen sowie die Errichtung von Bedarfsleitungen, schließlich die Sitzungsprotokolle der Arbeitsgruppe Nachrichten in der Bezirkseinsatzleitung. Darüber hinaus sind Quellen zur Mobilmachung der Diensteinheit und zur Zusammenarbeit mit der Deutschen Post überliefert.

Bezirksverwaltung Magdeburg

Im Berichtszeitraum konnten sechs Teilbestände der Bezirksverwaltung Magdeburg abschließend bearbeitet werden. Zudem sind nunmehr die Überlieferungen von 18 Kreisdienststellen vollständig erschlossen. Der Erschließungsstand erreicht damit 97 Prozent (4 639 lfd. M. von 4 769 lfd. M.). Einen Einblick in den Aufgabenbereich des 1. Stellvertreters des Leiters geben u. a. die Unterlagen der Abteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel). Vorrangig betreffen diese die größte und bedeutsamste DDR-Grenzkontrollstelle in Marienborn. Daneben gehören Dokumente über die Transitstrecken der Auto- und Eisenbahn von Marienborn nach Berlin zum Bestand. Die Kontrolle der Wasserstraßen Elbe und Elbe-Weser-Kanal durch den Staatssicherheitsdienst ordnet sich hier ebenfalls ein. Dokumentiert sind „Republikfluchten“, Personenschleusungen in die Bundesrepublik sowie die Überwachung des regionalen Tourismus in Jugendherbergen und Hotels, wie im Magdeburger Hotel „International“. Das Ausforschen der Arbeitsweise, der Struktur sowie der personellen Besetzung des Bundesgrenzschutzes und westlicher Grenzkontrollstellen wird durch die Unterlagen ebenso belegt.

Die überlieferten Unterlagen aus der Abteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr) dokumentieren das Abhören grenzüberschreitender Funknetze und Kabelverbindungen des deutsch-deutschen Nachrichtenverkehrs. Dazu gehörten die Überwachung westlicher Geheimdienste sowie die Überwachung des Amateurfunks in beiden deutschen Staaten. Auch unter Kontrolle stehende Personen, Gruppen und Objekte im „Operationsgebiet“, insbesondere im Raum Niedersachsen, wurden abgehört. Eingang fanden die Daten u. a. in entsprechende Protokolle der Abhörstationen „Urian“ und „Lupine“. Erstere war auf dem Brocken stationiert, die zweite im Raum Holzhausen/Altmark.

Dokumente aus den Kreisdienststellen zeigen die inhaltlich breit angelegte und auf eine möglichst lückenlose Überwachung der Regionen ausgerichtete Arbeit des Staatssicherheitsdienstes. Ein wesentlicher Gesichtspunkt der Arbeit der Magdeburger MfS-Dienststellen war die Absicherung und Kontrolle der kreis- und bezirksgelenkten Volkseigenen Betriebe. Zahlreiche Beispiele finden sich hierzu u. a. in der Region Genthin. Dazu zählen Unterlagen zum VEB Waschmittelwerk, zum VEB Stahl- und Apparatebau oder zur Intershop-Verkaufseinrichtung Genthin. Das Waschmittelwerk Genthin produzierte das bekannteste Waschmittel in der DDR: Spee. Mit einem Versorgungsanteil von 80 Prozent war es das meistverkaufte Waschmittel in der DDR. Der Stahl- und Apparatebau Genthin war ein Kombinatbetrieb des VEB Schwermaschinenbaukombinat „Ernst Thälmann“ Magdeburg (SKET) und zählte zu den „Betrieben mit spezieller Produktion“. Zum Produktionsfeld gehörte die Entwicklung und Erprobung des Brückenlegepanzers 72 bzw. eines Brückenlegegeräts 60. Diese Produktion fiel unter die „Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (LVO)“, was für die Beschäftigten eine intensive geheimpolizeiliche Überwachung zur Folge hatte. Für eine Anzahl von Kreisdienststellen sind zudem Unterlagen über die Absicherung militärischer Objekte der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland überliefert. Über den Militärflughafen in Borstel oder den 1952 erbauten Militärflugplatz in Mahlwinkel finden sich daher Unterlagen im Teilbestand der KD Stendal.

3.2.2.6 Freistaat Thüringen

Bezirksverwaltung Erfurt

Im Berichtszeitraum konnten mehrere Teilbestände abschließend bearbeitet werden. Unterlagen mit bisher unklarer Provenienz wurden einzelnen Teilbeständen zugeordnet und erschlossen. Damit wurde ein Erschließungsstand von 94 Prozent (2 116 lfd. M. von 2 252 lfd. M.) erreicht. Gearbeitet wird noch an den Teilbeständen Rückwärtige Dienste, Kader und Schulung, Kreisdienststelle Erfurt und Büro der Leitung sowie an Karten und Plänen.

Hervorhebenswert sind drei erschlossene Sachkarteen: Zum einen eine Vorkommniskartei auf DIN-A4-Kerbolochkarteikarten. Diese enthalten neben dem Delikt bzw. Vorkommnis die Personendaten und weitere Informationen zum Sachverhalt. Durch die Erschließung dieser Kar-

tei werden Auskünfte für Sachrecherchen nach Bränden, Grenzübertreten, Havarien oder Unfällen deutlich umfangreicher ausfallen können. Bei den beiden anderen Karteien handelt es sich um Straßenkarteien der Städte Erfurt und Weimar. Diese enthalten Personendaten und Angaben über Personenbefragungen; sie sind nach Straßen und Hausnummern geordnet.

Bezirksverwaltung Gera

Im Berichtszeitraum wurde in der Außenstelle Gera die restliche Überlieferung der Kreisdienststelle Stadtroda erschlossen. Aus den Unterlagen der Abteilung KuSch (Kader und Schulung) ist eine Kartei erwähnenswert, in der Mitarbeiter aus allen Dienststeinheiten der Bezirksverwaltung Gera mit ihrem Passfoto erfasst sind. Auf der Rückseite der Karteikarten sind oftmals Hinweise über Vorkommnisse, z. B. Verstöße gegen Dienstvorschriften, Kontoüberziehungen, verursachte Verkehrsunfälle, Ehescheidungen oder Westkontakte vermerkt. Vereinzelt ist der Vermerk „OibE“ (Offizier im besonderen Einsatz) oder „HIM“ (hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter) auf den Karteikarten zu finden.

Von den Personenkarteien der BV Gera, die im Berichtszeitraum verzeichnet wurden, ist vor allem die Kartei Reisesperre der Abteilung VI (Passkontrolle, Tourismus, Interhotel) hervorzuheben. Darin sind Personen erfasst, denen eine Einreise in die DDR verwehrt wurde, also vorwiegend ehemalige DDR-Bürger, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedelt waren bzw. ausgewiesen wurden. Die Karteikarten sind zu Taschen gefaltet, in die weiteres Material eingelegt ist, insbesondere Fahndungsersuchen zur Einleitung einer Reisesperre, Ersuchen zur Verhaftung, Verlängerung oder Löschung einer Fahndung, Vorschläge des Volkspolizeikreisamts für die Verfügung einer Einreise- und Transitsperre und zum Teil umfangreiche Begründungen für Einreisesperren sowie Eingaben und Bittschriften von Bürgern, deren Einreiseantrag abgelehnt wurde.

Die Berichte der Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) der BV Gera enthalten unter anderem Informationen über Personen, die in operativen Vorgängen bearbeitet wurden. Zum Bestand gehört eine Kerbblockkartei zu Beobachtungsaufträgen mit Angaben über eingesetzte Technik, genutzte Maskierungsmittel und Sichtstützpunkte.

Insgesamt liegen 1 862 lfd. M. von 1 910 lfd. M. Schriftgut der Dienststeinheiten der BV Gera erschlossen vor (97 Prozent). Die Außenstelle Gera unterstützt die Außenstelle Suhl bei der Erschließung des dortigen Archivbestandes.

Bezirksverwaltung Suhl

Die Erschließungsarbeiten an der Überlieferung der BV Suhl werden von den Außenstellen Chemnitz und Gera unterstützt. Vom Schriftgut der Dienststeinheiten sind derzeit 1 850 lfd. M. von 2 237 lfd. M. erschlossen (83 Prozent).

Aus der Überlieferung der Abteilung VIII (Beobachtung, Ermittlung) erwähnenswert sind Quellen über vorgenommene Überprüfungen von Sportkadern der Sportgemeinschaft Dynamo Suhl.

Im Bestand der BKG (Bezirkskoordinierungsgruppe) befinden sich zahlreiche Informationen über erfolgreiche, missglückte oder geplante Fluchtversuche im Grenzgebiet zur Bundesrepublik Deutschland. Einige Ermittlungsberichte sind durch ausführliche Bilddokumentationen ergänzt. Interessant sind auch Unterlagen über Fluchthelferorganisationen, aus denen jeweils angewandte Fluchtmethoden hervorgehen. Diese wurden als Arbeitsmittel genutzt, um Antragsteller auf ständige Ausreise von ihrem Vorhaben abzubringen.

Herausragend ist die im Berichtszeitraum bearbeitete Überlieferung der Abteilung III (Funkaufklärung, Funkabwehr) der BV Suhl. Zwar war der Bezirk Suhl der kleinste in der DDR, hatte jedoch mit 420 km Grenze zu den Bundesländern Bayern und Hessen die größten „Abschöpfungsmöglichkeiten“. Das erklärt auch die im Vergleich mit der Überlieferung anderer Bezirksverwaltungen große Menge an zu erschließenden Unterlagen. Wichtige Voraussetzung für die Erfüllung der Aufgaben des Staatssicherheitsdienstes im Grenzbereich war die Tätigkeit der beiden Funküberwachungsstützpunkte „Blitz“ im Eisenacher Haus bei Frankenheim/Rhön und „Kristall“ auf dem Schleifenberg in Sonneberg-Neufang. Allein die Überwachung von Funkverbindungen aus geheimdienstlichen und sicherheitsrelevanten Bereichen der Bundesrepublik umfasst weit über 500 Akteneinheiten. Von großem Interesse für das MfS waren das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen und dessen Funkverbindungen, Strukturen, Dienstorganisation und Mitarbeiter. Ebenfalls abgehört wurden der Militärische Abschirmdienst, die Bundeswehr, der Bundesnachrichtendienst, Polizeidienststellen sowie private Sicherheitsdienste und Detekteien. Zudem wollte das MfS stets über die Situation an der Staatsgrenze informiert sein. Zahlreiche Einzelakten liefern detailreiche Informationen über den Funkverkehr des Bundesgrenzschutzes und des Zollgrenzdienstes der Bundesrepublik. Sie enthalten Aufzeichnungen der sogenannten Funklagemeldungen sowie der Monatsberichte zu Erkenntnissen der Aufklärung aus dem Grenzvorfeld der Bundesrepublik. Als Beispiel sei die Enttarnung des Verlege-Schemas für Minen auf DDR-Gebiet (Reihenabstand 1,5 m, Minenabstand 1 m) durch eine Streife des Zollgrenzdienstes genannt. Ziel der Abhörmaßnahmen war zudem die Abschöpfung von Informationen aus der bundesdeutschen Politik und Wirtschaft. Namhafte westdeutsche Politiker werden in den Akten genannt. Das MfS erhoffte sich tiefere Einblicke in die Verflechtungen innerhalb der Parteien, aber auch in die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft. Für letzteres beispielhaft sind Unterlagen über die deutsche Firma OTRAG (Orbital Transport und Raketen Aktiengesellschaft) und über innerdeutsche Handelsbeziehungen. Auf DDR-Gebiet war die Abteilung III für die Funkkontrolle zuständig. Belegt ist die Überwachung von Funkamateuren, CB-Funkern, Nutzern des Rundfunkfernempfangs („BC-DXer“) sowie Modellfunkern.

3.2.3 Audiovisuelle Medien und maschinenlesbare Daten

3.2.3.1 Filme und Videos

Im Zuge der Nutzung und Erschließung von Akten der Ablagen des MfS-Zentralarchivs werden in Einzelfällen im Aktenverbund befindliche 8- oder 16-mm-Filme festgestellt, die aus konservatorischen Gründen in die Filmsammlung des Archivs überführt werden. Der inhaltliche Verbund zum Vorgang bleibt hiervon unberührt. Bei den Filmaufnahmen handelt es sich zumeist um solche, die außerhalb des Wirkungskreises der staatlich organisierten Amateurfilmstudios gedreht wurden. Bei Hausdurchsuchungen oder im Zuge einer Personenbeobachtung durch das MfS wurde das Filmmaterial konfisziert und als Beweismaterial den Vorgängen beigelegt. Im Berichtszeitraum wurden 28 Übernahmen aus den Außenstellen und der Zentralstelle erschlossen. Außerdem ergänzen jetzt Film- und Videoaufnahmen zu den Themen Jugendarbeit, Personenbeobachtungen und interne Dienstveranstaltungen des MfS den bislang vorhandenen Bestand. Derzeit sind nahezu alle Filme und Videos (2 786 von 2 790) verzeichnet. Auf der Homepage des BStU ist unter dem Menüpunkt „Findmittel“ ein Verzeichnis der Filme und Videos publiziert.

3.2.3.2 Tondokumente

Schwerpunkt der Erschließung von Tondokumenten des MfS und der Bezirksverwaltungen (BV) bildeten auch in diesem Berichtszeitraum die Tonträger aus Akzessionen sowie Tonträger, die im Zusammenhang mit der Erschließung des dazugehörigen Schriftgutes aus den noch unerschlossenen Bündeln oder den archivierten Ablagen bearbeitet werden.

Die Überlieferungen der Bezirksverwaltungen sind mengenmäßig sehr unterschiedlich, jedoch inhaltlich ähnlich. So liegen überwiegend Aufnahmen von Raumüberwachungen, Vernehmungen, Prozessmitschnitte, Mitschnitte von Beratungen, Versammlungen und Konferenzen wie z. B. der Parteileitungen, von Vorträgen und Schulungsmaterialien als auch von Berichten inoffizieller Mitarbeiter vor.

Die Erschließung der Tondokumente der BV Dresden, Magdeburg und Halle wurde abgeschlossen. Diese Bestände befinden sich jetzt in der abschließenden Bearbeitung. Dabei werden eventuell vorhandene Mehrfachüberlieferungen geprüft. Im Rahmen der Bestandssicherungen durch Digitalisierung werden die Verzeichnungsangaben konkretisiert und korrigiert bzw. ergänzt. So konnten z. B. Fragmente einer Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation der Abteilung XX der BV Magdeburg von 1974, die bereits im Jahr 2000 zur Erschließung vorlagen, mit Erschließungsergebnissen aus dem Jahr 2011 zu einem Vorgang zusammengeführt werden. Die Erschließung der Tondokumente der BV Suhl, Gera und Leipzig wurde fortgeführt.

Seit 2010 wurden im Technik- und im Erschließungsbereich Anstrengungen unternommen, um Restbestände an analogen Tonträgern zu bearbeiten, für die es bisher nicht

gelingen war, entsprechende Abspielgeräte zu beschaffen bzw. zu adaptieren. Vor allem die Diktierplatten gaben Rätsel auf. Davon lagen ca. 150 Stück aus verschiedenen Bezirksverwaltungen vor. Im Fonds der Außenstelle Gera ließ sich ein Diktiergerät „d1a“ aus ungarischer Produktion von 1965 ermitteln, das ein Abspielen der Platten ermöglichte. Jede Plattenseite hat eine Spieldauer von zehn Minuten. Die Platten konnten durch den Einsatz eines Magneten gelöscht und dann wiederverwendet werden. Bisher wurden 37 Platten erschlossen, darunter ein Diktat zur „politisch-operativen Arbeit in und nach dem westlichen Grenzvorfeld“ vom Februar 1982, Diktate mit Auszügen aus Personalakten von IM-Kandidaten und Bewerbern beim MfS und Beurteilungen von IM von 1980 sowie Meldungen von Transitvorkommissionen. Derzeit sind 18 989 von 27 606 Tonträgern erschlossen (69 Prozent).

3.2.3.3 Fotodokumente

Im Berichtszeitraum wurde die Erschließung der Fotografien der ZAIG (Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe), der HA II (Spionageabwehr), der HA IX (Untersuchungsorgan) und der HA XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) fortgeführt. Bei diesen Teilbeständen wurden vorrangig Übergaben aus den Schriftgutreferaten erschlossen. Neu in die Erschließung aufgenommen wurden die Fotografien des Traditionskabinetts der Bezirksverwaltung Berlin und aus dem Teilbestand HA XXII (Terrorabwehr). Anlässlich des Gedenkjahres zum Mauerbau wurden Fotografien zum Mauerbau insbesondere aus der Überlieferung der HA I (Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen) zugänglich gemacht. Sämtliche Dias wurden hinsichtlich Mehrfachüberlieferung und der Urheberrechte überarbeitet. Hierbei konnte festgestellt werden, dass nur ein kleiner Teil der Sammlung vom MfS produziert wurde. Sechs Serien wurden an das Bundesarchiv abgegeben. Insgesamt wurden 215 000 Bilder neu erschlossen. Damit liegen nunmehr 1,043 Millionen von insgesamt über 1,7 Millionen Fotodokumenten erschlossen vor (ca. 61 Prozent).

3.2.3.4 Maschinenlesbare Daten

Es wird weiter an der einheitlichen Dokumentation der Bestände maschinenlesbarer Daten gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurden schriftliche Überlieferungen aus dem Bereich 3 der ZAIG (Einsatz der EDV im MfS) erschlossen. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse sind zum einen gewinnbringend für die Dokumentation maschinenlesbarer Daten des MfS, zum anderen werden damit weitere Unterlagen für die Nutzung zugänglich gemacht.

Von den 46 Datenprojekten, die in sehr unterschiedlicher Qualität und Quantität vorliegen, sind nunmehr 23 erschlossen. Jede zusammengehörige Datensammlung wird als Projekt betrachtet, auch wenn keine vollständigen Originaldaten vorliegen. Als erschlossen gelten die Projekte, aus denen Daten für die Nutzung bzw. Recherche bereitgestellt werden können. Nicht alle vorhandenen Projekte werden in dieser Form aufbereitet, da es weder technisch noch inhaltlich sinnvoll bzw. vertretbar ist (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 35f.).

Technisch neu aufbereitet wurden die Daten der HA VI/MD/1 (Datenreste aus einem Fahndungsprojekt des MfS) und der BV Gera, Abteilung XII/MD/3 (Kurzauskünfte zu archivierten Vorgängen der BV Gera des MfS).

3.3 Findmittel

3.3.1 Karteien des MfS

Zu den umfangreichen personenbezogenen Karteien gehören in erster Linie die im MfS und in den Bezirksverwaltungen zentral geführten Karteien F 16 (Personenkartei) und F 22 (Vorgangskartei). Sie gewährten für lange Zeit den einzigen Zugang zu den bereits vom MfS und in den Bezirksverwaltungen archivierten Ablagen, den MfS-Archivbeständen. Neben diesen Karteien sind auch weitere sogenannte zentrale Karteien wie die F 77 (Decknamenkarteien) und die F 78 (Straßenkarteien) für die Arbeit des BStU unverzichtbar. Aktenrecherchen und Erschließungsarbeiten führten auch im Berichtszeitraum zu Klärungen und Ergänzungen von Erfassungsdaten, für die farblich besondere Karten genutzt werden. Diese curryfarbenen Karteikarten wurden 1992 auf Empfehlung des Bundesdatenschutzbeauftragten eingeführt, um den Beweiswert der Originalunterlagen des MfS zu erhalten. In der Zentralstelle wurden über 1 400 Ergänzungen in den Karteien F 16 und F 22 vorgenommen, beispielsweise wenn vom MfS zerrissene Teile registrierter Vorgänge rekonstruiert werden konnten.

Neben den zentralen Karteien werden für die personenbezogenen Recherchen die zahlreichen dezentralen Karteien genutzt. Dezentrale Karteien sind Arbeitskarteien verschiedener Dienstseinheiten des MfS, beispielsweise die Vorverdichtungs-, Such- und Hinweiskarteien. Die Kartebereiche der Zentralstelle übernahmen, ergänzten und ordneten im Berichtszeitraum weitere 90 dezentrale personenbezogene Karteien, die nun mit einem Umfang von über 46 lfd. M. (mehr als 130 000 Karteikarten) für Personenrecherchen genutzt werden können. Insgesamt stehen im Archiv der Zentralstelle 745 dieser Karteien mit einem Umfang von ca. 10,6 Millionen Karteikarten für Recherchen zur Verfügung. Für die Außenstellen gilt dieses Verfahren analog, sodass deren Archivbereiche nunmehr insgesamt ca. 3 640 dezentrale MfS-Karteien mit ca. 17,6 Millionen Karteikarten für Personenrecherchen nutzen können.

Schwerpunkt der Arbeit mit den Karteien war wiederum die Beauskunftung von Rechercheanträgen. Im Berichtszeitraum waren dies monatlich durchschnittlich 36 000 Recherchen. Die MfS-Karteien sind aber nicht nur ein unerlässliches Findmittel für die Aufgabenerledigung des BStU, sie sind auch Teil der Überlieferung des Staatssicherheitsdienstes und bedürfen als solche nach nunmehr 20-jähriger Nutzung durch die Behörde verstärkter konservatorischer und restauratorischer Aufmerksamkeit. Eine Digitalisierung ist aus Gründen der Bestandserhaltung angezeigt und böte zudem als Synergieeffekt neue, schnellere und weniger personalintensive Möglichkeiten der Nutzung und Datenauswertung.

Über die 40-jährige Geschichte und den dabei veränderten Aufbau der Karteien und Datenbanken des MfS, aus dem sich eine heterogene, vielförmige Überlieferung ergab, wurde 2011 ein Fachbeitrag in der Zeitschrift „Archivar“ publiziert.

3.3.2 Datenbanken des BStU

Das elektronische Personenregister (EPR) ist die umfangreichste Datenbank in den Archiven des BStU und wurde 1993 eingeführt. Es enthält Personendaten, insbesondere aus den dezentralen Karteien und aus Erschließungsergebnissen. Das EPR wird in der Recherche als Vorfilter für einen direkten Karteizugriff genutzt. In der Zentralstelle umfasst das EPR über 9,43 Millionen Datensätze, hinzu kommen ca. 1,26 Millionen Datensätze zur Überlieferung der Bezirksverwaltung Potsdam sowie ca. 452 000 Datensätze zur Bezirksverwaltung Berlin, deren Unterlagen in der Zentralstelle verwaltet werden. In den Außenstellen enthalten die dortigen EPR zusammen mehr als 14,1 Millionen Datensätze.

Nachdem anfangs mit per Hand beschriebenen Karteikarten erschlossen wurde, begann Ende der 90er-Jahre die Einführung einer eigens vom BStU entwickelten IT-Fachanwendung zur Sachaktenschließung (SAE). Neben dem sachthematischen Zugang ermöglicht SAE auch die personenbezogene Erschließung der Unterlagen einschließlich der Übertragung von Personendaten in das EPR. Recherchiert werden kann in der Datenbank über die Klassifikation, über diverse Register wie z. B. den Sachindex und über Volltextsuche. Das Programm fördert die formale Einheitlichkeit der Erschließungs- und Rechercheprozesse in den Archivbereichen und ermöglicht es, Rechercheaufträge effizient zu bearbeiten. Aktuell sind ca. 763 000 Datensätze in SAE erfasst und für interne Recherchen freigegeben.

Die „Rosenholz“-Datenbank dient der Recherche in den digitalen Karteien der HV A (Hauptverwaltung Aufklärung). Diese setzt sich aus der Personenkartei F 16/HV A, der Vorgangskartei F 22/HV A und den Statistikbögen der HV A zusammen. Enthalten sind nahezu 293 000 Datensätze über Personen (F 16), 57 463 Vorgänge (F 22) und 1 702 Statistikbögen. Die Anzahl der erfassten Personen schwankt, da die Prüfung des Datenbestandes immer wieder Mehrfachüberlieferungen erkennen lässt.

In der Zentralstelle werden auch die Datenbanken HHO (HV A/HIM/OibE) und HM/WR (Hauptamtliche Mitarbeiter/Wachregiment) geführt und ergänzt. Derzeit sind in der HHO-Datenbank 206 000 Datensätze zu hauptamtlichen inoffiziellen Mitarbeitern (HIM), zu Personen und Vorgängen mit HV A-Bezug und zu Offizieren im besonderen Einsatz (OibE) enthalten. Die HM/WR-Datenbank weist 277 000 Datensätze zu hauptamtlichen Mitarbeitern und Angehörigen des Wachregiments aus.

Das Projekt elektronisches Archiv (eArchiv) wurde bereits im Zehnten Tätigkeitsbericht ausführlich dargestellt und ist im Berichtszeitraum fortgeschritten. Es zielt auf die Einführung der beim Bundesarchiv entwickelten und teils bereits eingesetzten integrierten Archivverwaltungs-

software BASYS 2 beim BStU. Damit werden sowohl die Datenbanken Sachkaterschließung (SAE), Aktenausgabe Magazin (AMAG) als auch die Dokumentensammlungen (DOSA) ersetzt. Darüber hinaus werden künftig sämtliche Digitalisate über BASYS 2 erschlossen und verwaltet sowie Schnittstellen zu digitalen Magazinen und Archiven eingerichtet werden können.

Im Berichtszeitraum erfolgte eine – für den Einsatz neuer Informationstechnik notwendige – weitreichende Organisationsuntersuchung der Archive des BStU. Die Untersuchung analysierte sowohl die generellen Rahmenbedingungen archivischer Arbeit in der Behörde als auch die konkreten Workflows. Das Ergebnis dokumentiert, an welchen Punkten die Arbeitsabläufe optimiert oder angepasst werden sollen und wo Skalierungen des Programms notwendig sind.

Aufbauend auf dem Untersuchungsbericht wird seit Januar 2012 durch eine Projektgruppe ein Lastenheft erarbeitet. In ihm werden sämtliche Anpassungen von BASYS 2 beschrieben, die für den BStU notwendig werden. Das Lastenheft ist die Grundlage für eine Ausschreibung, die für 2013 geplant ist.

Parallel zur Lastenhefterarbeitung erfolgen die Klärung vergaberechtlicher Fragen, die Fortschreibung der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und der Risikokataloge, die Erarbeitung von Migrationsstrategien sowie die Ressourcenplanung für die nächsten Jahre.

Die Projektgruppe arbeitet eng mit dem Bundesarchiv zusammen, mit dem bereits im November 2010 eine diesbezügliche Verwaltungsvereinbarung geschlossen wurde.

3.3.3 Findmittel im Internet

Im Zehnten Tätigkeitsbericht (S. 45) wurde über ein Kooperationsprojekt des Bundesarchivs und der ostdeutschen Staats- und Landesarchive zum Aufbau des Internetportals „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“ unter Beteiligung des BStU berichtet. Ausgehend von den dabei gesammelten Erfahrungen wurden im Berichtszeitraum weitere konzeptionelle Schritte zur Nutzung speziell archivaffiner Recherche- und Präsentationsplattformen für BStU-Online-Findmittel vorbereitet und erprobt. Damit sollen einerseits beim BStU Online-Recherchemöglichkeiten funktional vergleichbar zu Internetauftritten anderer Archive angeboten und andererseits Erschließungsangaben in übergreifende fachliche Internetportale eingebracht werden können, zum Beispiel in das im Rahmen der transnationalen Best Practice Projekte „APEnet“ bzw. „APEX“ entwickelte „Archives Portal Europe“, das seit Anfang 2012 im Wirkbetrieb ist.

Im Rahmen des BStU-Projekts eArchiv zur Übernahme der integrierten IT-Fachanwendung BASYS (Bundesarchiv-IT-System) ist auch die Einführung des entsprechenden Moduls BASYS-Invenio für die Online-Präsentation von Erschließungsangaben beim BStU vorgesehen. Bis zur Nutzbarkeit des Moduls BASYS-Invenio beim BStU werden Lösungen favorisiert, die funktional den skizzierten Anforderungen bereits entsprechen und gleichzeitig in Bezug auf das vorgesehene Zielsystem BASYS hinrei-

chend integrationsfähig bleiben. Anwendung finden soll dabei auch die Möglichkeit der Präsentation von Online-Findmitteln, in die digitale Reproduktionen von Archivgut eingebettet sind; hierfür sind zunächst zentrale dienstliche Bestimmungen des MfS aus der sogenannten Dokumentensammlung (DOSA) beim Büro der Leitung des MfS vorgesehen.

Ergänzend zum Projekt „Geschichte des MfS-Teilbestandes Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher)“ (siehe Abschnitt 3.7) wird in einem eigenen Arbeitsvorhaben ein Online-Findbuch zur Überlieferung dieses Teilbestandes vorbereitet. Das Findbuch soll zum Dienstschriftgut der MfS-Abteilung XII hinführen, das etwa 480 lfd. M. umfasst und neben Grundsatzdokumenten vor allem Unterlagen zur sogenannten Archivarbeit des MfS, zur Organisation der Dienstseinheit und zum inneren Dienstbetrieb, zum Personalwesen, zur Parteiarbeit sowie nicht zuletzt zur Auflösung des MfS und den Versuchen der Beseitigung bzw. des Transfers von MfS-Unterlagen in Nachfolgeorganisationen beinhaltet. Hierzu fanden im Berichtszeitraum an den Unterlagen in gewissem Umfang vereinheitlichende Bearbeitungen statt, um strukturelle Zuordnungen vorzunehmen, die zu Beginn der Verzeichnungsarbeiten angesichts der vielfach amorph überlieferten Schriftgutmenge noch nicht möglich waren. Es ist vorgesehen, das Online-Findbuch parallel zur Veröffentlichung der archivwissenschaftlichen Studie des BStU über die MfS-Abteilung XII zu publizieren.

Im Berichtszeitraum wurden weitere 40 Online-Findmittel zur Überlieferung des MfS-Archivguts bereitgestellt. Beispielsweise ist die Überlieferung der BV Neubrandenburg mit nunmehr 34 Aktenverzeichnissen für Nutzer transparenter geworden, davon kamen im Berichtszeitraum zwölf Aktenverzeichnisse neu hinzu.

Über die BV Rostock stehen 33 Aktenverzeichnisse für die Recherche im Internet zur Verfügung, davon wurden im Berichtszeitraum 21 Aktenverzeichnisse neu gefertigt. Insgesamt stehen Nutzern auf der Homepage des BStU über 80 Online-Findmittel zur Verfügung. Zu einigen dieser Bestände sind noch zerrissene Unterlagen überliefert; nach deren Rekonstruktion können sich Erweiterungen der betreffenden Aktenverzeichnisse ergeben.

3.4 Bestandserhaltung

3.4.1 Präventive Maßnahmen

Lagerung und Transport

Das im Berichtszeitraum weiterhin erfreulich hohe Aufarbeitungsinteresse und die daraus resultierende Bereitstellung von Archivalien in großem Umfang stellt die Bestandserhaltung beim BStU vor eine enorme Herausforderung.

Beim Schriftgut der Dienstseinheiten sowie bei den Ablagen des MfS-Zentralarchivs und der Archive der Bezirksverwaltungen, ebenso bei den MfS-Karteikarten, sind die Hauptschadensbilder Folge des stark holzhaltigen (ligninhaltigen), sauren Papiers. Durch Vergilben und Verspröden des Schriftgutes entstehen Risse, Ausreißungen der

Heftungen und andere Schäden. Bei elektromagnetisch gespeicherten Informationen auf Tonbändern, Tonkassetten, Videos und maschinenlesbaren Datenträgern besteht das Problem in der begrenzten Haltbarkeit der gespeicherten Daten, sodass teilweise erhebliche Informationsverluste beim Abspielen und Lesen auftreten können. Bei Filmen und Fotos können eine ungünstige Lagerung, die Benutzung und das Kopieren zu Schäden an der fotochemischen Schicht und dem Trägermaterial führen. Deshalb wurden beim BStU organisatorische und bestandserhaltende Maßnahmen eingeleitet und bereits laufende Maßnahmen fortgesetzt. So wurden im Berichtszeitraum durch die Liegenschaftsverwaltung des BStU Anstrengungen unternommen, die Lagerungsbedingungen für die Unterlagen zu verbessern. Dies erfolgte durch bauliche bzw. technische Maßnahmen. Im Archiv der Zentralstelle kommt es darauf an, die Lagerungsbedingungen den empfohlenen Werten der DIN 11799 anzugleichen. Hier sind noch Nachjustierungen bzw. -rüstungen an der erneuerten Klimaanlage/Klimatechnik nötig, um die entsprechenden Werte zu erreichen. Die erforderlichen Schritte (Planung, Finanzierung) sind eingeleitet. Mit der Fertigstellung des Vorhabens ist im nächsten Berichtszeitraum zu rechnen. Um die bis zur Realisierung der neuen Klimotechnik vorhandenen Schwankungen in den Lagerbedingungen zu minimieren, wurden und werden in enger Abstimmung mit der Eigentümerin, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, temporäre technische Maßnahmen geplant und umgesetzt.

Die bereits abgeschlossene Sanierung und Dämmung der Außenfassade des Magazinbaus sowie die Einrichtung von Kühlräumen für die audiovisuellen Medien werden sich ebenfalls positiv auf die klimatischen Bedingungen in den Magazinen auswirken.

Im Berichtszeitraum wurden in der Zentralstelle außerdem zwei Projekte initiiert und umgesetzt, soweit es die begrenzten Haushaltsmittel ermöglichten. Das erste dient der Vorbereitung der Verpackung einer großen Anzahl von bisher offen lagernden Akten der Ablagen des früheren MfS-Zentralarchivs in säurefreie und basisch gepufferte Archivkartons. Die bisher stehend lagernden Akten werden dabei in die bestandsschonende liegende Lagerung umgesetzt. Mit dem zweiten Projekt sollen die Bedingungen beim Transport von Archivalien zwischen den Liegenschaften des BStU verbessert werden. Neue, aus Kunststoff bestehende Transportbehälter sollen die mechanische Beanspruchung der Archivalien wesentlich verringern. Dies dient der Prävention und soll kostspielige Restaurierungen ersparen.

Notfallvorsorge

Um auf Notfälle generell vorbereitet zu sein, wurde wie in den Berichtszeiträumen zuvor die Notfallplanung des BStU den aktuellen Bedingungen angepasst. Die Zentralstelle in Berlin sowie mehrere Außenstellen (Magdeburg, Halle, Dresden) beteiligen sich an den regelmäßig tagenden Arbeitsgruppen der regionalen Notfallverbände. Die Außenstelle Frankfurt (Oder) hat einen vergleichbaren Vertrag mit dem Technischen Hilfswerk geschlossen.

Weitere Außenstellen wirken an der Bildung von Notfallverbänden mit. Die Teilnehmer eines Notfallverbundes stimmen ihre Pläne für Krisensituationen untereinander und mit zuständigen Behörden ab. Im Katastrophenfall unterstützen sich die Einrichtungen gegenseitig mit Fachpersonal sowie technischen und räumlichen Ressourcen, um schnell und fachkundig zu helfen. Im November 2012 war der BStU zum wiederholten Mal Gastgeber der Berlin-Brandenburger Notfallrunde.

Schutzverfilmung

Die Schutzverfilmung ermöglicht eine dauerhafte Sicherung gefährdeter Unterlagen. Deshalb werden parallel mehrere Überlieferungen schutzverfilmt. Seit November 2002 werden Unterlagen der Hauptabteilung IX/11 (Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen) bearbeitet. Nach der Verfilmung der zentralen Karteibestände der Zentralstelle und der Außenstellen Chemnitz, Erfurt, Frankfurt (Oder), Rostock und Suhl konnte im Berichtszeitraum die Verfilmung der Karteibestände Cottbus, Neubrandenburg und Schwerin abgeschlossen werden. Derzeit werden die zentralen Karteien der Außenstellen Halle und Leipzig verfilmt. Die einschlägigen Karteibestände der Außenstellen Gera und Magdeburg werden zurzeit für die Verfilmung vorbereitet. Den Abschluss bilden die zentralen Karteibestände der Außenstelle Dresden.

Die vom MfS überlieferten Mikrofilme von ersatz- und sicherungsverfilmtem Schriftgut werden aufgrund des häufigen Gebrauchs zu Recherchezwecken stark beansprucht. Um diese Filme zu erhalten, fertigt der BStU polaritätsgleiche Duplikatfilme auf Diazobasis und stellt damit Arbeitsfilme zur Verfügung. Die Duplizierung der Mikrofilmbestände der Außenstellen Dresden, Frankfurt (Oder), Cottbus, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Potsdam und Schwerin wurde bereits abgeschlossen. Die Bestände der Außenstellen Chemnitz und Rostock werden derzeit bearbeitet. Die Sicherung der Filme der Außenstelle Gera erfolgt im Anschluss.

3.4.2 Papierrestaurierung und -konservierung

Die Restaurierungswerkstatt unterstützt die vielseitigen Aufgaben der Bestandserhaltung. Ihre Hauptaufgabe liegt in der Konservierung und Restaurierung der vom Zerfall bedrohten und durch mechanischen Verschleiß geschädigten Unterlagen aus den Magazinen der Zentralstelle und den Außenstellen der Behörde.

Die Überlieferungen der MfS-Unterlagen bestehen größtenteils aus säure- und ligninhaltigen Papieren. Zur Sicherung und Bestandserhaltung des Archivguts wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen. Neben der handwerklichen Restaurierung von Akten, Karteikarten sowie Kartenmaterial oder technischen Zeichnungen werden auch Verfahren zur Massenkonservierung getestet und umgesetzt. So wurden von März bis November 2011 in einem Pilotprojekt ca. 100 lfd. M. Aktenmaterial aus drei verschiedenen Teilbeständen in einem maschinellen Massenentsäuerungsverfahren konserviert, der Zerfallsprozess gestoppt und dadurch die Lebensdauer der Papiere

wesentlich erhöht. In der Restaurierungswerkstatt und dem Magazinbereich waren zeitgleich umfangreiche Vor- und Nacharbeiten notwendig, um die Nutzungseinschränkung für das Material kurz zu halten.

Neben diesem Pilotprojekt wurden in der zentralen Werkstatt außerdem 2 698 Akten, 9 974 Karteikarten, 23 Archiv-/Registrierbücher, 1 806 Fotopositive und 329 technische Zeichnungen/Karten/Pläne restauriert.

3.4.3 Sicherung audiovisueller Medien und maschinenlesbarer Daten

Für den Audio-Bestand wurde die Digitalisierung der analogen Tonträger als Methode zur Erhaltung der Informationen und für eine komfortable Nutzung im Berichtszeitraum weiter fortgesetzt. Als Arbeitsgrundlage für die digitale Sicherung, Nutzung und vertiefte Erschließung von Audiodokumenten des MfS wurde vom Fachbereich im März 2011 ein Leitfaden erarbeitet, der ständig erweitert und angepasst wird.

Die in der Datenbank „AudioDigital“ erfassten Daten aus dem Prozess der Digitalisierung umfassen derzeit eine Laufzeit von 7 727 Stunden Tonaufzeichnungen der Staatssicherheit.

Im Film-/Videobereich konnten drei durch das MfS vernichtete Filme zum Teil rekonstruiert, erschlossen und der Nutzung zugänglich gemacht werden. Die Sicherung des Materials auf Betacam SP wurde fortgesetzt und gleichzeitig Vorbereitungen zur Migration der archivwürdigen Videos auf einen neuen Träger getroffen, da das Original-Bandmaterial mittelfristig nicht mehr abspielbar sein wird.

Für den Bestand an Fotografien konnten erste Schritte hin zum Aufbau eines sogenannten ruhenden Fotoarchivs eingeleitet werden, das heißt, es wurde an Verfahren gearbeitet, die es ermöglichen, bei künftigen Benutzungen auf Digitalisate von Originalfotos zurückzugreifen. Die Originale sollen in klimatisierten Magazinen ruhen und nicht durch wiederholtes Entnehmen langfristig in ihrer Erhaltung gefährdet werden. Die archivwürdigen Dias, die aufgrund ihrer Farbigkeit besonders stark unter warmen Temperaturen leiden, wurden digitalisiert und werden für die Sichtung bzw. Nutzung im Original nicht mehr vorgelegt.

Für die Methode, mittels Trichlorethylen Nitratfilm zu erkennen, wurde 2012 im Fotolabor die Voraussetzung geschaffen. Dieses Verfahren steht in der Zentralstelle und in den Außenstellen zur Verfügung.

Bei der Sicherung von Datenträgern besonders seltener Bauformen, die bisher wegen fehlender Hardware nicht gelesen werden konnten, wurden im Berichtszeitraum Erfolge erzielt: In Zusammenarbeit mit der EQUIcon Software GmbH aus Jena konnten in einem aufwändigen Emulationsverfahren 71 Wechselplatten vom Typ EC[S]5269 gesichert werden.

Im Berichtszeitraum wurde ebenfalls ein alter Fernschreiber mit PC-Schnittstelle installiert, der es ermöglicht, die Daten von 5-Kanallochstreifen auszulesen und elektro-

nisch zu speichern. Diese Art von Lochstreifen kam im MfS recht häufig zum Einsatz, sodass nun eine schnelle Möglichkeit besteht, auf die Daten zuzugreifen und sie auch elektronisch zu sichern. Bereits 794 Lochstreifen aus dem Bestand der Außenstelle Gera konnten gesichert werden, die in einigen Fällen sogar schriftlich nicht mehr vorliegende Informationen über archivierte Vorgänge der BV Gera des MfS aus der Zeit zwischen 1953 und 1988 enthalten.

3.5 Herausgabe und Übernahme von Unterlagen

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz benennt, was zu den Stasi-Unterlagen zählt, schreibt dafür dem BStU das Verwahrmonopol zu und regelt die unterschiedlichen Verfahrensweisen bei Rück- und Herausgaben von Unterlagen.

So erhalten Betroffene und Dritte vom Staatssicherheitsdienst widerrechtlich weggenommene oder vorenthaltene Gegenstände und Unterlagen im Zuge der Akteneinsicht zurück – weil es sich gerade nicht um Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes handelt. Das betrifft etwa Familienfotos, Tagebücher und Briefe.

Werden bei der Erschließung Unterlagen fremder Provenienz festgestellt, die keine Bearbeitungsspuren des MfS tragen, so werden sie an die zuständigen Stellen und Archive abgegeben. Seit 2011 wurden insgesamt 7,1 lfd. M. Unterlagen abgegeben, darunter 6,45 lfd. M. Schriftgut aus der Außenstelle Dresden. Öffentlichkeitswirksam waren die Übergabe von Korrespondenzen des ehemaligen US-Konsulats in Dresden an den US-Botschafter durch den Bundesbeauftragten und die Abgabe von 5,73 lfd. M. Schriftgut aus der NS-Zeit an das Hauptstaatsarchiv Dresden. Die Außenstelle Halle konnte an das Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abteilung Merseburg, sowie die Kreisarchive Merseburg und Aschersleben Unterlagen abgeben, die in den Beständen der Kreisdienststellen bei der Erschließung aufgefunden worden waren.

Andererseits gibt es eine Anzeige- und Herausgabepflicht öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen gegenüber dem BStU bei Auffinden von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (§§ 7 bis 9 StUG). Diese Unterlagen werden dann durch die Behörde akzessioniert. Seit 2011 wurden ca. 25 lfd. M. Akzessionen eingearbeitet, zu denen neben Akten auch Bauzeichnungen, Tonbandkassetten und Diapositive gehörten.

Rückgaben durch Privatpersonen haben sich im Berichtszeitraum signifikant erhöht. Diese hatten Unterlagen während der Auflösungsphase des Staatssicherheitsdienstes an sich gebracht. Andere Unterlagen erhält der BStU zurück, weil sie bei der Beräumung ehemaliger MfS-Dienstobjekte gefunden werden. So wird die frühere Stasi-Dienststelle in Rampe (Kreis Ludwigslust-Parchim in Mecklenburg-Vorpommern) seit wenigen Jahren von einer kirchlichen Einrichtung genutzt. Hierbei fanden sich 3 lfd. M. Bau- und Projektierungsunterlagen für Dienst-, Schulungs- und Ferienobjekte der früheren Bezirksverwaltung Schwerin. Die Außenstelle Magdeburg erhielt u. a. eine Chronik der FDJ-Grundorganisation „Erich Wei-

ner“ der Bezirksverwaltung Magdeburg. Diese dokumentiert, versehen mit zahlreichen Fotos, Aktivitäten im Zeitraum der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin. Das Album vermittelt zudem einen Einblick in den Alltag der hauptamtlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltung.

Eine archivfachliche Überblicksdarstellung über die Erfahrungen und die Praxis des BStU bei Rückführungen und Abgaben von Unterlagen wurde 2012 in der „Archivalischen Zeitschrift“ publiziert.

3.6 Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen

3.6.1 Manuelle Rekonstruktion

Seit 1995 besteht beim BStU die Projektgruppe Manuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen. Sie hat die Aufgabe, jene Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes wieder zusammenzusetzen, die vom MfS 1989/90 noch hastig per Hand zerrissen, jedoch nicht mehr endgültig beseitigt werden konnten. Die Rekonstruktionsarbeiten finden überwiegend in Zirndorf (bei Nürnberg) mit Unterstützung von Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) statt. Es besteht eine sehr enge Zusammenarbeit mit der beim BStU 2007 eingerichteten Projektgruppe Virtuelle Rekonstruktion (siehe Abschnitt 3.6.2), vor allem zur detaillierten Sichtung der zerrissenen Unterlagen mit der Option einer nach Schadensbildern differenzierten Bearbeitungszuweisung. So werden durch die Projektgruppe Manuelle Rekonstruktion vorzugsweise Unterlagen bearbeitet, die für die händische Zusammensetzung besonders geeignet sind. Die Feinsichtungen der Säcke und anderen Behältnisse (z. B. Kisten oder Kartons) mit zerrissenen Unterlagen zeigen, dass sich unter diesem sogenannten vorvernichteten Schriftgut erhebliche Mengen an großenteils zerrissenen Unterlagen befinden, die gleichzeitig inhaltlich bedeutsame Aufzeichnungen enthalten.

Nach Auffassung des BStU bleibt vor allem zur Wiederherstellung großenteils zerrissener Unterlagen die manuelle Rekonstruktion weiterhin sinnvoll. Halbe oder geviertelte Blätter beispielsweise können unmittelbar händisch zusammengesetzt werden. Dann ist das manuelle Verfahren der wirtschaftlichere Weg, die Unterlagen zugänglich zu machen. Zudem wird bei der manuellen Rekonstruktion neben den Informationen auch das historische Material selbst zurückgewonnen. Das ist von besonderer Bedeutung für zeitgeschichtlich herausgehobene Originaldokumente etwa von den Spitzen der SED und des MfS oder ihren ausländischen Verbündeten. Ein anderes Beispiel sind Briefe aus der Haft, deren Versand das MfS offenbar verhindert hat. Solche sehr persönlichen Zeugnisse den Betroffenen und Angehörigen auch im Original zeigen oder in die Hand legen zu können, bleibt von hohem Eigenwert.

Im Berichtszeitraum konnten Dokumente, Vorgänge und Aktenteile im Umfang von ca. 300 000 Blatt manuell rekonstruiert werden. Hinzu treten Teilrekonstruktionen (Blattfragmente), die erst vervollständigt werden können, wenn in anderen Behältnissen die zugehörigen Teile ge-

funden werden. Insgesamt wurden beim BStU mittlerweile – zusammen mit einigen weiteren (dezentralen) Projekten – Unterlagen im Umfang von ca. 1,3 Millionen Blatt händisch rekonstruiert.

Im Berichtszeitraum konnten erneut Unterlagen aus der Hauptabteilung XX (Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund) wiederhergestellt werden, darunter zum Beispiel aus der Abteilung XX/7 (Kunst, Kultur, Literatur) wesentliche Teile der Handakte zur Bespitzelung und Beeinflussung der Adoptivtochter von Walter und Lotte Ulbricht. Diese Unterlagen zeigen sehr prägnant, wie konzentriert das MfS bis in den persönlichen Nahbereich gegen die betroffene Frau vorging und wie sich dabei die Zusammenarbeit des MfS mit dem Zentralkomitee der SED und verschiedenen staatlichen Stellen gestaltete.

Einen weiteren Schwerpunkt verkörperten erneut Unterlagen der Abteilung X (Internationale Verbindungen). Hier konnten u. a. Dokumente zusammengesetzt werden, die die Zusammenarbeit des MfS mit der Geheimpolizei der ČSSR beim Einsatz von Abhörtechnik an der böhmisch-bayerischen Grenze illustrieren. Rekonstruiert wurde zum Beispiel das Protokoll einer Verhandlung zwischen dem MfS (Erich Mielke) und dem Prager Innenministerium (Rudolf Barák) aus dem Jahr 1958 zur Ausgestaltung jener 1955 getroffenen Grundsatzvereinbarung, die bereits im vergangenen Berichtszeitraum im Original zusammengesetzt wurde. Gleichzeitig wurden Unterlagen rekonstruiert, die die Ergebnisse der vereinbarten Zusammenarbeit zeigen, so zum Beispiel abgeschöpfte Informationen aus Befragungen von Transitreisenden durch die bayerische Grenzpolizei, die vom MfS dem Prager Innenministerium übersandt wurden. Aber auch Unterlagen zur Verhaftung des tschechoslowakischen Innenministers Rudolf Barák 1962 wurden zusammengesetzt.

Im Berichtszeitraum wurden schließlich weiter verstärkt Unterlagen aus verschiedenen Kreisdienststellen des MfS rekonstruiert. Dadurch können auch auf lokaler Ebene empfindliche Überlieferungslücken geschlossen werden. Aus der ehemaligen Kreisdienststelle Eisleben wurden große Teile der dortigen Aktenregistratur, der sogenannten Zentralen Materialablage, wiederhergestellt. Diese Unterlagen wurden überwiegend personenbezogen geführt, vermitteln gleichzeitig aber interessante Umfeld-einblicke in Wirtschaft und Gesellschaft, darunter beispielsweise zum Mansfeld Kombinat. Auch Aspekte der Tätigkeit der Stasi-Auslandsspionage werden deutlich. Aus der ehemaligen Kreisdienststelle Meiningen wurden Unterlagen mit Bezug auf das Staatstheater rekonstruiert, beispielsweise zur Veranstaltung einer Festwoche aus Anlass der herzoglichen Theatergründung 1831 oder zum Theateraustausch zwischen Bad Kissingen und Meiningen in den letzten Jahren der DDR. Zahlreiche rekonstruierte Unterlagen betrafen erwartungsgemäß die Überwachung der innerdeutschen Grenze um Meiningen. Es fanden sich allerdings nicht nur Dokumente zur Ausspähung des Sperrbezirks innerhalb der DDR, sondern auch zur Grenzsituation auf westdeutscher Seite. Die Unterlagen belegen zudem Aufgabenverflechtungen des MfS mit

anderen staatlichen Stellen, hier beispielsweise mit dem Volkspolizeikreisamt in Meiningen.

3.6.2 Virtuelle Rekonstruktion

Auf Initiative des Deutschen Bundestages wird seit 2007 beim BStU ein Pilotverfahren zur virtuellen Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen durchgeführt. Hierzu erging ein Forschungsauftrag an das Fraunhofer-Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) in Berlin zum Aufbau eines IT-Systems, dessen Kernstück eine spezielle Software zur virtuellen Rekonstruktion digitaler Schnipselreproduktionen darstellt. Mit Hilfe dieses IT-Systems sollen künftig insbesondere die Inhalte solcher zerrissener Stasi-Unterlagen zeitgerechter zugänglich gemacht werden können, die aufgrund ihres Schadensbildes (kleine Schnipsel) oder formaler Eigenarten (stark gleichförmiges Material) im Wege der manuellen Rekonstruktion bislang entweder nur mit sehr erheblichem Zeit- und Ressourcenaufwand oder zum Teil gar nicht wiederhergestellt werden konnten.

Im Pilotverfahren ist zunächst die virtuelle Rekonstruktion des Inhalts von zerrissenen Unterlagen aus insgesamt 400 Säcken vorgesehen. Das Pilotverfahren besteht ablauforganisatorisch aus zwei Hauptbausteinen. Den ersten, technischen Hauptbaustein bildet die vom Fraunhofer IPK zu realisierende Entwicklungs- und Testphase. Den zweiten, archivfachlichen Hauptbaustein stellt die Erschließung der virtuell rekonstruierten Einzelseiten durch den BStU dar. Zur fachlichen Begleitung des technischen Hauptbausteins sowie zur Vorbereitung der Ablauforganisation für den archivfachlichen Hauptbaustein wurde beim BStU die Projektgruppe Virtuelle Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen eingerichtet.

Der Aufbau der verschiedenen Module des IT-Systems erforderte nach Mitteilung des Fraunhofer IPK wesentlich größere Anteile an Eigenentwicklung, als dies aufgrund entsprechender Markterkundungen zunächst absehbar sein konnte. Dadurch gestaltete sich die Entwicklung des IT-Systems insgesamt wesentlich zeitaufwändiger, sodass es im Projektverlauf zu einer mehrjährigen Verzögerung kam. Gleichzeitig werden, den Vorgaben des Forschungsauftrags folgend, auch die bislang in niedrigeren lauffähigen Versionen abgenommenen Teile des IT-Systems dem aktuellen Forschungsstand entsprechend sowie im Hinblick auf die Anforderungen eines künftig möglichen Massenverfahrens zur virtuellen Rekonstruktion fortlaufend angepasst und weiterentwickelt (Steigerung der Robustheit, Erhöhung des Automatisierungsgrades, Verbesserung der Durchsatzmenge, einschließlich Umgebungs- und Unterbringungsplanungen für einen künftig möglichen integrierten Gesamtworkflow). Nach derzeitigem Planungsstand ist deshalb nach Einschätzung des Fraunhofer IPK mit dem Abschluss des technischen Hauptbausteins des Pilotverfahrens frühestens Ende 2016 zu rechnen, wobei die Arbeiten zur archivischen Erschließung der virtuell rekonstruierten Unterlagen bereits während des technischen Hauptbausteins einsetzen können. Aus den eingetretenen Verzögerungen bei der Entwicklung des IT-Systems entstehen dem BStU keine Mehrkos-

ten, da die Leistungen des Fraunhofer IPK ausschließlich erfolgsabhängig und zu einem Festpreis vergütet werden. Die vom Deutschen Bundestag bereitgestellten Haushaltsmittel dürfen gleichzeitig weiterhin nur speziell für das im Forschungsauftrag vom Fraunhofer IPK zu entwickelnde IT-System verausgabt werden und fließen keinen anderen Zwecken zu. Den Abschluss des Pilotverfahrens soll ein Bericht an den Deutschen Bundestag bilden, der über die technische Umsetzbarkeit und die Kosten einer virtuellen Rekonstruktion im Massenbetrieb informiert.

Der Deutsche Bundestag hat 2011 außerdem Haushaltsmittel bereitgestellt, um den bestehenden Forschungsauftrag auszuweiten und weitere Module vom Fraunhofer IPK entwickeln und auf ihre Machbarkeit hin testen zu lassen, um ein integriertes IT-Verfahren von der virtuellen Rekonstruktion der digitalen Schnipselreproduktionen zu Einzelseiten über die assistenzbasierte automatisierte Kontextualisierung der Einzelseiten zu virtuellen Dokumenten bis hin zu deren IT-gestützter Erschließung erproben zu lassen. Die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel dürfen ebenfalls ausschließlich speziell für diese im Rahmen der Ausweitung des Forschungsauftrags zu untersuchenden und zu entwickelnden Gegenstände verausgabt werden. Der BStU begleitet fachlich auch diese Arbeiten. Das Fraunhofer IPK arbeitet in diesem Zusammenhang mit dem Institut für Rechnergestützte Automation an der Technischen Universität Wien zusammen.

3.7 Archivfachliche Kontakte mit anderen Archiven und Einrichtungen

Nach wie vor ziehen die Archive der Zentralstelle und der Außenstellen besonders große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Im Jahr 2011 hatten sich allein im Archiv der Zentralstelle insgesamt 277 Gruppen mit rund 3 300 Besucherinnen und Besuchern angemeldet. 2012 waren es 361 Gruppen mit 3 600 Besuchern. Unter den Gästen sind Menschen, die vom Staatssicherheitsdienst verfolgt wurden, aber auch Fachkollegen aus Archiven, Studenten und Wissenschaftler verschiedener Fachrichtungen, in- und ausländische Politiker, Diplomaten, Schüler und Lehrer oder Soldaten, die beispielsweise im Rahmen eines Bildungsseminars in das Archiv kamen. Neben diesen Führungen für angemeldete Gruppen finden in den Archiven in der Regel an einem Abend im Monat Führungen für interessierte Einzelbesucher statt.

Das Interesse aus dem Ausland ist dabei anhaltend hoch. Im Berichtszeitraum kamen Gruppen aus weit über 20 Staaten in die Archive. Bemerkenswert ist der Zuwachs aus Ägypten, Libyen und Tunesien, wo – bedingt durch den „Arabischen Frühling“ – nun ebenfalls nach rechtsstaatlichen Wegen im Umgang mit den Hinterlassenschaften der alten Geheimpolizeien gesucht wird.

Das Archiv der Zentralstelle des BStU in Berlin bietet darüber hinaus zwischen April und Oktober öffentliche Geländeführungen an. Interessierte können sich einen Eindruck über den Stadtraum in Berlin-Lichtenberg verschaffen, den die MfS-Zentrale zwischen 1950 und 1990 prägte. Auch in den Archiven der Außenstellen werden

regelmäßig Führungen angeboten und erfreuen sich reger Nutzung.

Darüber hinaus pflegt der BStU seit Gründung der Behörde Kontakte zu vielen Archiven auf nationaler und regionaler Ebene wie beispielsweise dem Bundesarchiv, dem Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestags, dem Archiv des Auswärtigen Amtes oder dem Landesarchiv Berlin. Besonders intensiv ist der Austausch mit dem Bundesarchiv. Dieser konzentriert sich auf Fragen der Erschließung, hier besonders auf die Nachnutzung des Erschließungsprogramms BASYS 2 (siehe Abschnitt 3.3.2), Präsentation von Online-Findmitteln (siehe Abschnitt 3.3.3) wie auch beispielsweise auf Fragen der Bestandserhaltung (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 42 f. und Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 43 f.).

Zum fachlichen und kollegialen Austausch gehören regelmäßige Besuche der Deutschen Archivtage (2011 in Bremen, 2012 in Köln) wie auch der regionalen Archivtage der ostdeutschen Bundesländer (so beispielsweise 2012 für Brandenburg in Perleberg und für Thüringen in Bad Berka). Als Einladung für den weiteren fachlichen Diskurs lassen sich zwei im Berichtszeitraum bearbeitete Publikationsvorhaben verstehen: Das eine, ein Band über die oft speziellen Begriffe im Archiv des MfS, soll im Frühjahr 2013 im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht erscheinen. Das andere befasst sich mit der Geschichte der für die Stasi-Archive und die zentralen Karteien zuständigen Abteilung XII (Zentrale Auskunft/Speicher) als Beitrag zur Erforschung der Archivgeschichte der DDR. Dieses Publikationsprojekt ist 2012 begonnen worden.

Der BStU hat am 3. März 2012 wieder am bundesweiten „Tag der Archive“ teilgenommen, der alle zwei Jahre stattfindet und diesmal unter dem Motto „Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“ stand. Neben dem Archiv der Zentralstelle in Berlin beteiligten sich auch verschiedene Außenstellen (siehe Abschnitt 6.4). Dem Thema entsprechend stellten Archivarinnen und Archivare den Besuchern vor, wie sie sich auf einen Notfall im Archiv vorbereiten.

Nach einem ersten Einsatz 2010 unterstützte auch 2011 und 2012 wieder je eine Gruppe von fünf Archivaren des BStU für einige Wochen das Historische Archiv der Stadt Köln bei der Sichtung und Erfassung des beschädigten Kölner Archivguts. Im März 2009 stürzte das Kölner Archiv infolge von Bauarbeiten an einer U-Bahn-Strecke ein, dabei wurden große Teile des Archivguts mit in die Tiefe gerissen.

Anlässlich des „Tags der Archive“ 2012 referierte der stellvertretende Leiter des Stadtarchivs Köln, Dr. Ulrich Fischer, in Berlin über die Folgen des Archiveinsturzes und überreichte dem Bundesbeauftragten einen „Kölner Pfennig“, die Kopie einer einst verbreiteten mittelalterlichen Münze. Die Übergabe geschah im Namen des Kölner Oberbürgermeisters, Jürgen Roters, und gilt als Dank für die Hilfeleistungen, die die Archivmitarbeiter des BStU in Köln seit dem Einsturz geleistet haben.

Bereits zum fünften Mal fand am 29. März 2012 ein Nutzer-Forum des BStU im Bildungszentrum der Stasi-Un-

terlagen-Behörde statt. Dabei tauschten sich Archivare, Wissenschaftler und Journalisten mit Experten aus der Behörde über zeitgemäße Nutzungsmöglichkeiten der Stasi-Unterlagen aus. Ausgebaut werden sollen dabei besonders die Möglichkeiten der Online-Archivrecherche (siehe Abschnitt 3.3.3).

Bilder und Töne prägen nachhaltig die Erinnerungskultur des 20. und 21. Jahrhunderts. Die UNESCO macht deshalb seit 2005 jährlich mit dem „Welttag des audiovisuellen Erbes“ am 27. Oktober auf die Bedeutung und die Gefährdung dieser Medien aufmerksam. Der BStU beteiligte sich 2011 erstmals an dieser Veranstaltung, indem er in den Abend- und Nachtstunden zu der Archivgutpräsentation „Undichte Stellen“ einlud. Am Ort der ehemaligen Machtzentrale des MfS in Berlin-Lichtenberg wurden an mehreren Abenden Fotografien aus dem Dienstalltag der Staatssicherheit auf die Fassaden der ehemaligen Dienstgebäude projiziert. Eine Toncollage aus Reden des ehemaligen Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, Protokollmitschnitten der Anrufe beim Offizier vom Dienst des MfS sowie aus Vernehmungen und Schulungen begleitete die Präsentation akustisch.

Im Folgejahr beteiligte sich der BStU in Kooperation mit dem Verein „Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.“ (ASTAK) mit der Veranstaltung „Genossen, es geht voran“ an diesem Ereignis. Neben der erneut gezeigten Multimediapräsentation und Führungen gab es Vorträge über Filme und Videos der Stasi im Kontext ihrer Überlieferung. So handelte der Vortrag „Ich trug den roten Winkel, er den grünen“ von Dr. Gerhard Wiechmann (Universität Oldenburg) von der Selbstinszenierung des Staatssicherheitsdienstes in Film und Fernsehen.

Daneben traten Archivarinnen und Archivare des BStU bei nationalen und internationalen Tagungen auf, um ihre Arbeit vorzustellen und ihre Erfahrungen in fachliche Diskurse einzubringen. Hierzu zählt beispielsweise die langjährige und regelmäßige Teilnahme am Arbeitskreis Bewertung des Verbands deutscher Archivarinnen und Archivare sowie die Mitwirkung bei den Archivkolloquien, die von der Archivschule Marburg jährlich veranstaltet werden. Hinzu kommen Besuche und Vortragstätigkeit bei mittel- und osteuropäischen Partneereinrichtungen beispielsweise in Polen, Tschechien, Slowenien und der Slowakei wie auch bei Tagungen in westeuropäischen Staaten. So fand beispielsweise vom 14. bis 16. November 2011 an der Universität Malaga unter Beteiligung des Internationalen Archivrates (ICA) und des UNESCO-Archivs (Paris) das internationale Seminar „Archives and Human Rights“ statt. Der BStU war dort mit einem Vortrag über das Archiv des BStU und die Möglichkeiten seiner Nutzung zur Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte staatlicher Repression vertreten.

4 Verwendung von Unterlagen auf Antrag oder Ersuchen

Seit nun über 20 Jahren können Bürger auf Basis des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) Einsicht nehmen in die Unterlagen, die das Ministerium für Staatssicherheit

(MfS) in den 40 Jahren der SED-Diktatur zu ihnen gesammelt hat. Neben der Akteneinsicht dient die Verwendung der Unterlagen der Rehabilitierung politisch Verfolgter, der Überprüfung bestimmter Personengruppen insbesondere des öffentlichen Dienstes auf eine Stasi-Verstrickung sowie der Unterstützung von Forschung und Medien bei der Aufarbeitung der Vergangenheit. Mit der mittlerweile millionenfachen Nutzung der Unterlagen wurden wesentliche Forderungen der Friedlichen Revolution mit Leben erfüllt.

Dabei besteht die Umsetzung des Gesetzauftrags nicht nur in der bloßen Herausgabe von Unterlagen aus einem Archiv, sondern auch in der Unterstützung und Beratung der verschiedenen Nutzergruppen: sei es bei der persönlichen Akteneinsicht, bei der Zusammenarbeit mit den Stellen, die Ersuchen zur Überprüfung einreichen, oder bei der Unterstützung von Forschern und Medien.

4.1 Anträge von Bürgerinnen und Bürgern auf Auskunft, Einsicht in und Herausgabe von Unterlagen sowie auf Bekanntgabe von Namen ehemaliger Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes

4.1.1 Antragstellung

Im Vordergrund des Bedürfnisses nach Zugang zu den Unterlagen des MfS steht nach wie vor die private Akteneinsicht, also der Wunsch des einzelnen Bürgers zu erfahren, welche Informationen das MfS über ihn gesammelt hatte und sodann auch, wer diese Informationen geliefert hatte. Der Antrag kann formlos gestellt werden. Übersichtlicher und dadurch einfacher ist es aber, das von der Behörde entworfene Antragsformular zu verwenden, da für die Recherchen einige Mindestangaben erforderlich sind. Dieses Formular ist in der Zentralstelle und allen Außenstellen der Behörde erhältlich, es kann aber auch im Internet von der Homepage des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) unter www.bstu.bund.de heruntergeladen werden. Der Antrag muss mit einer Identitätsbestätigung, im Regelfall in Papierform, eingereicht werden.

Der Bundesbeauftragte muss mit Sicherheit gewährleisten, dass nur die oder der Berechtigte Zugang zu den sie oder ihn selbst betreffenden Informationen erhält, weshalb die Identitätsbestätigung erforderlich ist. Wer dafür nicht die Meldebehörden aufsuchen möchte, kann sich die Identität auch in der Zentralstelle oder in einer der Außenstellen – bei Vorlage eines gültigen Personaldokuments – direkt auf dem Antrag bestätigen lassen.

Vor allem bei besonders häufig vorkommenden Familiennamen ist es hilfreich, wenn noch weitere Angaben zur Person gemacht werden, die eine Individualisierung ermöglichen. Das MfS hatte seine zentrale Personenkartei phonetisch geordnet, das heißt, leicht zu verwechselnde Vor- bzw. Familiennamen wurden unter einem gleich- bzw. ähnlich lautenden Namen einsortiert. Es sollte ausgeschlossen werden, dass aufgrund eines akustischen Missverständnisses eine Person in der Kartei nicht gefun-

den wurde. Die Mitarbeiter der DDR-Grenzkontrollpunkte fragten z. B. beim MfS telefonisch an, um die Daten eines Transitreisenden zu überprüfen. Dabei hätten regionale Dialekte Irrtümer verursachen können. Um dem vorzubeugen, gab es in der zentralen Personenkartei z. B. nur die Rubrik Müller, in die auch Möller eingeordnet war. Diese Karteikarten zum Namen Müller ergeben hintereinander gereiht eine Länge von ca. 21 Metern. Es bleibt nicht aus, dass sich darunter sehr viele Personen mit gleichen Vornamen befinden. Die Karteikarten müssen deshalb auch hinsichtlich des Geburtsdatums und des Geburtsortes geprüft werden. Enthalten die Karteikarten Hinweise auf Signaturen, werden diese geprüft. In diesem Zusammenhang können Angaben zu Anschriften, Familienangehörigen, Schilderungen von Erlebnissen, Vorgängen oder Beobachtungen hilfreich sein.

Sehr wichtig für die Recherchen ist die Angabe der Wohnorte vor 1990. Bei Bürgern aus den alten Bundesländern sind Angaben zu Kontakten in die DDR, zu Briefverbindungen und Einreisen ebenfalls von Bedeutung. Anhand dieser Hinweise wird dann auch in den Außenstellen der Behörde recherchiert. Für die Zuordnung der im Antrag angegebenen Wohnorte zu den jeweiligen Außenstellen muss in Betracht gezogen werden, dass in den vergangenen Jahren Ortschaften möglicherweise umbenannt wurden. Eine Übereinstimmung der Angaben des Antragstellers mit dem im Ortslexikon der DDR bzw. im Postleitzahlenverzeichnis der DDR aufgeführten Ortsnamen ermöglicht eine zeitnahe Zuordnung zu den jeweiligen ehemaligen Bezirken bzw. dem Sitz der heutigen Außenstellen.

Anders als bei der Bearbeitung von Anträgen aus dem Bereich Forschung und Medien wird im Bereich Bürgeranträge ausschließlich auf Grundlage der mitgeteilten Personendaten recherchiert. Häufig werden Wiederholungsanträge oder Nachfragen damit begründet, dass man sich nicht vorstellen könne, dass keine Unterlagen vorhanden seien, weil doch dieses oder jenes Ereignis ganz sicher vom MfS beobachtet worden sei und damit automatisch auch die eigene Person. Das MfS hat zu bestimmten Vorkommnissen oder Sachverhalten und deren Hintergründen verschiedentlich Unterlagen zusammengestellt, die wir heute unter dem Begriff „Sachakten“ zusammenfassen. Diese Sachakten können für ein Forschungsvorhaben oder eine Veröffentlichung in der Presse zu einem bestimmten Sachthema auch verwendet werden, wenn die darin vorkommenden Personendaten vor der Herausgabe entsprechend geschwärzt, das heißt anonymisiert werden. Für den Bereich Bürgeranträge sind diese Sachakten erst dann zugänglich, wenn die Personendaten daraus vollständig, d. h. einschließlich aller Namen und Geburtsdaten, in das sogenannte Elektronische Personenregister eingespeichert worden sind.

Alle Antragsteller erhalten im Rahmen der privaten Akteneinsicht lediglich Zugang zu den sie selbst betreffenden Informationen. Die über Freunde, Nachbarn und Kollegen erhobenen Informationen werden aus Datenschutzgründen anonymisiert. Nur die sogenannten Beziehungsinformationen bleiben offen. Es wäre lebensfremd,

wenn beispielsweise die Namen oder Personendaten von Ehepartnern oder Kindern geschwärzt würden oder Informationen zu Ereignissen, an denen alle gleichzeitig teilgenommen haben. Persönliche Informationen müssen aber in anderen Zusammenhängen anonymisiert werden.

Einzelne Antragsteller hegen Zweifel, ob bei der Anonymisierung nicht Namen von Informanten geschwärzt und diese so geschützt werden. Dies trifft keinesfalls zu. Hier müssen die Mitarbeiter des Bundesbeauftragten vielfach in Briefen oder Gesprächen Vertrauen schaffen. Wenn z. B. bei einem Bericht über die eigene Person auch Informationen über andere Beteiligte vorkommen, überzeugt meist der Hinweis, dass man doch ganz sicher auch nicht wolle, dass im Gegenzug die Informationen über die eigene Person bei der Akteneinsicht eines dieser Beteiligten offen gelassen würden.

Seit dem Jahr 2004 bietet die Behörde entsprechend der Verordnung über barrierefreie Dokumente in der Bundesverwaltung auch Auskünfte in Blindenschrift oder Großdruck an. Davon wird nur sehr selten Gebrauch gemacht. Geschätzt wird in ca. vier bis fünf Fällen pro Monat um Dokumente im Großdruck gebeten. Dies kann sich sowohl auf eine Auskunft als auch auf die Herausgabe von Kopien beziehen. Die Auskunft bzw. die MfS-Unterlagen werden dann auf DIN-A3-Format kopiert. In der Bürgerberatung der Zentralstelle und in jeder Außenstelle liegt zudem ein Exemplar des Antragsformulars in Blindenschrift vor. Es ist auch möglich, sich ein solches Exemplar zur Ansicht zuschicken zu lassen. Es dient aber lediglich zur Information über die Antragsmodalitäten. Die Antragstellung muss dann in der sogenannten Schwarzschriftform erfolgen. Besteht der Wunsch nach einer Auskunft in Blindenschrift, wird diese im Wege der Amtshilfe durch das Bundesverwaltungsamt in Blindenschrift übertragen. Dies ist aber hinsichtlich der MfS-Unterlagen leider nicht möglich. Sofern die Betroffenen sich in einer persönlichen Akteneinsicht die Unterlagen durch eine Person ihres Vertrauens vorlesen lassen möchten, ermöglicht die Behörde die dafür erforderliche Diskretion. Dies gilt auch, wenn eine Person des Vertrauens während der Akteneinsicht die Unterlagen in eine Fremdsprache übersetzt.

4.1.2 Antragsaufkommen und Antragsbearbeitung

Im Berichtszeitraum blieb die Zahl der Anträge auf private Akteneinsicht wiederum hoch. Die Zahl von 80 611 im Jahr 2011 gestellten Anträgen lag zwar deutlich unter dem Ergebnis von 2010 (87 514). Im Jahr 2012 stieg die Zahl jedoch wieder auf 88 231, wobei die Zunahme fast ausschließlich bei den Außenstellen zu verzeichnen war. Von allen Anträgen entfielen im Jahr 2011 mit ca. 67 Prozent und im Jahr 2012 mit ca. 69 Prozent ungefähr zwei Drittel auf die zwölf Außenstellen der Behörde (siehe auf Seite 46 Tabelle zur Verteilung der Antragseingänge auf die Bundesländer). Im Berichtszeitraum wurden 158 107 Anträge erledigt. Damit wurden seit Beginn der Tätigkeit der Behörde insgesamt 2 830 574 Akteneinsichtsanträge bearbeitet (siehe Anhang 5).

Unmittelbar nach Antragseingang werden die Recherchen in allen in Frage kommenden Karteien und Dateien ausgelöst. Infolge der fortschreitenden Erschließung in den Archiven wachsen auch die Recherchemöglichkeiten, weshalb dieser Arbeitsschritt durchschnittlich drei bis fünf Monate in Anspruch nehmen kann. Wenn zur angefragten Person keine Karteikarte (Erfassung) vorliegt, wird nach der Rückmeldung aus dem Karteibereich eine sogenannte Negativauskunft an die Antragstellerin bzw. den Antragsteller erteilt. Ist zur angefragten Person eine Karteikarte vorhanden ohne einen Hinweis auf Signaturen, die auf weiteres vom Staatssicherheitsdienst angelegtes Material hindeuten, wird dies mitgeteilt und eine Kopie der Karteikarte mit Erläuterungen beigelegt.

In den Fällen, in denen die Recherchen eine Erfassung der Person durch das MfS ergeben (d. h. Karteikarten mit eingetragenen Signaturen liegen vor), werden zunächst Zwischenbescheide erteilt. Darin wird mitgeteilt, dass diese Erfassung darauf hindeutet, dass Unterlagen zur eigenen Person vorhanden sein könnten. Es wird in diesen Mitteilungen lediglich die Möglichkeit eingeräumt, da nicht zu allen auf den Karteikarten eingetragenen Signaturen auch Akten vorhanden sind. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass wegen der hohen Anzahl vorliegender Anträge mit einer Wartezeit zu rechnen ist.

Sind Akten im Archiv vorhanden, werden diese schriftlich angefordert. Für die Vorbereitung einer Akteneinsicht oder einer Auskunft mit Kopienherausgabe müssen zunächst alle Seiten dieser Akten gelesen werden. Im Anschluss werden auf – zu diesem Zweck – kopierten Seiten die Informationen zu anderen Personen anonymisiert (geschwärzt), weil am Originalzustand der Akten nichts verändert werden darf.

In Einzelfällen kann es erforderlich sein, nach Informationen zu einer Person in 50 und mehr Bänden zu suchen. Denn besonders bedeutsame Hintergründe wurden vom MfS in sogenannten Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV) gesammelt, z. B. zu den Ministerien der Bundesrepublik oder den Ostbüros der Parteien und Gewerkschaften, zu Kirchen und Religionsgemeinschaften und zu DDR- und Ostforschungsinstituten. Aber auch zu vorbereiteten oder erfolgreich durchgeführten Tunnelfluchten der Jahre 1961 bis 1963 wurden ZOV angelegt. Hier wurden mitunter einige Hundert Personen in einem Vorgang bearbeitet, weil nicht nur die Tunnelbauer und die Flüchtlinge, sondern auch Personen aus deren Umfeld erfasst und überprüft wurden. Das MfS wollte unbedingt herausfinden, wer von den Plänen wusste, selbst fluchtwillig war oder womöglich zur Verhinderung weiterer Fluchten oder als inoffizieller Mitarbeiter (IM) genutzt werden konnte. Dies ist nur ein Beispiel für den teils hohen Rechercheaufwand.

Aufgrund des hohen Antragsaufkommens einerseits und des kontinuierlichen Personalabbaus (siehe Kapitel 2) auch in den für die Antragsbearbeitung zuständigen Bereichen andererseits ist im Berichtszeitraum die maximale Wartezeit für aufwändige Anträge mit Unterlagen zur Person auf mehr als zweieinhalb Jahre gestiegen. Dabei hat sich die Produktivität der Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

Bürgeranträge gesamt
Verteilung der Antragseingänge auf die einzelnen Bundesländer

Bundesland davon Standort	Anträge gesamt	Anträge 2011	Anträge 2012
Berlin – Zentralstelle	699 883	26 874	26 924
Bundesländer			
Mecklenburg- Vorpommern	317 358	9 141	10 728
– Neubrandenburg	76 014	1 987	2 922
– Rostock	122 961	3 681	3 996
– Schwerin	118 383	3 473	3 810
Brandenburg	290 967	5 255	5 066
– Frankfurt (Oder)	172 643	5 255	5 066
– Potsdam*	118 324	0	0
Sachsen-Anhalt	363 797	10 297	10 516
– Halle	156 143	4 238	4 742
– Magdeburg	207 654	6 059	5 774
Thüringen	479 783	10 180	13 306
– Erfurt	229 194	5 468	7 594
– Gera	128 933	2 666	2 744
– Suhl	121 656	2 046	2 968
Sachsen	766 537	18 864	21 691
– Chemnitz	292 311	6 504	7 954
– Dresden	263 992	6 940	7 390
– Leipzig	210 234	5 420	6 347
Gesamt BStU	2 918 325	80 611	88 231

* bis 31.12.2008

ter im Auskunftsbereich aufgrund verschiedener Optimierungsmaßnahmen in den Abläufen in den letzten Jahren stetig erhöht. So konnte eine noch stärkere Verlängerung der Wartezeiten verhindert werden. Der Personalbestand in diesem Bereich der Abteilung Auskunft hat sich im Berichtszeitraum um ca. 11 Prozent reduziert. Dieser Verlust konnte auch durch die Umsetzung einzelner Beschäftigter aus anderen Abteilungen nicht ausgeglichen werden. Seit Jahren erhöhen sich die Eingänge pro Mitarbeiter, in den letzten zwei Jahren stiegen diese um mehr als 13 Prozent. Ohne eine Nachbesetzung von frei werdenden Stellen ist deshalb mit einer weiteren Verlängerung der Wartezeiten zu rechnen.

Der Stau bei den Bürgeranträgen stellt für die Mitarbeiter eine erhebliche Herausforderung dar. Sie müssen die Balance halten zwischen zügiger und korrekter Erledigung

der Anträge im Sinne des Stasi-Unterlagen-Gesetzes und angemessener Beachtung der Erwartungen und Befindlichkeiten jedes einzelnen Antragstellers. Generell erfordert diese Tätigkeit gleichzeitig ein hohes Maß an fachlicher Kompetenz in der Umsetzung der Rechtsvorschriften sowie an Einfühlungsvermögen im persönlichen Umgang mit den Antragstellern. Dabei bedeuten die vielen positiven Rückmeldungen, die die Behörde zum Teil in schriftlicher Form erreichen oder die im persönlichen Gespräch geäußert werden, eine große Anerkennung der geleisteten Arbeit und Motivation für die Beschäftigten.

4.1.3 Beweggründe für einen Antrag auf Akteneinsicht

Mit Ausnahme der Anträge von nahen Angehörigen Vermisster oder Verstorbener muss ein Antrag auf private

Akteneinsicht nicht begründet werden. Wenn dies trotzdem geschieht, werden diese Angaben nicht gesondert erfasst. Deshalb hat die Behörde keine Statistiken über die Motive für einen Antrag auf Akteneinsicht. Gleichwohl lassen sich aus den vereinzelt schriftlichen Begründungen und aus Gesprächen mit Antragstellerinnen und Antragstellern Tendenzen ablesen. Dabei wird nach wie vor häufig der benötigte zeitliche Abstand zu den Erlebnissen als Grund dafür genannt, erst jetzt einen Antrag zu stellen. Viele Antragsteller machen auch deutlich, sich erst im Ruhestand mit einer Akteneinsicht befassen zu können, wenn sie nicht mehr durch ihre Berufstätigkeit belastet sind. Andere wurden durch Familienangehörige – oft die eigenen Kinder – auf die möglichen Einflüsse des Staatssicherheitsdienstes auf ihr Leben hingewiesen. Daraus entwickelte sich oft der Wunsch nach Aufklärung.

Auch Menschen, die aus politischen Gründen verurteilt wurden, begründen das späte Stellen eines Erstantrags damit, dass sie erst einen gewissen Abstand benötigten; weitere Faktoren sind, dass sie keine genaue Kenntnis von den Einsichts- und Rehabilitierungsmöglichkeiten gehabt haben und häufig erst durch Opferverbände oder durch die Beratungstage einer Außenstelle auf die Idee der Antragstellung gebracht wurden. Geboren sind diese Antragsteller meist in den 50er- und 60er-Jahren, die Haft lag in vielen Fällen in den 70er- und 80er-Jahren.

Die Zahl der Erstantragsteller, die eine politische Verfolgung zu DDR-Zeiten als Grund angeben, ist immer noch sehr hoch. Soweit ersichtlich, gibt es zudem immer mehr Anträge aus der früheren DDR-Funktionärebene. Vereinzelt klingt auch durch, dass mit dem Antrag auf Akteneinsicht bis zur Beendigung des Arbeitslebens gewartet wurde, weil die Befürchtung bestand, dass eine Akte als inoffizieller Mitarbeiter existieren könnte. Wenn die Betroffenen durch eine Akteneinsicht noch im aktiven Berufsleben hiervon erfahren hätten, so die Überlegung, hätten sie dies womöglich gegenüber dem Arbeitgeber offenlegen müssen.

Neben Veröffentlichungen in den Medien bringt auch die öffentliche Wahrnehmung von Jahrestagen, wie z. B. dem 50. Jahrestag des Mauerbaus, regelmäßig einen Anstieg der Antragszahlen und allgemeiner Anfragen mit sich. Dies gilt besonders dann, wenn in regionalen Medien konkrete Ereignisse geschildert werden, so im Raum Meißen, als über den durch eine Splittermine an der innerdeutschen Grenze verursachten grausamen Tod eines Flüchtlings berichtet wurde.

Die Berichterstattung zur Novellierung des StUG und den nun erleichterten Zugang zu Unterlagen von verstorbenen nahen Angehörigen hat viele Bürgerinnen und Bürger zu einem Antrag auf Akteneinsicht bewogen. Viele Anträge gingen aufgrund der hoch emotionalen öffentlichen Debatte über den Umgang mit Kindern und Jugendlichen in in Spezial-Kinderheimen und Jugendwerkhöfen der DDR ein.

Eine Besonderheit ist aus der Außenstelle Dresden zu berichten. Dort wurden auffällig oft Anträge gestellt, weil im Familien- oder Freundeskreis bekannt geworden war,

wie engmaschig die Postkontrolle des MfS gewesen war. Diese Außenstelle verfügt über eine umfangreiche Ablage der Abteilung M (Postkontrolle) mit 246 000 nicht zugestellten Postsendungen. Im Zuge der Antragsbearbeitung konnten nun viele längst vergessene und vom MfS vorenthaltene Briefe „verspätet zugestellt“ oder dem Absender zurückgegeben werden.

Aber auch bei Veranstaltungen wird deutlich, welche Motive Bürger für einen Antrag auf Akteneinsicht haben und wie wichtig die Aufgaben der Behörde nach wie vor sind. Dies zeigte sich unter anderem am Bürgertag am 14. Januar 2012 anlässlich der Eröffnung des sanierten „Hauses 1“ auf dem ehemaligen Gelände des MfS in Berlin-Lichtenberg, dem Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit.

Einige Bürgerinnen und Bürger erzählten bei ihrem Besuch, warum sie sich erst jetzt entschieden haben, einen Antrag zu stellen. Lange Zeit hätten sie das Thema von sich fern halten wollen. Jetzt aber möchten sie die Augen nicht länger vor der Vergangenheit verschließen und ihre eigene Geschichte beleuchten. Ein Besucher meinte, er wolle jetzt endlich mehr über die Hintergründe seiner Familiengeschichte erfahren. Seine Tochter sei 14 Jahre lang mit einem Mann verheiratet gewesen, der in dem undurchsichtigen Geflecht des Wirtschafts-Imperiums Koko (Kommerzielle Koordinierung) Karriere gemacht habe, vielleicht gäbe es da Zusammenhänge zur eigenen Person.

Ein weiterer Besucher äußerte, er habe infolge des Mauerbaus seine Mutter verloren. Sie habe am 13. August 1961 im Westen Berlins übernachtet. Nach neun Tagen Abwesenheit wurde die Mutter für republikflüchtig erklärt, der Sohn verhaftet, weil er zweimal im Grenzgebiet angetroffen wurde und daher als potenzieller Flüchtling galt. Nach der Untersuchungshaft kam er in ein Jugendheim. Ihn beschäftige seitdem, was in dieser Zeit aus seiner Großmutter wurde, die nach dem Weggang der Mutter für ihn gesorgt hatte. Als er aus der Haft frei kam, war sie unauffindbar und blieb verschwunden, möglicherweise lebte sie schon nicht mehr.

Ein anderer berichtete, er habe seine Kinder in das neue Museum mitgenommen, damit sie nie „ostalgieanfällig“ würden. Er selbst habe aus seiner Stasi-Akte erfahren müssen, dass ausgerechnet einer seiner besten Freunde im Westen schon seit der Zivildienstzeit für die Stasi gespitzelt hat. Dieser berichtete zum Beispiel, wer von seinen Freunden in West-Berlin an einer Demonstration gegen Rumäniens damaligen Diktator Nicolae Ceaușescu beteiligt war.

Insgesamt wird bei solchen Veranstaltungen deutlich, wie wichtig auch die Präsenz vor Ort ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde sind wichtige Ansprechpartner nicht nur für formale Fragen zur Akteneinsicht und zu Folgeanträgen, sondern auch für oft sehr persönliche Gespräche zur Vergangenheitsbewältigung.

4.1.4 Bürgerberatung

Dem BStU ist es nach wie vor ein wichtiges Anliegen, den Bürgerinnen und Bürgern eine umfassende Beratung

anzubieten. In der Zentralstelle in Berlin und in allen Außenstellen können sich Interessierte im Rahmen der Bürgerberatung an die Behörde wenden. Dieses Angebot wird rege in Anspruch genommen: Allein in der Zentralstelle fanden im Berichtszeitraum 1 382 persönliche und 14 487 telefonische Beratungsgespräche statt, und es wurden 1 349 E-Mail-Anfragen beantwortet. Regional erreicht der BStU mit seinen zwölf Außenstellen und der Anlaufstelle in Potsdam eine breite Präsenz.

Als ein beeindruckendes Zeugnis für das Interesse an der Arbeit der Behörde und den Wunsch nach Beratung sei der bereits erwähnte Bürgertag in der Berliner Zentralstelle genannt, der am 14. Januar 2012 anlässlich des 20. Jahrestages der ersten Akteneinsichten beim BStU stattfand. Für die Bürgerberatung waren an diesem Tag zwölf Mitarbeiterinnen nahezu durchgängig im Einsatz. Es war beeindruckend zu erleben, wie Menschen über den ganzen Tag das Gespräch suchten und sich auch durch den großen Andrang und daraus resultierende Wartezeiten nicht abschrecken ließen. Insgesamt wurden im Rahmen der Beratungen an diesem Tag 464 Anträge auf Akteneinsicht gestellt, davon 328 Erst- und 136 Wiederholungsanträge.

Auch die Außenstellen gehen direkt auf die Bürger zu und führen in einzelnen Städten und Gemeinden der jeweiligen Region Beratungstage durch, oft in Zusammenarbeit mit den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und unterstützt durch die örtlichen Stadt- und Kommunalverwaltungen. Zudem bieten viele Außenstellen Beratung parallel zu Wanderausstellungen an, mit denen sie in der Region unterwegs sind. Und nicht zuletzt nutzt der BStU regionale Großereignisse wie Museumstage oder -nächte, den Mecklenburg-Vorpommern-Tag, den Sachsen-Anhalt-Tag und den Brandenburg-Tag, Archivtage u. Ä. für seine Informationsangebote.

Diese Bürgernähe wird anerkannt. Viele, die sich eigentlich schon lange einmal an die Behörde wenden wollten, dies aber aufgrund starker beruflicher oder sonstiger Belastung bisher nicht geschafft haben, honorieren, dass die Behörde zu den Menschen kommt, und nutzen gern die Möglichkeit der Beratung und Antragstellung vor Ort. Die Erfahrungen zeigen, dass besonders die aus den ländlichen Regionen stammenden, zum Teil älteren Bürger das persönliche Gespräch direkt vor Ort schätzen.

Die Gründe, aus denen Ratsuchende sich an die Behörde wenden, sind vielfältig. Es besteht ein anhaltendes Interesse an persönlicher und familiärer Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Das drückt sich in erster Linie dadurch aus, dass sich viele Menschen erkundigen, wie sie „ihre Akte“ einsehen können bzw. dass sie sich nach erfolgter Antragstellung mit Fragen zum Bearbeitungsstand, zur Möglichkeit von Wiederholungsanträgen oder mit der Bitte um Erläuterung zu speziellen Themen (etwa zur Anonymisierung) an die Behörde wenden. Zunehmend wird aber auch gefragt, ob zu Familienangehörigen Unterlagen vorhanden sind und inwieweit der Staatssicherheitsdienst in deren Leben eingegriffen hat. Besonders hervorgerufen durch die mit der Achten StUG-Novellierung erweiterten Zugangsrechte

für nahe Angehörige von Vermissten oder Verstorbenen bestand hier im Berichtszeitraum großer Informationsbedarf und war eine deutlich erhöhte Nachfrage bezüglich der Modalitäten der Antragstellung zu verzeichnen.

Mitunter werden Vermutungen geäußert, dass Arbeitskollegen, Vorgesetzte oder Nachbarn seinerzeit mit dem Staatssicherheitsdienst zusammengearbeitet hätten und es wird um entsprechende Auskunft gebeten. Eine solche Auskunft ist jedoch nach dem StUG in der Regel nicht zulässig.

Auch wird vorgetragen, dass man sich themenbezogen mit dem Staatssicherheitsdienst auseinandersetzen möchte. Hierbei ist festzustellen, dass sich immer mehr junge Menschen für das Wirken des Staatssicherheitsdienstes interessieren und sich beispielsweise im Rahmen von Seminararbeiten und Schulprojekten nach den Möglichkeiten erkundigen, Zugang zu den Stasi-Unterlagen zu erhalten.

Großen Einfluss auf die Gespräche in der Bürgerberatung haben nach wie vor aktuelle Ereignisse und Berichterstattungen. So haben im Berichtszeitraum die Entscheidung der Bundesregierung zur Unterstützung von geschädigten ehemaligen DDR-Heimkindern oder die öffentliche Debatte zur Häftlingsarbeit in der DDR für westliche Firmen zu zahlreichen Nachfragen Betroffener geführt. Die Berichterstattung in den Medien zum Thema 20 Jahre Akteneinsicht hat allein im Januar 2012 dazu geführt, dass sich die Zahl der Anrufe und der E-Mail-Anfragen in der Zentralstelle nahezu verdoppelt hat.

Bei den E-Mail-Anfragen, die im Laufe der Jahre deutlich zugenommen haben, sind die bereits genannten Themenkomplexe gleichermaßen vertreten. Spezielle Fragen zur Behörde, zum StUG, zum MfS und dessen Archivmaterial sowie zu allgemeinen DDR-Themen werden per E-Mail häufiger als im persönlichen Gespräch gestellt. Die E-Mail-Anfragen kommen zu etwa 25 Prozent aus dem Ausland. Bei den Fragestellern handelt es sich hier beispielsweise um Ausländer mit deutschen Wurzeln, die sich Unterstützung bei der Aufklärung ihrer Familiengeschichte erhoffen, um Ausländer, die eine Zeit lang in der DDR gelebt oder Kontakte dorthin unterhalten haben und daher eine Beobachtung durch den Staatssicherheitsdienst vermuten, oder um Wissenschaftler und Studenten, die die Stasi-Unterlagen für ihre wissenschaftlichen Arbeiten nutzen möchten.

In den persönlichen Beratungsgesprächen ist es wichtig, durch eine gute Gesprächsatmosphäre und Verständnis für die geäußerten Anliegen eine vertrauensvolle Basis aufzubauen, weil zum Teil sehr persönliche Dinge aus dem Leben offenbart werden. Die Ratsuchenden sprechen mitunter auch Themen an, für die sie an anderer Stelle keine Ansprechpartner finden. Dem wird Raum gegeben, ohne dabei die Beratung zu den konkreten Möglichkeiten und Aufgaben des BStU aus den Augen zu verlieren. Wenn ausreichende Informationen zur Beurteilung des Sachverhaltes genannt sind oder durch Nachfragen ermittelt wurden, beginnt die aufklärende Tätigkeit. Hier gilt es, einen Ausgleich zwischen den rechtlichen Möglichkeiten und den Ansprüchen und Hoffnungen der Bürge-

rinnen und Bürger zu schaffen. In den meisten Fällen gelingt es, Verständnis für das rechtlich Machbare zu erreichen. Oftmals ist in den Beratungen erlebbar, welche Emotionen die Erinnerungen an Ereignisse und Erlebnisse aus DDR-Zeiten heute noch hervorrufen oder wie diese durch ein Gespräch über eine Antragstellung zur eigenen Person oder zur Person eines verstorbenen Angehörigen ausgelöst werden.

Im Mittelpunkt der Beratung stehen Informationen zu den gesetzlichen Aufgaben des BStU und den daraus resultierenden Antrags- und Recherchemöglichkeiten. Im Berichtszeitraum musste gerade hinsichtlich des Zugangs zu Unterlagen vermisster oder verstorbener Angehöriger häufig klagend festgestellt werden, dass dieser trotz der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes an bestimmte Voraussetzungen geknüpft und nicht aus allgemeinem Interesse heraus für jeden Angehörigen möglich ist. Weitergehende Erwartungen waren zum Teil auf verkürzte Darstellung in den Medien zurückzuführen.

Es bleibt festzustellen, dass aufgrund der im StUG festgelegten eingeschränkten Zugangsrechte nicht jeder plausibel vorgetragene besondere Fall zu einem zulässigen Antrag führt. Verschiedentlich kann dem Wunsch auf Akteneinsicht, sei er noch so menschlich verständlich, aus rechtlichen Gründen nicht entsprochen werden.

Mitunter ist es in der Beratung aber auch nicht möglich, Ratsuchenden zu helfen, wenn deren Vorstellungen über die Handlungsmöglichkeiten des Bundesbeauftragten unrealistisch sind bzw. deren Anliegen nicht in den Aufgabenbereich des BStU fallen. Dann wird soweit möglich auf andere Archive oder an andere zuständige Stellen (z. B. für Rehabilitation zuständige Behörden, Gerichte) und Beratungseinrichtungen (Opferverbände, Vereine, psycho-soziale Beratungsstellen u. Ä.), insbesondere die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, verwiesen.

Es gibt auch nach all den Jahren der Beratung immer wieder sehr bewegende Ereignisse und Schicksale, die den Mitarbeitern vorgetragen werden. Solche berührenden Schilderungen gehen an ihnen nicht spurlos vorbei. Die seit dem Jahr 2009 für die Beschäftigten des Auskunftsbereiches angebotene Fortbildung durch Supervision seitens der Beratungsstelle „Gegenwind e. V.“ hat viel dabei geholfen, dieses belastende Wissen verarbeiten zu können. Für den Arbeitsplatz der Bürgerberatung in der Zentralstelle wurde das Supervisionsangebot verbindlich eingeführt, und es wird aufgrund des großen Beratungsbedarfes auch weiterhin in Anspruch genommen werden.

4.1.5 Eilbedürftigkeit von Anträgen

Die langen Wartezeiten bei der Bearbeitung von Bürgeranträgen führen dazu, dass immer mehr Antragstellerinnen und Antragsteller um eine vorrangige Bearbeitung bitten. Dies ist gemäß § 12 Absatz 3 StUG möglich, wenn die Eilbedürftigkeit begründet dargelegt wird. Von einer Eilbedürftigkeit ist nach dem Gesetz auszugehen, wenn eine Auskunft zu Zwecken der Rehabilitation, Wiedergutmachung, Abwehr einer Gefährdung des Persönlich-

keitsrechts oder zur Entlastung vom Vorwurf der Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst benötigt wird.

Viele Anträge auf Akteneinsicht werden gleichzeitig mit einem Antrag auf Rehabilitation gestellt, um die Entscheidung der dafür zuständigen Behörden besser nachvollziehen oder kontrollieren zu können. Auch diese Anträge müssen vorrangig bearbeitet werden, damit nicht die betreffenden Personen durch die für das Rehabilitierungsverfahren zuständigen Stellen erstmals von der Existenz einzelner Unterlagen erfahren.

Neben den gesetzlich genannten Gründen behandelt die Behörde aber unter anderem auch Anträge von Personen mit Priorität, die zum Zeitpunkt der Antragstellung 75 Jahre und älter sind. Der Anteil dieser Gruppe am Antragsaufkommen liegt bei den Erstanträgen bei vier bis fünf Prozent und bei den Wiederholungsanträgen bei sechs bis acht Prozent, jeweils mit steigender Tendenz in den letzten vier Jahren. Nicht unerheblich ist auch die Zahl der Anträge, die mit Priorität bearbeitet werden, weil die Betroffenen schwer krank sind, Gerichtstermine anstehen oder Ähnliches.

Wenn wie im Jahr 2012 die Zahl der eingegangenen Anträge insgesamt zunimmt, aber auch die Zahl der Anträge mit Priorität steigt, verlängert sich die Wartezeit für die Antragstellerinnen und Antragsteller ohne prioritäre Bearbeitungsgründe.

4.1.6 Erfahrungen mit der Bearbeitung von Anträgen naher Angehöriger nach der Novellierung des § 15 StUG

Durch die Achte Novellierung des StUG wurde mit Jahresbeginn 2012 der Zugang zu den Unterlagen vermisster oder verstorbener naher Angehöriger erleichtert (siehe Abschnitt 1.1). Infolgedessen ist es nicht mehr notwendig, dass Verwandte 1. und 2. Grades – Ehegatten, Kinder, Enkelkinder, Eltern und Geschwister – einen im § 15 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 StUG genannten Zweck anführen. Diese nahen Angehörigen haben ein Zugangsrecht, wenn sie sonstige berechnete Interessen glaubhaft machen, die im Zusammenhang mit dem Aufarbeitungszweck des Stasi-Unterlagen-Gesetzes stehen. Überwiegend schutzwürdige Interessen anderer Personen dürfen hierbei nicht beeinträchtigt werden.

Seit dem Jahr 2012 werden die Erstanträge naher Angehöriger gesondert statistisch erfasst, sodass nicht belegt werden kann, inwieweit die Antragszahlen in diesem Bereich gestiegen sind. Der Anteil an den gestellten Erstanträgen macht derzeit genau zehn Prozent aus (siehe Anhang 6).

Viele Anträge mussten vor der Novellierung als nicht zulässig abgelehnt werden, weil es an dem erforderlichen Zweck fehlte. Diese Bürgerinnen und Bürger melden sich nun erneut und stellen einen Wiederholungsantrag, weil sie von den erleichterten Zugangsvoraussetzungen in der Presse gelesen haben. Aus den Presseberichten zur Novellierung des § 15 StUG haben viele Menschen gefolgert, es sei nun eine uneingeschränkte Akteneinsicht in alle Unterlagen ihrer verstorbenen Angehörigen möglich.

Das trifft jedoch nicht zu. So sind z. B. Anträge, die ausschließlich der Klärung vermögensrechtlicher Fragen oder sonstiger Familienstreitigkeiten dienen, auch nach der Neuregelung unzulässig und müssen abgelehnt werden; ebenso Anträge, die nur auf allgemeinem Interesse am Leben des verstorbenen Angehörigen beruhen.

Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Beratungen sind sehr zeitaufwändig. Insgesamt werden aber an die Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses keine hohen Anforderungen gestellt. Es genügt die nachvollziehbare Schilderung einer möglichen Einflussnahme des MfS auf den Lebensweg des vermissten oder verstorbenen Angehörigen.

Viele Anfragen stehen auch im Zusammenhang mit einer Adoption. Hier werden Einflüsse des Staatssicherheitsdienstes vermutet, wie z. B. von einem jungen Antragsteller, der adoptiert worden war und jetzt schwer erkrankt ist. Auf die Fragen seiner Ärzte zu Vorerkrankungen in seiner Familie konnte er natürlich keine Auskunft geben. Über die Nachforschungen, die er daraufhin unternahm, wuchs sein Interesse zu erfahren, ob das MfS Einfluss auf die Entscheidung seiner zwischenzeitlich verstorbenen Mutter genommen hatte, ihn zur Adoption freizugeben. Ein solcher Antrag ist selbstverständlich zulässig.

4.1.7 Decknamenentschlüsselung

Erst im Anschluss an eine Akteneinsicht ist es möglich, die Nennung der Namen derjenigen zu beantragen, die dem MfS Informationen zur eigenen Person geliefert haben. Durch die Lektüre der Unterlagen erhalten die Betroffenen Kenntnis von den Decknamen, unter denen die inoffiziellen Mitarbeiter (IM) dem MfS über sie berichteten. Nach § 13 Absatz 5 StUG sind Betroffenen die Namen und weitere Identifizierungsangaben von Mitarbeitern, die über sie Informationen gesammelt oder verwertet haben, bekannt zu geben, soweit sie sich aus den Unterlagen des MfS eindeutig entnehmen lassen.

Das Recht auf Bekanntgabe eines Klarnamens steht nur Betroffenen zu. Ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes haben einen solchen Anspruch nicht.

Die in der Betroffenenakte enthaltenen Berichte müssen nicht von einem IM selbst geschrieben und mit dem Decknamen unterschrieben sein. Auch wenn eine Information einem Führungsoffizier mündlich gegeben wurde, der sodann einen Bericht gefertigt und einen Decknamen als Informationsquelle genannt hat, besteht ein Anspruch auf Nennung des Klarnamens.

Die Bearbeitung von Decknamenentschlüsselungsanträgen ist sehr aufwändig. So kann es sein, dass sich an eine möglicherweise mehr als zweijährige Wartezeit auf die eigentliche Akteneinsicht eine lange Wartezeit auf die Decknamenentschlüsselung anschließt.

Insgesamt ist die Zahl der Antragseingänge auf Decknamenentschlüsselung behördenweit seit einigen Jahren rückläufig, nach rund 18 000 im Jahr 2006 waren es 2011 noch 10 308 und 2012 noch 9 822. Die Eingangszahlen in diesem Bereich entwickeln sich nicht parallel zur Zahl der

eingehenden Anträge auf Akteneinsicht, sondern sind abhängig von den dortigen Erledigungen – Auskünften oder Akteneinsichten sowie der Herausgabe von Kopien. Da diese in den vergangenen Jahren rückläufig sind (siehe Anhang 5), ergeben sich hieraus weniger Anträge auf Decknamenentschlüsselung.

Die Antragsteller haben die Möglichkeit, einen vermuteten Klarnamen zu nennen und können so im Einzelfall selbst zu einer effizienten Bearbeitung beitragen. Wie bereits in vergangenen Tätigkeitsberichten thematisiert, kann eine solche Vermutung sehr hilfreich sein, da sich dann die Recherchebereiche eingrenzen lassen. Manchmal lässt sich auch aus Sachzusammenhängen, die aber eben nur der Betroffene kennt, die Identität des Informationslieferanten schon herauslesen.

Auch bei häufig auftretenden Decknamen wie „Kurt“, „Rose“ oder „Peter“ ist die Angabe vermuteter Klarnamen sehr nützlich und kann den Zeitaufwand der Bearbeitung erheblich verkürzen. Es müssen dann nicht alle zu diesen Decknamen geführten IM-Akten danach geprüft werden, inwieweit sich eine Verbindung zu der oder dem Betroffenen aus den Unterlagen ergibt.

Besonders hilfreich ist die Angabe eines vermuteten Klarnamens bei Anträgen mit Bezug zur damaligen Hauptverwaltung Aufklärung (HV A). Die HV A hatte in der Zeit bis Juni 1990 in großem Umfang Unterlagen und Karteikarten vernichtet. Sicherungsfilme zentraler Personen- und Vorgangskarteien sowie von Statistikbögen gelangten an den amerikanischen Geheimdienst. Dort gefertigte Digitalisate dieser als Rosenholz-Dateien bekannt gewordenen Unterlagen wurden von 1999 bis 2003 an den BStU übergeben. Allerdings können diese Dateien nicht nur Personendaten von inoffiziellen Mitarbeitern, sondern auch von vielen Personen aus deren Umfeld wie Familienangehörige und Freunde enthalten. Allein anhand dieser Dateien ist keine Aussage darüber möglich, ob jemand als IM tätig war. Hier kann die Angabe von vermuteten Klarnamen weiterführende Recherchen ermöglichen. Sollte auf diesem Wege eine IM-Akte gefunden werden, kann aus der Vermutung Gewissheit werden. Dabei muss sich nicht zwingend, wie im Idealfall, in der IM-Akte eine Kopie des Berichts aus der Akte des antragstellenden Betroffenen befinden. Es können sich auch sonstige Hinweise wie ein gemeinsames Arbeitsumfeld, Freundeskreise oder Ähnliches zu hinreichenden Indizien zusammenfügen.

4.2 Verwendung von Unterlagen durch öffentliche und nicht-öffentliche Stellen

4.2.1 Ersuchen zur Rehabilitierung von Betroffenen und zur Wiedergutmachung erlittenen Unrechts

4.2.1.1 Strafrechtliche Rehabilitierung

Auf Basis des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes (StrRehaG) können Unrechtsurteile der DDR-Justiz aufgehoben werden. Dies ist Voraussetzung für soziale Ausgleichsleistungen, zum Beispiel eine Kapitalentschädi-

gung oder die besondere Zuwendung für Haftopfer. Beides sind wichtige Hilfen für Opfer der DDR-Justiz.

Wenn ein Bürger beim Landgericht einen Antrag stellt, die strafrechtliche Entscheidung eines staatlichen Gerichts der DDR für rechtsstaatswidrig erklären und aufheben zu lassen, löst er in der Regel durch die Rehabilitierungskammer ein Ersuchen an den BStU um Herausgabe geeigneter Unterlagen aus. Gesucht wird dann nach vom MfS verwahrten Akten des damaligen Justizbereichs oder nach sonstigen Hinweisen, die auf Verurteilungen hindeuten. Ist der Betroffene verstorben, kann der Antrag auf Aufhebung der rechtsstaatswidrigen Entscheidung auch von seinem Ehegatten oder seinen Verwandten in gerader Linie und seinen Geschwistern gestellt werden.

Voraussetzung für eine Aufhebung von DDR-Urteilen ist, dass die damalige Entscheidung mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar ist, insbesondere, wenn sie der politischen Verfolgung diene.

Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz definiert eine Reihe von Delikten nach dem DDR-Strafgesetzbuch, bei denen eine politische Verfolgung kraft Gesetzes unterstellt wird, ohne dass es einer weiteren Nachprüfung bedarf. Beispiele sind ungesetzlicher Grenzübertritt, staatsfeindlicher Menschenhandel, Wehrdienstentziehung und -verweigerung oder staatsfeindliche Hetze.

Unvereinbar mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlich-rechtsstaatlichen Ordnung ist es auch, wenn die angeordneten Rechtsfolgen in grobem Missverhältnis zu der zugrunde liegenden Tat stehen. Daneben kann rehabilitiert werden, wenn eine Freiheitsentziehung außerhalb eines Strafverfahrens angeordnet worden ist. Dies gilt insbesondere für die Einweisung in eine psychiatrische Anstalt sowie – seit der im Dezember 2010 erfolgten Ergänzung des § 2 im StrRehaG – die Anordnung einer Unterbringung in einem Heim für Kinder oder Jugendliche, die der politischen Verfolgung oder sonst sachfremden Zwecken gedient hat.

Recherchiert wird dann anhand der Daten zu dieser Person sowie, falls notwendig, auch zu deren Eltern, Großeltern oder weiteren Personen.

Beim Auffinden sachdienlicher Unterlagen macht der BStU eine Mitteilung über deren Inhalt und übergibt – soweit vorhanden – Unterlagen zu den angefragten Sachverhalten in Kopie. Wenn sich zur angefragten Person beim MfS abgelegte Justizakten der DDR-Gerichte befinden, werden diese für die Dauer der Verwendung im Original an Landgerichte oder Staatsanwaltschaften herausgegeben. Dabei führt die Suche nach Hinweisen auf Verurteilungen fast immer zu Ergebnissen. Belege einer Einweisung in Kinderheime oder Jugendwerkhöfe finden sich weniger häufig. Insgesamt kann die Behörde zum Zweck der Rehabilitierung in ca. drei Viertel der angefragten Fälle Unterlagen zur Verfügung stellen.

Das Gesamtaufkommen von 3 139 Ersuchen zu diesem Verwendungszweck im Berichtszeitraum ging ab dem Jahr 2011 wieder auf das Niveau von 2007 zurück. Die

erhöhten Eingänge der Jahre 2008 bis 2010 sind abgearbeitet. Sie waren bedingt durch die ab Ende August 2007 bestehende Möglichkeit, eine besondere Zuwendung für Haftopfer zu beantragen.

4.2.1.2 Wiedergutmachung

Nach wie vor treffen Ersuchen zu allen „Teilzwecken“ der Wiedergutmachung ein wie der verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung oder im Zusammenhang mit Anträgen auf Entschädigung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz einschließlich der sogenannten Opferrente und dem Häftlingshilfegesetz (HHG).

Oft betreffen diese Ersuchen Personen, die 80 Jahre und älter sind. Diese Tatsache wird selbstverständlich bei der Bearbeitung der Ersuchen besonders beachtet. Durch die sofortige Einleitung aller Recherchen und deren schnelle Auswertung gelingt es in der Regel, die Bearbeitungszeit auf sechs bis acht Wochen zu begrenzen.

Neu hinzugekommen sind Ersuchen auf Entschädigung wegen Zwangsaufenthalts in Kinderheimen der DDR. Wie bei der Rehabilitierung gestaltet sich die Suche nach Unterlagen durchaus schwierig, weil oft unter den Personendaten des damaligen Kindes keine Unterlagen auffindbar sind. In diesen Fällen muss hilfsweise auf die Daten von Angehörigen zurückgegriffen werden. Allerdings können auch dann nicht immer Belege gefunden werden.

Angefragt wird in Wiedergutmachungsangelegenheiten nicht nur zu den Grundvoraussetzungen von zu entschädigendem DDR-Unrecht. Zunehmend wird auch um Mitteilung gebeten, ob es in dem vorliegenden Fall Anhaltspunkte für mögliche Ausschließungsgründe von Leistungen gibt. Ein Ausschließungsgrund kann beispielsweise eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst sein. Eine besondere Herausforderung besteht dann, wie bei Mitteilungen zu anderen Gesetzeszwecken auch, wenn keine handschriftliche Verpflichtungserklärung gefunden wird oder die Person zwar die Zusammenarbeit mit dem MfS nicht grundsätzlich abstreitet, jedoch den Inhalt relativiert („Ich habe dem MfS nur Belangloses erzählt.“) oder sich auf eine Zwangslage beruft („Ich wurde genötigt, ich hatte Angst.“) etc. In solchen Fällen wird der BStU sowohl von den Behörden wie auch – im Streitfall – von Gerichten um gutachterliche Stellungnahmen bezüglich der „üblichen Praxis des MfS“ oder der Lebensumstände in der ehemaligen DDR gebeten.

Insgesamt haben sich im Berichtszeitraum – im Vergleich zu den Vorjahren – die Ersuchenseingänge zur Wiedergutmachung auf die Zahl von 8 102 halbiert, was den Erwartungen entspricht.

Ersuchen zu Vermögensangelegenheiten im Rahmen der Wiedergutmachung

Mit Bezug auf das Vermögensgesetz und das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz wird versucht, Bürgern zu ihrem Recht zu verhelfen, die zwischen 1949 und 1989 durch Zwangsmaßnahmen enteignet oder durch andere rechtsstaatswidrige Eingriffe um ihr Vermögen gebracht

wurden. Das kann sowohl bewegliches Vermögen als auch Grundstücke und Gebäude betreffen.

Die Zahl der Ersuchen ging auch hier weiter zurück, weil die Fristen für die Antragstellung in Bezug auf Grundstücke und Gebäude längst verstrichen sind. Das Vermögensgesetz besagt, dass Rückübertragungs- und Entschädigungsansprüche für Immobilien nach dem 31. Dezember 1992 nicht mehr angemeldet werden können. Eine Entschädigung kann aber noch immer bis zu sechs Monate nach einer erfolgreich verlaufenen strafrechtlichen Rehabilitierung beantragt werden.

Im Berichtszeitraum wurden 136 Ersuchen an den BStU gerichtet. Hierbei handelt es sich sowohl um sogenannte Altfälle zu Immobilien, die von den für offene Vermögensfragen zuständigen Stellen noch nicht abschließend geklärt werden konnten, als auch um Ersuchen zu beweglichem Vermögen.

So wollte z. B. ein Sozialamt Ansprüche auf eine inzwischen verjährte Erbschaft klären. Der Erblasser, der über eine große Farm in Südamerika verfügte, verstarb dort Anfang der 70er-Jahre. Die Alleinerbin lebte in der DDR. Bis zum Mauerbau führten beide einen regen Briefwechsel, danach wurde die Post vom MfS abgefangen, sodass die Erbin erst zu spät von dem Tod des Erblassers erfuhr. Mit Hilfe von MfS-Unterlagen sollte jetzt geklärt werden, ob die Erbin wegen einer rechtsstaatswidrigen Mitwirkung des Staatssicherheitsdienstes nicht ihr Erbe antreten konnte. Die Archivrecherchen verliefen hierzu leider ergebnislos.

152 Ersuchen zu Vermögensangelegenheiten wurden vom BStU im Berichtszeitraum abschließend bearbeitet.

Ausgleichsleistungsgesetz

Erwartungsgemäß ging auch die Zahl der Ersuchen zurück, die von den für offene Vermögensfragen zuständigen Ämtern nach dem Ausgleichsleistungsgesetz eingereicht wurden. Hier geht es darum, dass berechtigte Personen für auf besatzungsrechtlicher bzw. hoheitlicher Grundlage enteignete Vermögenswerte Ausgleichsleistungen erhalten.

Von Seiten des BStU wird in MfS-Unterlagen recherchiert, ob Hinweise auf die Enteignungen, aber auch auf Ausschließungsgründe zu den Personen vorliegen, da Personen, die dem kommunistischen oder nationalsozialistischen System Vorschub geleistet haben, keine Entschädigungsleistungen erhalten. Es wurden zwischen Januar 2011 und Dezember 2012 186 neue Ersuchen eingereicht und 204 Ersuchen erledigt.

4.2.2 Verwendung für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Zur Verwendung für die Strafverfolgung und Gefahrenabwehr ist die Nutzung der Stasi-Unterlagen zu Betroffenen und Dritten einerseits und zu Mitarbeitern und Begünstigten andererseits unterschiedlich geregelt. Unterlagen mit personenbezogenen Informationen über Betroffene und Dritte sind insoweit besonders geschützt, als sie gemäß

§ 23 Absatz 1 StUG ausdrücklich nur zu den dort genannten Straftaten – zum Beispiel Tötungsverbrechen – bzw. zur Abwehr einer drohenden erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit herangezogen werden dürfen. Dagegen können nach Absatz 2 der Vorschrift Informationen zu Mitarbeitern und Begünstigten auch für alle anderen Straftaten verwendet werden. Im Berichtszeitraum handelte es sich dabei etwa um Delikte wie gewerbs- und bandenmäßigen Betrug, Geldwäsche, Bestechlichkeit oder Urkundenfälschung.

Obwohl die „jüngsten“ MfS-Akten schon vor mehr als zwei Jahrzehnten geschlossen wurden, können sie Hinweise auf frühere, aber auch auf Zusammenhänge zu in der Gegenwart verübten Straftaten enthalten. Ermittlungsansätze bieten sich den Strafverfolgungsbehörden bis zur heutigen Zeit dadurch, dass die Unterlagen Angaben zu Personen und deren persönlichen Verbindungen enthalten (z. B. Verwandtschafts- oder Bekanntschaftsverhältnisse). Weitere geeignete Hinweise sind Fertigkeiten, Fähigkeiten und Ausbildung der Beschuldigten oder etwa auch bestimmte Ortskenntnisse.

In der Regel wird bei diesen Ersuchen nicht nur zu einer Person angefragt, sondern zu einer größeren Personenzahl. Bei den Betroffenen handelt es sich nicht nur um Beschuldigte, sondern auch um Opfer einer Straftat sowie eventuell als Zeugen infrage kommende Personen, selten auch um Dritte, aus deren Unterlagen man sich weitere Hinweise auf entsprechende Straftaten erhofft.

Immer noch erreichen den BStU Ersuchen zu Tötungsverbrechen, die vor 1990 begangen wurden, aber auch zu solchen aus jüngerer Zeit. So wandte sich im Mordfall eines bereits 2001 entführten und getöteten Jungen die zuständige Mordkommission an den BStU, um zu einem Verdächtigen prüfen zu lassen, ob dieser schon vor 1990 in der DDR einschlägige Gewaltverbrechen begangen hatte. Die daraufhin durchgeführten Recherchen bestätigten den Verdacht nicht.

Daneben sind Stasi-Unterlagen auch für die strafrechtliche Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit nach wie vor wichtig. Für ein Ersuchen zu dem 1944 von einer SS-Einheit durchgeführten Massaker in Oradour-sur-Glane (Frankreich), bei dem mindestens 642 Zivilpersonen (Männer, Frauen und Kinder) ums Leben kamen, wurden von den Ermittlern aus Nordrhein-Westfalen erneut MfS-Unterlagen ausgewertet. Hierbei stieß man auf sechs noch lebende Personen, die der Teilnahme an dem Verbrechen verdächtig schienen, weshalb es im Dezember 2011 zu Verhaftungen in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen kam. Die entsprechenden Akten wurden allerdings auch in früheren Jahren schon mehrfach von unterschiedlichen Stellen gesichtet und ausgewertet.

Wenn sich ausländische Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der Rechtshilfe an den Bundesbeauftragten wenden, so sind Betroffenenunterlagen nach § 23 Absatz 2 StUG von der Verwendung ausgeschlossen. Für die strafrechtliche Aufarbeitung zum Beispiel von NS-Gewaltverbrechen erweist sich diese Regelung als misslich.

Allein drei auf Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus bezogene Ersuchen der polnischen Partnerbehörde des BStU, dem Institut des nationalen Gedenkens (IPN), mussten im Berichtszeitraum abgelehnt werden, da die verdächtigten Naziverbrecher weder MfS-Mitarbeiter noch vom MfS begünstigt waren. Da für die Beschuldigten aufgrund ihres Geburtsdatums (geboren vor mehr als einhundert Jahren) eine Strafverfolgung nicht mehr infrage kam, wurde das Partnerinstitut aber darauf hingewiesen, dass es für die historische Aufarbeitung von NS-Kriegsverbrechen einen Forschungsantrag nach § 32 StUG stellen kann.

Im Berichtszeitraum gingen 707 Ersuchen mit strafrechtlichem Hintergrund in der Zentralstelle und den Außenstellen ein.

Zum Zweck der Gefahrenabwehr erreichten die Behörde im Berichtszeitraum zwei Ersuchen. Bei einem Fall ging es um Fragen der Kampfmittelerkundung und der Bodenverseuchung auf dem Flugplatz Altenburg-Nobitz im Gebiet Leinawald (Thüringen). In dem anderen Ersuchen wurde im Zusammenhang mit der Böschungsrutschung in Nachterstedt am 18. Juli 2009 um Recherchen in den Unterlagen des MfS gebeten, ob Ursachen hierfür vielleicht schon zu DDR-Zeiten bekannt waren und zu Schutzmaßnahmen hätten führen müssen. Zum gleichen Sachverhalt wurde deshalb auch ein Ersuchen um Mitteilung aus den Unterlagen wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung eingereicht.

Insgesamt ist die Bearbeitung von Ersuchen zu Zwecken der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit umfangreichen Personen- und Sachrecherchen verbunden, bei denen sich im Zuge des intensiven Auswertens der Unterlagen in Zusammenarbeit mit den ersuchenden Stellen häufig Ansätze für noch tiefer gehende Recherchen ergeben.

4.2.3 Verwendung von nicht personenbezogenen Unterlagen

Durch die Achte Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 22. Dezember 2011 wurde der schon bisher zweckfrei mögliche Zugang zu im Einzelnen aufgezählten Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, wie z. B. Organisationsplänen, Dienstanweisungen oder gebäudebezogenen Objektverzeichnissen, durch Anfügen eines zweiten Absatzes in § 26 StUG erweitert. Danach können nun auch Anträge zum Erhalt solcher Unterlagen, die nicht gezielt zu natürlichen Personen angelegt wurden und keine überwiegend schutzwürdigen personenbezogenen Informationen enthalten, ohne Benennung eines Zwecks gestellt werden.

Bei der Bearbeitung von Anträgen nach dieser Bestimmung hat der Bundesbeauftragte sicherzustellen, dass durch die Verwendung dieser Unterlagen keine schutzwürdigen Interessen Anderer beeinträchtigt werden. Dies könnte beispielsweise dann der Fall sein, wenn Baupläne zu ehemaligen MfS-Liegenschaften, die inzwischen veräußert wurden, von allgemein Interessierten erbeten werden. Den neuen Gebäudebesitzern (z. B. Banken oder

staatliche Einrichtungen) dürfte es vermutlich nicht recht sein, wenn sich ein Empfänger durch die Bereitstellung von Grundrissplänen Kenntnisse über die bauliche Beschaffenheit oder Zugangsmöglichkeiten zu einem Gebäude mit besonderem Schutzbedarf verschaffen kann.

Der vorstehend erörterten Regelung bedarf es nicht, wenn Verfügungsberechtigte von Grundstücken selbst einen Antrag stellen, Liegenschaftsunterlagen zu erhalten. So gab es beispielsweise zwei Anträge auf Herausgabe von Bauunterlagen zu zwei bereits vor 1900 erbauten Villen, die sich das MfS als Liegenschaften für seine Kreisdienststellen in Löbau und Zittau ausgewählt hatte. Inzwischen sind diese Villen in einem Fall von einer Privatperson, im anderen Fall von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gekauft worden. Bei der Suche nach entsprechenden Bauunterlagen wurden sogar noch die Originalzeichnungen aus dem 19. Jahrhundert gefunden, die dann zuständigkeitshalber in den Bestand der jeweiligen Stadtarchive überführt wurden.

4.2.4 Verwendung von Unterlagen für Zwecke der Nachrichtendienste

Die Nachrichtendienste des Bundes und der Länder reichten im Berichtszeitraum nur noch vereinzelt Ersuchen gemäß § 25 StUG beim BStU ein, die Nachrichtendienste der Verbündeten gar nicht.

4.2.5 Nutzung des Zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR

Das Zentrale Einwohnerregister (ZER) ist auch weiterhin ein wichtiges internes Hilfsmittel für das Auffinden von Unterlagen zu Personen, aber auch für die eindeutige Zuordnung von Dokumenten. Es wird vom BStU zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben häufig genutzt – im Berichtszeitraum in 1 610 Fällen. Die nach § 2 Absatz 2 StUG ersuchensberechtigten Stellen (Gerichte und Strafverfolgungsbehörden) machten dagegen nur noch in wenigen Fällen Gebrauch von ihrem Zugangsrecht. Hier ging es z. B. darum, den Aufenthaltsort ehemaliger NS-Straftäter zu ermitteln oder auch um eine Bestätigung des zwischenzeitlichen Versterbens der angefragten Person. Im Zentralen Einwohnerregister gibt es zwar das Merkmal „verstorben“, sodass grundsätzlich eine solche Klärung möglich wäre, jedoch wurde es von den DDR-Stellen nicht konsequent eingetragen. Ein Fehlen des Vermerks bedeutet deshalb nicht zwingend, dass die Person nicht doch verstorben sein könnte. Insgesamt bleibt das ZER auch in Zukunft ein wichtiges Hilfsmittel, das weiterführende Hinweise für das Auffinden von Unterlagen oder die eindeutige Datenzuordnung geben kann.

4.2.6 Ersuchen zur Überprüfung von Personen

Die Friedliche Revolution liegt schon über 20 Jahre zurück. Aber immer noch stellt in vielen Bereichen die Überprüfung von Personen auf eine frühere hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst einen wichtigen Teil der Auseinandersetzung mit der Vergan-

genheit dar. Während in zahlreichen politischen Bereichen – beim Deutschen Bundestag, bei Landtagen und kommunalen Vertretungen in den neuen Bundesländern, aber z. B. auch im öffentlichen Dienst, bei Aufarbeitungseinrichtungen und in Ordensangelegenheiten – schon seit vielen Jahren mit einer gewissen Kontinuität Überprüfungen stattfinden, hat sich in einigen Teilbereichen der öffentlichen Verwaltungen und der kommunalen Vertretungen erst in letzter Zeit eine neue Dynamik entwickelt. Vor allem gilt das im Land Brandenburg. Nachdem hier der Anteil der überprüften Personen im Landesparlament und in kommunalen Vertretungen sowie in der Verwaltung auf Landes- wie auf Kommunalebene seit Anfang der 90er-Jahre geringer als in den anderen neuen Bundesländern war, ist seit etwa 2009/2010 die Anzahl der Ersuchen deutlich angestiegen. Verbunden war dies mit oft heftigen, auch in der Öffentlichkeit ausgetragenen, politischen Auseinandersetzungen.

Bis zum 31. Dezember 2012 hat es im Berichtszeitraum keinen Fall (gemäß § 27 Absatz 1 StUG) gegeben, bei dem der Bundesbeauftragte gelegentlich der Erfüllung seiner Aufgaben die Tätigkeit einer Person für den Staatssicherheitsdienst festgestellt hat und daraufhin eine Mitteilung ohne Ersuchen an die jeweils ersuchensberechtigten Stelle herausgegeben hätte.

4.2.6.1 Abgeordnete, Mitglieder kommunaler Vertretungen, kommunale Wahlbeamte, ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil sowie Regierungsmitglieder

In der laufenden Legislaturperiode hat der Deutsche Bundestag bis zum 31. Dezember 2012 zu 427 Abgeordneten um Überprüfung gebeten. In der vorangegangenen Legislaturperiode waren insgesamt 129 Abgeordnete überprüft worden.

Drei der im Berichtszeitraum neu gewählten Landesparlamente haben in folgender Zahl um Überprüfung gebeten: der Landtag von Sachsen-Anhalt zu 75 Abgeordneten, der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern zu 45 Abgeordneten und das Abgeordnetenhaus von Berlin zu 128 Abgeordneten.

Nachdem die Anzahl der Mandatsträger aus den kommunalen Vertretungen im Land Brandenburg, zu denen der Bundesbeauftragte um Überprüfung gebeten wurde, im vorhergehenden Berichtszeitraum sprunghaft von zuvor 63 auf 699 im Jahr 2009 und 1 697 im Jahr 2010 angestiegen war, ist nun wieder ein Rückgang zu verzeichnen: im Jahr 2011 waren es noch 458 und im Jahr 2012 noch 107 kommunale Mandatsträger. Dieser Rückgang war zu erwarten, da die kommunalen Vertretungen, die eine Überprüfung ihrer Mitglieder beschlossen hatten, inzwischen ihre Ersuchen beim Bundesbeauftragten eingereicht hatten. Zudem rückt das Ende der Wahlperiode näher (Frühjahr 2014).

In vielen kommunalen Vertretungen im Land Brandenburg gab es heftige, auch kontroverse Diskussionen da-

rüber, ob ein Ersuchen auf Überprüfung gestellt und wie das gesamte Verfahren ausgestaltet werden solle. Hierbei ist die Behörde sehr viel umfangreicher als früher üblich einbezogen worden und hat durch rechtliche Hinweise zum Stasi-Unterlagen-Gesetz, Informationen zur möglichen Verfahrensgestaltung und durch Darlegung bisheriger praktischer Erfahrungen in vergleichbaren Fällen Unterstützung gegeben.

In zahlreichen kommunalen Vertretungen hat es intensive Diskussionen gegeben, wie die Mitteilungen des Bundesbeauftragten zu bewerten seien und welche Konsequenzen gegebenenfalls angemessen wären. Dabei hat sich in manchen Kommunen gezeigt, dass viele der dabei auftretenden Probleme sich im Wesentlichen nicht aus den vom Bundesbeauftragten überreichten Mitteilungen selbst ergeben. Denn diese werden nach gleichen sachlichen Kriterien entsprechend der Aktenlage erstellt. Ursächlich ist vielmehr die nicht immer sorgfältige und differenzierte, manchmal sogar von Vorverurteilungen geprägte Umgangsweise mancher mit den Inhalten der Mitteilungen. Bei sachlicher Diskussion unter allen Beteiligten und im Rahmen eines fairen Verfahrens bieten die Mitteilungen aber eine ausreichende Grundlage für eine weiterführende Diskussion und eine sachgerechte Entscheidung.

In den Jahren 2011 und 2012 zusammen wurden in folgender Zahl Ersuchen zur Überprüfung kommunaler Mandatsträger (d. h. Angehöriger kommunaler Vertretungen wie auch kommunaler Wahlbeamter) gestellt: aus Brandenburg zu 560 Personen, aus Sachsen zu 229, aus Thüringen zu 383, aus Mecklenburg-Vorpommern zu 381, aus Sachsen-Anhalt zu 301 und aus Berlin zu 204 Personen. Der Unterschied in den Zahlen erklärt sich daraus, dass die Wahlperioden in den Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten begonnen haben und Ersuchen eher an deren Anfang gestellt werden.

Aufgrund der Achten Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes sind im erweiterten Verwendungszweck gemäß §§ 20 und 21 Absatz 1 Nummer 6b StUG jetzt erstmals ausdrücklich „ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil“ aufgenommen worden. Die reale Auswirkung dieser Änderung ist bisher jedoch gering. Denn schon seit 1991 werden ehrenamtliche Bürgermeister kontinuierlich überprüft, entweder in ihrer Eigenschaft als Ehrenbeamte oder als Mitglied der kommunalen Vertretungskörperschaft. Insofern hat diese Formulierung nur klarstellenden Charakter.

Die Vertreter für einen Gemeindeteil, also Ortsbürgermeister, Ortsteilbürgermeister, Ortschaftsratsvorsitzende etc., waren hingegen – abhängig von den jeweiligen Regelungen im Kommunalrecht eines Bundeslandes – nur in einigen Ländern als ehrenamtliche Wahlbeamte überprüfbar. Die neue gesetzliche Bestimmung, nach der nun auch die Ortsbürgermeister u. a. überprüfbar sind, die nicht den Status eines Ehrenbeamten haben, ist bisher wenig genutzt worden. Möglicherweise ist diese Erweiterung der Überprüfungsmöglichkeiten in manchen Kommunen noch nicht bekannt. Bis zum 31. Dezember 2012 sind hierzu erst ein Ersuchen und eine Anfrage eingegangen. Durch die Neufassung der §§ 20 und 21 Absatz 1 Nummer 6h StUG können seit dem 31. Dezember 2011 – wie schon bis Ende

2006 – auch die Bewerber für ein Bürgermeisteramt und andere kommunale Funktionen wieder überprüft werden.

In den Jahren 2011 und 2012 wurde zu insgesamt 60 Mitgliedern von Landesregierungen, d. h. zu Ministern und Staatssekretären (bzw. Senatoren und Staatsräten), um Überprüfung ersucht – aus den Bundesländern Hamburg (28), Berlin (11), Nordrhein-Westfalen (4), Brandenburg (3), Mecklenburg-Vorpommern (1), Sachsen-Anhalt (14) und Sachsen (1).

4.2.6.2 Leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen; von der öffentlichen Hand bestellte Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen; Beschäftigte im öffentlichen Dienst in tatsächlichen Verdachtsfällen

Für einige besonders wichtige Personengruppen und Funktionsträger war vor der Achten Novellierung des StUG eine Überprüfung bis zum 31. Dezember 2011 möglich. Dazu gehörten auch Beamte und Angestellte, die eine Behörde leiten oder eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen (§§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6d StUG in der seit dem 29. Dezember 2006 geltenden Fassung).

Diesbezüglich wurden im Jahr 2011 zu 210 Personen Ersuchen um Überprüfung gestellt, meist aus dem Land Brandenburg und dort zum größten Teil zu Polizeibeamten. Die seit dem Jahr 2009 intensiv geführte politische Debatte in diesem Bundesland hat dazu geführt, dass neben den Ersuchen zu Landtagsabgeordneten und den Mitgliedern vieler kommunaler Vertretungskörperschaften auch solche zu leitenden Beschäftigten in der Verwaltung eingereicht wurden. Vor allem hat das Innenministerium in Potsdam um die Überprüfung vieler Polizeibeamter gebeten, die auf verschiedenen Leitungsebenen tätig sind (Schutzbereiche und Wachen bzw. – nach der Strukturreform der Polizei 2011 – Direktionen, Inspektionen und Reviere). Wegen der engen Formulierung des Verwendungszwecks im Gesetz (Behördenleiter) konnten im Ergebnis intensiver rechtlicher Prüfungen nur die Leiter der Schutzbereiche, nicht aber die Leiter der (in der Hierarchie der Polizei diesen untergeordneten) Polizeiwachen überprüft werden.

Diese Situation hat mit dazu geführt, dass in der politischen Debatte über die Ausgestaltung der Achten StUG-Novellierung sich die Position durchgesetzt hat, den in diesem Verwendungszweck definierten überprüfbaren Personenkreis erheblich auszuweiten. Nach der seit dem 31. Dezember 2011 geltenden Fassung der §§ 20 und 21 Absatz 1 Nummer 6d StUG sind nunmehr überprüfbar: leitende Mitarbeiter öffentlicher Stellen ab der Besoldungsgruppe A 9 bzw. der Entgeltgruppe E 9 (erster Bereich), Mitglieder von Vertretungs- und Aufsichtsorganen in öffentlich dominierten Einrichtungen (zweiter Bereich) sowie generell diejenigen im öffentlichen Dienst Beschäftigten, bei denen Tatsachen den Verdacht einer Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst rechtfertigen (dritter Bereich).

Auf dieser neuen gesetzlichen Grundlage sind im Jahre 2012 zum ersten Bereich zu insgesamt 295 Personen Ersuchen eingereicht worden, davon 110 aus dem Land Brandenburg. Etwa 37 Prozent der Ersuchen musste abgelehnt werden, da die angefragten Personen entweder unterhalb der vorgeschriebenen Mindest-Besoldungs- bzw. -Entgeltgruppe eingestuft waren, einem anderen Besoldungs- bzw. Entgeltsystem angehörten oder keine leitende Funktion ausübten.

Zum zweiten Bereich ist in zehn Fällen um Mitteilung zu einer Person gebeten worden. Alle einreichenden Institutionen waren dabei im Land Brandenburg.

In zwölf Fällen wurde zum dritten Bereich um die Überprüfung einer Person gebeten. Die von den ersuchenden Stellen beigebrachten (und als ausreichend akzeptierten) Tatsachen bestanden dabei in eigenen Erklärungen dieser Personen über eine frühere Zusammenarbeit mit dem MfS, in Personalunterlagen (bei Bewerbungen), in substanzvoll recherchierten Medienberichten und in protokollierten Zeugenaussagen Dritter.

Die Zahl von insgesamt 317 im Jahr 2012 zu diesem Verwendungszweck eingereichten Ersuchen bedeutet eine Steigerung um etwa die Hälfte gegenüber dem Vorjahr.

4.2.6.3 Berufsrichter und ehrenamtliche Richter

In den beiden Jahren 2011 und 2012 wurde zu insgesamt 67 Berufsrichtern um Überprüfung gebeten. 57 von diesen sind Richter des Landes Brandenburg. Weiterhin wurden Ersuchen zu neun Personen eingereicht, die sich um eine leitende Richterstelle an einem gemeinsamen Gericht des Landes Brandenburg und Berlin beworben hatten. Ferner hat der Ausschuss des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern zur Vorbereitung der Wahl der Richter des Landesverfassungsgerichtes zu einem dafür vorgesehenen Kandidaten um Mitteilung gebeten.

Mit dem Ziel der Ernennung zu ehrenamtlichen Richtern wurden zu zwei Personen Ersuchen eingereicht. Die Überprüfung von insgesamt sechs Personen, die zu Friedensrichtern ernannt werden sollten, musste abgelehnt werden, da diese Funktion der Schiedsgerichtsbarkeit nicht zu den ehrenamtlichen Richtern im Sinne des StUG gehört.

4.2.6.4 Leitende Personen im Sport sowie Trainer und Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften

Seit der Siebten StUG-Novellierung Ende Dezember 2006 können nach §§ 20/21 Absatz 1 Nummer 6g StUG leitende Funktionäre im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), in seinen Spitzenverbänden und Olympiastützpunkten, Repräsentanten in internationalen Gremien sowie Trainer und verantwortliche Betreuer von Mitgliedern der deutschen Nationalmannschaften überprüft werden, allerdings nicht die Sportlerinnen und Sportler selbst. Für die Sommerspiele in London 2012 hat der DOSB zu insgesamt 254 Mitgliedern der Olympiamannschaft um Überprüfung gebeten. Außerdem hat ein Sport-

verband zwei Ersuchen zu einem Trainer und zu einem Generalsekretär eingereicht.

4.2.6.5 Beiratsmitglieder des BStU und Beschäftigte in Aufarbeitungsinitiativen

Im Berichtszeitraum wurden fünf Mitglieder des Beirats und acht Mitglieder des wissenschaftlichen Beratungsgremiums des Bundesbeauftragten überprüft.

Ersuchen wurden ferner eingereicht zur Überprüfung von vier (darunter zwei neu ernannten) Landesbeauftragten und von 13 bei den Landesbeauftragten Beschäftigten. Mehrere mit der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes oder der Herrschaftsmechanismen der ehemaligen DDR befasste Einrichtungen haben in den Jahren 2011/2012 zu insgesamt 79 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Gremienmitgliedern um Überprüfung gebeten. Zwei auch für die Rehabilitierung zuständige Behörden des Landes Brandenburg haben zu 39 dort mit diesem Thema befassten Beschäftigten Ersuchen eingereicht.

4.2.6.6 Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen

Im Jahr 2011 haben die zuständigen Stellen nach den Sicherheitsüberprüfungsgesetzen des Bundes (SÜG) und der Länder, dem Luftsicherheitsgesetz (LSG) und dem Atomgesetz (AtG) bzw. der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsverordnung zu 9 532 Personen um Mitteilung gebeten, ob sich zu diesen aus den Stasi-Unterlagen Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst ergeben. Im Jahr 2012 belief sich die entsprechende Zahl auf 7 834 Personen.

4.2.6.7 Rentenangelegenheiten

Die Personen, die früher einem der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der DDR angehörten, müssen – bei der Überführung in die gesetzliche Rentenversicherung der Bundesrepublik – mit einer Kürzung ihrer Renten rechnen, wenn sich bei ihnen eine hauptamtliche oder verdeckt-hauptamtliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst herausstellt. Die Anzahl der Personen, zu denen die für die Rentenfestsetzungen zuständigen Stellen deswegen beim Bundesbeauftragten um Überprüfung bitten, ist schrittweise zurückgegangen – von 84 156 im Jahr 2004 bis auf 5 334 im Jahr 2010 und im Berichtszeitraum im Jahr 2011 nun 6 524 sowie im Jahr 2012 dann 6 845 angefragte Personen.

4.2.6.8 Ordensangelegenheiten

Das Bundespräsidialamt, die Staats- und Senatskanzleien sowie einzelne Ministerien der Länder haben die Möglichkeit, diejenigen Bürgerinnen und Bürger auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst zu überprüfen, denen ein Bundes- oder Landesorden verliehen werden oder eine vergleichbare Ehrung zukommen soll. Davon machen – seit vielen Jahren – die neuen Bundesländer in einem erheblich größeren Umfang Gebrauch als die alten Bundesländer. In den

beiden Jahren 2011 und 2012 zusammengenommen ist zu insgesamt 763 Personen um Überprüfung ersucht worden. Damit ist die jährliche Eingangszahl seit 2008 in etwa der gleichen Größenordnung. Nach wie vor handelt es sich bei der großen Mehrheit der angefragten Personen um ehemalige Bürgerinnen und Bürger der DDR. Dies gilt auch für die Ersuchen aus den alten Bundesländern.

4.3 Anträge für die Forschung zum Zweck der politischen und historischen Aufarbeitung sowie für Zwecke der politischen Bildung und von Presse, Rundfunk und Film

Die Antragszahlen sind auf dem konstant hohen Niveau des vorherigen Berichtszeitraums geblieben. Im Durchschnitt erreichten 120 Anträge pro Monat den Bundesbeauftragten. Während die meist eiligen Medienanträge in der Mehrzahl zeitnah bearbeitet werden konnten, war dies für komplex angelegte Forschungsvorhaben nicht immer möglich. Diese Situation wird sich bei einem weiterhin erwarteten kontinuierlichen Antragseingang auch künftig nicht entspannen.

Im Berichtszeitraum wurden 2 931 Forschungs- und Medienanträge nach §§ 32 ff. StUG gestellt; 978 Anträge richteten die verschiedensten Medien an den BStU und 1 953 Anträge waren Forschungsanträge. Die drei Übersichten auf den folgenden beiden Seiten zeigen die Zahlen der Anträge nach Themenbereichen und schlüsseln auf, aus welchen Institutionen bzw. Bereichen die antragstellenden Forscher und Medienvertreter kamen; im Anhang 7 finden sich weitere Informationen zum Thema.

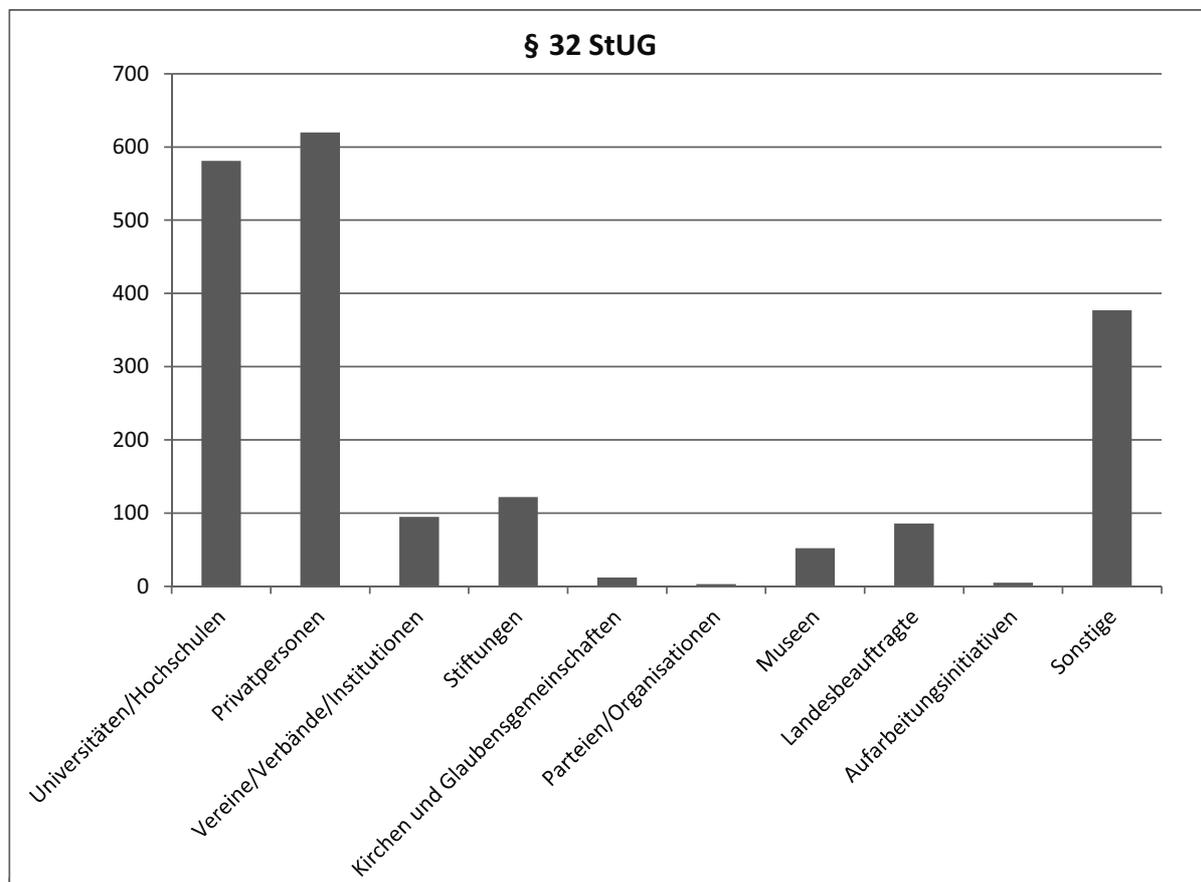
Die Zusammensetzung des Kreises der Antragsteller widerspiegelt das anhaltend breite gesellschaftspolitische Interesse. Sie hat sich im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum kaum verändert: Wie auch in den vergangenen Jahren reicht das Spektrum der Interessenten von regional und international tätigen Journalisten über Autoren und Schriftsteller, Studenten, Doktoranden bis hin zu renommierten Forschern unterschiedlichster Wissenschaftszweige und Einrichtungen. Unter den Antragstellern befinden sich auch Schulen und Universitäten, Vereine und Verbände, verschiedenste Medien, Landesbeauftragte sowie Mahn- und Gedenkstätten. Die bereits im Zehnten Tätigkeitsbericht erwähnte erkennbare Zunahme der Antragsteller, die die vom BStU verwahrten Unterlagen für Forschungen im Rahmen ihrer Magisterarbeit oder ihrer Dissertation nutzen möchten, hat sich im Berichtszeitraum fortgesetzt. Bei den Studierenden wächst das Interesse an der historischen Aufarbeitung des Einflusses des Staatssicherheitsdienstes auf die unterschiedlichsten Lebensbereiche.

Anhaltend hoch ist auch die Zahl der Anträge von ausländischen Forschern und Medienvertretern. Im Berichtszeitraum gingen aus dem Ausland 328 Anträge ein. Zum Beispiel wurde im Auftrag der BBC ein Antrag zum Thema „Schulungsfilme des MfS“ bearbeitet. Dazu wurden von der Antragstellerin 24 Filme gesichtet und 19 Filme (jeweils als Duplikate) herausgegeben. Im Ergebnis entstand u. a. eine DVD, die an englischen Schu-

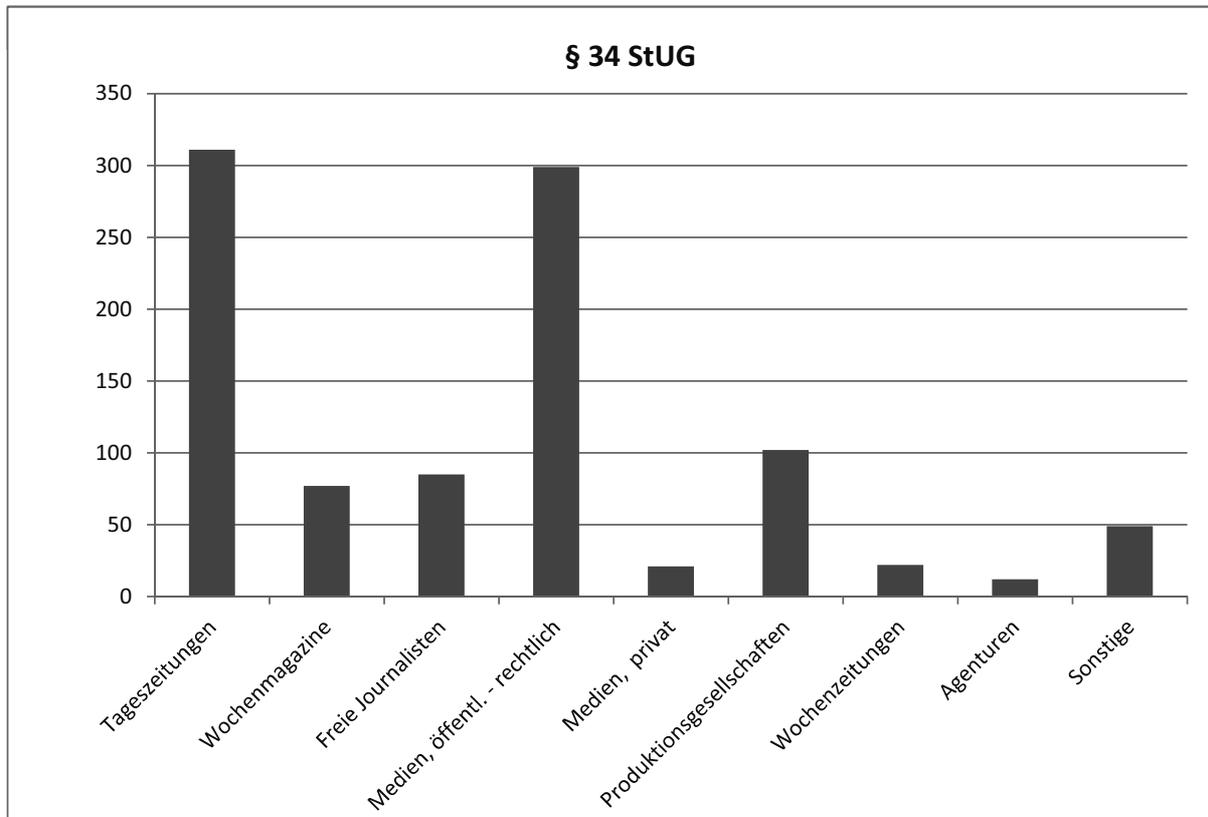
Antragseingänge gemäß §§ 32 und 34 StUG

Themenkomplexe	Eingänge gesamt	Eingänge im Berichtszeitraum	Anteile der Themen im Berichtszeitraum
Wissenschaft/Wirtschaft	3 031	352	12 %
Bildung/Familie/Jugend/Sport/Medizin	2 641	272	9 %
Religion	2 020	158	5 %
Recht/Justiz/Polizei	1 656	249	9 %
Internationale Beziehungen	1 330	159	6 %
Politik/Parteien/Organisationen	5 472	508	17 %
Nationalsozialismus	2 373	326	11 %
Militär/Grenze/Republikflucht	1 814	228	8 %
MfS	2 623	216	7 %
Kunst/Kultur/Medien	3 954	401	14 %
Geheimdienste/Terrorismus	816	62	2 %
gesamt	27 730	2 931	

Verteilung der Antragsteller



Verteilung der Antragsteller



len zur Bildungsarbeit eingesetzt wird und einen Einblick in die Arbeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR sowie die deutsche Nachkriegsgeschichte gewährt. Für die Anträge von international renommierten Forschern werden bei den Recherchen nicht selten bis zu 50 000 Seiten gelesen. Da sich die ausländischen Antragsteller im Rahmen ihrer Forschungen oft nur für kurze Zeit in Deutschland aufhalten, ist zudem eine besondere Eilbedürftigkeit bei der Bearbeitung geboten, was eine konsequente Arbeitsorganisation und großes Engagement der damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfordert.

Aus organisatorischen Gründen haben sich in der Vergangenheit Arbeitsschwerpunkte bei der Bearbeitung von sogenannten Themenkomplexen herausgebildet. Das hat zur Folge, dass ähnliche Antragsthemen im gleichen Arbeitsbereich bearbeitet werden. Der Einsatz und die Kontinuität dieses „Spezialistenwissens“ haben sich bei der Erledigung der Anträge besonders bewährt und führen zu Synergieeffekten bezüglich der Art, der Tiefe, des Aufwands oder des Umfangs notwendiger Recherchen. Dadurch können mehrere themenverwandte Vorhaben parallel bearbeitet werden, wovon die Antragsteller sowohl inhaltlich als auch zeitlich profitieren. Dies gilt grundsätzlich auch für die Antragsbearbeitung in den Außenstellen. Im Folgenden werden ausgewählte Anträge aus den Themenschwerpunkten vorgestellt.

4.3.1 „Westarbeit“ des MfS

Der Komplex „Westarbeit“ des Staatssicherheitsdienstes ist schon seit Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit des BStU. Strukturen und Agentennetze sowie die entsprechenden Informationsflüsse konnten im Zuge der weiteren Erschließung von Unterlagen einzelner Hauptabteilungen und Bezirksverwaltungen teilweise rekonstruiert werden, obwohl der Aktenbestand der HV A, der Auslandsabteilung des Staatssicherheitsdienstes, fast vollständig vernichtet wurde. Eine Vielzahl diesbezüglicher Medienanträge spiegelt das anhaltende öffentliche Interesse und den ungebrochenen Aufarbeitungswillen wider.

Im August 2011 erschien ein Artikel im Berliner „Tagespiegel“, wonach das MfS in West-Berlin fast fünf Jahre lang unbemerkt ein Hotel unterhalten hatte. Diese Tatsache löste in Anbetracht des Gedenkens zum 50. Jahrestag des Mauerbaus im In- und Ausland erhebliche mediale Aufmerksamkeit aus. Bereits 1992 hatte der „Spiegel“ über eine Gruppe von inoffiziellen Mitarbeitern (IM), bestehend aus „Rennfahrer“, „Karate“ und „Janett“, berichtet, die gezielt für die Tötung von Menschen ausgebildet worden waren. In einem Nebensatz wurde das Hotel erwähnt. Es diente diesen und anderen IM als „Legalisationsbasis“. Der ehemalige Tagesspiegel-Redakteur und heute als freier Journalist und Buchautor tätige Jürgen Schreiber hatte in seinem Antrag „Die Nutzung des Ost-West-Reiseverkehrs durch das MfS“ um Recherchen zu

diesem MfS-Stützpunkt in West-Berlin gebeten. Nach der Auswertung einer Vielzahl von Unterlagen wurden insgesamt 771 Kopien herausgegeben, darunter auch Fotos des Staatssicherheitsdienstes von Innen- und Außenansichten des Hotels. Aus den Akten ergab sich weiter, dass das MfS für den Erwerb des Hotels „Luftbrücke“ insgesamt 96 000 DM zur Verfügung stellte, denn die für Beobachtungen, Ermittlungen und Festnahmen zuständige Hauptabteilung VIII plante 1976 die Errichtung eines Stützpunkts in West-Berlin. Die Gruppe um den IM „Rennfahrer“ konnte so von West-Berlin aus eine Vielzahl von Einsätzen mit Beobachtungs- und Ermittlungsaufträgen durchführen. Der dieser Gruppe angehörende IM „Karate“ war in der Bundesrepublik sogar wegen krimineller Delikte zur Fahndung ausgeschrieben, befand sich ständig auf der Flucht und hatte keinen legalen Wohnsitz. Der „Stützpunkt Rheinland“ (so die MfS-Bezeichnung für das Hotel) war seine zweifelhafte Herberge. Die als Geschäftsführerin des Hotels eingesetzte IM „Janett“ übergab dem MfS zahlreiche Informationen über „operativ-interessante“ Gäste aus dem In- und Ausland. Das Hotelpersonal selbst wusste nichts von diesen Zusammenhängen. 1981 wurde das Hotel wieder verkauft.

Großes Erstaunen lösten auch die Berichte der „Bild“-Zeitung im Januar 2011 aus, als bekannt wurde, dass der Staatssicherheitsdienst auch einen IM im Düsseldorfer Karneval im Einsatz hatte. Die Zeitung hatte Recherchen zum Thema „Reiseverkehr von Ost nach West unter besonderer Berücksichtigung der Aufenthalte von IM in Nordrhein-Westfalen“ beantragt. Dazu wurde speziell in den SIRA-Teildatenbanken recherchiert und festgestellt, dass sich insbesondere IM „Hermann“ mehrmals in Nordrhein-Westfalen aufgehalten hatte. Hinter diesem Decknamen verbarg sich ein DDR-Bürger, der seit 1979 für das MfS tätig und bis zum Herbst 1989 gezielt als sogenannter Werber im Operationsgebiet eingesetzt war. Unter der Legende, Recherchen für ein Buch über den Karneval zu sammeln, knüpfte er auch Kontakte zu Personen aus dem Düsseldorfer Raum. Die aufgefundenen Archivalien umfassten mehr als 3 000 Seiten. Für die Herausgabe wurden 800 Seiten ausgewählt. Diese Kopien enthielten beeindruckende Informationen über den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern in der Bundesrepublik, die Verwendung von Legenden und die zielgerichtete Aufklärung von Bundesbürgern für eine eventuelle Anwerbung.

Seit August 1999 besteht die Möglichkeit, Auskünfte aus elektronischen Datenbanken der Auslandsspionageabteilung des MfS, der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A), zu erhalten. Diese Datenbanken sind unter dem Namen SIRA bekannt geworden. In den SIRA-Teildatenbanken 11 bis 14 verzeichnete die HV A im Wesentlichen alle Informationen, die sie im Rahmen ihrer Spionagetätigkeit weltweit beschaffte. In den einzelnen Informationen sind jeweils die Registriernummer und der Deckname der Person angegeben, die sie gegeben hat. Deshalb kann man feststellen, welche Person oder welcher Vorgang der HV A besonders viele oder besonders wertvolle Informationen lieferte.

In die Teildatenbank 13 speiste das MfS alle Informationen ein, die für die Planung und Absicherung von Spionageeinsätzen der HV A im „Operationsgebiet“ benötigt wurden. Dazu gehörten Informationen über westliche Grenzkontrollen ebenso wie Angaben über die unauffällige Nutzung von Hotels oder Angaben zu gefälschten Ausweisen und Reisepässen, die einen reibungsfreien Einsatz im Westen ermöglichen sollten.

Es ist bekannt, dass an der deutsch-deutschen Grenze unzählige Pässe von Bundesbürgern kopiert und für Zwecke des Staatssicherheitsdienstes gefälscht wurden, so auch der von Dieter Schanz, der von 1983 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages war. Die Staatssicherheit stattete einen Auslandsagenten mit seiner Identität aus. Das Original und die Fälschung des Passes wurden bei der Erschließung von Unterlagen der Abteilung XV der BV Leipzig aufgefunden (die Abteilungen XV der Bezirksverwaltungen wurden inhaltlich von der HV A angeleitet und kontrolliert). Das MfS stattete seinen inoffiziellen Mitarbeiter „Siakou“ mit der neuen Identität und dem gefälschten Pass des SPD-Politikers samt gefälschter Unterschrift und neuem Foto aus. Als Instrukteur war es seine Aufgabe, Agenten und Spitzel u. a. in München zu treffen. Es ging vorwiegend um Industriespionage. „Siakou“ verfügte über mehrere Reisedokumente und Pässe mit gefälschten und fiktiven Identitäten.

Um zu verhindern, dass die mit gefälschten Identitäten ausgestatteten Agenten in der Bundesrepublik gefasst werden könnten, hielt das MfS die Ursprungspersonen unter Beobachtung. Dafür wurde sogar in dem gefälschten Pass der Wohnort von Herrn Schanz von Oberhausen nach Mainz verlegt, mutmaßlich mit der Absicht, dass Rechnungen und Post für den falschen Dieter Schanz nicht beim SPD-Politiker landeten. Mit der ausdrücklichen Zustimmung von Herrn Schanz konnten die vorhandenen Unterlagen für ein Medienen Vorhaben des rbb verwendet werden. Im Februar 2012 wurde die Dokumentation in der Sendung „Kontraste“ mit einem bewegenden Interview mit Herrn Schanz ausgestrahlt.

Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin beantragte aufgrund bereits früher aufgefundener Fotos vorrangig Einsicht in Archivsignaturen aus dem Fotobestand des BStU, um eine eigene Fotoausstellung mit diesen Reproduktionen zu gestalten. Der Rechercheschwerpunkt wurde auf Fotos gelegt, die möglichst viel vom Straßenbild erkennen lassen. Im April 2012 informierte der Antragsteller, dass das Projekt darüber hinaus als ein Beitrag für den „Europäischen Monat der Fotografie“ ausgewählt wurde. Die Ausstellung wurde im Gesamtkatalog präsentiert und konnte dadurch eine größere Reichweite erzielen. Bei der Antragsbearbeitung sind etwa 210 Signaturen ausgewertet, 40 Foto- und 69 Schriftgutakten bestellt, über 3 800 Fotos, aber auch 5 800 Aktenseiten gesichtet worden. Über 1 500 Fotos wurden im Archiv der Zentralstelle zur Akteneinsicht vorgelegt. Als Duplikate wurden 138 Fotos und 51 Seiten herausgegeben. Die Ausstellung wurde vom 16. Oktober bis 11. November 2012 im Bezirk Steglitz-Zehlendorf gezeigt.

4.3.2 Grenzregime, Fluchten, Militär und Militärverbindungsmissionen

Am 13. August 2011 jährte sich zum 50. Mal der Tag des Mauerbaus in Berlin, dem der jahrzehntelange Ausbau und die ständige Perfektionierung der Grenzsicherungsanlagen an der gesamten innerdeutschen Grenze folgten. Kaum ein anderes Ereignis in der jüngeren Geschichte Deutschlands hat die Menschen in Ost und West mehr geprägt als die Teilung der beiden deutschen Staaten. Und so ist es nicht verwunderlich, dass allein im Berichtszeitraum bis zu diesem Jahrestag 75 Forschungs- und Medienanträge, zum Teil sehr kurzfristig, gestellt und mit Vorrang bearbeitet wurden. Sehr viele Anträge zum Mauerbau waren bereits in den Jahren 2009 und 2010 gestellt worden.

Die Forschungsthemen waren so vielfältig wie die in den Stasi-Akten dokumentierten Ereignisse: Dokumente von Vertreibung und Zwangsaussiedlungen, von geglückten und misslungenen Republik- und Fahnenfluchten, von Todesopfern, Inhaftierten, vom Fluchttunnelbau, von Fluchthilfegruppen, von Meinungsäußerungen, Protesten und Widerstand gegen den Mauerbau, vom Leben der Menschen in Grenzgebieten, von zerrissenen Familien, vom Mauerbau selbst, von Plänen zur immer stärkeren Sicherung der Grenze und deren Umsetzung, von der Arbeit der Grenztruppen, vom Alltag an Grenzübergangsstellen, der Arbeit der Pass- und Kontrolleinheiten, von zur Grenzsicherung eingesetzten inoffiziellen Mitarbeitern und „freiwilligen“ Grenzhelfern.

So entstand beispielsweise das am 29. Juli 2011 auf ARTE und am 2. August 2011 im Ersten Deutschen Fernsehen gesendete Doku-Drama „Geheimsache Mauer – Die Geschichte einer deutschen Grenze“ (Buch und Regie: Christoph Weinert und Jürgen Ast). An den hierzu recherchierenden Fernsehsender rbb sowie dessen Produktionspartner, LOOKS Film & TV Produktionen GmbH, wurden 720 Kopien, 105 Filme sowie 121 Fotos herausgegeben. Von den in diesem Zusammenhang 86 614 gelesenen Seiten wurden 16 088 zu Akteneinsichten vorgelegt und 449 Filme und 2 126 Fotos gemeinsam mit den Antragstellern gesichtet.

Vom 5. August bis zum 23. August 2011 erinnerte die im Bahnhof Friedrichstraße anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus eröffnete Ausstellung und Installation „Der geteilte Bahnhof“ an den Ausnahmezustand eines Grenzbahnhofs mitten in Berlin, der fast drei Jahrzehnte andauerte. Der BStU stellte der Kulturprojekte Berlin GmbH sehr kurzfristig mehr als 320 Fotos, vier Filme und 270 Kopien für die Ausstellung zur Verfügung. 24 064 Seiten, 2 350 Fotos und vier Filme wurden im Vorfeld recherchiert.

Am 14. September 2011 eröffneten Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Kulturstaatsminister Bernd Neumann die neue Dauerausstellung „GrenzErfahrungen. Alltag der deutschen Teilung“ im Berliner Tränenpalast. Wissenschaftlern der Stiftung des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden – nachdem 107 789 Seiten durchgesehen worden waren – 86 879 Sei-

ten zur Akteneinsicht vorgelegt und 2 624 Kopien übergeben. Außerdem konnten dem Antragsteller 2 169 Fotos zur Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße zur Einsicht angeboten werden, wovon 527 dupliziert wurden. Hinzu kamen vier Filme, die nun am authentischen Ort präsentiert werden.

Weiterhin erschienen im Berichtszeitraum zahlreiche Bücher, denen ausgiebige Recherchen im Stasi-Unterlagen-Archiv zugrunde lagen: zum Thema Fluchthilfe u. a. „Wege durch die Mauer: Fluchthilfe und Stasi zwischen Ost und West“ von Dr. Burkhard Veigel und „Fluchthelfer. Die Gruppe um Wolfgang Fuchs“ von Dr. Peter Schulenburg und Klaus-Michael von Keussler, zu Opfern der Berliner Mauer: „Mein Freund Egon. Leben und Sterben von Egon Schultz“ von Michael Baade sowie „Mord an der Mauer. Der Fall Peter Fechter“ von Lars-Broder Keil und Sven Felix Kellerhoff.

Klaus Storkmann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam veröffentlichte das Buch „Geheime Solidarität. Militärbeziehungen und Militärhilfen der DDR in die ‚Dritte Welt‘“. Dem Autor wurden von rund 45 000 gelesenen Seiten 31 914 zur Einsicht vorgelegt und 6 648 Seiten in Kopie herausgegeben.

Auch in den Außenstellen spielte das Thema Flucht immer wieder eine große Rolle; so bearbeitete die Außenstelle Dresden einen Antrag der „Sächsischen Zeitung“ zur Aufklärung des Schicksals des Meißner Bürgers Hans Franck. Hans Franck gehörte nach der Verminung der innerdeutschen Grenze im Jahr 1973 zu den ersten Opfern. Erst wenige Monate vor seiner geplanten Flucht waren die Splitterminen SM 70 an der Grenze installiert worden. Mit schwersten Verletzungen wurde der Flüchtling vom Bundesgrenzschutz geborgen und erlag wenig später in einem Krankenhaus seinen Verletzungen. Der Zeitungsbeitrag mit diesem konkreten Beispiel aus der Region hatte eine Vielzahl von Anfragen und Anträgen auf Akteneinsicht zur Folge, besonders von Schülergruppen wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Außenstelle immer wieder auf diesen Beitrag angesprochen.

In einem der früheren Tätigkeitsberichte wurde schon über das Thema Flucht über Bulgarien informiert. Nun haben Freya Klier und Andreas Kuno Richter einen Dokumentarfilm „Die Vergessenen. Tod, wo andere Urlaub machen“ gedreht. Der Film schildert dramatische Fluchtversuche von DDR-Bürgern über die bulgarische Grenze. Er erzählt die Geschichte dreier junger Leute aus Leipzig, die 1979 bzw. 1981 die Südosteuropa-Route für ihre Flucht wählten. Zwei junge Leute wurden von bulgarischen Grenzpolizisten erschossen. Der Dritte wurde an der bulgarisch-türkischen Grenze durch Schüsse schwer verletzt. Die bulgarischen Ärzte konnten nur eines seiner beiden Beine retten. Zu diesem Thema wurde umfangreiches Material recherchiert – auch zu weiteren mehr als 20 erschossenen DDR-Bürgern – und zur Akteneinsicht bereitgestellt. Dabei wurden auch Kontakte zu den Angehörigen der erschossenen DDR-Bürger und Zeitzeugen hergestellt. Am Abend des 9. Februar 2012 fand in der Außenstelle Leipzig eine sehr bewegende Veranstaltung

mit der Aufführung des 45-minütigen Dokumentarfilms mit anschließender Podiumsdiskussion statt.

Auch in der Außenstelle Rostock wurden sechs Anträge zu diesem Themenkomplex bearbeitet. Wichtigster regionaler Aspekt war hier die Aufarbeitung von Fluchten über die Ostsee. Zwischen 1961 und 1989 versuchten rund 5 600 Menschen, über das Meer in die Freiheit zu fliehen; nur wenige waren erfolgreich. Die meisten „Republikflüchtlinge“ wurden von der Volkspolizei und dem Staatssicherheitsdienst bereits im Vorfeld festgenommen. Rund 180 Menschen starben bei ihrem Fluchtversuch.

Häufiges Fluchtziel war Dänemark, wo auch heute noch großes Interesse am Schicksal gerade dieser Menschen besteht. Ausdruck dessen war ein Medienantrag des renommierten dänischen Journalisten Jesper Clemmensen zum Thema „Ostseefluchten“ (Ziel: Dänemark). In der Außenstelle Rostock wurden dazu über 60 000 Seiten gesichtet und mehr als 2 800 Seiten in Kopie übergeben, darunter zahlreiche Fotos. In nächster Zeit wird in Dänemark zu diesem Thema eine umfangreiche Publikation erscheinen.

Mit einem Fernsehteam des NDR kam im Juli 2011 John Workman, ein ehemaliger US-Soldat, in die Schweriner Außenstelle. Er hatte an einem Informationstag der Behörde in Dannenberg (Elbe) sein Interesse an einem Forschungsantrag bekundet. Er schilderte, wie im Januar 1970 zwei Fahnenflüchtige aus der DDR an seine Tür geklopft hätten, nachdem sie erfolgreich über die gefrorene Elbe geflohen waren. Ein dritter Soldat wollte die DDR nicht verlassen und blieb zurück. Workman war zu dieser Zeit als US-Soldat in Hühbeck stationiert. Jetzt wollte er mehr über die Flucht der beiden Männer erfahren und sie möglichst wiedertreffen. Der NDR fand diese Geschichte interessant und stellte daraufhin einen Medien-Antrag. Das Aktenmaterial zu dem dritten Soldaten, der sich gegen die Flucht entschieden hatte und trotzdem wegen Beihilfe zur Fahnenflucht verurteilt wurde, enthielt umfangreiche Schilderungen zur damaligen Situation an der Grenze und Bildmaterial von dem verschneiten Grenzgebiet bei Lenzen an der Elbe. Über das Treffen der Beteiligten zeigte der NDR den Filmbeitrag „Jonny und die Grenzsoldaten“.

Für den Umbau und eine Neugestaltung des einzigen Grenzlandmuseums in Norddeutschland, des Grenzhus in Schlagsdorf, recherchiert die Politikwissenschaftlerin Sandra Pingel-Schliemann im Aktenbestand der Außenstelle Schwerin. Bestandteile des neuen Dokumentationszentrums zur innerdeutschen Grenze werden eine Ausstellung und ein Außenparcours sein, der die Besucher an authentischen Orten mittels Ausstellungstafeln mit Informationen versorgt. Die Wissenschaftlerin sucht nach Dokumenten zum Grenzgeschehen, Einzelschicksalen, Berichten aus dem Alltagsleben im DDR-Sperrgebiet, Landkarten und Fotos. Die zukünftige Ausstellung soll die technische Perfektionierung der Sperranlagen in historischer Reihenfolge schildern und belegen, dass an der Grenze auf Flüchtlinge geschossen wurde. Es werden die Folgen für die Umwelt (Einsatz von Pestiziden, Umweltverschmutzung usw.) und auch für die unberührte Natur

dargestellt. Bislang wurden für diesen Forschungsantrag über 102 000 Seiten gesichtet und über 61 000 zur Einsichtnahme vorgelegt. Im November 2012 wurde der Außenparcours im Beisein des Landwirtschaftsministers Mecklenburg-Vorpommerns eröffnet. An der Ausstellung wird noch gearbeitet. Da die Fülle der Informationen in der Ausstellung nicht unterzubringen sein wird, ist das Erstellen eines Buches vorgesehen.

4.3.3 Justiz und Strafvollzug sowie Polizei

Einen Schwerpunkt in diesem Themenfeld stellen die von der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen gestellten Anträge dar. Im Berichtszeitraum standen insbesondere zwei Forschungsanträge im Zentrum der Bearbeitung.

Im Herbst 2011 erschien das Buch der Autoren Tobias Voigt und Peter Erler „Medizin hinter Gittern“. In ihm wird die Geschichte des Haftkrankenhauses in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen erzählt. Für diese Studie stellte der Bundesbeauftragte zahlreiche Kaderakten hauptamtlicher MfS-Mitarbeiter sowie – nach entsprechender Einwilligung – Unterlagen von Betroffenen zur Verfügung. Mit der Untersuchung ist eine Verbindung zwischen einer strukturellen Analyse und biografischen Fallstudien, sowohl von Häftlingen als auch ärztlichem Fachpersonal, gelungen.

Ein zweiter Antrag der Gedenkstätte dient der Vorbereitung ihrer Dauerausstellung. Die entsprechenden Einsichten in Archivmaterialien sollen verschiedene grundlegende Fragen etwa zur Sozialstruktur der Inhaftierten, zu den Haftgründen oder zum Strafmaß der später Verurteilten klären helfen. Diese Daten sollen für statistische Angaben in der Dauerausstellung verwendet werden. Außerdem wurden der Gedenkstätte bereits zahlreiche Kopien von einschlägigen Bild-, Ton- und Filmdokumenten übergeben, welche in der Ausstellung präsentiert werden sollen.

Ein Forschungsantrag der Gedenkstätte Potsdam-Leistikowstraße diente der Vorbereitung der Dauerausstellung, die am 18. April 2012 eröffnet wurde. In der Potsdamer Leistikowstraße unterhielt die sowjetische Spionageabwehr bis in die 80er-Jahre ein Untersuchungsgefängnis, in welchem bis 1954 auch zahlreiche deutsche Staatsbürger inhaftiert waren. Viele Insassen wurden nach gewalttätigen Verhören vor Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tod verurteilt. Der Bundesbeauftragte stellte der Gedenkstätte die Ergebnisse der Sachrecherchen zum Regime der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) zur Verfügung. Viele der im Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Inhaftierten waren vom MfS verhaftet worden und wurden erst im Verlauf der Vernehmungen an die sowjetische Besatzungsmacht übergeben. Deshalb befinden sich im Archiv des Bundesbeauftragten personenbezogene Dokumente, die einen unverzichtbaren Beitrag zur Erforschung des Haftortes Leistikowstraße darstellen.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten untersucht (zusammen mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden

sowie dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam) unter dem Arbeitstitel „Todesurteile gegen Deutsche durch Sowjetische Militärtribunale in den Jahren 1945–1947“ diese noch wenig erforschte Phase der SMT in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Sowohl über den Umfang der Verurteilungen, die Herkunft der Verurteilten als auch die Urteilsgründe gab es bisher zu wenig belastbare Erkenntnisse. Hinzu trat die Schwierigkeit, dass die Personendaten teilweise nur fragmentarisch und vom Gesamtumfang her keinesfalls vollständig vorhanden waren. Durch den Antragsteller wurden schrittweise etwa 2 500 Personendaten eingereicht, wovon mindestens 200 Fälle während des Aktenstudiums neu entdeckt wurden. Es wurden zahlreiche Personen- und Sachrecherchen durchgeführt, in deren Ergebnis bisher zu etwa einem Drittel der beantragten Personendaten Dokumente gefunden wurden, die in den meisten Fällen darauf hindeuten, dass die Beteiligung an NS-Verbrechen Grund der Verurteilung war. Dieser verblüffend hohe Prozentsatz an vorhandenen Unterlagen zu Personen, die bereits verstorben waren, als das MfS noch gar nicht gegründet war, erklärt sich zum einen aus der systematischen Auswertung vorhandener NS-Unterlagen durch das MfS im Rahmen der Kampagnenpolitik, zum anderen durch die später einsetzende systematische NS-Strafverfolgung, durch welche umfangreiche Kopien von SMT-Verfahren zu Beweis Zwecken vom KGB an das MfS geliefert wurden. Demzufolge handelt es sich bei den zur Verfügung gestellten Unterlagen einerseits nur um Karteikarten, die wichtige Hinweise auf den Verurteilungsgrund geben, andererseits um komplette Vernehmungprotokolle, Anklageschriften und SMT-Urteile. Diese Dokumente, die zum Teil auf Unterlagen verweisen, die sich im Bundesarchiv befinden, werfen nicht nur Licht auf die Urteilspraxis der SMT zu ganzen NS-Formationen bzw. Tatkomplexen, sondern ermöglichen auch die detaillierte Rekonstruktion hoch interessanter Einzelbiografien. Das Schicksal vieler verurteilter Personen konnte erstmals geklärt und in einen geschichtlichen Kontext gestellt werden. Die Publikation ist für Anfang 2013 vorgesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Antragsbearbeitung waren im Berichtszeitraum die Forschungen des Forschungsverbands SED-Staat an der Freien Universität Berlin im Anschluss an den „Fall Kurras“. Das umfangreiche Projekt untersucht die Einflussnahme des MfS auf die West-Berliner Polizei (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 65). Nachdem im März 2011 ein erster Forschungsbericht an den Berliner Polizeipräsidenten übergeben bzw. der Presse vorgestellt wurde, ist die Übergabe des zweiten Teils des Forschungsberichts, der die Zeit von 1970 bis zum Mauerfall umfasst, für das Frühjahr 2013 vorgesehen.

Die Forschungen zur West-Berliner Polizei weckten auch das Interesse an der Einflussnahme des MfS auf die Ost-Berliner Polizei. Ein entsprechender Forschungsantrag wurde im Jahr 2009 vom Berliner Polizeipräsidenten gestellt. Im April 2012 erschien ein erster umfangreicher Band, in welchem Geschichte, Struktur und Arbeitsweise der Kriminalpolizei systematisch und überblicksartig dargestellt werden. In einem zweiten Band, zu dem aktuell

recherchiert wird, soll anhand konkreter Fälle die Arbeit der Ost-Berliner Kriminalpolizei veranschaulicht werden.

Neben Anträgen, die die systematische Auswertung des MfS-Materials zu ganzen Personengruppen bzw. größeren Sachfragen nach sich ziehen, werden beim BStU auch zahlreiche Anfragen zu Einzelpersonen bearbeitet. Beispielhaft hierfür ist ein Antrag des Forschungsverbands SED-Staat zu Erwin Jöris, zu dem ergiebige Recherchen durchgeführt und für eine Publikation ausgewertet wurden. Dessen bewegte und wechselhafte Biografie – Jungkommunist, KZ-Häftling, Emigrant in der Sowjetunion, Spionageverdächtiger in der „großen Säuberung“, Wehrmachtssoldat, SED-Mitglied, SMT-Verurteilter und Gulag-Häftling – erschien im Juni 2012 als Buch von Andreas Petersen unter dem Titel „Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren: Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris“.

In der Außenstelle Dresden wurde ein Antrag der Technischen Universität (TU) Dresden zum Thema „Zwischen Widerstand und Repression – Studenten der TU Dresden 1946 – 1989“ bearbeitet; aus den Ergebnissen entstand eine umfangreiche Publikation. Anhand der Unterlagen konnten Ausmaße, Hintergründe und politische Gerichtsverfahren in der SBZ und DDR gegen Studenten der Technischen Hochschule bzw. der TU Dresden belegt und die Dresdner Studentenprozesse im Jahr 1959 ausführlich dokumentiert werden. Die Prozesse wurden gegen die Studenten geführt, die mit einem 16-Punkte-Programm politische Alternativen zur Entwicklung in der DDR anregen wollten. Die meisten Angeklagten wurden zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt. Der Autor stellte seine Veröffentlichung in der Außenstelle Dresden mit Unterstützung von Zeitzeugen an einem Bürgerberatungstag vor.

In der Außenstelle Erfurt wird im Zusammenhang mit der Gestaltung der Gedenkstätte in der Erfurter Andreasstraße (ehemalige Haftanstalt) ein Antrag der Firma ikon aus Hannover bearbeitet, die im Auftrag des Thüringischen Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kunst die Feinkonzeption für die Ausstellung erstellt.

In der Außenstelle Frankfurt (Oder) wird gegenwärtig ein Forschungsvorhaben des Menschenrechtszentrums Cottbus e. V. bearbeitet, dessen Ergebnisse für die Ausstellungsgestaltung in der ehemaligen Strafvollzugsanstalt Cottbus von großem Wert sind. Unter dem Motto „Freiheit, Würde, Rechtsstaat“ wird die Geschichte des Strafvollzugs im Zentralgefängnis Cottbus von 1860 bis 1989 erforscht. Der beauftragte Historiker hat umfangreiche Unterlagen eingesehen, die über die Zustände in der Haftanstalt während der DDR-Zeit und über die Schicksale Inhaftierter näheren Aufschluss geben. Im Fokus der Forschertätigkeit stehen exemplarische Häftlingsbiografien in verschiedenen Zeitabschnitten. Den Schwerpunkt bilden dabei die aus politischen Gründen Inhaftierten. Bisher wurden dafür 58 744 Seiten durchgesehen, 16 418 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt und 1 692 Kopien übergeben.

Ein Student der Universität Leipzig untersuchte in seiner Masterarbeit die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung Leipzig des MfS. Damit schloss er eine regio-

nale Forschungslücke. Er erstellte erste Häftlingsübersichten für bestimmte Jahre der DDR und betrachtete sie im Verhältnis zu gesellschaftlichen Umbrüchen wie z. B. dem Mauerbau 1961 und den Ereignissen im Herbst 1989. Für seinen Forschungsantrag wurden ca. 42 000 Seiten gelesen, ca. 32 000 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt und rund 2 500 Seiten als Kopie herausgegeben. Seine Forschungsergebnisse stellte er einem breiten Publikum mit einem Vortrag in der Reihe „Forschung aktuell – Ergebnisse aus Stasiakten“ am 26. April 2012 in der Leipziger Außenstelle des Bundesbeauftragten vor.

In der Außenstelle Magdeburg konnten im Berichtszeitraum nach mehrjährigen umfangreichen Arbeiten zwei thematisch verbundene Forschungsanträge zur ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg abgeschlossen werden. Den beiden heute am einstigen Haftort agierenden Einrichtungen, der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg für die Opfer politischer Gewaltherrschaft 1945 bis 1989 und dem Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e. V., hat die Außenstelle Magdeburg sehr viel Material zurarbeiten können. Beide Stellen eröffneten die Ausstellung Anfang 2012 in völlig überarbeiteter Form neu, vor allem auf der Quellenbasis der erwähnten Anträge.

Schüler des Christa-und-Peter-Scherpf-Gymnasiums in Prenzlau beschäftigten sich mit dem Fall des Paul Rebenstock: Paul Rebenstock war ehemaliger Leiter der Kreisdienststelle Prenzlau des MfS und Anfang der 50er-Jahre nach West-Berlin übergelaufen. 1953 wurde er vom MfS verhaftet, unter dem Vorwurf der Spionagetätigkeit in einem Geheimprozess 1954 zum Tode verurteilt und mit dem Fallbeil hingerichtet. Auf einen entsprechenden Antrag stellte die Außenstelle Neubrandenburg ein umfangreiches Kopienkonvolut zur Verfügung. Die Schüler des Scherpf-Gymnasiums nahmen mit einer Schrift zu diesem Fall am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2011 teil und erhielten für ihre Ergebnisse den Titel „Landesbeste Schule Brandenburg“.

Am Schweriner Demmlerplatz, dem ehemaligen Sitz der Bezirksverwaltung Schwerin des MfS und seiner Untersuchungshaftanstalt, befindet sich heute auch das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland. Bislang ist weder bekannt, ab wann das MfS die Untersuchungshaftanstalt nutzte, wie die Zusammenarbeit zwischen dem Sowjetischen Militärtribunal und dem Staatssicherheitsdienst erfolgte, noch, wie viele Häftlinge seit den 50er-Jahren bis 1989 hier festgehalten wurden. Im Rahmen eines Forschungsantrags der Universität Rostock wird nun versucht, dies zu ermitteln. Die Rechercheergebnisse sollen unter anderem darüber Auskunft geben, warum Personen verhaftet wurden und wie lange die Untersuchungshaft jeweils andauerte. Da Häftlingsbücher und Gefangenenakten nur vereinzelt überliefert sind, gestalten sich die Recherchen sehr aufwändig. Neben den wenigen vorhandenen Belegbüchern müssen sehr viele personenbezogene Akten geprüft werden. Der Antrag ist in Phasen gegliedert; vorerst wird der Zeitraum bis 1956 beleuchtet. Bislang hat die Außenstelle Schwerin rund 105 000 Seiten gesichtet, zu über

3 000 Personen recherchiert und seit 2011 Einsicht in über 80 000 Seiten gewährt.

4.3.4 Sport

Vor größeren Sportereignissen wie z. B. der Fußball-Europameisterschaft 2012 in Polen und der Ukraine oder den Olympischen Sommerspielen 2012 in London gehen auch vermehrt Anträge zum Einfluss des MfS auf den Sport ein. Gefragt wird zu Biografien einzelner Sportler, zu Sportclubs, zum Verhalten von Fans oder zu bestimmten großen Sportereignissen. Der Fußball in seinen vielfältigen Facetten ist ein schier unerschöpfliches Forschungsthema innerhalb des Themenschwerpunktes Sport.

Für das Buchprojekt „Neunzehn87. Der Triumphzug des 1. FC Lok Leipzig durch Europa“ (2012 veröffentlicht) stellte Thomas Franke einen Forschungsantrag zum Thema „Einfluss auf den 1. FC Lokomotive Leipzig und dessen Fans“, der in der Außenstelle Leipzig bearbeitet wurde. Anlass des Antrags war das 25. Jubiläum des Einzugs des 1. FC Lok Leipzig ins Fußball-Europapokalfinale im Mai 1987. Damals spielte der Leipziger Verein in Athen gegen Ajax Amsterdam. Thomas Franke erforschte den Einfluss des MfS sowohl auf die Mannschaft und die Offiziellen des 1. FC Lok Leipzig, aber auch auf die mitreisenden 800 Fans. Akribisch durchforstete der Antragsteller alle zur Verfügung gestellten Unterlagen und befragte zahlreiche Zeitzeugen. Die Außenstelle sichtete für den Antrag rund 36 000 Seiten und gab 500 Seiten in Kopie heraus.

4.3.5 Wirtschaft

Anträge aus dem Bereich Wirtschaft fanden z. T. in aktuell-politischen Debatten ihren Niederschlag. Im Jahr 2011 hatte der WDR einen Antrag zum Thema „Zusammenarbeit des schwedischen Möbelhauses IKEA mit Betrieben und Kombinatn der DDR“ gestellt. Der Beitrag dazu wurde im Mai 2012 ausgestrahlt und rief weitere Medien, aber auch IKEA selbst auf den Plan. Das Möbelhaus wird beschuldigt, vom Einsatz von Häftlingen für die Produktion von Möbeln in Form erzwungener Häftlingsarbeit profitiert zu haben. IKEA beauftragte die Ernst & Young GmbH, einen unabhängigen Untersuchungsbericht zu fertigen. Im Rahmen der Bearbeitung, die noch läuft, wurden bis jetzt über 20 000 Seiten auf Themenbezug durchgesehen und über 1 500 Seiten in Kopie an die Antragsteller herausgegeben (siehe Abschnitt 6.4.1).

Ein weiteres Themenfeld ist der Einfluss des MfS auf die westdeutsche Wirtschaft. „Die Stasi im Ruhrgebiet“ – zu dieser Thematik wurden von Historikern der Abteilung Bildung und Forschung Vorträge in Nordrhein-Westfalen gehalten. Daraufhin stellte die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ im Jahr 2011 einen Antrag zum Thema „Die Verstrickung von Firmen aus Nordrhein-Westfalen mit der DDR“. Aus den Ergebnissen dieser Forschung entstand eine Internetseite (<http://stasi.derwesten.de/>) insbesondere über das Wirken des Bereiches von Alexander Schalck-Golodkowski und die Erwirtschaftung großer

Mengen Devisen für die DDR, auch geprägt durch die umfangreichen Beziehungen nach Nordrhein-Westfalen und in damalige Regierungskreise der Bundesrepublik.

Immer wieder spielen in der regionalen Aufarbeitung bedeutende Wirtschaftsunternehmen eine Rolle. In der Außenstelle Gera ist dies aufgrund der geografischen Situation die SDAG (Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft) Wismut: Der kirchliche Umweltkreis Ronneburg richtete sein Forschungsinteresse 2010 bis 2012 auf den Themenkomplex „Urangewinnung der SDAG Wismut in Ronneburg und Umgebung“. In die Bearbeitung einbezogen wurden neben Unterlagen der Außenstelle Gera auch solche aus der Außenstelle Chemnitz. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten die Geheimhaltung von gesundheitlichen und die Umwelt schädigenden Folgen des Bergbaus sowie die Betrachtung sozialer Probleme in der Region. Der Kirchliche Umweltkreis Ronneburg vertritt seit 1988 die Bürgerinteressen im ehemaligen Bergbaurevier und begleitet nach wie vor kritisch das laufende Sanierungs-geschehen. Zu diesem Antrag wurden in der Außenstelle Gera 36 855 Seiten gesichtet, ca. 12 000 Seiten vorgelegt und 2 863 Kopien herausgegeben. Die Erkenntnisse der Forschungsarbeit wurden 2012 in der umfangreichen Broschüre des kirchlichen Umweltkreises Ronneberg (Autor Frank Lange) „Geheime Verschluss-sache Wismut, der Ostthüringer Uranbergbau und seine Folgen für Mensch und Umwelt im Spiegelbild des Ministeriums für Staatssicherheit“ publiziert.

Das Umgehen der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR war eine seit Anfang der 70er-Jahre tausendfach praktizierte Form der individuellen Selbsthilfe. Zumeist junge Menschen organisierten sich baufällige Wohnungen, um ein eigenständiges Leben zu führen. Für ein Buchprojekt von Dr. Udo Grashoff von der Universität Leipzig zum Thema „Schwarzwohnen im Fokus des MfS“ wurden 86 561 Seiten durchgesehen; zur Akteneinsicht wurden 3 877 Seiten vorgelegt und 651 Duplikate zur Verfügung gestellt. Hieraus entstand die Publikation „Schwarzwohnen. Die Unterwanderung der staatlichen Wohnraumlentung in der DDR“, welche im Mai 2011 erschienen ist.

Die Außenstelle Rostock bearbeitete zwei Medienanträge des NDR zur Sondermülldeponie Schönberg. Dort wurden immer wieder auch gesundheits- und umweltschädigende Abfälle aus der Bundesrepublik entsorgt. Die Staatssicherheit durchdrang den Betrieb daher mit vielen inoffiziellen Mitarbeitern. Die Mitarbeiter der Außenstelle Rostock recherchierten zu 155 Personen aus dem Umfeld der Deponie, sichtigten 45 410 Seiten und konnten dem NDR 3 606 Kopien übergeben.

Zu den Großbetrieben im früheren DDR-Ostsee-Bezirk gehörte auch der Überseehafen in Rostock. Als vermeintliches „Tor zur Welt“ stand er unter besonderer Beobachtung des MfS. Der Staatssicherheitsdienst befürchtete gerade hier Fluchtversuche, Schmuggel und Sabotage. Für einen Forschungsantrag der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Mecklenburg-Vorpommern wurden 66 880 Seiten gesichtet und 2 103 Kopien übergeben. Demnächst erscheint zu diesem Thema eine Monografie.

4.3.6 Schüler und Jugendliche

Seit 1973 schreiben der Bundespräsident und die Körber-Stiftung alljährlich den größten Geschichtswettbewerb deutschlandweit aus. Schülerinnen und Schüler einer 11. Klasse, die in der Arbeitsgemeinschaft Geschichte des Goethe-Schiller-Gymnasiums Jüterbog mitarbeiten, widmeten sich im Wettbewerb 2011 einem Kapitel der Geschichte ihrer Schule zu DDR-Zeiten. Unter dem Thema „Inhaftierung und Verurteilung von Schülern der Oberschule Jüterbog“ recherchierten sie u. a. in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Von den gesichteten knapp 3 000 Seiten konnten 82 als zum Thema passend herausgegeben werden. Dies war jedoch nicht möglich ohne die vorherige Einwilligung der damaligen Akteure, die nach StUG Betroffene sind und zum Zeitpunkt des Ereignisses 1961 noch minderjährig waren. Die Zeitzeugen hatten teils viele Fragen zu den Unterlagen, die der Staatssicherheitsdienst in ihrem Fall zusammengetragen hatte und wollten sie natürlich einsehen, bevor sie eine Einwilligung in die Verwendung gaben. Das konnte kurzfristig bewerkstelligt werden. Im Oktober 2011 wurden die drei Gymnasiasten mit ihrem Beitrag „Vom Zeltplatz in den Stasiknast. Eine skandalträchtige Odyssee von Jüterboger Abiturienten nach dem Mauerbau 1961“ Landessieger des Geschichtswettbewerbs.

Im November 2010 stellten zwei Schülerinnen der 11. Klasse des Richard-Wossidlo-Gymnasiums in Ribnitz-Damgarten einen Forschungsantrag beim BStU. Im Rahmen ihrer Teilnahme am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2011 wollten sie die jüngere Geschichte ihrer Schule näher untersuchen. Es ging ihnen speziell um eine Episode an der Erweiterten Oberschule (EOS, heute Gymnasium) „Richard Wossidlo“ im Jahre 1970: An einem Abend im Sommer veranstaltete die Abiturklasse der EOS in der elterlichen Wohnung eines Schülers eine private Abiturfeier, bei der auch der Klassenlehrer anwesend war. Am Nachmittag zuvor hatte die Klasse fast vollzählig einen ökumenischen Beat-Gottesdienst in der evangelischen Kirche des Ortes besucht – ohne Wissen oder gar Zustimmung des Klassenlehrers oder des Direktors der Schule. Dies hatte schwerwiegende Folgen: Wegen „Verletzung der revolutionären Wachsamkeit“ wurden einige Monate später der Klassenlehrer und der Direktor an eine Polytechnische Oberschule (zehnklassige Oberschule mit polytechnischem Unterricht) strafversetzt. Der Pfarrer, der den Gottesdienst leitete, geriet wegen seiner unkonventionellen Jugendarbeit ins Blickfeld des MfS.

Die beiden Antragstellerinnen benötigten für eine Akteneinsicht die Einwilligung der jeweiligen Personen. Der frühere Klassenlehrer verweigerte – im Gegensatz zum ehemaligen Pfarrer – seine Einwilligung, da er seine eventuell vorhandenen Akten nicht kannte. Ihm wurde vorgeschlagen, einen Antrag auf private Akteneinsicht zu stellen. Da die Recherchen nicht sehr umfangreich waren, konnte sein Antrag innerhalb weniger Wochen abschließend bearbeitet werden, was auch im Sinne der beiden Antragstellerinnen war, die eine knappe Frist einzuhalten hatten. Es wurden 1 400 Seiten durchgesehen und letztlich

42 Seiten in Kopie zur Verfügung gestellt. Zusätzlich erhielten die Schülerinnen noch einen Fachartikel zum „Fall“ des oben genannten Pfarrers und allgemeine Hinweise zur Arbeitsweise des MfS. Ihre Forschungsergebnisse präsentierten sie unter dem Titel „Arroganz der Macht“ in Form einer selbstgestalteten Zeitung und erreichten damit den 2. Platz im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten.

Nach jahrelangen Recherchen präsentierte Anfang 2012 die Regisseurin und Journalistin Annette Baumeister die vielbeachtete Dokumentation „Stasi auf dem Schulhof“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Zu Wort kommen darin drei von zuletzt etwa 8 000 jugendlichen inoffiziellen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes. Ein Schuldirektor schildert, welche Rolle er bei der Anwerbung von Schülern spielte. Zum Antrag wurden 44 775 Seiten gelesen, 10 424 Seiten zur Akteneinsicht vorgelegt und 4 334 Seiten in Kopie übergeben. Von den 30 gesichteten Filmen gingen 19 und von 121 Fotos 41 an die Antragstellerin. Neben Diplomarbeiten und Dissertationen der Juristischen Hochschule des MfS, die sich theoretisch mit der Anwerbung von Jugendlichen befassten, wurden in erster Linie Akten der betreffenden Jugendlichen ausgewählt. Da die sogenannte Jugendsünden-Regelung nach § 32 Absatz 1 Nummer 3 erster Anstrich StUG eine Verwendung von IM-Unterlagen von damals unter 18-jährigen Personen verbietet, konnte deren Mitwirkung nur auf freiwilliger Basis erreicht werden. Von 20 angeschriebenen Personen waren nur wenige bereit, vor der Kamera über ihre damalige Zusammenarbeit mit dem MfS zu berichten.

Im Oktober 2010 hatte die damalige Bundesbeauftragte Marianne Birthler das Goldberg-Gymnasium Sindelfingen besucht; im Gespräch mit ihr reifte bei Schulleiter Michael Kuckenburg der Entschluss, die 1988 begonnene Städtepartnerschaft zwischen Torgau und Sindelfingen zu erforschen. Der Schulleiter versammelte interessierte Schüler in einer Arbeitsgemeinschaft um sich. Im Juni 2011 erhielt die Gruppe zu ihrem Antrag erste Kopien, weitere Herausgaben folgten. Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich auch mit der Struktur der MfS-Kreisdienststelle Torgau. Im Februar 2012 besuchten Herr Kuckenburg und seine Schüler-Arbeitsgemeinschaft Leipzig und Torgau. Am 3. Februar 2012 fand in der Außenstelle Leipzig ein Zeitzeugengespräch mit Pfarrer i. R. Christian Führer statt, der 1989 Gemeindepfarrer der Nikolaikirche in Leipzig war. Die Torgauer Zeitung veröffentlichte ab April 2012 Artikel der Arbeitsgruppe aus Sindelfingen. Die Artikel erschienen unter dem Stichwort „Inoffiziell wurde erarbeitet ...“ Goldberg-Schüler erforschen die Rolle der Stasi bei der Städtepartnerschaft Sindelfingen – Torgau“. Die Arbeitsgruppe hat ihre Forschungen abgeschlossen. Bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden über 27 000 Seiten gelesen und insgesamt 866 Kopien herausgegeben.

Aus den in der Außenstelle Suhl bearbeiteten Anträgen ragt ein Forschungsthema der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Dr. Agnes Arp) zur Aufarbeitung der Heim-erziehung in der DDR heraus. Im Mittelpunkt stehen Fragen zu Missbrauch und Misshandlungen. Hierzu finden sich zwar in den Stasi-Unterlagen der Betroffenen und

deren Angehöriger kaum zweckdienliche Informationen. Wichtige Quellen sind jedoch die Unterlagen, die der Staatssicherheitsdienst zu Mitarbeitern der Jugendhilfe, der Kinderheime, Jugendwerkhöfe sowie Durchgangs- und Spezialheime angelegt hat.

4.3.7 Aufarbeitung der NS-Diktatur

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz erlaubt die Nutzung der Stasi-Unterlagen auch für Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das MfS hatte in einer eigenen Organisationseinheit (Hauptabteilung IX/11 – Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen) umfangreiche Aktenbestände gesammelt, die zum Teil aus der Zeit des Dritten Reiches stammten. Von der Möglichkeit, mithilfe dieser Aktenbestände die nationalsozialistische Diktatur aufzuarbeiten, machen zahlreiche Antragsteller immer wieder Gebrauch. Hervorzuheben ist ein Antrag der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Historischen Museum: Für die Ausstellung „Ordnung und Vernichtung – Die Polizei im NS-Staat“ im Deutschen Historischen Museum, welche von April bis August 2011 lief, wurden in größerem Umfang Kopien herausgegeben. In einem anderen Antrag ging es um das Thema „Schriftsteller und Nationalsozialismus“, wobei Unterlagen u. a. zu Erwin Strittmatter zur Verfügung gestellt wurden. Diese wurden für das im Jahr 2011 im Dingsda-Verlag erschienene Buch „Erwin Strittmatter und die SS. Günter Grass und die Waffen-SS“ von Joachim Jahns verwertet.

Auch in den Außenstellen wird das Themenfeld der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bearbeitet. Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes konnten beispielsweise wichtige Aufschlüsse zum Thema „Thüringische SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit“ geben. Sandra Meenzen hat dazu in der Außenstelle Gera (und in anderen Archiven) geforscht und ihre Ergebnisse publiziert, u. a. in der Broschüre „Konsequenter Antifaschismus?“ (zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen).

Die Politikwissenschaftlerin Sandra Pingel-Schliemann recherchierte mithilfe der Außenstelle Schwerin Frauen-Biografien aus Mecklenburg-Vorpommern aus der Zeit des Dritten Reiches, der Sowjetischen Besatzungszone (1945–1949) und der DDR. Am 17. Juni 2012 wurde die Ausstellung „Mutige Frauen: Widerständiges Verhalten in Zeiten von Diktaturen“ in der Denkstätte Teehaus Trebbow eröffnet. Der Ort der Ausstellung, der Pavillon im Park des Gutshauses Klein Trebbow, war selbst Schauplatz des Widerstandes gegen das Nazi-Regime: Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Fritz-Dietloff von der Schulenburg trafen dort nach Aussagen von Zeitzeugen Absprachen für das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944. Die Ausstellung wurde im September 2012 in der Schweriner Außenstelle des BStU gezeigt.

4.3.8 Kultur, Kunst

Im Juli 2010 beantragte der Verlag Eulenspiegel – Das Neue Berlin (Forschungsbeauftragter Dr. Jens Thiel) für

ein Forschungsvorhaben „Das Hamburger Streitgespräch 1961“, zu dem Gerd Bucorius die P.E.N.-Clubs aus der DDR und der Bundesrepublik 1961 eingeladen hatte, Einsicht in möglicherweise vorhandene MfS-Unterlagen. An der damaligen Veranstaltung waren so bekannte Autoren wie Franz Fühmann, Erwin Strittmatter, Ernst Bloch, Günter Hofe, Stefan Hermlin, Hermann Kant, Hans Mayer, Arnold Zweig und Gerd Bucorius selbst beteiligt. Da zum 50. Jahrestag des sogenannten Hamburger Streitgesprächs – ein bisher wenig erforschtes Thema – im April 2011 eine Veröffentlichung vorgesehen war, wurden innerhalb kürzester Zeit umfangreiche Aktenbestände insbesondere zu den genannten Personen durchgesehen. Die bereitgestellten Unterlagen fanden Verwendung in dem Buch „Ja-Sager oder Nein-Sager. Das Hamburger Streitgespräch deutscher Autoren aus Ost und West 1961“ von Dr. Jens Thiel.

Für einen Dokumentarfilm mit dem Titel „Vaterlandsverräter“ (siehe Abschnitt 6.3.1), der auf der Berlinale 2011 Premiere hatte, wurde ein Antrag von Annetrin Hendel zu dem Schriftsteller Paul Gratzik bearbeitet. Paul Gratzik, Jahrgang 1935, berichtete seinem Stasi-Führungsoffizier über zwei Jahrzehnte (von Anfang der 60er- bis Anfang der 80er-Jahre) von Freunden und Bekannten vor allem aus der Künstlerszene. Nachdem er sich im Freundeskreis offenbart hatte, wurde er selbst vom Staatssicherheitsdienst überwacht (OPK „Kutte“). Für das Projekt, das über mehrere Jahre lief, wurden über 33 000 Seiten auf Themenbezug durchgesehen und über 750 Seiten in Kopie herausgegeben.

Die Einflussnahme von SED und MfS auf die Theater- und Kunstszene am Beispiel des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin beleuchtet eine Studie der Journalistin Christiane Baumann für die Jahre 1968 bis 1989. Erzählt werden Geschichten von Anpassung, Verwicklung und Verrat, aber auch von Beharren auf Eigensinn und Debatte.

Neben Unterlagen von inoffiziellen Mitarbeitern des MfS am Theater konnte aufgrund von Einwilligungen ehemaliger Schweriner Ensemblemitglieder umfangreiches Aktenmaterial auch zu Betroffenen recherchiert und verwendet werden. Bei der Bearbeitung dieses Antrags wurden über 65 000 Seiten recherchiert. Das Buch erschien 2011 in der Schriftenreihe der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Mecklenburg-Vorpommern unter dem Titel „Hinter den Kulissen. Inoffizielle Schweriner Theatergeschichten 1968 bis 1989“.

Vom MDR wurde im Dezember 2011 die Fernsehdokumentation „Schieber, Schätze, Staatsgrenze. Deutsch-deutsche Schmuggelgeschichten“ gesendet. Dieser Film basierte u. a. auf Recherchen zum Antiquitätenhandel in der DDR. Insgesamt wurden dazu 2 572 Kopien und 252 Fotos herausgegeben. Die Recherchen nach den Fotos waren besonders aufwändig und eilig, weil der Film kurz vor Drehbeginn stand. Beispielsweise wurde aus einer Akte ersichtlich, dass das MfS eine Fotodokumentation über den Antiquitätenschmuggel einer Person angefertigt hatte, die Fotos waren jedoch nicht in der Akte

enthalten. Durch intensive Recherchen im Fotoarchiv des BStU konnte letztlich die entsprechende Serie aufgefunden werden, die auch im Film verwandt wurde. Der MDR plant weitere Folgen, sodass erneut Recherchen aufgenommen wurden.

Im Januar 2010 stellte das Berliner Theater „Hebbel am Ufer“ einen Forschungsantrag zum Thema „Überwachung von öffentlichen Plätzen in Berlin“ und beantragte für das geplante Projekt „50 Aktenkilometer. Ein begehbare Stasi-Hörspiel“ insbesondere Tondokumente des MfS mit Bezug zu verschiedenen öffentlichen Plätzen in Berlin.

Im Ergebnis der Recherchen wurde eine Vielzahl von Tondokumenten ermittelt, von denen der Antragsteller schließlich 19 auswählte. Das Medienecho auf die im Mai 2011 erfolgte Installation dieses begehbaren Stasi-Hörspiels war national und international positiv (siehe Abschnitt 6.4.2).

Anlässlich seines 90-jährigen Bestehens 2012 beabsichtigte das Optische Museum Jena, eine Publikation zu seiner Geschichte herauszugeben. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Fritz Ortlepp Leiter des Museums. Er wurde Mitte der 50er-Jahre vom MfS inhaftiert. Auf einen entsprechenden Antrag des Museums hin wurde beim BStU dazu nach Unterlagen recherchiert. Aus den Akten konnten die Motive für die Verurteilung Fritz Ortlepps und die Umstände seines Todes geklärt werden: Er wurde wegen staatsfeindlicher Hetze verurteilt und verstarb in der Haft. IM-Akten eines späteren Leiters des Optischen Museums erhellten Sachverhalte über das Verschwinden von Museumsstücken: Verschiedene Generaldirektoren des VEB Carl Zeiss Jena übergaben diese Stücke als Repräsentationsgeschenke z. B. an verdiente Mitarbeiter oder ausländische Politiker. Mithilfe der Außenstelle Gera wurde ein für das Projekt wichtiger Zeitzeuge ausfindig gemacht und dessen Bereitschaft erwirkt, an der genannten Publikation mitzuarbeiten.

In der Außenstelle Leipzig wurde ein Antrag einer Sprachwissenschaftlerin aus Leipzig für ihr Promotionsvorhaben „Die Sprache inoffizieller Mitarbeiter“ bearbeitet, für den umfangreiches und interessantes Material vorgelegt werden konnte. Erstmals wurden hier Berichte inoffizieller Mitarbeiter sprachwissenschaftlich untersucht. Die Forscherin hat dazu 2012 in der Außenstelle Leipzig einen Vortrag über ihre textlinguistischen Analysen gehalten. Die Arbeit wurde von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg als Promotion angenommen.

Die Außenstelle Rostock konnte im Berichtszeitraum einen der umfangreichsten und arbeitsaufwändigsten Forschungsanträge erfolgreich zu Ende führen. Über einen Zeitraum von fünf Jahren sichtete eine Mitarbeiterin für eine Dissertation zum Thema „MfS und Kabarett“ insgesamt 202 820 Seiten und legte davon 30 219 Seiten aus 581 Akten zur Einsicht vor. Der Antragsteller, Doktorand der Universität Rostock, profitierte dabei vom privilegierten Akteneinsichtsrecht für Wissenschaftler in anonymisierte Unterlagen (nach § 32 Absatz 1 Satz 7 StUG).

2 343 Kopien sowie eine CD mit Tondokumenten wurden herausgegeben.

Das Staatliche Museum Schwerin strebt an, eine Sammlungsgeschichte und Übersicht zur Erwerbungs politik vorzulegen. Eine detaillierte Untersuchung zur Überprüfung der Sammlungsbestände nach 1945 bis 1989 soll die Provenienzen möglichst lückenlos dokumentieren und die Aufklärung von Eigentumsverhältnissen erleichtern. Dazu wird auch in den Archiven des BStU geforscht. Es wurden unter anderem Unterlagen zu den zur DDR-Zeit begangenen systematischen Raubaktionen gesichtet, ebenso zum staatlichen Verkauf von Kunst und Antiquitäten aus Museumsbeständen und zu enteignetem Privatbesitz. Sammler und Antiquitätenhändler wurden mit fingierten Straftatvorwürfen (meist Steuervergehen) konfrontiert und zu Haft- oder hohen Geldstrafen verurteilt. Die Sammlungen wurden zur Begleichung der „Steuerschuld“ eingezogen. Die Stasi-Unterlagen stellten sich als ergiebige Quelle dar, um die allgemeinen Strukturen des systematischen Kunstraubes aufzuzeigen und gleichzeitig die staatlich gelenkte Kunst- und Museumspolitik in der DDR, u. a. auch den Staatlichen Kunsthandel der DDR zu untersuchen. Um die Forschungsergebnisse des Museums einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln, ist eine Ausstellung geplant.

4.3.9 Opposition in der DDR

Dass die Aufarbeitung manchmal auch ausgefallene Wege geht, haben Thomas Henseler und Susanne Buddenberg mit einem Comic-Roman bewiesen, in dem unter dem Titel „Grenzfall“ die Biografie Peter Grimms von 1980 bis 1987 im Mittelpunkt steht. Peter Grimm stand im Visier des Staatssicherheitsdienstes, weil er Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte und Redakteur der illegalen Zeitschrift „Grenzfall“ war. Die Zeitschrift wurde in den Gemeinderäumen der Berliner Zionskirche hergestellt und vervielfältigt. Von den zu diesem Antrag ca. 32 000 durchgesehenen Seiten wurden rund 11 000 Seiten und ca. 5 700 Fotos zur Akteneinsicht vorgelegt. Insgesamt 1 810 Seiten sowie 70 Fotos wurden als Duplikate herausgegeben. Außerdem stand Peter Grimm den Autoren als Zeitzeuge und Interviewpartner zur Verfügung.

Der Comic-Roman soll zur politischen Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen beitragen. Seine Veröffentlichung im Mai 2011 stieß auf reges Medieninteresse. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur förderte das Projekt. In der Zionskirche, die mitsamt ihrer Umgebung ein zentraler Schauplatz im Comic ist, wurde vom 6. Mai bis zum 29. Mai 2011 eine Ausstellung mit ausgewählten Bildern und Seiten des Romans gezeigt.

Im Anschluss an den Film „Feindberührung“ (siehe Abschnitt 6.3.2 und Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 63) hat Heike Bachelier das Buch „Ein ganz normaler Feind – Das Leben des Peter Wulkau in den Akten der Stasi“ erstellt. Peter Wulkau wurde über ein Jahrzehnt bespitzelt, 38 Freunde, Bekannte und Kollegen haben über ihn berichtet. Seine MfS-Akte umfasst 18 902 Seiten. Das Buch dokumentiert die Stationen dieser Überwachung anhand von Originaldokumenten. Für die 2012 im Droemer Verlag erschienene Publikation hat die Außenstelle Erfurt

seine gesamten Unterlagen durchgesehen und zur Akteneinsicht vorgelegt.

4.3.10 Terrorismus

Bei Forschungsanträgen zur Roten Armee Fraktion (RAF), die beim BStU gestellt wurden, standen anfänglich die in der DDR untergetauchten und vom MfS mit einer neuen Identität versehenen RAF-Mitglieder im Blickfeld; inzwischen verlagert sich der Schwerpunkt in Richtung einer vollumfänglichen Forschung zu den zur RAF vorhandenen MfS-Unterlagen.

Zum Thema „Zusammenarbeit zwischen MfS und RAF“ ist zum Beispiel ein Antrag von Corinna Ponto, der Tochter des am 30. Juli 1977 von einem RAF-Kommando ermordeten Bankiers Jürgen Ponto, zu nennen. In einem ersten Ansatz verfolgte sie das Ziel, anhand von MfS-Unterlagen mehr über die Umstände der Ermordung ihres Vaters und eine eventuelle Verstrickung des MfS darin zu erfahren. Dieses Vorhaben kann mittlerweile als abgeschlossen angesehen werden. Im Ergebnis verfasste sie zusammen mit Julia Albrecht (Schwester des RAF-Mitglieds Susanne Albrecht) das Buch „Patentöchter“, welches von der Kritik äußerst wohlwollend aufgenommen wurde und als wichtiger Beitrag zur Aufarbeitung der Verbrechen der Roten Armee Fraktion angesehen wird. Frau Ponto entschloss sich, den Antrag dahingehend auszuweiten, dass alle zur RAF vorhandenen Unterlagen gesichtet werden sollen. Dieser Antrag befindet sich noch in der Bearbeitung.

4.3.11 MfS

Die Strukturen und Tätigkeitsschwerpunkte des MfS sind ein gern genutztes Themenfeld für die Forschung. Mittel und Methoden des Staatssicherheitsdienstes finden ebenso weiterhin Interesse bei Forschern und Medien, wobei die Medien zunehmend filmische Dokumente nachfragen und verwenden.

Die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes, sein Wirken, seine Methoden und sein Menschenbild lassen sich sehr anschaulich auch anhand der fotografischen Überlieferung aufarbeiten. Beispielhaft gelungen ist dies in Ausstellungen, die der Fotograf Simon Menner 2011 mit künstlerischen Präsentationen von Stasi-Fotos gestaltet hat. Von Januar bis März 2011 zeigte er „Bilder aus den geheimen Archiven der Stasi“ in der Ausstellungsreihe „Rendezvous mit der Kunst“ im Berliner Restaurant Diekmann; von Juni bis August 2011 waren weitere Stasi-Fotos in der Morgan Contemporary-Galerie in der Oranienburger Straße unter dem Titel „Bilder der Überwachung“ zu sehen. Diese Ausstellung fand große, auch internationale, Beachtung und Anerkennung. Zur Realisierung wurden Tausende Fotos zur Auswahl bereitgestellt.

In der Außenstelle Erfurt wurde ein Antrag von Ruth Hoffmann zum „Klima“ in den Familien der Stasi-Mitarbeiter bearbeitet. Die Journalistin zeigt auf Grundlage zahlreicher Interviews und intensiver Recherchen erstmals, wie sich die beklemmende Atmosphäre der Totalüberwachung auf den Familienalltag der Stasi-Hauptamt-

lichen, vor allem auf die Kinder, ausgewirkt hat. Für ihre Dokumentation unter dem Titel „Stasi-Kinder. Aufwachsen im Überwachungsstaat“ wurden 14 173 Seiten durchgesehen und 119 Seiten Kopien übergeben. Das Buch ist im März 2012 im Propyläen Verlag Berlin erschienen.

4.3.12 Organisationen Ost

Zahlreiche Anträge befassten sich auch mit den Massenorganisationen in der DDR wie etwa der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die Bürgern Kenntnisse über die Kultur und Gesellschaft der Sowjetunion vermitteln sollte. Für einen Dokumentarfilm stellte die Firma amardaFilm im Auftrag des Rundfunks Berlin-Brandenburg im März 2011 einen Medienantrag zum Thema „Brieffreundschaften zwischen DDR- und Sowjetbürgern“. Nach Auswertung der Sachrecherchen wurden dem Antragsteller knapp 9 000 Seiten zur Einsicht vorgelegt; aus diesem Konvolut wurden abschließend 934 Seiten als Kopien herausgegeben. Im Ergebnis der Recherchen nach audiovisuellen Materialien des MfS wurden mit dem Antragsteller gemeinsam 1 223 Fotos und 12 Filme gesichtet und anschließend 135 Fotos und 9 Filme in Kopie herausgegeben. Die Dokumentation wurde am 1. Dezember 2011 zum ersten Mal im rbb gesendet und ist seitdem von verschiedenen öffentlich-rechtlichen Sendern ausgestrahlt worden. Der Film stellt Menschen vor, deren persönliche deutsch-sowjetische Freundschaften sich bis in die heutige Zeit erhalten haben. Die Dokumentation zeichnet dabei ein differenziertes Bild, blickt unter die Oberfläche der Propaganda und arbeitet die Ambivalenz der Beziehung zwischen der DDR und ihrem „großen Bruder“ heraus.

Aber auch zu kleineren Organisationen gibt es zahlreiche Forschungsanträge: Der Landkreis Märkisch-Oderland als Träger der Kultur-GmbH Märkisch-Oderland, Gedenkstätte/Museum Seelower Höhen, stellte 2011 bei der Außenstelle Frankfurt (Oder) einen Antrag im Rahmen der wissenschaftlichen Neukonzeption der Gedenkstätte Seelower Höhen. Es wurde nach Unterlagen gesucht, die mögliche Aktivitäten des MfS in Zusammenhang mit der Gedenkstätte widerspiegeln. Von Interesse waren Maßnahmen und Pläne des MfS zur Sicherung der Gedenkstätte zwischen 1950 und 1989, Kontakte des MfS mit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte und dem KGB bei Gedenkveranstaltungen und Jahrestagen, „besondere Vorkommnisse“ in der Gedenkstätte oder ihrem Umfeld sowie vom MfS gesammelte Informationen zu Stimmungen und Meinungen der Bevölkerung zur Gedenkstätte. Dem Antragsteller konnten nach Durchsicht von fast 2 400 Seiten und Vorlage von 830 Fotos schließlich 215 Seiten und 34 Fotos zur Gedenkstätte und zu Veranstaltungen herausgegeben werden.

4.3.13 Deutsch-deutsche Beziehungen

Die politisch-historische Aufarbeitung der deutsch-deutschen Beziehungen im Zeitraum 1949 bis 1989 ist anhand zahlreicher einzelner Themenkomplexe möglich. Hierzu wurden in der Vergangenheit bereits sehr viele Forschungs- und Medienanträge gestellt. Im Berichtszeitraum stand insbesondere die Rolle des MfS beim Freikauf von

DDR-Häftlingen durch die Bundesrepublik im Vordergrund. Beispielhaft sei hier ein Antrag der „Bild“-Zeitung genannt. Im Rahmen der Bearbeitung dieses Antrages wurde eine Vielzahl von Unterlagen mit Informationen zum Thema „Häftlingsfreikauf“ recherchiert, ausgewertet und in Kopie zur Verfügung gestellt. Aufgrund der Einwilligung von betroffenen Personen konnten zahlreiche interessante Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. Im Ergebnis der Antragsbearbeitung erschien im November 2012 im Piper-Verlag das Buch „Freigekauft – der DDR-Menschenhandel“. Viele bislang nicht veröffentlichte Dokumente und individuelle Einzelschicksale aus den Archiven des Staatssicherheitsdienstes wurden hier erstmals veröffentlicht und konnten somit Licht in dieses dunkle Kapitel deutsch-deutscher Geschichte bringen.

In der Außenstelle Halle gingen zum 80. Geburtstag von Hans-Dietrich Genscher zwei Medienanträge ein. Antragsteller waren die „Bild“-Zeitung und der Mitteldeutsche Rundfunk. Beide Anträge hatten die privaten Besuche von Hans-Dietrich Genscher in den 70er- und 80er-Jahren und deren Überwachung durch das MfS zum Inhalt. Die Mitarbeiter der Außenstelle Halle recherchierten zügig in den erschlossenen Unterlagen und konnten den Antragstellern die gewünschten Informationen zur Verfügung stellen. Die „Bild“-Zeitung veröffentlichte auf der Grundlage dieser Unterlagen einen größeren Artikel zu Hans-Dietrich Genscher, der MDR strahlte einen Fernsehbeitrag aus.

Zum Ende des Berichtszeitraums hatte das Thema „Medikamententests westdeutscher Firmen in der DDR“ eine beachtliche Publizität. Zuvor hatte sich die Berliner Charité anlässlich ihres 300-jährigen Bestehens (im Jahr 2010) in einer speziellen Ausstellung unter anderem mit den Beziehungen der beiden deutschen Staaten auf medizinischem Gebiet befasst. Die Ausstellung beleuchtete – in starkem Maße auch auf Unterlagen des BStU basierend – das Vorgehen medizinischer Einrichtungen aus Westdeutschland, medizinisches Gerät, aber auch Medikamente in der DDR zu testen. Der Problematik widmeten sich dann im Berichtszeitraum Medien wie der MDR, die „Magdeburger Volksstimme“ und das ZDF. Nach der wiederholten Ausstrahlung eines Filmbeitrags des MDR fokussierten weitere Medien auf den missbräuchlichen Test von Medikamenten an Menschen in der DDR, die ohne ihr Wissen zu Testpersonen wurden. Die Universitäten Erlangen und Marburg griffen diese Thematik ebenso auf und initiierten anlehrende Forschungsvorhaben. Entsprechende Anträge von Medienvertretern und Forschern an den Bundesbeauftragten wurden zügig bearbeitet. Die Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR wird in einer Studie eine Auswertung diesbezüglicher Unterlagen zum Land Thüringen vornehmen und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

4.4 Widersprüche gegen Entscheidungen des BStU

Dem BStU ist es ein Anliegen, bei der Verwendung der Stasi-Unterlagen sowohl Privatpersonen, öffentliche und nicht-öffentliche Stellen als auch Forscher und Medien-

vertreter, die sich an die Behörde wenden, über die geltenden Rechtsgrundlagen umfassend zu informieren, um so Rechtsstreitigkeiten möglichst zu vermeiden. Gemessen an der Gesamtzahl der bearbeiteten Anträge und Ersuchen ist die Zahl der bei der Behörde eingehenden Widersprüche weiterhin ausgesprochen niedrig. Im Berichtszeitraum wurde in insgesamt 65 Fällen Widerspruch gegen einen Bescheid des BStU eingelegt (zum Vergleich: im vorigen Berichtszeitraum 58). Der Schwerpunkt der Widerspruchsverfahren lag im Berichtszeitraum wiederum eindeutig im Bereich der privaten Akteneinsicht.

Inhaltlich richteten sich 37 Widersprüche gegen die Ablehnung von Anträgen naher Angehöriger auf Akteneinsicht in Unterlagen zu verstorbenen oder vermissten Personen gemäß § 15 StUG. Diese Vorschrift ist eine Ausnahme zu dem im StUG geltenden Grundsatz, dass jeder Einzelne nur Einsicht in die vom Staatssicherheitsdienst zu seiner Person gesammelten Informationen erhält. Durch die bei der Achten Novellierung eingefügte Neuregelung des § 15 StUG wurde jedoch nahen Angehörigen der Zugang zu den Unterlagen Vermisster oder Verstorbener erleichtert (siehe Abschnitt 1.1). Nach Inkrafttreten dieser Neuregelung richteten sich ab Januar 2012 19 Widersprüche gegen eine Ablehnung des Zugangs zu Unterlagen durch den BStU. In neun Fällen gehörten die Antragsteller nicht zum antragsberechtigten Personenkreis.

Zu zwei Widersprüchen kam es, weil die Behörde Anträge auf Entschlüsselung von Decknamen inoffizieller Mitarbeiter aufgrund fehlender Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes abgelehnt hat. Nach dem StUG können die Klarnamen von Personen, die Informationen über einen Betroffenen gesammelt oder verwertet haben, nur dann bekannt gegeben werden, wenn sie sich aus den Unterlagen eindeutig entnehmen lassen. In zwei weiteren Fällen gründete die Ablehnung der Bekanntgabe von Klarnamen darauf, dass die Anträge aufgrund der archivischen Kategorisierung der zur Person des Antragstellers aufgefundenen Unterlagen unzulässig waren. Das Gesetz sieht ein Recht auf Decknamenentschlüsselung nur für Betroffene, nicht aber für ehemalige Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes vor.

Darüber hinaus wandten sich in diesem Berichtszeitraum 14 Bürgerinnen und Bürger mit einem Widerspruch gegen die vorgenommene Einstufung der zu ihnen aufgefundenen Unterlagen als IM-Unterlagen sowie gegen die damit verbundene Kostenerhebung. In derartigen Fällen erläutert der BStU vor Erlass eines kostenpflichtigen Widerspruchsbescheides ausführlich die Sach- und Rechtslage. Dabei wird auf die hier maßgebliche archivistische Betrachtung der Unterlagen und die dazu bestehende gefestigte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Berlin hingewiesen.

Bei der Bearbeitung von Ersuchen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen kam es im Berichtszeitraum zu keinen Widersprüchen. Bei Forschungs- und Medienanträgen sind im Berichtszeitraum neun Widerspruchsverfahren geführt worden, wobei die zugrunde liegenden Forschungs- und Medienanträge in sieben Fällen wegen fehlender Zugangsvoraussetzungen abzulehnen waren.

In sieben Fällen hob der BStU aufgrund der eingelegten Widersprüche die Ausgangsbescheide vollständig auf. Dazu kam es insbesondere, wenn die Widerspruchsführer ihre Anträge erst im Widerspruchsverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben glaubhaft gemacht oder erforderliche Begründungen nachgereicht hatten. Ein Widerspruch wurde durch den Widerspruchsführer zurückgenommen. In den übrigen 57 Fällen wurden die Widersprüche zurückgewiesen, weil die Prüfung ergab, dass die Entscheidungen der Behörde rechtmäßig ergangen waren.

4.5 Rechtsstreitigkeiten zum Stasi-Unterlagen-Gesetz

Im Berichtszeitraum sind beim Bundesbeauftragten vierzehn Klagen bzw. Anträge auf vorläufigen Rechtsschutz eingegangen, die sich auf die Verwendung von Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes beziehen. Im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen insbesondere Herausgaben an Forschung und Medien Gegenstand von Rechtsstreitigkeiten waren, beziehen sich derzeit sämtliche Verfahren auf den Zugang zu den Unterlagen durch Privatpersonen. Zehn Klagen richteten sich gegen einen zuvor ergangenen Widerspruchsbescheid der Behörde; in den übrigen Fällen wurde direkt Klage erhoben.

Insgesamt neun beim Bundesbeauftragten geführte Verwaltungsstreitverfahren zu Rechtsfragen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurden im Berichtszeitraum durch eine gerichtliche Entscheidung abgeschlossen. In vier dieser Verfahren wurde von Klägerseite ein Antrag auf Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gestellt. Dieser wurde in zwei Fällen zurückgewiesen, in den beiden anderen Verfahren steht eine Entscheidung noch aus.

Eines der Verfahren, in dem der Antrag auf Zulassung der Berufung zurückgewiesen und damit das Urteil des Verwaltungsgerichts rechtskräftig geworden ist, hatte die Reichweite des Rechts eines Betroffenen auf Decknamenentschlüsselung zum Gegenstand. Der Kläger hatte geltend gemacht, ein bestimmter IM sei auf ihn angesetzt gewesen, weshalb ihm der Klarnamen dieser Person auch auf Verdacht bekanntzugeben sei. In seinem Urteil hat sich das Verwaltungsgericht Berlin der Rechtsauffassung des Bundesbeauftragten angeschlossen, wonach es gemäß § 13 Absatz 5 StUG aus den MfS-Unterlagen ersichtlich sein muss, dass der betreffende IM tatsächlich Informationen über den Betroffenen gesammelt hat. Ansonsten sind, wie in dem hier zu entscheidenden Fall, die Voraussetzungen für eine Bekanntgabe des Klarnamens nicht gegeben.

Zwei der abgeschlossenen Verfahren wurden wegen Klage- bzw. Antragsrücknahme durch Beschluss eingestellt. Diese Rechtsstreitigkeiten hatten den Aktenzugang naher Angehöriger zu den Unterlagen Vermisster oder Verstorbener zum Gegenstand. Dabei ging es in beiden Verfahren um die Anforderungen an die Glaubhaftmachung eines der in § 15 Absatz 1 StUG (alte Fassung) genannten Antragszwecke. In einem Fall hatte die Klägerin bei der Antragstellung überhaupt keine Angaben zum Zweck ihres Antrags auf Zugang zu den Unterlagen ihres

verstorbenen Vaters gemacht, sodass dieser zunächst als unzulässig abgelehnt wurde. Im Laufe des Rechtsstreits machte die Klägerin nähere Ausführungen zum Schicksal ihres Vaters und machte geltend, ihr Antrag diene der Familienforschung. Dieser Zweck ist als „sonstiges berechtigtes Interesse“ im Sinne des novellierten § 15 Absatz 1 Satz 2 StUG anerkannt, sodass der Antrag nach neuer Rechtslage als zulässiger Wiederholungsantrag bearbeitet wird. Die Klage wurde daraufhin zurückgenommen. In dem anderen Fall erfolgte die Klagerücknahme nach Erläuterung der rechtlichen Voraussetzungen der Antragstellung.

Ein weiterer, ähnlich gelagerter Rechtsstreit konnte durch übereinstimmende Erledigungserklärungen der Beteiligten beendet werden. In diesem Verfahren hatte der Kläger bei der Antragstellung lediglich ein allgemeines Interesse an möglicherweise zu seiner verstorbenen Mutter vorhandenen MfS-Unterlagen geltend gemacht, was als Antragszweck auch nach neuer Rechtslage nicht ausreichend ist. Nachdem der Kläger im Verfahren ergänzende Gesichtspunkte vorgetragen hatte, konnte der Antrag als zulässiger Wiederholungsantrag in Bearbeitung genommen werden.

Von den im Berichtszeitraum abgeschlossenen Rechtsstreitigkeiten hatten zwei Verfahren den Umgang mit IM-Unterlagen zum Gegenstand.

In einem Fall wandte sich der Kläger gegen die aufgrund der Aktenlage vorgenommene Einstufung als inoffizieller Mitarbeiter des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei (K 1) und beantragte die Ausstellung einer Bescheinigung, dass er nicht inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet habe. Im Rechtsstreit machte er geltend, dass er sich zu keinem Zeitpunkt schriftlich gegenüber dem MfS zu einer Zusammenarbeit verpflichtet habe. Die Klage wurde vom Verwaltungsgericht Berlin als unbegründet abgewiesen, da die Einstufung als inoffizieller Mitarbeiter der zum Kläger vorliegenden Aktenlage entspreche. Nach ständiger Rechtsprechung ist in der tatsächlichen Berichtstätigkeit eine konkludente Bereiterklärung zur Informationslieferung an den Staatssicherheitsdienst bzw. das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei zu sehen. Eine solche Berichtstätigkeit sei in den überlieferten Unterlagen dokumentiert. Der Kläger hat beim Oberverwaltungsgericht einen Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil gestellt, über den noch nicht entschieden ist.

In einem anderen Verfahren klagte ein früherer inoffizieller Mitarbeiter des MfS auf Herausgabe sämtlicher von ihm gelieferter IM-Berichte in Kopie. Er machte geltend, dass entsprechende Unterlagen zu seiner Person im Rahmen eines Medienantrages herausgegeben worden seien. Daher benötige er, über eine ausführliche Auskunft sowie eine Einsichtnahme in die Unterlagen hinaus, die gesamte IM-Akte in Kopie, um sich gegen die Berichterstattung zur Wehr setzen zu können. Das StUG sieht in § 16 Absatz 4 und 5 – bei Glaubhaftmachung eines entsprechenden rechtlichen Interesses – die Auskunftserteilung bzw. Einsichtnahme eines IM in die von ihm erstellten Berichte vor, nicht jedoch die Herausgabe dieser Berichte in

Kopie. Eine Kopienherausgabe kann nach der Rechtsprechung nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen, wenn im Hinblick auf den jeweiligen konkreten Inhalt der Berichtsakte nachvollziehbar dargelegt wird, dass – etwa zur Rechtsverteidigung in einem anderen Verfahren – die bloße Einsichtnahme nicht ausreicht, sondern der volle Text bestimmter Unterlagen in Fotokopie benötigt wird. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Beteiligten vorliegend auf die Herausgabe ausgewählter Berichte in Kopie, nachdem der Kläger ein entsprechendes rechtliches Interesse dargelegt hatte. In seiner Kostenentscheidung bestätigte das Verwaltungsgericht Berlin die Rechtsauffassung des BStU, wonach in derartigen Fällen nur ausgewählte Berichte nach konkreter Begründung eines rechtlichen Interesses in anonymisierter Form herausgegeben werden dürfen, nicht jedoch pauschal die gesamte Berichtsakte in Kopie. Dies würde dem Schutzgedanken des StUG widersprechen, das den Opferschutz in den Vordergrund stellt und aus diesem Grund das Zugangsrecht ehemaliger inoffizieller Mitarbeiter zu den von ihnen gelieferten Berichten beschränkt hat.

Die Reichweite des Aktenzugangsrechts inoffizieller Mitarbeiter des MfS nach § 16 StUG war Gegenstand eines weiteren Rechtsstreits. Der Kläger begehrte die ungeschwärzte Zugänglichmachung bestimmter Passagen der zu ihm angelegten Unterlagen sowie die Entschlüsselung eines in der IM-Personalakte genannten Decknamens. Das Verwaltungsgericht bestätigte in seinem Urteil die Rechtsauffassung des BStU, dass Angaben zu Betroffenen und Dritten nach dem StUG grundsätzlich geschützt und daher im Rahmen der persönlichen Akteneinsicht stets zu anonymisieren sind. Auch bestehe ein Recht auf Decknamenentschlüsselung nur für Betroffene, nicht aber für inoffizielle Mitarbeiter. Insofern kann sich ein IM nicht darauf berufen, das MfS habe im Zuge der Zusammenarbeit auch zu seiner Person Informationen gesammelt; dies kann einen Status als „Betroffener“ nicht begründen. Der Kläger hat einen Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil gestellt.

In einem weiteren Rechtsstreit war die Würdigung der Aktenlage zu einem Gesellschaftlichen Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) streitig. Der Kläger hatte im Rahmen der Tätigkeit bei den Kampfgruppen seines Betriebes eine formelhafte, als „Berufung“ bezeichnete Erklärung unterzeichnet, mit der er sich zur Unterstützung der Organe für Staatssicherheit im Rahmen einer „aktiven, vertraulichen und von gegenseitiger Verantwortung getragenen Zusammenarbeit“ bereiterklärte. Zu inoffiziellen Informationslieferungen kam es jedoch nach Aktenlage nicht. Das Verwaltungsgericht Berlin bestätigte in seinem Urteil die Rechtsauffassung, dass auch die Werbung als Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit eine solche zur inoffiziellen Zusammenarbeit ist. Die intendierte Zusammenarbeit ging im vorliegenden Fall über den Bereich des Offiziellen hinaus. In diesem Zusammenhang betonte das Gericht den Grundsatz der archivischen Betrachtung der überlieferten Unterlagen und zog ergänzend auch die einschlägigen IM-Richtlinien des MfS heran.

Im Berichtszeitraum wurden außerdem zwei Verfahren geführt, in denen die Kläger jeweils Auskunft zu anderen

Personen aus den möglicherweise zu diesen vorhandenen MfS-Akten begehrt. Vor dem Hintergrund, dass das StUG ein Recht von Privatpersonen, andere Personen auf eine mögliche Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst zu „überprüfen“, nicht vorsieht, wurden die Klagen durch Gerichtsbescheid bzw. durch Urteil abgewiesen. Einer der Kläger beantragte die Zulassung der Berufung beim Oberverwaltungsgericht, die abgelehnt wurde.

Im Berichtszeitraum wurde gegen den Bundesbeauftragten außerdem eine zivilrechtliche Schadensersatzklage wegen Amtspflichtverletzung erhoben. Der Kläger rügte eine Verletzung seines Persönlichkeitsrechts, weil der Bundesbeauftragte ihn betreffende personenbezogene Unterlagen als solche zu einem Begünstigten im Sinne des § 6 Absatz 6 StUG an Medienantragsteller herausgegeben hatte. Der Kläger war vor der Herausgabe der Unterlagen nicht benachrichtigt worden. Die Herausgabe war vom Verwaltungsgericht Berlin für rechtswidrig erklärt worden, weil ein Begünstigtenstatus des Klägers aufgrund der Aktenlage nicht zweifelsfrei feststehe (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 71). Im zivilrechtlichen Schadensersatzverfahren machte der Kläger geltend, sein Persönlichkeitsrecht sei bereits durch die Herausgabe der Unterlagen an die Medienantragsteller berührt, auf deren Grundlage diese zu seiner Person berichtet hätten. Der Bundesbeauftragte betonte demgegenüber die Eigenverantwortlichkeit der Medien, die bei der Berichterstattung ihrerseits gegen die presserechtlichen Grundsätze der Verdachtsberichterstattung verstoßen hatten. Dem Anspruch wurde in erster Instanz vom Landgericht Berlin stattgegeben. Der Bundesbeauftragte hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und sich in zweiter Instanz mit dem Kläger auf einen Vergleich verständigt.

5 Forschung und Publikationen

1993 hat der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) eine Abteilung Bildung und Forschung (BF) eingerichtet, um die im Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG) definierte Aufgabe, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu unterrichten, erfüllen zu können. Damals mussten noch die wesentlich größeren Zugangsrestriktionen der wissenschaftlichen Aktennutzung für externe Forscherinnen und Forscher ausgeglichen werden, die durch Gesetzesnovellierungen deutlich abgemildert wurden (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 14f.).

Die Forscherinnen und Forscher des BStU setzen sich in ihren sorgfältig recherchierten Arbeiten mit einem Spezialaspekt, der Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der DDR und seinen Strukturen, auseinander. Mit der Konzentration darauf, die Diktatur und die Machterhaltung in ihren unterschiedlichen Facetten zu beschreiben und damit den Unrechtscharakter des SED-Regimes klar darzulegen, nehmen sie eine Rolle in der politischen Bildung wahr, die über das genuine Aufarbeitungsthema hinausgeht. Im Fokus steht letztendlich, den Diktaturcharakter der DDR klar herauszuarbeiten und damit den fundamentalen Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur anhand der Machenschaften der Staatssicherheit sichtbar herauszustellen. Die gesellschaftspolitische Be-

deutung dieser Arbeit ist kaum zu überschätzen – insbesondere, wenn man einschlägigen Befragungen zum politischen Bewusstsein der (jungen) Deutschen Glauben schenkt.

Gleichzeitig verstehen die Mitarbeiter ihre Arbeit als Grundlagenforschung, die eine Servicefunktion für die Forschung insgesamt besitzt. Der unmittelbare Zugang zu noch nicht erschlossenen Akten verpflichtet die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU, in ihren Arbeiten solche „Schneisen des Wissens“ zu schlagen, die für nachfolgende Forscher gangbare und weiterführende Wege eröffnen. Diesem Zweck dienen zunächst die Nachschlagewerke wie das Handbuch „Anatomie der Staatssicherheit“ und das MfS-Lexikon. Gerade letzteres zeigte dadurch, dass es nach Jahresfrist bereits in einer 2., verbesserten Auflage realisiert werden konnte, dass derartige Publikationen sich guten Zuspruchs und breiter Anerkennung erfreuen. Aber auch die Publikation von Quellen des MfS und die auf den reichhaltigen Archivbeständen basierenden Monografien markieren zumeist den Beginn der Arbeit auf bestimmten Forschungsfeldern.

So wird auch das Anfang 2013 fertiggestellte Gutachten zur Einflussnahme des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949 bis 1989 neben der Erhellung vieler Sachverhalte und Klärstellung von Mutmaßungen eine Reihe von Fragen aufwerfen, die von der Forschung künftig zu bearbeiten sein werden.

Die Forscherinnen und Forscher sehen sich bei der Fülle von wichtigen Forschungsfragen mit Bezug auf den Staatssicherheitsdienst und auf die Repressionsgeschichte der DDR und den ehemaligen „Ostblock“ als Teil der Scientific Community. Sie stehen im Wettbewerb mit anderen Wissenschaftlern und wollen insbesondere in der Kooperation mit externen Kolleginnen und Kollegen das Themengebiet weiterentwickeln. Gerade der Austausch mit verwandten Institutionen eröffnet vielfache Wege, dem gesetzlichen Auftrag zu entsprechen und in größerem Umfang der Öffentlichkeit und der Wissenschaft Arbeitsergebnisse vorlegen zu können. Enge Wissenschaftskontakte und Kooperationen bestehen zum Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ), zum Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) und zum Militärgeschichtlichen Forschungsamt, beide in Potsdam. Gemeinsame Projekte verbinden mit der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, der Evangelischen Akademie in Thüringen sowie den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Weiter intensiviert hat sich auch der wissenschaftliche Austausch mit den Partnerbehörden in den mittelosteuropäischen Staaten, mit denen die Behörde im Jahr 2008 ein Netzwerkabkommen zur Zusammenarbeit abgeschlossen hat, das im Bereich der gemeinsamen Ausstellungserarbeitung sowie bei der Durchführung einer ganzen Reihe von Workshops Früchte trägt (siehe Abschnitt 5.5). Besonders produktiv hat sich in dieser Hinsicht das Verhältnis zwischen dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) und dem BStU entwickelt. Auch die Verbindungen zu den Universitäten sind eng,

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forschungsabteilung lehren an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Leibniz-Universität Hannover, der Philipps-Universität Marburg und der Süddänischen Universität Odense. Zwei Forschungsprojekte entstehen als Dissertationen an den Universitäten Hannover bzw. Potsdam.

Neben der Arbeit an den Einzelprojekten stand für den Forschungsbereich die strategische Frage nach weiteren Akzenten und Perspektiven der Forschung im Mittelpunkt. Die Diskussionen mit dem Wissenschaftlichen Beratungsgremium und die Möglichkeit, durch Forschungsmittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung befristet Projekte zu realisieren, haben diese Diskussion intensiviert. Sie mündete in die Forschungsperspektivkonferenz, die im Abschnitt 5.5.1 dieses Tätigkeitsberichts beschrieben ist.

Die im Zehnten Tätigkeitsbericht im Mittelpunkt stehenden Aktivitäten zum 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution von 1989/90 haben mit der Publikation zweier außergewöhnlicher Tagungsbände ihren Niederschlag auch im neuen Berichtszeitraum erfahren (siehe Abschnitte 5.3.1.2 und 5.3.1.3). Der wichtigste Gedenktag im Jahr 2011 war der 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brachten sich bei den Veranstaltungen und Tagungen aus diesem Anlass ein und sind als Autoren an neuen Veröffentlichungen beteiligt. Der Band der ZAIG-Berichte (siehe Abschnitt 5.2.5) zum Jahr 1961 erschien ebenfalls im Jahr 2011. Er konnte mit neuen Dokumenten zur Beteiligung des MfS an der Grenzsicherung aufwarten und wurde in einer großen Veranstaltung am 23. Juni 2011 in der Gedenkstätte Berliner Mauer vorgestellt. Damit dokumentierte auch dieser Gedenktag, dass der BStU zu aktuellen Diskussionen wichtige Beiträge beizusteuern in der Lage ist.

Das semesterbegleitende wissenschaftliche Kolloquium führte der BStU auch in den Jahren 2011 und 2012 fort. Von den insgesamt 14 Veranstaltungen stellten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Behörde in sieben ihre Arbeitsergebnisse vor und zur Diskussion. In den anderen sieben Kolloquien stellten externe Wissenschaftler wie Prof. Manfred Wilke (IfZ) oder Dr. Renate Hürtgen (ZZF) ihre Forschungen vor, die ebenfalls zumindest durch die Nutzung von MfS-Unterlagen einen Bezug zum Forschungsfeld des BStU aufwiesen. Eine Aufstellung der einzelnen Veranstaltungen ist in Anhang 9 enthalten.

5.1 Arbeit des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums

Im Herbst 2012 endete die Amtszeit des ersten Wissenschaftlichen Beratungsgremiums (WBG). Aus diesem Anlass zogen die Vorsitzenden des Gremiums für die Arbeit der Abteilung Bildung und Forschung des BStU nach fünf Jahren eine insgesamt positive Bilanz, sowohl die Forschungsprojekte als auch die Publikationen betreffend. Das Gremium hat in insgesamt 16 Sitzungen seit 2008 jedes Projekt ausführlich diskutiert. Es hat dezidierte Empfehlungen gegeben, bei manchen wichtigen Projekten wie der ZAIG-Edition wurden dadurch die Arbeitsprozesse beschleunigt und eine raschere Veröffentlichung erreicht.

Das MfS-Lexikon wurde vom WBG mit initiiert. Einzelne Projekte wurden abgelehnt. Von 2008 bis 2012 sind 15 Projekte zum Abschluss bzw. zur Publikation gekommen. Aus Sicht des WBG wurden in den letzten Jahren Effizienz und Output der Forschungsabteilung beachtlich gesteigert, nicht zuletzt, weil der kooperative Geist in der Abteilung befördert worden sei.

Folgende Punkte sind aus Sicht des WBG für die Forschungsabteilung beim BStU besonders hervorzuheben: 1. Die Unverwechselbarkeit und Notwendigkeit der Stasi-bezogenen Forschung mitsamt der publizistischen Hilfsleistungen für die Forschung außerhalb, also solche Leistungen der BStU-Forschung, die andere nicht erfüllen könnten. 2. Die Kooperation des BStU mit anderen Forschungseinrichtungen, die zur DDR allgemein sowie zum Staatssicherheitsdienst im Besonderen forschten. Dieses Verhältnis sei nicht als Rivalität, sondern als gegenseitige Bereicherung der verschiedenen Forschungseinrichtungen zu beschreiben. Hervorgehoben wurde, dass es sich bei der Forschung des BStU nicht um eine privilegierte Forschung handele, die die Möglichkeiten anderer Forscher beschneide. 3. Eine Internationalisierung und Subtilisierung der Forschung sei gelungen. Internationalisierung in dem Sinne, dass die Forschung international anschlussfähig geworden sei, u. a. durch das Projekt zum KSZE-Prozess; Subtilisierung als Verschiebung der Perspektive weg von der Organisations- zur Alltags- und Sozialgeschichte (Beispiel sei die Fallstudie zur Region Halberstadt).

Das neu zusammengesetzte Wissenschaftliche Beratungsgremium, das am 28. Juni 2012 vom Deutschen Bundestag gewählt worden war, hat seine erste Sitzung am 21. Januar 2013 (zur Zusammensetzung siehe Anhang 8).

5.2 Forschungsprogramm

5.2.1 Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstands

Das umfangreiche Projekt „Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstands“ konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Es analysiert die Entwicklung von Opposition und Widerstand in all ihren Erscheinungsformen und die Konzeptionen des MfS für deren Bekämpfung und Unterdrückung am Beispiel des Ostseebezirks Rostock. In der gesamten DDR-Geschichte stellten sich immer wieder Menschen in verschiedenen Formen gegen den SED-Staat. Nicht selten waren die Biografien der Handelnden von Brüchen geprägt. Oftmals haben sie sich im Laufe der Jahre zudem gegenüber dem Regime unterschiedlich verhalten. Auch die Folgen, mit denen sich die, die aufbegehrt, konfrontiert sahen, fielen von Fall zu Fall und selbst bei vergleichbaren „Delikten“ unterschiedlich aus und variierten im Laufe der vier Jahrzehnte. Bei der Verfolgung politischer Straftaten folgte das MfS dem ihm eigenen System „operativer Erwägungen“ und den von der SED ausgegebenen personen- wie zeitabhängigen innenpolitischen Maximen. Auch wenn es in Berlin oder dem Süden zumeist mehr Widerstand als im Norden der DDR gab, so lassen sich doch auch hier viele beachtliche Aktionen nachweisen. Das umfangrei-

che Manuskript wird in der wissenschaftlichen Buchreihe des BStU publiziert werden.

Mit der Buchpublikation „Konfliktfall Kosmos“ konnte ein schon länger zurückliegendes Forschungsprojekt veröffentlicht werden. Darin geht es um die politische Geschichte einer Gruppe junger Leute, die wegen ihres wissenschaftlichen Interesses für Weltraumtechnik in das Visier der Staatssicherheit geriet und Opfer von deren „Zersetzungmaßnahmen“ wurde.

5.2.2 Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsdiensten des Ostblocks zur Verhinderung von Flucht und Opposition/Westarbeit des MfS

In diesem Projektbereich wird zum einen das Wirken des MfS bei der Verhinderung von Fluchten aus der DDR und zur Absicherung ihrer Grenzen sowie die konkrete Zusammenarbeit mit anderen Geheimpolizeien der Staaten des Warschauer Paktes bei der Unterbindung der Flucht von DDR-Bürgern untersucht. Ein zweiter Schwerpunkt besteht in der Analyse der Vorgehensweise des MfS bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Verbindungen zwischen Oppositionellen der DDR und anderer Ostblockstaaten sowie der Unterbindung und Unterwanderung ihrer Unterstützung aus dem westlichen Ausland. Diesen Themen widmen sich mehrere laufende Einzelprojekte:

Dokumentation der Anweisungen zur Verschleierung von Gewaltakten an der Berliner Mauer

2011 veröffentlichte Dokumente belegen, wie das Ministerium für Staatssicherheit bereits wenige Monate nach der Sperrung der Grenze zu West-Berlin versuchte, Fluchten über die neu errichtete Mauer zu verhindern. In der von Cornelia Jabs herausgegebenen Dokumentation wird zugleich der Prozess nachvollzogen, wie das MfS koordinierend und überwachend dafür sorgte, dass alle an der Grenzschießung und -kontrolle beteiligten Institutionen der DDR dazu beitrugen, das System der Staatsgrenze undurchdringlich zu machen (Deutschland Archiv online: 50 Jahre Mauerbau II, auf der Website www.bpb.de). Eine über diese Veröffentlichung hinausgehende Dokumentation der diesbezüglichen MfS-Anordnungen und Befehle wird zudem als Online-Edition vorbereitet.

DDR-Opposition und westdeutsche Unterstützer im Blick des MfS

Die Planungen und Aktionen des MfS, die Verbindungen zwischen bürgerschaftlichen Organisationen der Bundesrepublik Deutschland einerseits und Oppositionellen in der DDR wie auch in anderen osteuropäischen Staaten andererseits einzuschränken, werden von Bernd Florath in einer Studie über das „Sozialistische Osteuropakomitee“ in West-Berlin und Hamburg untersucht. Hierbei soll die Differenz zwischen den Planungen und Absichten des MfS einerseits und seinen realen Einwirkungsmöglichkeiten andererseits im Detail verdeutlicht werden, die aufgrund einer partiell guten archivischen Überlieferungslage

und der Konsultation von Zeitzeugen eine mehrseitige Beleuchtung ermöglicht.

Ein in Zusammenarbeit mit der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin entstandener Sammelband vereint Studien zu verschiedenen Phasen der Biografie des bedeutenden DDR-Dissidenten. Das Spektrum der Beiträge umfasst Havemanns Widerstand gegen den Nationalsozialismus, seine herausgehobene Stellung bei der Etablierung des SED-Regimes als Wissenschaftsfunktionär und als geheimer Mitarbeiter des MfS ebenso wie verschiedene Aspekte seiner oppositionellen Tätigkeit. Aufschlussreiche Erkenntnisse über die Organisation seiner Beobachtung durch das MfS ergaben sich aus neu erschlossenem Aktenmaterial des BStU. Im Anhang werden neue Dokumente und eine Ergänzung der 2007 erschienenen Bibliografie der Schriften von und über Havemann veröffentlicht. Aus dem Projekt entstanden Vorträge und Bildungsveranstaltungen 2011 in Grünheide und 2012 in Diepholz sowie Quellenpublikationen und kleine Aufsätze.

Forschungen zur Westarbeit des MfS

Das detaillierte Kapitel zum MfS-Handbuch über die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) von Helmut Müller-Enbergs konnte im Berichtszeitraum abgeschlossen werden. Es gibt einen erschöpfenden Einblick in die Strukturen und Arbeitsbereiche der DDR-Spionage und ermöglicht die genaue Zuordnung einzelner Aktivitäten zu den konkreten Abteilungen und Referaten, was durch die schlechte Überlieferung der HV A-Akten erheblich schwieriger ist als für andere Dienstseinheiten des MfS. Fortgesetzt werden die Arbeiten an einer Gesamtgeschichte der HV A.

5.2.3 Zusammenarbeit osteuropäischer Staatssicherheitsdienste

Im Berichtszeitraum wurde die Recherche und Materialerfassung zu dem Großprojekt „Das MfS und der KSZE-Prozess. Der Kampf der osteuropäischen Geheimdienste gegen Modernisierung und Globalisierung“ abgeschlossen. Eine Monografie für den Zeitraum von 1973 bis 1989 ist in Vorbereitung.

Ziel der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war es, Konfrontationen abzubauen und Brücken zwischen Ost- und Westeuropa zu schlagen. Wie die Entwicklung nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs gezeigt hat, entsprach das einem tiefen Bedürfnis weiter Teile der Bevölkerung im ehemals sowjetischen Machtbereich. Mittelfristig hat die KSZE dazu beigetragen, die kommunistische Herrschaft zu untergraben und letztlich zu überwinden. Selbstverständlich ist das den Geheimpolizeien dieser Staaten nicht verborgen geblieben. Im Zentrum des Forschungsvorhabens stehen folgende Fragen: Welchen Einfluss hatte das MfS auf die Positionen der DDR in der KSZE? Gab es einen ostdeutschen Sonderweg bezüglich der KSZE und der Menschenrechte innerhalb des östlichen Bündnisses? Wie bekämpfte das MfS die Auswirkungen der KSZE hinsichtlich der Menschenrechte in der DDR? In welchen Bereichen arbeitete das MfS mit den anderen osteuropäischen Geheimdiensten zusammen,

um die durch die KSZE generierten menschenrechtlichen Impulse einzudämmen, und wie eng war diese Zusammenarbeit?

Zwischenergebnisse der Arbeit haben sich in Beiträgen bei Veranstaltungen des BStU in Berlin und Dresden sowie auf internationalen Konferenzen in Kopenhagen, Prag und Brüssel und in Aufsätzen zum Beispiel über „Die Supermächte und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ sowie „Die Wiener KSZE-Folgekonferenz und der Handlungsspielraum des DDR-Sicherheitsapparates 1989“ niedergeschlagen.

Ein Nebenprodukt des KSZE-Projekts ist die Erstellung einer Internet-Publikation von Grundsatzdokumenten über die Zusammenarbeit des MfS mit dem KGB auf der Website des BStU (siehe Rubrik Wissen/MfS-Dokumente). Die Sammlung entstand im Zusammenhang eines Vorhabens des History and Public Policy Project des Woodrow Wilson Center in Washington. Eine Veröffentlichung von Auszügen der Dokumente in englischer Übersetzung ist im Herbst 2012 auf dessen Website erfolgt.

Dank zusätzlicher Forschungsmittel des Bundes erforscht seit Ende 2011 ein wissenschaftlicher Mitarbeiter eine wichtige Komponente der Zusammenarbeit der osteuropäischen Staatssicherheitsdienste, nämlich die Operativgruppen, die die jeweiligen Geheimdienste wechselseitig in den meisten osteuropäischen Staaten unterhielten. Titel des Forschungsprojekts ist „Kooperation und Kontrolle. Zielvorgaben, Funktionsweisen und Alltagspraxis der MfS-Operativgruppen in der Kooperation der Geheimpolizeien“. Zunächst wird eine Überblicksdarstellung zur Struktur und zur Geschichte der MfS-Operativgruppen verfasst. Darauf aufbauend entsteht eine Fallstudie zur Zusammenarbeit des MfS mit einem anderen Staatssicherheitsdienst des ehemaligen Warschauer Pakts.

5.2.4 Herrschaft und Gesellschaft in der DDR-Provinz

Das Forschungsprojekt untersucht im abgegrenzten Rahmen des Landkreises Halberstadt die regionalen Strukturen von Herrschaft und Gesellschaft in ihrer Langzeitentwicklung. Im Zentrum der Untersuchungen steht das Wirken der lokalen Kreisdienststelle des Staatssicherheitsdienstes.

Das Projekt zielt auf die umfassende Rekonstruktion der konkreten Herrschaftsausübung im DDR-Alltag. Hierzu wurden die Akten der Kreisdienststelle Halberstadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Magdeburg sowie die einschlägigen Bestände der SED, der Volkspolizei und des Rates des Kreises gesichtet und in wesentlichen Teilen ausgewertet. Teilergebnisse wurden bereits in mehreren Vorträgen und Aufsätzen vorgestellt. Aufgrund der Lage des Kreises Halberstadt an der innerdeutschen Grenze sind in dieser Region die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen des DDR-Grenzregimes als auch der verbesserten deutsch-deutschen Kontaktmöglichkeiten nach 1972 („Kleiner Grenzverkehr“) zu studieren. Das Gesamtergebnis des Projekts soll in monografischer Form veröffentlicht werden.

Zum methodisch und thematisch verwandten Projekt „MfS und ‚Ausreiser‘ in den 1970er- und 1980er-Jahren. Eine mikrohistorische Studie zum Kreis Halberstadt“ des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam bestehen Kooperationsbeziehungen.

In Zusammenarbeit mit dem Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ebenfalls mit einem regionalen, mikrohistorischen Ansatz wird der staatliche Umgang mit der alternativ-dissidentischen Populärkultur der 80er-Jahre exemplarisch anhand der Bezirksstadt Gera erforscht: In dem Projekt „Bühne der Dissidenz und Dramaturgie der Repression – Kulturkampf in der Provinz der späten DDR“ konzentriert sich der BStU-Beitrag auf die spezifische Rolle des MfS. Die entsprechende Verlags-Publikation ist in Vorbereitung.

Im Projektbereich „Staatssicherheit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt“, der aus zwei Dissertationsvorhaben besteht, wird seit 2012 die Rolle des MfS in Wirtschaft und Umwelt am Beispiel der Chemiekombinate des Bezirks Halle (Bitterfeld, Buna, Leuna) in der Honecker-Ära untersucht. Es geht dabei zunächst um die Rekonstruktion der konkreten Rolle der Geheimpolizei bei den in der ökonomischen Sphäre auftretenden Problemen und Konflikten, insbesondere auch um die Reichweite etwaiger Einflussnahmen der Staatssicherheit auf ökonomische und betriebliche Entscheidungen. Außerdem wird die Rolle des MfS im Hinblick auf die Ressourcen- und Umweltproblematik in der DDR betrachtet, vor allem dessen Wahrnehmung der Umweltbelastungen und deren Auswirkungen auf die Bevölkerungsstimmung sowie die Aktivitäten zur Unterbindung öffentlichkeitswirksamer Kritik.

Ein Dissertationsprojekt widmet sich primär den wirtschaftshistorischen Fragestellungen, während das andere einen Schwerpunkt bei den ökologischen Aspekten setzt. Im Hinblick auf Forschungsgegenstände, Fragestellungen und Quellenauswertung sind beide Projekte eng miteinander verknüpft worden, um entsprechende Synergien nutzbar zu machen.

5.2.5 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung. Edition und Analyse der Stimmungs- und Lageberichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS 1953 bis 1989

Die Edition der geheimen Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des Ministeriums für Staatssicherheit zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR seit dem Juni-Aufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat (unter dem Titel „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“) wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt. In den Bänden werden alle Inlandsberichte ediert und in einer ausführlichen Einleitung erste Auswertungsergebnisse sowie Forschungen zum Informations- und Berichtswesen des Staatssicherheitsdienstes präsentiert. Die Berichte zeichnen ein Bild, welches in der Langzeitperspektive deutlich macht, wie MfS und Staats- und Parteiführung die allgemeine Lage in der DDR einschätzten,

welche Schwierigkeiten und „Bedrohungen“ sie für den Aufbau und die Festigung ihrer Herrschaft sahen und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden. Die Berichte sagen darüber hinaus auch etwas über das Verhältnis von MfS und Staatsführung sowie den Einfluss des MfS auf die Meinungsbildung der höchsten politischen Führungsschicht in der DDR aus. Die Bände werden in Form einer Auswahl (Buch) und einer Komplettedition auf CD-ROM publiziert. Ein Jahr nach der Buchpublikation stehen die Daten dann kostenlos im Internet unter www.ddd-im-blick.de online zur Verfügung. Untergelegt mit einer Datenbank, die komfortable Auswertungsmöglichkeiten bietet, ist dann eine Recherche auch über die Jahrgänge hinweg möglich. Die Jahrgänge 1976, 1988 und 1961 sind bereits im Internet zugänglich.

5.2.6 Rechtsanwälte in der Ära Honecker

Dieses Projekt thematisiert den Einfluss des MfS auf die Rechtsanwälte in der späten DDR, insbesondere im Bereich politischer Prozesse. Es wird untersucht, wie dicht die Kontrolle der Anwälte war, inwieweit das MfS schon bei der Auswahl der Juristen Einfluss nahm, wie es in das Geschehen in den Kollegien der Rechtsanwälte eingriff und inwieweit es einzelne Anwälte geheimpolizeilich „bearbeitete“ oder nutzte. Der MfS-Einfluss wird mit dem Einwirken von Staat sowie Partei und der Selbstverwaltungsorgane der Rechtsanwälte abgeglichen, um die Relevanz des geheimpolizeilichen Agierens abschätzen zu können.

Die politische Justiz gehörte nicht nur zum Sicherheitsbereich der Geheimpolizei. Das MfS fungierte bei „staatssicherheitsgefährdenden“ Delikten als Untersuchungsorgan und führte die Ermittlungen vor dem Strafprozess durch. Bis heute ist umstritten, inwieweit das MfS Ermittlungen und Prozessverlauf determinierte. Auch diese Fragestellung soll das Projekt weiter zu beantworten helfen.

Erstmals wurden daher am Beispiel des Jahres 1984 alle Prozesse, die das MfS in Berlin initiiert hatte, mit quantitativen Methoden untersucht. Im Vordergrund stand die Frage, welche Akteure das Geschehen bestimmten und welche Rolle die Verteidiger in solchen Verfahren spielten. Erste Ergebnisse wurden in einer Fachzeitschrift dokumentiert.

Ergänzend zum Projekt wird seit 2011 ein rechtshistorisches Kolloquium durchgeführt, in dem sich ausgewählte externe und interne Wissenschaftler über aktuelle Forschungsarbeiten bezüglich Strafjustiz und Haft unter Beteiligung des MfS austauschen.

5.3 Publikationen

Die Manuskripte der Forschungsabteilung werden im Sachgebiet Publikationen von der Manuskriptbearbeitung über Satz und Layout bis hin zur Drucklegung als Verlags- oder Eigenveröffentlichung begleitet. Diese behördeneigene redaktionelle Schnittstelle ermöglicht die Qualitätssicherung im Haus sowie die Durchführung von Kooperationsprojekten und die Realisierung von Buchhandelsausgaben.

Die Eigenpublikationen des BStU werden zusätzlich zu den Printausgaben als barrierefreie PDF-Dateien kostenlos online zur Verfügung gestellt. Durch den Internetauftritt der Behörde sowie ein regelmäßig aktualisiertes „Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen“ werden die Publikationen beworben und mithilfe eines eigenen Publikationsverkaufs – auch über den Buchhandel – einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Folgenden werden die im Berichtszeitraum erschienenen Veröffentlichungen vorgestellt. Eine Übersicht über die Gesamtheit der Publikationen des BStU befindet sich im Anhang 10.

5.3.1 Monografien und Sammelbände

5.3.1.1 Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR

Mit dem MfS-Lexikon liegt seit dem Frühjahr 2011 ein kompaktes Nachschlagewerk zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR vor, in dem die Nutzer auf aktuellem Forschungsstand knapp und präzise alle wichtigen Informationen zum Thema finden. Behandelt werden Strukturen, Arbeitsweisen und Methoden des MfS, entscheidende Schlüsselbegriffe wie auch die wichtigsten Akteure. Dabei wird zugleich das politische Umfeld thematisiert und der Einfluss der Geheimpolizei auf verschiedene Lebensbereiche der DDR dargestellt. Das Lexikon erschließt den Gegenstand in allgemeinverständlicher Weise und veranschaulicht die Praktiken des MfS durch zahlreiche Abbildungen, Statistiken, Organigramme und Dokumente.

Das Lexikon wurde als kompaktes Hilfsmittel sehr gut angenommen – so gut, dass bereits nach einem Jahr eine zweite, erweiterte Auflage erscheinen konnte. Die etwa 50 zusätzlichen Einträge gehen vielfach auf Anregungen von kritischen Nutzern zurück. Die Mehrzahl sind jedoch Biografien von Leitern der Bezirksverwaltungen des MfS. Damit trägt das Lexikon in verstärktem Maß der Tatsache Rechnung, dass das Ministerium für Staatssicherheit auch einen starken regionalen Charakter besaß.

5.3.1.2 Das Revolutionsjahr 1989

Der von Bernd Florath herausgegebene Sammelband vereint Beiträge der internationalen Tagung, die der BStU im Rahmen des Geschichtsforums im Mai 2009 in der Berliner Humboldt-Universität veranstaltete. Die Beiträge behandeln die Unterschiedlichkeit und die Verflechtung der Freiheitsrevolutionen von 1989/1991 in der Ukraine, Polen, der DDR, Ungarn, Rumänien, der ČSSR und Bulgarien. Sie berühren so unterschiedliche Themenfelder wie den Beitrag der verschiedenen Kirchen zur Revolution, die Runden Tische, den Machtzerfall der kommunistischen Parteien und ihrer Geheimdienste und verschiedene Zweige der oppositionellen Bewegungen. In einem einleitenden Beitrag diskutiert die ungarische Philosophin Ágnes Heller die Stellung der Revolutionen im Kontext der europäischen und Weltgeschichte.

5.3.1.3 Opposition und SED in der Friedlichen Revolution

Auch dieser Sammelband hat spezifische Aspekte der Friedlichen Revolution zum Inhalt und auch er ist Ergebnis einer Tagung. Wie die Tagung im November 2008 gemeinsam mit dem Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien veranstaltet wurde, wurde auch der Band gemeinsam herausgegeben. Der Fokus lag auf der Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Kräfte, die wie ein Brennglas die Entwicklung dieser stürmischen Phase bündelt. Der besondere Wert der Publikation liegt aber darin, und das hat auch die Kritik hervorgehoben, dass sie auch die umfangreichen Diskussionen der Tagung wiedergibt. Sie führte in einzigartiger Weise den Blick von Fachhistorikern mit dem der Akteure und Zeitzeugen zusammen und bietet so eine gelungene Bilanz der Ereignisse.

5.3.1.4 Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung: 1961 und 1977

Im Oktober 2009 startete die Reihe des BStU „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“ (siehe Abschnitt 5.2.5). Im Berichtszeitraum erschienen die Bände 1961 und 1977.

Aus Anlass des 50. Jahrestags des Baus der Berliner Mauer am 13. August 1961 erschien der Jahrgang 1961, bearbeitet von Daniela Munkel. Die Stasi berichtete in diesem Jahr hauptsächlich über Ereignisse, die mit dem Mauerbau in Zusammenhang standen. Im Vorfeld des 13. August informierte sie die SED-Führung über Fälle von Republikflucht, „Grenzgänger“, Austritte von Bauern aus den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, Arbeitsniederlegungen in der Industrie, oppositionelle Verhaltensweisen, Missstimmungen in der Bevölkerung sowie Versorgungs- und Produktionsprobleme aller Art. Neben allgemeinen Stimmungs- und Lageberichten aus allen Teilen der DDR stehen Einzelereignisse wie die ersten Todesschüsse an der gesperrten Berliner Grenze und spektakuläre Fluchtfälle. Es wird ein Bild gezeichnet, das die gesamten Problemfelder der DDR unmittelbar vor und nach dem Mauerbau dokumentiert und den immer größer werdenden „Zuständigkeitsanspruch“ der Staatssicherheit erkennen lässt. Besonders hervorzuheben ist, dass in dem Band bisher unbekannte Dokumente zum Mauerbau veröffentlicht wurden, die den Kenntnisstand über die Rolle der Staatssicherheit um wesentliche Details erweitern.

Im Herbst 2012 erschien der Band 1977, bearbeitet von Henrik Bispinck. In den Dokumenten des Jahres 1977 geht es u. a. um die Stimmung in der Bevölkerung, um Konflikte mit Schriftstellern und Intellektuellen sowie um Probleme in der Wirtschaft. Das Jahr 1977 war stark bestimmt vom repressiven kulturpolitischen Kurs der SED im Anschluss an die Ausbürgerung von Wolf Biermann. Zahlreiche Künstler, darunter so prominente Namen wie Manfred Krug oder Sarah Kirsch, verließen die DDR. Zugleich machten sich die – aus Sicht der Parteiführung – negativen innenpolitischen Folgen der Entspannungspoli-

tik verstärkt bemerkbar: Viele DDR-Bürger stellten unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte oder die Charta der UNO Ausreisearträge. Problematisch war nach wie vor die Versorgung mit Konsumgütern. Die Erhöhung der Weltmarktpreise für Rohkaffee löste im Sommer eine regelrechte „Kaffee-Krise“ aus: Die Bevölkerung machte ihrem Unmut über die Einführung von minderwertigem Ersatzkaffee Luft. Die Staatssicherheit registrierte diese kleineren und größeren Verwerfungen sehr genau und berichtete der SED-Führung regelmäßig darüber. Die in dem Band versammelten Dokumente bieten daher einen aufschlussreichen Einblick in Herrschaft und Gesellschaft der DDR im Jahr 1977.

5.3.1.5 Desertionen im geteilten Berlin

Ausgangspunkt der wissenschaftlichen Arbeit ist der „Sprung in die Freiheit“, jenes Foto, das den fliehenden Conrad Schumann zeigt und zu einer „Ikone des Mauerbaus“ wurde. Der junge Bereitschaftspolizist war der erste Deserteur im geteilten Berlin. Martin Stief nahm dieses Bild zum Anlass, nach den Hintergründen von Desertionen aus den Reihen der Grenzsicherungseinheiten im Jahr des Mauerbaus zu fragen.

Insgesamt flohen im Jahr 1961 aus den bewaffneten Kräften der DDR landesweit über 600 junge Männer über die Grenze in den Westen. Während bei der Nationalen Volksarmee und der Volkspolizei die Fluchtzahlen nach der Grenzabriegelung schlagartig zurückgingen, stiegen sie bei den direkt an der Berliner Grenze eingesetzten Einheiten, darunter denen der Bereitschaftspolizei, drastisch an: Hatten sich vor dem 13. August lediglich 18 Bereitschaftspolizisten unerlaubt abgesetzt, flohen danach bis zum Jahresende 165.

Vorrangig gestützt auf die Überlieferungen des MfS in den Aktenbeständen des BStU, berichtet der Autor von den Versuchen der Staatssicherheit, Fahnenfluchten möglichst schon im Vorfeld zu verhindern. Damit eröffnet er einen Blick auf einen Kernbereich der SED-Herrschaft: die angestrebte totale Überwachung des Grenzregimes.

Die Publikation „Desertionen im geteilten Berlin“ entstand 2011 als Abschlussarbeit des Masterstudiums an der Leibniz Universität Hannover. Der Autor absolvierte zuvor ein Praktikum im Forschungsbereich des BStU, in dessen Rahmen er auf das Thema aufmerksam wurde.

5.3.1.6 Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker

Um die Verurteilung von Regimegegnern zu ermöglichen, veranlasste das MfS Untersuchungshäftlinge, über Mitgefängene zu berichten. Diese sogenannten Zelleninformatoren waren gleichsam inoffizielle Mitarbeiter in einer Untersuchungshaftanstalt. Was motivierte sie zum Verrat an ihren Leidensgefährten? Wurden sie zur Spitzeltätigkeit nicht eher gezwungen – und wie schnell „fielen“ sie „um“? Die Studie von Jenny Schekahn und Tobias Wunschik beantwortet diese Fragen auf der empirischen Grundlage ei-

ner bisher nicht ausgewerteten Kartei des Staatssicherheitsdienstes in der Außenstelle Rostock.

Dass die Geheimpolizei ihren Zelleninformatoren erst Strafrabatt versprach, später aber kaum gewährte, machte diese zu „betrogenen Betrügern“ – die noch dazu besonders häufig selbst bespitzelt wurden. Die Staatssicherheit verpflichtete in ihrem Wissensdurst mehr Zuträger als für die Ermittlungen nötig gewesen wären, und fragte etwa auch nach den Westkontakten der Mitgefangenen. Die Analyse der Zelleninformatoren wird eingebettet in die erste wissenschaftliche Darstellung der MfS-Untersuchungshafenanstalt Rostock und der hier herrschenden Haftbedingungen. Erstmals wurden exakte Zahlen sowie die Delikte der hier inhaftierten Bürger in der Ära Honecker ermittelt.

5.3.1.7 Konfliktfall „KOSMOS“. Die politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR

Der 2012 im Böhlau Verlag erschienene Band von Reinhard Buthmann über eine Gruppe raumfahrtbegeisterter Jugendlicher erzählt eine Geschichte zwischen Anpassung, Widerständigkeit und Eigensinn, die tief hinter die Kulissen der Machtausübung der SED führt. Die Gründungsversuche der Gruppe unter dem Dach der Deutschen Astronautischen Gesellschaft gehen auf das Jahr der ersten bemannten Mondlandung 1969 durch die USA zurück. 1971 gegründet, wurde sie ein Fall für den Staatssicherheitsdienst. Der brach das Postgeheimnis, zapfte Telefonleitungen an, „zersetzte“ sie 1975/76 und etablierte zur Täuschung der Fachöffentlichkeit eine Ein-Mann-Jugendgruppe innerhalb der Internationalen Astronautischen Föderation. Die Auflösung der regional gegliederten Jugendarbeitsgruppe KOSMOS (JAGK) mit über 100 Mitgliedern zeitigte einschneidende Änderungen in Statut und Regime der Astronautischen Gesellschaft, die dann mehr und mehr zu einer SED-treuen Institution wurde.

Der Band erzählt eine bewegende Geschichte über Technikbegeisterung, staatliche und wissenschaftspolitische Behinderungen, Begehrlichkeiten von Geheimdiensten, Gewissenskonflikte, Flucht und Ausstieg und problematisiert den inoffiziellen Mitarbeiter des MfS. Der dargestellte Mikrokosmos wirft Licht auf die kausale Verwobenheit der Ereignisse um die JAGK vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, des Sputnik-Schocks und des Apollo-Triumphes.

5.3.2 Handbuch

Das MfS-Handbuch „Anatomie der Staatssicherheit“ besteht aus Teillieferungen, die sukzessive erscheinen und sich mit der Struktur und Arbeitsweise des MfS am Beispiel einzelner Diensteinheiten und bestimmter Schwerpunktthemen befassen. Darin wird einem wissenschaftlichen Fachpublikum und der interessierten Öffentlichkeit ein umfangreiches Grundwissen zum MfS zur Verfügung gestellt. Inzwischen liegen 27 Bände vor, eine Teillieferung (zur Hauptabteilung IX – Untersuchungsorgan) steht noch aus.

Im Berichtszeitraum erschienen die folgenden MfS-Handbuchbeiträge als Druckexemplare sowie als kostenlose PDF-Dateien:

5.3.2.1 Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen

Im Zentrum der Teillieferung zur Hauptverwaltung A (HV A) steht die Rekonstruktion von Aufgaben, Strukturen und Quellen sowie die informationsbeschaffende Tätigkeit dieser vor allem in der Bundesrepublik und West-Berlin nachrichtendienstlich arbeitenden Diensteinheit. Der Blick fällt dabei auf die Zentrale in Berlin wie auch auf die Bezirksverwaltungen des MfS. Dieses Kapitel des MfS-Handbuchs ist ein erstes Nachschlagewerk und kann die Grundlage für darüber hinausgehende Forschungen bilden. Die Akten und Karteien der HV A sind weitgehend im Zeitraum von Dezember 1989 bis Juni 1990 vernichtet worden. Vom Archiv der HV A ist – mit wenigen Ausnahmen – nichts überliefert. Die von Helmut Müller-Enbergs vorgelegte Rekonstruktion erfolgt wesentlich auf Basis fragmentierter Daten, die sich in archivierten Akten, auf elektronischen Datenträgern und in verfilmten Karteien auffinden lassen. Sie sind um Angaben aus der Literatur sowie um Informationen aus Interviews ergänzt.

5.3.2.2 Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme

Abgeschlossen wurden die Arbeiten am Handbuchbeitrag zur Hauptabteilung VIII. Die Autorin Angela Schmole analysiert Struktur und Wirkungsweise der für Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung und Festnahmen zuständigen MfS-Abteilung, ihre personelle Zusammensetzung und Aktivität innerhalb der DDR und der Bundesrepublik. Der Beitrag belegt die arbeitsteilige Vorgehensweise des MfS ebenso wie das hohe Maß an Kooperation zwischen den verschiedenen MfS-Abteilungen und anderen staatlichen Instanzen der DDR. Diese Verflechtung betrifft nicht nur die Arbeit des MfS in der DDR, sondern auch in der Bundesrepublik, die keineswegs ausschließlich von Mitarbeitern der HV A umgesetzt wurde. Neben der faktisch nicht an Gesetze gebundenen Arbeitsweise in der DDR belegt das Handbuchkapitel zugleich die hohe Aggressivität und die Missachtung der Souveränität und der rechtsstaatlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

5.3.2.3 Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht

Das von Roland Wiedmann erarbeitete Kompendium bietet eine Übersicht über rund 200 Diensteinheiten des MfS von den Hauptverwaltungen über die Hauptabteilungen und Abteilungen bis hin zu zentralen Arbeitsgruppen oder Sekretariaten. Als Nachschlagewerk innerhalb des MfS-Handbuchs „Anatomie der Staatssicherheit“ angelegt, liefert es in kompakter Form Informationen zu den Aufgaben, zur Entwicklung, zur Struktur, den Leitern und dem Personalbestand der jeweiligen Diensteinheit sowie eine Auflistung der wichtigsten einschlägigen dienstlichen Bestimmungen. Ergänzend zur „Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989“ von Roland

Wiedmann (1. Auflage 1995), lassen sich mit dieser Zusammenstellung Aufgaben und Zuständigkeiten innerhalb der Staatssicherheit über die Jahrzehnte ihrer Existenz hinweg verfolgen, vom Stichwort „Abteilung I (Information)“ bis „Zentraler Operativstab“. Organigramme zu den Anleitungsbereichen des MfS (einschließlich der HV A) sowie eine CD-ROM mit einer PDF-Datei der Teillieferung, die eine komfortable Volltextsuche ermöglicht, ergänzen den Band.

5.3.3 MfS-Dokumente online

Um dem Bedarf der Öffentlichkeit an leicht zugänglichen Basisinformationen zum MfS Rechnung zu tragen, veröffentlicht der Bundesbeauftragte unter dem Titel „MfS-Dokumente online“ zentrale Quellen zur Arbeit der Staatssicherheit auf seiner Homepage. Das Portal soll sukzessive erweitert werden. Es handelt sich dabei teils um Dokumente, die bereits gedruckt vorliegen, teils um Materialien, die erstmals der Öffentlichkeit präsentiert werden. Ihre Publikation in elektronischer Form soll der Wissenschaft und allen Interessierten Zugriff auf die grundlegenden Regelungen des Staatssicherheitsdienstes bieten. Das Portal umfasst unter anderem: ein „Verzeichnis edierter Dokumente“, das weit über 1 000 im Rahmen von Publikationen des BStU bereits veröffentlichte Unterlagen samt Quellennachweis auflistet; die „Grundsatzdokumente“ mit einer Auswahl normativer Quellen, die Auskunft über die wichtigsten Festlegungen und Regelungen im Bereich des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in den fast 40 Jahren seiner Existenz geben; die Dokumentation „Zentrale Dokumente zur Zusammenarbeit der osteuropäischen Geheimdienste“, die Verträge über die Zusammenarbeit von KGB und MfS enthält sowie Aufzeichnungen zu Treffen zwischen den Spitzen beider Geheimpolizeien. So stehen zum Beispiel unter dem Stichwort „MfS und KGB“ in über 30 zentralen und umfangreichen Dokumenten mehrere Hundert Seiten MfS-Unterlagen als PDF-Download zur Verfügung, die erstmals einen Ansatz bieten, die weitgehende Unzugänglichkeit der KGB-Akten in Russland für westliche Forscher wettzumachen.

5.4 Bundestagsgutachten

Mit Schreiben vom 28. Oktober 2010 beauftragte der Präsident des Deutschen Bundestages die damalige Bundesbeauftragte, nach § 37 Absatz 3 StUG ein Gutachten zu erstellen, das die Einflussnahme des MfS auf die Mitglieder des Deutschen Bundestages in den Jahren 1949 bis 1989 dokumentieren soll. An diesem Gutachten wurde im gesamten Berichtszeitraum gearbeitet, es wird Anfang 2013 fertiggestellt. Das Gutachten dokumentiert und interpretiert die relevanten MfS-Unterlagen zu Ausmaß, Methoden und Intensität der versuchten Informationsgewinnung und im Einzelfall Beeinflussung des Deutschen Bundestags durch das MfS. Es wird diesbezüglich offene Fragen klären, zugleich aber einen Beitrag für die Parlamentarismusforschung leisten sowie eine Reihe von neuen Fragen aufwerfen, die die Forschung insgesamt zu intensiver weiterer Beschäftigung mit dem Thema anregen wird.

5.5 Wissenschaftliche Tagungen

5.5.1 Staatssicherheit, Herrschaft und Gesellschaft. Forschungsperspektivenkonferenz

Am 30. Oktober 2012 lud der BStU Zeithistoriker aus dem In- und Ausland zu einer Forschungsperspektivenkonferenz nach Berlin ein. Ziel war es, 20 Jahre nach der Gründung der Abteilung BF eine Bilanz der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit zu ziehen und Perspektiven für weitere Forschungen zu entwickeln. In der ersten Sektion der vom Wissenschaftlichen Beratungsgremium der Behörde initiierten Konferenz wurde der Forschungsstand zum MfS aus der Binnen- wie aus der Außenperspektive bilanziert und in den Kontext der allgemeinen DDR-Forschung eingeordnet. Anschließend skizzierten die Projektleiter der Abteilung BF Perspektiven für die künftige Forschung auf folgenden Themenfeldern: das MfS in gesellschaftshistorischer Perspektive, das MfS als Herrschaftsfaktor, die Zusammenarbeit der osteuropäischen Staatssicherheitsdienste und das MfS in der deutsch-deutschen Systemkonfrontation. Flankiert wurden die Vorträge jeweils von Kommentaren von außerhalb der Behörde tätigen DDR-Forschern, die zu lebhafter Diskussion anregten. Eine Podiumsdiskussion mit namhaften Wissenschaftlern schloss die Konferenz ab.

Trotz eines kontroversen Austauschs von Argumenten kristallisierten sich am Ende der Tagung zahlreiche Gemeinsamkeiten heraus. So war Konsens, dass das MfS als integraler Bestandteil des DDR-Herrschaftssystems untersucht werden muss. Auch sollten gesellschaftshistorische Fragestellungen stärker als bisher in den Blick der MfS-Forschung rücken. Viel Zustimmung gab es zudem für das Vorhaben, den Staatssicherheitsdienst künftig verstärkt im Kontext der osteuropäischen Geheimpolizeien einerseits und innerhalb der deutsch-deutschen Systemauseinandersetzung andererseits zu analysieren.

5.5.2 Die Diktatur in der Provinz – Nahaufnahmen der SED-Herrschaft

Vom 17. bis 19. Februar 2011 fand in Neudietendorf bei Erfurt in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Thüringen eine Tagung mit dem Titel „Die Diktatur in der Provinz – Nahaufnahmen der SED-Herrschaft“ statt, bei der diskutiert wurde, wie die Diktatur im Alltag und fernab der Machtzentren funktionierte. Thematisiert wurden regionale Herrschaftsstrukturen, Mechanismen von Anpassung und Mitläufertum sowie abweichendes Verhalten jenseits expliziter politischer Opposition (Kultur, Jugend, Ausreise). Dabei stellten verschiedene regional-, lokal- oder mikrohistorisch angelegte Forschungsprojekte ihre Ergebnisse vor. Als ein weiterer Schwerpunkt wurde die Vermittlung von Ergebnissen der DDR-Forschung in Schule, politischer Bildung und Medien betrachtet und debattiert.

5.5.3 Nach dem Mauerbau

Vom 28. bis zum 30. September 2011 veranstaltete der BStU in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitge-

schichte München-Berlin eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Nach dem Mauerbau. Geteilte Entwicklungen – bleibende Verbindungen“. Anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus lenkte die Tagung den Blick auf die Auswirkungen der Grenzschießung. In 14 Beiträgen stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland Ergebnisse ihrer Forschungen zu politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungen im geteilten Deutschland vor. Die fünf Sektionen der Tagung befassten sich mit der SED-Herrschaft unter den Bedingungen der geschlossenen Grenze, mit gesellschaftlichen Veränderungen in Ost und West, deutsch-deutschen Verbindungen und Kontakten, Grenzüberschreitungen in Film, Fernsehen und bildender Kunst sowie mit dem Blick des Auslands auf den Mauerbau.

5.5.4 Historische Denunziationsforschung

Im Rahmen des 2012 neu aufgenommenen Projekts „Denunziation – Alltag und Verrat in der DDR“ fand am 14. November 2012 im Bildungszentrum des BStU ein Workshop für Nachwuchswissenschaftler mit dem Titel „Historische Denunziationsforschung: Methoden, Längsschnitte, Vergleichsperspektiven“ statt. Acht Referenten stellten ihre neuesten, teilweise epochen- und regionenübergreifenden Forschungsansätze zur Diskussion und konnten dabei neue Perspektiven für den Umgang mit dem Gegenstand bezüglich der Zeitgeschichte und speziell der DDR-Zeit liefern.

5.5.5 Workshop IPN

In Zusammenarbeit mit dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) organisierte die Behörde ein Arbeitstreffen mit Sachverständigen der Schwesterbehörde im Europäischen Netzwerk am 27. November 2012, um eine mögliche Digitalisierung und Online-Veröffentlichung von Dokumenten über die multilaterale Zusammenarbeit der Staatssicherheitsdienste des ehemaligen sowjetischen Blocksystems zu diskutieren. Ziel des Arbeitstreffens war zu klären, welche Überlieferungen über multilaterale Zusammenarbeit in den verschiedenen Archiven erhalten sind und wie sie gemeinsam oder möglichst gleichzeitig digitalisiert und veröffentlicht werden könnten. Nach dem Treffen wurde ein entsprechender Vorschlag an die Leiter der Partnerinstitute im Europäischen Netzwerk gemacht.

5.6 Bibliothek

Die wissenschaftliche Spezialbibliothek des BStU sammelt Veröffentlichungen insbesondere zum Ministerium für Staatssicherheit und anderen Geheimdiensten, zu modernen Diktaturen, zu Kommunismus und Totalitarismus, zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und zur DDR, zur Deutschlandpolitik und den innerdeutschen Beziehungen, zu Entwicklungen in Ost- und Mitteleuropa sowie Biografien und biografische Nachschlagewerke.

Die Bibliothek bedient vorrangig die Anforderungen der Beschäftigten des BStU, darüber hinaus wird sie aber

auch von der interessierten Öffentlichkeit gut angenommen.

Der Bestand konnte im Berichtszeitraum durch gezielte Erwerbung, Tausch und Geschenke um über 1 300 Medien erweitert werden. Die Bibliothek bezieht laufend rund 150 Zeitschriften sowie 14 Tages- und Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine. Darüber hinaus verfügt sie über einen Archivbestand von über 200 deutschsprachigen Zeitschriften. Zu den Serviceleistungen gehört die Auswertung und Erfassung der laufend gehaltenen Zeitschriften zu Sammelschwerpunkten. Die Neuerwerbungen der Bibliothek werden zweimonatlich, eine Bibliografie zum Staatssicherheitsdienst der DDR jährlich aktualisiert und auf der Homepage des BStU veröffentlicht.

Die Bibliothek des BStU ist Mitglied im Deutschen Bibliotheksverband e. V., dort in der Arbeitsgemeinschaft der Spezialbibliotheken e. V., und wurde im Berichtszeitraum zusätzlich Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der Parlaments- und Behördenbibliotheken.

6 Bildungs-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Mit einem vielfältigen Angebot informiert der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) die Öffentlichkeit über Struktur, Tätigkeit und Wirkungsweise der Staatssicherheit. Vermittelt werden grundlegende Kenntnisse über den Staatssicherheitsdienst, seine Funktion in der SED-Diktatur, seine Ziele und Methoden. Aber auch die Auswirkungen seiner Tätigkeit auf das Leben der Menschen finden eingehende Aufmerksamkeit. In zahlreichen Veranstaltungen, Ausstellungen, Fortbildungen für Lehrkräfte und Schülerprojekten gibt der BStU wichtige Impulse zur Auseinandersetzung mit den Mechanismen der SED-Diktatur. Unterstützt wird dieses vielfältige Angebot durch die eigene Öffentlichkeitsarbeit.

6.1 Informations- und Dokumentationszentren, Gedenkstätten, Ausstellungen

Die Ausstellungen des BStU sind integraler Bestandteil seiner politischen Bildungsarbeit. Neben den Dauerausstellungen in den Informations- und Dokumentationszentren der Außenstellen und dem Bildungszentrum in Berlin sowie der Wanderausstellung des BStU „Feind ist, wer anders denkt“ gibt es eine Vielzahl von Wechselausstellungen, die zur Aufklärung über die Staatssicherheit und zur Beschäftigung mit der Stasi-Thematik beitragen.

6.1.1 Bildungszentren in Berlin in der Magdalenenstraße und in der Zimmerstraße

Im Bereich der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit spielt inzwischen das Stasi-Museum im sogenannten Haus 1 auf dem Areal der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg eine wichtige Rolle. Dies ist den im Berichtszeitraum erfolgten Fortschritten zu verdanken, diesen authentischen Ort verstärkt und in Kooperation mit dem Verein Antistalinistische Aktion e. V. (ASTAK) für diesen Zweck nutzen zu können.

6.1.1.1 „Haus 1“ auf dem Gelände der ehemaligen MfS-Zentrale

Am 11. Januar 2012 wurde das sogenannte Haus 1, der ehemalige Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit (MfS) in Berlin-Lichtenberg, wiedereröffnet. Das denkmalgeschützte Gebäude war mit Mitteln des Bundes aus dem Konjunkturprogramm II grundsaniert worden und hatte rund anderthalb Jahre seine Türen für die Besucher schließen müssen. Mit der Wiedereröffnung des Hauses durch Kulturstaatsminister Neumann wurde ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes vollzogen.

Dort hatten Bundesregierung und Bundestag im Jahre 2008 die Zielsetzung definiert, „Haus 1“ zu einem Bildungs- und Dokumentationszentrum auszubauen; demgemäß übernimmt der BStU die Verantwortung für die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung, in die Konzeption der Ausstellung wird der Aufarbeitungsverein ASTAK einbezogen. Im Berichtszeitraum ist es gelungen, diesem Anliegen gerecht zu werden.

Dabei ging es darum, gemäß der Gedenkstättenkonzeption des Bundes eine integrierte Lösung für den Ort zu schaffen: ein Angebot, das nicht in unverbundene Einzelteile zerfällt und ein kohärentes Erscheinungsbild gewährleistet. Der BStU und die ASTAK (die finanziell vom Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur unterstützt wird) unterzeichneten im Juni 2011 eine Kooperationsvereinbarung zur gemeinsamen Erarbeitung der neuen Dauerausstellung und richteten eine gemeinsame Arbeitsgruppe ein. Im Berichtszeitraum wurden durch die Leistungsbeschreibung und die Vergabe eines Gestaltungskonzepts die Grundlagen für die Ausstellung geschaffen.

Die künftige Ausstellung über „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ wird demzufolge über die Struktur des SED-Machtapparats und das Zusammenspiel der verschiedenen Machtorgane hinaus die Auswirkungen auf den Lebensalltag der DDR-Bevölkerung kennzeichnen. Die konkreten Folgen für die Betroffenen sollen dem heutigen Betrachter vor Augen geführt werden, die Zwänge und auch die Handlungs- und Entscheidungsspielräume des Einzelnen hervortreten. Erst auf diesem biografisch veranschaulichten Wege wird das System der Angst sichtbar, auf das die SED-Diktatur und insbesondere ihr Staatssicherheitsdienst aufbauten, und das den Alltag der DDR mit seinen keineswegs immer scharfen Grenzen zwischen Anpassung, Sich-Arrangieren, Mitläufertum, Tatverantwortung, Eigensinn und Widerstand zutiefst prägte.

Für die gestalterische Umsetzung des Konzepts gilt, so die übereinstimmende Sicht der Kooperationspartner, dass die Ausstellung den historischen Ort nicht überformt, dass sie nicht gegen den Ort, sondern vielmehr mit ihm arbeitet. Der überlieferte Geschichtsort ist gleichsam das Kernexponat der Ausstellung: Die sogenannte Mielke-Etage – das Arbeitszimmer des Ministers für Staatssicherheit und die angrenzenden Büroräume – wird integraler Bestandteil

der Ausstellung sein. Zudem ist die doppelte Symbolhaftigkeit des Geländes zu beachten und zu vermitteln. Die ehemalige Stasi-Zentrale ist Sinnbild des repressiven Machtapparats in der SED-Diktatur, und zugleich steht sie – mit Blick auf den 15. Januar 1990 und die Nutzung durch die Behörde des BStU – für die friedliche Überwindung der SED-Diktatur.

Bei der europaweiten Ausschreibung der Gestaltung und Produktion der Ausstellung wurden BStU und ASTAK vom Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern unterstützt. Aus den Angeboten wählten sie im November 2012 gemeinsam den Beitrag der Ausstellungsfirma W22 zum Sieger-Entwurf. Damit war der Startschuss für die Umsetzung des Konzepts in die konkrete Ausstellungsform erfolgt. Die Eröffnung der neuen Dauerausstellung ist für das Jahr 2014 geplant.

Was jetzt stattfindet, so der Bundesbeauftragte bei der Wiedereröffnung von „Haus 1“ am 11. Januar 2012, sei das, was sich der Deutsche Bundestag gewünscht habe: Diese Zielvorgabe müsse nun mit Leben gefüllt werden und aus dem Nebeneinander von Staat und bürgerschaftlicher Initiative ein Miteinander werden. Mit der neuen Dauerausstellung wird ein entscheidender Schritt in diese Richtung getan sein.

Bis zu ihrer Eröffnung präsentiert der BStU im Stasi-Museum die Interims-Ausstellung „Feind ist, wer anders denkt“. Sie bietet einen konzentrierten Überblick über die Tätigkeit und Funktion der Staatssicherheit im SED-Staat. Anhand ausgewählter Text- und Bilddokumente sowie überlieferter Stasi-Objekte zeigt die Ausstellung, mit welchen Methoden die Stasi Andersdenkende verfolgte und unterdrückte und welche Folgen das für die betroffenen Menschen hatte. Im Jahr 2012 hatte „Haus 1“ insgesamt rund 93 000 Besucher, während es 2011 ca. 70 500 waren.

6.1.1.2 Bildungszentrum in der Zimmerstraße

Am 15. Januar 2011 – auf den Tag genau 21 Jahre nach der Besetzung der Stasi-Zentrale durch Bürgerinnen und Bürger – wurde im BStU-Bildungszentrum in Berlin (in der Zimmerstraße in Mitte) die neue Dauerausstellung „STASI. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“ eröffnet. Es sprachen der damalige Bundespräsident Christian Wulff und die damalige Bundesbeauftragte Marianne Birthler. Der Bundespräsident unterstrich den Wert der Ausstellung mit der Aussage, jeder Einzelne habe ein Recht darauf, dass nicht vergessen und aus der Diktaturgeschichte für die Zukunft gelernt werde, um so die erungene Demokratie zu verteidigen.

Die neue Ausstellung bietet in konzentrierter und übersichtlich strukturierter Form eine Einführung in die Geschichte und Wirkung des Staatssicherheitsdienstes. Die Besucherinnen und Besucher erfahren, welche Funktion das MfS für das Regime der SED hatte, wie es den Alltag in der DDR zu steuern und zu manipulieren versuchte, wie es ihre Feinde bespitzelte und „bearbeitete“ und dabei bis in das Privatleben eindrang. Die Auswirkungen der geheimpolizeilichen Aktionen auf das Leben der Bevöl-

kerung werden am Beispiel von Biografien konkretisiert. In einem Vorraum zur Ausstellung vermittelt ein originaler Karteipaternoster aus der MfS-Bezirksverwaltung Dresden die überbordende Sammelwut des Staatssicherheitsdienstes. Die Ausstellungsetage des Bildungszentrums umfasst rund 240 qm. Hierzu zählt auch das Eingangsfoyer, in dem Bildprojektionen den Besucherinnen und Besuchern einen visuellen Eindruck von den Ereignissen 1989/90 geben. Aber auch an die Vorgeschichte des Ausstellungshauses in der Zimmerstraße 90 – die Nationalsozialisten nutzten es unter anderem als Sammellager für jüdische Zwangsarbeiter während der sogenannten Fabrik-Aktion im Februar 1943 – wird mit einem „Fenster in die Geschichte“ erinnert.

Die Haupttexte der Ausstellung sind in Deutsch und Englisch. Kostenlos stehen den Besuchern Textbroschüren in deutscher, englischer, französischer, spanischer und italienischer Sprache zur Verfügung. Begleitend zur Dauerausstellung stehen ein Katalog und kostenlose Audiogeräte bereit. Die Audioführungen eröffnen mit Sachinformationen, Zeitzeugen-Interviews und atmosphärischen Eindrücken in Hörspielqualität einen Weg durch die Ausstellung. Die in Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch und Polnisch angebotenen Hörführungen werden insbesondere von den zahlreichen ausländischen Gästen sehr rege genutzt. Entwickelt wurde auch eine deutschsprachige Führung, die sich speziell an Jugendliche richtet.

Seit August 2011, als sich der Bau der Berliner Mauer zum 50. Mal jährte, ist im Foyer die Sonderausstellung „Täuschen und Vertuschen. Die Stasi und die Mauertoten“ eingerichtet. Die mit zahlreichen Originalobjekten versehene Ausstellung zeigt u. a., wie die Staatssicherheit versuchte, Todesfälle an der Berliner Mauer mit erfundenen Geschichten zu verschleiern.

Weiterhin stehen den Besuchern umfangreiche Vertiefungsangebote in einem separaten Studienraum im 1. Obergeschoss zur Verfügung. Sie können zu ausgewählten Themen Aktenauszüge einsehen oder in einer kleinen Präsenzbibliothek recherchieren. An vier PC-Arbeitsplätzen besteht die Möglichkeit, insgesamt 47 historische Tondokumente und Filme aus den Archiven des BStU sowie im Auftrag des BStU erstellte Filme aufzurufen (Aufbruch im Herbst, 1994; Ein Volk unter Verdacht, 2009; Die Akten sind offen, 2010). Wechselausstellungen ergänzen das umfangreiche Spektrum an Bildungsangeboten (siehe Anhang 15).

Seit Eröffnung der Dauerausstellung im Bildungszentrum wurden rund 170 000 Besucherinnen und Besucher gezählt (Dauerausstellung, Sonderausstellungen, Veranstaltungen). Darunter waren 476 angemeldete Gruppen, die jeweils von einem Referenten des BStU begleitet und inhaltlich eingeführt wurden. Die touristisch attraktive Lage des BStU-Bildungszentrums unweit des Checkpoint Charlie spiegelt auch die Besucherstruktur wider. Rund 85 Prozent der Gäste sind Individualbesucher. Seit Juni 2011 hat das Bildungszentrum auch sonntags geöffnet, was insbesondere bei Berlin-Touristen auf reges Echo trifft.

Bei der Langen Nacht der Museen ist das Bildungszentrum kontinuierlich vertreten. Im Januar 2011 präsentierte Gabriele Stötzer, in den 80er-Jahren von der Staatssicherheit inhaftiert, ihr Programm „Zügel los“. Sie verbindet Kunstfilme und literarische Texte zu einer einzigartigen Performance. Während der Langen Nacht der Museen im August 2011 trug Ekkehard Maaß in seinem Programm „Die guten finsternen Zeiten“ ernste und heitere Geschichten aus seinem Leben sowie deutsche und russische Lieder vor. Anhand seiner eigenen Stasi-Akte veranschaulichte er die enge Zusammenarbeit von MfS und KGB bei der Verfolgung Andersdenkender. Im Januar 2012 lasen Anne Hahn und Frank Willmann aus dem Buch „Der weiße Strich“, einer Publikation zur gleichnamigen Ausstellung. Mit ihren Erzählungen und Fotos boten sie Einblick in die politische Subkultur der 80er-Jahre in Ost und West. Während der Langen Nacht im August 2012 waren zwei Referentinnen zu Gast, die sich auf unterschiedliche Weise mit der politischen Inhaftierung von Frauen in der DDR beschäftigten: Die Schauspielerin Reinhild Solf las aus ihrem Roman „Schattenfrauen“. Im Mittelpunkt des Buches stehen die fiktiven traumatischen Erinnerungen von Frauen an ihre Stasi-Haft. Anschließend berichtete die Journalistin und Moderatorin Edda Schönherz von ihren persönlichen Erfahrungen im DDR-Frauengefängnis Hoheneck und ihrem Engagement für die Erinnerung an das Schicksal politisch Inhaftierter in der DDR.

6.1.2 Unterrichtung der Öffentlichkeit in den Außenstellen, Informations- und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten

Räumliche Kristallisationspunkte der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit des BStU in den ostdeutschen Bundesländern sind die Außenstellen, die „Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS“ in Rostock und die Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) sowie die Informations- und Dokumentationszentren der Außenstellen Frankfurt (Oder), Halle, Dresden und Erfurt (siehe Anhang 14).

6.1.2.1 Ausstellungsangebote der Außenstellen

In den Außenstellen bildeten den Schwerpunkt der Ausstellungsarbeit die BStU-eigenen Ausstellungen wie „Stasi Ohn(e)Macht“ (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 84), daneben wurden viele thematisch einschlägige Ausstellungen anderer Einrichtungen gezeigt (siehe Anhang 13).

Das umfangreichste Projekt war die im Jahre 2011 im Willy-Brandt-Haus der SPD-Bundesgeschäftsstelle eröffnete Wanderausstellung „ZOV Sportverräter – Spitzenathleten auf der Flucht“. Thema dieser Ausstellung des Zentrums deutsche Sportgeschichte ist die Flucht ostdeutscher Spitzensportler in den Westen. In einer Installation treten 15 ehemalige DDR-Spitzensportlerinnen und -sportler quasi in Kontakt mit den Besuchern: Per Knopfdruck kann die Besucherin oder der Besucher die Biografien der Porträtierten abrufen. Mit Unterstützung der Bundesstiftung

zur Aufarbeitung der SED-Diktatur konnte der BStU diese von der Künstlerin Laura Soria gestaltete Ausstellung an mehreren Standorten präsentieren. Erste Station war Frankfurt (Oder), ein Ausschnitt der Ausstellung bereicherte besonders die Aktionen der Außenstelle am Tag der offenen Tür am 3. März 2012.

Am 16. April 2012 folgte in Anwesenheit von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur die Eröffnung in Neubrandenburg, im Festsaal „Alte Gießerei“ der Webasto AG, die als regionaler Kooperationspartner gewonnen werden konnte.

In Leipzig erlebten zur Langen Nacht der Museen viele Gäste der Außenstelle die feierliche Eröffnung. Anschließend ging die Ausstellung anlässlich der Olympischen Spiele in das Deutsche Historische Institut in London. Die Außenstelle Dresden präsentierte im August und September 2012 diese Schau. Die Frankfurter Außenstelle zeigte die komplette Ausstellung im Oktober 2012 in der evangelischen Oberkirche St. Nikolai in Cottbus gemeinsam mit der dortigen Kirchengemeinde. Ab dem Jahresende 2012 wird sie in der Bildungs- und Gedenkstätte Andreasstraße in Erfurt gezeigt.

Auch die Wanderausstellung „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur“ von Freiheit e. V. Erfurt, die besonders eindrucksvoll jugendliches Leben und seine Begrenzungen in der DDR aufzeigt, wurde in einigen Außenstellen präsentiert. So bereicherte sie in den Außenstellen Dresden, Halle, Leipzig und Schwerin die politische Bildungsarbeit mit Schülern, fand aber auch bei Besucherinnen und Besuchern unterschiedlichster Generationen großen Anklang. In Halle erfuhr diese Wanderausstellung in lokalen Medien große Resonanz.

Die Außenstelle Chemnitz zeigte regelmäßig in der Region, begleitend zu Bürgerberatungen, ihre Ausstellungen. Im Jahr 2011, dem 50. Jahrestag des Mauerbaus, stießen insbesondere die Ausstellungen „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ und „Botschaftsflüchtlinge“ auf großes öffentliches Interesse. Die Ausstellungen in Rathäusern, Stadtverwaltungen, Bibliotheken und Museen erreichten ein breites Publikum. Sehenswerte Exponate, wie zum Beispiel selbstgefertigte Fluggeräte oder andere Hilfsmittel von Fluchtwilligen, erweiterten dabei die Tafelausstellungen. Die Teilnahme an der Chemnitzer Museumsnacht im Mai jedes Jahres hat bereits Tradition. In den Jahren 2011 und 2012 konnten sich die Besucher in den Ausstellungen „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“, „Überwacht und abgeschottet“, „Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen“ und „Stasi Ohn(e)Macht“ über das Wirken des Staatssicherheitsdienstes informieren.

Die Außenstelle Dresden nutzt ihre Wanderausstellungen vorrangig für die politische Bildungsarbeit an Schulen, so auch ihre neu erarbeitete Wanderausstellung „Kaderschmiede Sport. Kinder- und Jugendsportschulen im Fokus der Staatssicherheit“. Zu den Leihausstellungen, die Dresden in der politischen Bildungsarbeit einsetzte, zählte die Ausstellung des Slowakischen Instituts Berlin „November 89“. Während der Dresdner Museumssommernacht 2012 zeigte die Außenstelle die Ausstellung

„Ziel: Umerziehung – Zur Geschichte repressiver Heim-erziehung in der DDR“.

Die Außenstelle Erfurt präsentierte im Berichtszeitraum eine Reihe von Kunstaussstellungen mit Bezug zum Staatssicherheitsdienst. Hierzu gehörte „Mauern überwinden. Projekt Auskünfte – Einsichten“ von Katrin Hattenhauer, „Exil – Innere und äußere Emigration“ von Werner Schubert-Deister, „Psychogramme: Die Mauer – die Ohnmacht – die Klage“ von Gert Weber sowie „Einsamkeiten. Malerei und Grafik in der Zeitenwende 1989/1990“ von Arnulf Ehrlich. Ausstellungen zu Themen wie „Bausoldaten“, Deutsche Film AG (DEFA), Jugend in der DDR und Friedliche Revolution oder die Dokumentation zur Protestaktion „Der weiße Strich“ rundeten das Präsentationsangebot der Außenstelle ab.

Die Außenstelle Frankfurt (Oder) bot drei eigene Wanderausstellungen zur Begleitung von Bürgerberatungs- und Informationstagen wie auch zur Ausleihe an: „Postgeheimnis? Die Stasi und die Cottbuser Briefe“, „Die Arbeit am Feind ...“ sowie „Stasi Ohn(e)Macht“. Im Jahr 2011 wurden diese unter anderem in Lauchhammer, Schwedt, Brandenburg an der Havel und Wittenberge gezeigt und erreichten viele Hundert Besucher. Im Jahr 2012 waren die Ausstellungen in Luckau, Ludwigsfelde, Falkenberg und Peitz zu sehen. Zusätzlich werden im Informations- und Dokumentationszentrum der Außenstelle und in der Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ auch Fremdausstellungen gezeigt: so die von der Brandenburger Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, eröffnete Präsentation „28 Jahre getrennt. Das Grenzregime und seine Folgen für die Brandenburger“, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geförderte Ausstellung „Umerziehungseinrichtungen im Erziehungssystem der DDR“ oder die Ausstellung der Heinrich-Böll-Stiftung „Der dunkle Ort – Das Frauengefängnis Hoheneck“.

Die Außenstelle Gera setzte ihre gute Zusammenarbeit mit dem Verein Grenzfahrten e. V. Nordhalben fort und gestaltete die „Grenztage“ im Frühjahr 2011. Hier stellte sich der Verein Grenzfahrten e. V. vor; mittels Ausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen wurden die Besucherinnen und Besucher über das Thema deutsche Teilung informiert. Die Außenstelle Gera nutzte dieses Forum für die öffentliche Präsentation des BStU und führte Beratungen zur Nutzung der Stasi-Unterlagen durch. Zudem präsentierte sie ihre Ausstellung „Fluchtschicksale – Der gefährliche Weg in den Westen“, die bei den Gästen auf großes Interesse stieß.

Unter dem Arbeitstitel „Aktion Lupe – Die Auflösung des ‚Westbüros‘ im VEB Carl Zeiss Jena 1953“ bereitet die Außenstelle Gera eine neue Wanderausstellung vor: 2013 jährt sich zum 60. Mal die Verhaftung und Verurteilung von 15 leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma Carl Zeiss Jena. Der Vorwurf lautete Sabotage und Spionage. Die Ausstellung geht der Frage nach, welchen Einfluss das MfS auf das Ermittlungsverfahren hatte und welche Ziele es verfolgte.

Die Außenstelle Halle widmete sich mit Leihausstellungen anderer Außenstellen dem Thema „Konspiration“. Im Jahr 2011 zeigte sie die anschaulich mit Exponaten versehene Ausstellung „Verdeckt und getarnt – Technik und Methoden der geheimen Beobachtung“; im September 2012 folgte die Ausstellung „Fluchtschicksale. Der gefährliche Weg in den Westen“. Diese wurde mit regionalbezogenen Fallbeispielen aus Halle sowie Zeitzeugeninterviews ergänzt und mit einer öffentlichen Lesung zum Thema begleitet. Breiten Raum nahm 2012 das Thema „Jugend in der DDR“ ein, unter anderem dargestellt durch die schon erwähnte Ausstellung „Von Liebe und Zorn. Jung Sein in der Diktatur“. Von September bis Dezember 2012 zeigte die Außenstelle Halle im Stadtarchiv Dessau ihre neu erarbeitete Ausstellung, die über Aufgaben und Wirkungsweise der ehemaligen MfS-Kreisdienststellen Dessau und Roßlau informiert.

Mit der Sonderausstellung „Angst vor Solidarność“ erinnerte die Leipziger Außenstelle an den 30. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts in Polen und zeigte die Auswirkungen auf den Bezirk Leipzig.

Ein Magnet vor allem für junge Leute war 2012 die neu erarbeitete Ausstellung „Als der Südfriedhof mein Wohnzimmer war“. Sie befasst sich mit der Grufti-Szene in der DDR und deren Überwachung durch die Staatssicherheit. Auch szenische Lesungen zum Thema „Gruftis in der DDR“ aus Stasi-Akten erfreuten sich großer Beliebtheit bei den Besucherinnen und Besuchern. Am Pfingstwochenende 2012 strömten nahezu 4 300 Gäste in die Außenstelle Leipzig. Die Beteiligung der Außenstelle mit einer Sonderausstellung und einem Veranstaltungstag am alljährlichen „Wave-Gotik-Treffen“ erwies sich als voller Erfolg. Nach dem Rundgang äußerten viele Gäste ihre Bestürzung über das Spitzelsystem und die Datensammelwut des Staatssicherheitsdienstes. Zahlreiche Wave-Gotik-Anhänger waren aus den USA, Großbritannien, Japan, den Niederlanden, Slowenien und anderen Ländern angereist.

Im Oktober 2012 wurde in der Außenstelle Leipzig die Fotoausstellung „Ansprüche eines DDR-Jahrzehnts – Fotografien im Widerspruch zum Losungsalltag“ gezeigt. Der Leipziger Fotograf Sieghard Liebe stellte außerdem das zugehörige Buch vor und sprach über die allgegenwärtige Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im DDR-Regime.

Die Außenstelle Magdeburg präsentierte im Berichtszeitraum regelmäßig Ausstellungen im eigenen Haus und – teils in Kooperation – in der Region. Die Ausstellungen sprachen in der Mehrheit regionale Fragen der MfS-Geschichte an, so auch die in Kooperation mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von August bis Oktober 2011 gezeigte Präsentation „Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze“. Die Ausstellung, die anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus über das frühere DDR-Grenzregime informierte, erreichte mit über 1 000 Gästen ein breites Publikum.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte um Kernenergie gab es ein reges Interesse an der BStU-Ausstellung

„KKW Stendal – Stasi bewacht Milliardengrab“. Die Präsentation war von März bis August 2011 im Gemeindehaus der Evangelischen Kirchengemeinde Wittenberge, in der Osterburger Kirche St. Nicolai und in der Mecklenburger Landeshauptstadt Schwerin zu sehen. Über 600 Besucherinnen und Besucher informierten sich über das einstige DDR-Großprojekt und die Versuche des MfS, eine öffentliche Diskussion zum Thema Kernenergie zu unterdrücken.

Die Ausstellung „Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze“ fand auch in Neubrandenburg große Aufmerksamkeit, wo sie im Mai 2011 besichtigt werden konnte. Insbesondere Schulklassen nutzten die angebotenen Führungen. Gezeigt wurde die Ausstellung in Kooperation der Außenstelle Neubrandenburg mit der Stadt. Des Weiteren präsentierte die Außenstelle in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR für Mecklenburg-Vorpommern und der Johanniskirche in Neubrandenburg die Ausstellung „Unerkannt durch Freundsland“, eine Dokumentation zu illegalen Reisen von DDR-Bürgern durch die Sowjetunion. Im Januar 2012 eröffnete die Außenstelle im gut besuchten Marktplatzcenter Neubrandenburg die BStU-Ausstellung „Gut gekauft – gern gekauft“. Sie informiert über die leidigen Versorgungsprobleme der DDR-Bevölkerung insbesondere bei Konsumgütern und dokumentiert, wie die Stasi diese Stimmungslagen akribisch beobachtete und überwachte. Dieses Thema, das den Alltag vieler prägte, stieß bei den Besucherinnen und Besuchern auf großes Interesse. Erfreuliche Resonanz fand auch die Plakatausstellung des Wilhelm Fraenger-Instituts „Freiheit und Zensur – Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition“, die in Neubrandenburg und in der Region zu sehen war. Im Rahmen ihrer schulbezogenen Bildungsarbeit setzte die Außenstelle unter anderem die Plakatausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur „Die heile Welt der Diktatur – Herrschaft und Alltag in der DDR“ ein.

Die Außenstelle Rostock nutzte die Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) wieder für zahlreiche Sonderausstellungen. Hierzu zählten „Opposition und Widerstand in der DDR“ der Stiftung Ettersberg, „Workuta. Zur Geschichte eines sowjetischen Lagers“ des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, „Gesichter der Friedlichen Revolution“ der Robert-Havemann-Gesellschaft sowie „Fluchtschicksale. Der gefährliche Weg in den Westen“ des BStU.

Seit 2011 wird die Ausstellung „Über die Ostsee in die Freiheit“ in Kooperation mit dem gleichnamigen Verein von der Rostocker Außenstelle präsentiert. Diese Exposition wurde im November 2011, unterstützt vom Deutschen Honorarkonsulat und der Stadt Brest (Frankreich), im Rathaus von Brest gezeigt.

Neben der Dauerausstellung „Licht aus am Demmlerplatz“, die bereits 2010 eingeweiht wurde, zeigte die Außenstelle Schwerin verschiedene Sonderausstellungen. So

wurden 2011 unter anderem die Ausstellungen „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, „Grenzinschriften“ des Innovations- und Gründerzentrums Altmarkkreis Salzwedel sowie „Eiserne Randerscheinungen“ von Heiko Surek mit Skulpturen aus alten Grenzzaun-Materialien präsentiert. Im Jahr 2012 bereicherten zum Beispiel Ausstellungen wie „Gesichter der friedlichen Revolution“ der Robert-Havemann-Gesellschaft und „Mutige Frauen: Widerständiges Verhalten in Zeiten von Diktaturen“ vom Förderverein Denkstätte Teehaus Trebbow das Ausstellungsprogramm in Schwerin.

Die Wanderausstellung „Grenzgebiet – Ereignisse an der innerdeutschen Grenze zwischen Rehna und Cumlosen, an Elbe und Schaalsee“ konnte im Kloster Zarentin, im Museum Alte Burg in Wittenberge, in der Volkshochschule Bremerhaven und dem Grenzhof Schlagsdorf einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. An diesen Orten organisierte die Außenstelle öffentliche Führungen und Vortragsveranstaltungen.

Die Außenstelle Suhl stellte dem Thüringischen Staatsarchiv Meiningen – ehemals Sitz der MfS-Bezirksverwaltung in Suhl – mehrfach ihre Ausstellung zur Stasi-Untersuchungshaftanstalt zur Verfügung. So konnte die Ausstellung am authentischen Geschichtsort für Veranstaltungen und Führungen genutzt werden. Des Weiteren bildete sie in der Volkshochschule Meiningen den Rahmen für Vorträge zur MfS-Kreisdienststelle Meiningen.

6.1.2.2 Informations- und Dokumentationszentren sowie Gedenkstätten

Die Informations- und Dokumentationszentren der BStU-Außenstellen sowie die vom BStU mit unterhaltenen Gedenkstätten in Rostock und Frankfurt (Oder) haben nach wie vor viele Besucherinnen und Besucher. Die Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) des BStU in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock zieht durch die Authentizität des Ortes und das Bildungsangebot des BStU jährlich etwa 11 000 Besucher an, darunter viele internationale Touristen. Jährlich finden etwa 400 Führungen statt, darunter 200 für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studentinnen und Studenten. Darüber hinaus ist die DuG ein Ort für Sonderausstellungen und öffentliche Veranstaltungen des BStU, insbesondere für Zeitzeugen-Abende, Vorträge und Lesungen. Höhepunkte waren Veranstaltungen der seit mehreren Jahren laufenden Zeitzeugen-Reihe „Unterdrückt – Zerbrochen – Widerstanden. Schicksale in Ostdeutschland 1945 – 1989“. An diesen Abenden wird jeweils das Schicksal eines früheren Häftlings, zumeist aus der MfS-Untersuchungshaft Rostock, in einer Verbindung aus Gespräch und Aktendokumentation vorgestellt.

Gemeinsam mit der Universität Rostock legte die Außenstelle Rostock 2011 dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern ein Gesamtkonzept für die langfristige institutionelle und bauliche Sicherung der DuG zur weiteren Entscheidung vor. Es baut auf dem mit dem Land vereinbarten Ziel,

die DuG als einen zentralen Ort der politisch-historischen Bildungsarbeit im Norden Deutschlands weiterzuentwickeln, auf und benennt insbesondere den Sanierungsbedarf an wesentlichen Teilen des historischen Gebäudes. Der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, signalisierte bei seinem Besuch in der DuG am 23. Juni 2011 seine Bereitschaft zur Unterstützung; der Bundestag beschloss bei den Haushaltsberatungen im November 2012, Haushaltsmittel für die Sanierung des Gebäudes bereitzustellen. Mit der Darstellung neuer Inhalte in der DuG soll auch stärker gezeigt werden, dass die Stasi nicht nur in der DDR agierte, sondern auch in West- und Nordeuropa.

In der Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) präsentierte der BStU neben seiner Dauerausstellung „Eingesperrt ... Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit in Frankfurt (Oder)“ im Wechsel themenbezogene Sonderausstellungen. So wurde im Februar 2012 die Ausstellung „28 Jahre getrennt. Das Grenzregime und seine Folgen für die Brandenburger“ in der Gedenkstätte gezeigt. Die Ausstellung der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur erinnert an tragische Schicksale und zeigt Geschichten von Menschen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 stehen. Sie macht deutlich, in welchem Maße die Brandenburger unter der Teilung litten, und dokumentiert dies mit Zeitzeugen-Interviews, historischen Tondokumenten und Fotografien. Die Landesbeauftragte Ulrike Poppe eröffnete die Ausstellung „Der Mauerbau“, so Ulrike Poppe, „machte den Sozialismus zu seiner eigenen Karikatur“.

In der Frankfurter Gedenkstätte finden regelmäßig Vorträge, Lesungen und Diskussionen statt. Zusätzlich zu den eigentlichen Öffnungszeiten werden mitunter auch an Sonntagen Veranstaltungen angeboten. In der Gedenkstätte befindet sich eine Schüler-Projektwerkstatt, die durch eine Gedenkstättenlehrerin des Landes Brandenburg betreut wird. In eigens dafür eingerichteten Räumen können Schülerinnen und Schüler Forschungsvorhaben zur Unterdrückung und Verfolgung in den Diktaturen realisieren.

Am 20. Mai 2012 veranstaltete die Außenstelle Frankfurt (Oder) – zusammen mit der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung – in der Gedenkstätte eine Lesung und Diskussion zur aktuellen Debatte um Entschädigungsfonds für ehemalige DDR-Heimkinder. Heidemarie Puls, die selbst Aufenthalte in DDR-Jugendwerkhöfen ertragen musste, las aus ihrem Buch „Schattenkinder hinter Torgauer Mauern“. Autobiografisch schilderte sie ihre Erlebnisse in Kinder- und Durchgangsheimen sowie Jugendwerkhöfen der DDR, wo sie drastischen physischen und psychischen Misshandlungen ausgesetzt war. Parallel zur Lesung war in der Gedenkstätte die Ausstellung „Umerziehungseinrichtungen im Erziehungssystem der DDR“, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, zu sehen.

Die Informations- und Dokumentationszentren in den Außenstellen des BStU sind mit ihren vielfältigen Angeboten sowohl für Individualbesucher wie auch für Besu-

chergruppen interessant. Besonders Archivführungen, sogenannte Besuchertage, Tage der offenen Tür oder Veranstaltungen wie regionale Museumsnächte ziehen zahlreiche Besucher an. Zudem nutzen Institutionen aus den jeweiligen Regionen die Angebote der Außenstellen des BStU und seiner Informations- und Dokumentationszentren regelmäßig, etwa Überbetriebliche Ausbildungszentren, Einrichtungen der Polizei und der Bundespolizei, Schulen und Fachhochschulen oder Institutionen der Erwachsenenbildung.

6.1.3 Wanderausstellung

Die Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“, die 2008 die vorherige mit dem Titel „Staatsicherheit – Garant der SED-Diktatur“ ablöste, wurde speziell für die alten Bundesländer konzipiert und erfreut sich dort eines großen Besucherinteresses. Sie wanderte im Berichtszeitraum durch 13 westdeutsche Städte und wurde im Ausland in Stockholm und in Graz präsentiert (siehe Anhang 12).

Nachdem in der Vergangenheit die Ausstellung vorrangig in westdeutschen Großstädten präsentiert wurde, gastierte sie nun zunehmend in mittleren und kleineren Städten. Das Besucherinteresse war für die örtlichen Verhältnisse ausgesprochen stark, was auch dem engagierten Wirken und der Öffentlichkeitsarbeit der jeweiligen Ausstellungspartner wie z. B. Stadtverwaltungen oder Volkshochschulen zu danken ist. In vielen Orten eröffnete der Bundesbeauftragte die Ausstellung selbst.

In den drei kleineren Städten Kaarst, Weil am Rhein und Dorsten, die hier stellvertretend genannt seien, kamen über 100 Gäste zur Ausstellungseröffnung, in Kaarst sogar über 170. An allen Ausstellungsstationen wurden zusätzlich thematische Veranstaltungen und Weiterbildungen für Lehrer angeboten, die auf starkes Interesse stießen. Besondere Aufmerksamkeit erhalten auch die zusätzlichen Regionaltafeln, die der Bundesbeauftragte für die einzelnen Ausstellungsstationen anbietet. Hier erfahren die Besucher, inwieweit der DDR-Staatsicherheitsdienst in ihrer jeweiligen Heimatumgebung aktiv gewesen ist, wie er vor Ort gehandelt und gewirkt hat. Durch solche ergänzenden Komponenten und durch die engagierte Unterstützung der örtlichen Partner hatten alle Ausstellungen eine eindrucksvolle öffentliche Resonanz.

Ein Höhepunkt im Ausstellungskalender war die Präsentation der Wanderausstellung im Europahaus in Stockholm im Mai 2012. Wie inzwischen auch bei allen Stationen in Deutschland, war die Ausstellung in der schwedischen Hauptstadt um spezifische regionale Elemente ergänzt. Die Ausstellung in Stockholm zeigte u. a. beispielhaft auf, wie die Stasi in Schweden Auslandsspionage betrieb und wie sie schwedische Politiker und Staatsbürger bespitzelte.

Neben dem eigentlichen Ausstellungsthema war ein breites Publikum an der Frage interessiert, wie in Deutschland die SED-Diktatur aufgearbeitet wird. Zur Ausstellungseröffnung mit Dr. Harald Kindermann, Botschafter

der Bundesrepublik Deutschland in Schweden, und Pierre Schellekens, Leiter der Vertretung der EU-Kommission, konnte der Bundesbeauftragte rund 130 Gäste und zahlreiche Medienberichtersteller begrüßen. Eine Lehrkräftefortbildung ergänzte die Ausstellung zielgerichtet.

Viele Besucher brachten in Gesprächen zum Ausdruck, wie viel sie durch die Ausstellung über die Geschichte der DDR und die Rolle der Staatssicherheit für die Aufrechterhaltung der SED-Diktatur lernten. Gerade junge Menschen kritisierten, dass eine Diktatur selbstverständliche Freiheitsrechte verwehrte und solche Menschen, „die anders denken“, mit allen Mitteln verfolgte. Gleichzeitig können sie es kaum verstehen, dass sich die meisten Menschen dennoch dem System anpassten.

6.1.4 Weitere Ausstellungen

6.1.4.1 Solidarność, die DDR und die Stasi

„Lernt Polnisch“ – so lautet der Titel einer neuen Wanderausstellung des BStU. Sie zeichnet nach, welches Echo die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarność 1980/81 in der DDR hervorrief. Das Hauptaugenmerk gilt dabei dem Vorgehen der Stasi. Aus Furcht, der Funke könne überspringen, beauftragte die SED ihren Staatssicherheitsdienst, die Haltung der DDR-Bevölkerung zu Solidarność genau zu beobachten und „feindlich-negatives“ Verhalten zu verfolgen. Die Auswirkungen dieser Politik werden anhand der Biografien von vier Betroffenen konkretisiert.

Darüber hinaus leistete die Stasi aktive „Amtshilfe“ und unterstützte die polnische Geheimpolizei bei der sogenannten Radioabwehr, d. h. bei der Suche nach Untergrundsendern von Solidarność. Die Ausstellung zeigt eindrucksvolles Bildmaterial aus dem MfS-Archiv, so auch Fotos von Graffiti und Plakaten, auf denen zur Solidarität mit Solidarność aufgerufen wurde. Sie wird in deutscher sowie in polnischer Sprache produziert. Für die polnischen Besucher steht zudem eine Begleitbroschüre mit den Übersetzungen der deutschen Ausstellungsdokumente bereit.

6.1.4.2 Internationale Wanderausstellung „Die kommunistischen Geheimpolizeien“

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeien zuständigen Behörden“ (siehe Abschnitt 7.1) erarbeitet auf Initiative seiner beiden Mitglieder BStU und IPN (Institut des Nationalen Gedenkens, Polen) eine Wanderausstellung über die Funktion und Tätigkeit der Geheimpolizeien in den ehemaligen Ostblockstaaten DDR, Polen, Bulgarien, Rumänien, Tschechoslowakei und Ungarn. Die Ausstellung informiert zum einen über die Gemeinsamkeiten und länderspezifischen Charakteristika der kommunistischen Sicherheitsdienste. Zum anderen macht sie die Auswirkungen der Stasi-Tätigkeit auf den Lebensalltag der Bevölkerung in den einzelnen Ländern sichtbar. Sie ist als Wanderausstellung konzipiert und wird in englischer Sprache verfasst.

6.2 Bildungsarbeit für junge Menschen und Multiplikatoren

6.2.1 Projekttag und andere Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern

Die Nachfragen von Schulen nach Schülerseminaren und Projekttagen sind im Berichtszeitraum auf einem konstant hohen Niveau geblieben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU legten ihr Augenmerk verstärkt auf die Kompetenzentwicklung und bezogen die Jugendlichen noch aktiver in den Lernprozess ein. Außerdem wurden in den Projekten möglichst zielgruppengerechte Fallbeispiele von Jugendlichen mit regionalem Bezug in den Mittelpunkt gestellt, um eine stärkere Identifikation für die Schülerinnen und Schüler zu erzeugen.

Außenstellen

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum in den Außenstellen 647 Projekttag und Seminare mit 17 807 Teilnehmern durchgeführt. Die Schülerinnen und Schüler vertieften sich in Aktenauszüge und Arbeitsbögen, wobei die vom BStU entwickelten „Materialien für Schulen“ der Außenstellen eine besondere Rolle spielten. Die Jugendlichen holten an authentischen Orten der MfS-Geschichte Informationen ein und tauschten sich mit Zeitzeugen aus. Hierbei bildete im Umfeld des 50. Jahrestags des Mauerbaus im Jahr 2011 die Beschäftigung mit der DDR-Staatsicherheit und dem Mauerbau einen thematischen Rahmen.

Die Außenstelle Halle organisiert jährlich Veranstaltungen für die Schülerinnen und Schüler des haleschen Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums, die in dessen Aula stattfinden. Im Jahr 2011 führte der Regisseur Roman Grafe seinen Film „Eingeschlossen und abgeriegelt. Die Grenze durch Deutschland“ vor und stellte sich anschließend dem Gespräch mit dem jungen Publikum. 2012 beeindruckte der Liedermacher Stefan Krawczyk die Gymnasiasten, als er im Rahmen eines vielseitigen Programms auch seine Erzählung „Mein bester Freund wohnt auf der anderen Seite“ vorstellte. Im Anschluss diskutierten die Schülerinnen und Schüler intensiv mit dem Künstler. Ähnliche Veranstaltungen mit Stefan Krawczyk wurden 2012 von der Außenstelle Schwerin für das Gymnasium „Am Sonnenberg“ Crivitz und von der Außenstelle Leipzig für das Rudolf-Hildebrand-Gymnasium Markkleeberg organisiert und gestaltet. In Leipzig füllten über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Veranstaltungssaal.

Im Februar 2012 fand in der Außenstelle Leipzig für Schülerinnen und Schüler des Reclam-Gymnasiums eine sehr bewegende Aufführung des Dokumentarfilms „Die Vergessenen. Tod, wo andere Urlaub machen“ von Freya Klier und Andreas Kuno Richter (siehe Abschnitt 4.3.2) mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Die Regisseure schildern darin dramatische Fluchtversuche von DDR-Bürgern über die bulgarische Grenze, die etliche mit ihrem Leben oder mit Gefängnis bezahlten. Freya Klier sowie die beiden Zeitzeugen Gisela Kallenbach und Thomas Stellmann beantworteten danach viele Fragen der außerordentlich interessierten Schülerinnen und Schüler.

Vor allem der Protagonist des Films, Thomas Stellmann, weckte mit den Erzählungen seiner gescheiterten Flucht das Interesse der Schüler.

Ein besonderes Projekt in diesem Themenkontext kam auf Initiative der Rostocker Außenstelle 2011 mit der Willy-Brandt-Schule in Schlutup (Schleswig-Holstein) und der Regionalen Schule Dassow (Mecklenburg-Vorpommern) zustande. Ein halbes Jahrhundert nach dem Mauerbau setzten sich die Schulen beiderseits der ehemaligen innerdeutschen Grenze mit dem einstigen Todesstreifen in ihrer Nachbarschaft auseinander. Sie gingen auf Spurensuche, befragten Einwohnerinnen und Einwohner und erarbeiteten daraus eine kleine Ausstellung, die in Dassow gezeigt wurde.

Der Kontakt mit Zeitzeugen – nicht zuletzt aus der jeweiligen Region – bietet eine wichtige Bereicherung der Bildungsarbeit mit jungen Menschen. So führten Mitarbeiterinnen der Außenstelle Schwerin 2011 mit einer 9. Klasse der Theodor-Körner-Schule in Picher (Kreis Ludwigslust-Parchim) einen Projekttag zum Thema „Zwangskollektivierung in Picher“ durch. Die Schülerinnen und Schülern fertigten nach einer intensiven Vorbereitung und der Befragung eines Zeitzeugen Plakate an, die sie gemeinsam mit anderen Projektarbeiten in der Schule ausstellten.

Von November 2011 bis Januar 2012 begleitete eine Mitarbeiterin der Außenstelle Leipzig das Projekt „Israel im Blickfeld des MfS“ einer Projektarbeitsgruppe Klasse 7 bis 10 des Schiller-Gymnasiums Leipzig.

Nachdem sich die Projektarbeit mit Schulen aus dem Umland der Außenstellen seit Längerem auf einem guten Niveau befindet, hat im Berichtszeitraum auch die Zahl der Projekttag mit Schulklassen aus den westdeutschen Bundesländern weiter zugenommen. Bei etlichen Schulen aus den westdeutschen Bundesländern ist der Besuch beim BStU bereits zum festen Bestandteil der Schuljahresplanung geworden. So sind Schülerinnen und Schüler des Münchener Adolf-Weber-Gymnasiums regelmäßig Gäste in der Außenstelle Dresden. Eine ebenfalls schon zur Tradition gewordene Schülerveranstaltung fand bereits zum neunten Mal in der Außenstelle Leipzig statt: Schülerinnen und Schüler der Rudolf-Hildebrand-Schule aus Markkleeberg und des Gymnasiums Odenkirchen aus Mönchengladbach trafen sich und untersuchten gemeinsam an Fallbeispielen den Einfluss der Staatssicherheit auf das Leben Jugendlicher in der DDR.

Die Außenstelle Suhl veranstaltete im Jahr 2012 das dreitägige Seminar: „Wissen wie es war – ‚erfahren‘ wie es war“ für Schulklassen aus Suhl (Thüringen) und Kronach (Bayern). Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden den Schülerinnen und Schülern an authentischen Orten wie dem Deutsch-Deutschen Grenzmuseum Mödlareuth und dem Grenzbahnhof Probstzella die Geschichte der innerdeutschen Teilung und deren Auswirkungen vermittelt. Höhepunkt des Seminars war die Zugfahrt mit dem Bundesbeauftragten von Probstzella nach Ludwigsstadt. Auf der Fahrt berichtete Roland Jahn von seinem Leben in der DDR, von seiner gewaltsamen Ausbürgerung und von seiner Arbeit als Bundesbeauftragter.

Immer häufiger sind Auszubildende aus anderen europäischen Staaten bei Schülerveranstaltungen des BStU anzutreffen. So nahmen Gymnasiasten aus Dänemark im Juli 2011 am Workshop „Leben im Überwachungsstaat“ in der Außenstelle Gera teil. In einem Projekt der Außenstelle Dresden arbeiteten deutsche und tschechische Schülerinnen und Schüler mit den Akten, die der jeweilige Geheimdienst über einen inhaftierten tschechischen Staatsbürger angelegt hatte. An ähnlichen Veranstaltungen in Leipzig und Suhl nahmen auch Austauschschülerinnen und -schüler aus Frankreich und den USA teil.

Zentralstelle

Der BStU führte in der Zentralstelle im Berichtszeitraum insgesamt 115 Projekttag und Seminare mit 6 454 Schülerinnen und Schülern durch, davon 62 Veranstaltungen mit 5 032 Teilnehmern an Schulen in den alten Bundesländern. Das Land Hessen blieb auch weiterhin ein Schwerpunkt in den alten Bundesländern, die intensive Zusammenarbeit mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung konnte fortgesetzt werden. Im Berichtszeitraum wurden dort gemeinsam 28 Projekttag an Schulen in Wiesbaden, Frankfurt und dem nördlichen Hessen realisiert. Daran nahmen insgesamt 2 009 Schülerinnen und Schüler teil. Zusätzlich wurden 50 Projekttag mit 1 352 Teilnehmern in Berlin durchgeführt.

Auch an vielen Gymnasien, Gesamtschulen und berufsbildenden Schulen anderer alter Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen oder Bayern, fanden Schulprojekttag statt. Im Berichtszeitraum gab es neben den Projektwochen an hessischen Schulen u. a. Schülerprojekttag in Bamberg, Bergheim, Burgwedel, Celle, Ellwangen, Heide, Hürth, Lingen, Löhne, Lönningen, Prien und Würzburg.

Ebenso nutzten Berliner Schulen wieder die Bildungsangebote des BStU, wie das Friedrich-Ebert-Gymnasium, die Lily-Braun-Oberschule oder die Paul-Natorp-Oberschule. Für die Schülerinnen und Schüler des Ebert-Gymnasiums wurde im August 2011 eine Veranstaltung mit dem Liedermacher Stefan Krawczyk organisiert, die bei den Jugendlichen und den Lehrkräften der Schule auf großes Interesse stieß. In der Paul-Natorp-Oberschule ist es bereits seit 2008 Tradition, jährlich einen Schülerprojekttag zur Thematik DDR und MfS durchzuführen. Dazu wurden stets auch Zeitzeugen eingeladen, so im Februar 2012 der Bundesbeauftragte Roland Jahn.

Ein besonderes und erfolgreiches Angebot für Jugendliche war zum vierten Mal seit 2009 die Veranstaltung „Auf den Spuren der Stasi“. Während der Sommerferien konnten sich Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren beim Berliner Jugendkulturservice für die Aktion des Super-Ferien-Passes anmelden. Eine Bustour führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Berlin nach Potsdam in das ehemalige Untersuchungsgefängnis des MfS in der Lindenstraße. Der Zeitzeuge Hartmut Richter begleitete die Gruppe auf der Tour zu den Stationen seiner spektakulären Flucht aus der DDR und zu dem Ort seiner späteren Inhaftierung in Potsdam.

Bei der größten Fachmesse für Bildungswirtschaft in Europa, der Didacta, war der BStU 2012 wieder mit einem Stand vertreten. Zu den Gästen zählten vor allem Leiter von verschiedenen Bildungseinrichtungen, Lehrkräfte und Multiplikatoren. Erwähnenswert ist auch, dass auf der Didacta der Grundstein für zukünftige gemeinsame Projekte, z. B. mit dem Kultusministerium des Landes Niedersachsen, gelegt worden ist.

6.2.2 Weiterbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren

Nachdem sich die Anzahl der Fortbildungen für Lehrkräfte und Multiplikatoren in den Jahren 2009/10 mehr als verdoppelt hatte und damit die Kapazitäten des Fachbereichs überschritten waren, ist die Nachfrage im Berichtszeitraum wieder leicht zurückgegangen. Zugenommen haben Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in den neuen Bundesländern.

Die Außenstellen führten im Berichtszeitraum 49 Fortbildungen mit insgesamt 1 219 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. Etliche dieser Veranstaltungen wurden mit Kooperationspartnern organisiert. Gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt veranstaltete die Außenstelle Magdeburg im November 2011 eine eintägige Lehrerfortbildung, an der sich auch die Universität Magdeburg beteiligte.

Die drei nördlichen Außenstellen Rostock, Neubrandenburg und Schwerin organisierten gemeinsam mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2011 eine Großveranstaltung für Lehrkräfte aus dem ganzen Bundesland. Sie stand unter dem Titel „Es war doch nicht alles schlecht ...Alltag und Herrschaft in der DDR“. In dieser Fortbildung hielt auch die damalige Bundesbeauftragte Marianne Birthler vor 160 Lehrerinnen und Lehrern einen Vortrag über das Wesen und die Methoden der Stasi.

In einigen Veranstaltungen bildeten sich deutsche und ausländische Lehrkräfte gemeinsam weiter. Jährlich im August findet in der DuG Rostock eine Lehrerfortbildung der besonderen Art statt. Einen Tag lang besuchen 20 ausländische Lehrerinnen und Lehrer während ihres von der Goethe-Gesellschaft organisierten Studienaufenthalts die frühere Stasi-Haftanstalt. Da etliche Teilnehmer aus autoritär oder diktatorisch regierten Staaten wie Russland oder China kommen, ergeben sich regelmäßig hochinteressante Gespräche über das Wesen von Diktaturen und die Unterschiede zu demokratisch verfassten Gemeinwesen. In Dresden fanden drei Projekte mit der Brücke/Most-Stiftung zur Förderung der deutsch-tschechischen Verständigung und Zusammenarbeit statt. Eine Lehrerfortbildung im September 2011 hatte den Titel „Fortbildung zu historischer Spurensuche und Zeitzeugen in der Bildungsarbeit“. Daran nahmen auch Lehrerinnen und Lehrer sowie Studentinnen und Studenten der Universität in Ústí nad Labem teil. Es wurde der Operative Vorgang eines Betroffenen ausgewertet, der sich dann dem Zeitzeugengespräch stellte.

Die Außenstelle Rostock lädt in Kooperation mit der Universität Rostock seit 2010 regelmäßig zu Seminaren für

Lehramtsstudierende ein. Kernthema ist dabei die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern an authentischen Orten und in Gedenkstätten. Eine Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum ergab sich auch in der Außenstelle Dresden. Hier fertigten Lehramtsstudentinnen und -studenten der Technischen Universität im Rahmen ihrer Studienaufgaben ein vollständiges Exkursionskonzept für Gymnasiasten zum Besuch der Stasi-Unterlagen-Behörde an. Studentinnen und Studenten der Magdeburger Otto-von-Guericke-Universität und Lehramtsanwärter des Studienseminars Goslar informierten sich in der Außenstelle Magdeburg über die Nutzungsmöglichkeiten der MfS-Überlieferung für den Unterricht. In Leipzig besuchten im Berichtszeitraum Referendare vom Staatlichen Seminar für Mittelschulen sowie Referendare vom Staatlichen Seminar für Gymnasien aus Karlsruhe wiederholt die Außenstelle zur Projektarbeit.

In der Zentralstelle in Berlin erwachsen aus dem Umzug des Sachgebiets Bildungsarbeit für Schüler, Studierende und Lehrkräfte in das sogenannte Haus 1 in Berlin-Lichtenberg neue Möglichkeiten und neue Aufgaben für die Bildungsarbeit. Der BStU hat dort mit einer modern ausgestatteten neuen Projektwerkstatt gute Voraussetzungen für das Lernen am historischen Ort geschaffen.

Die Zentralstelle veranstaltete Fortbildungsseminare vorrangig für Lehrkräfte aus Berlin, dem westlichen Brandenburg und den alten Bundesländern. Die Weiterbildungsseminare fanden sowohl beim BStU in Berlin als auch an den jeweiligen Schulstandorten statt. Zur Weiterbildung nach Berlin kamen 31 Lehrergruppen mit 833 Teilnehmern. Sechs Fortbildungen mit 94 Teilnehmern fanden in den neuen Bundesländern statt.

Aufgrund der Einladungen von Schulleitungen und Landesschulbehörden wurden im Berichtszeitraum 26 Fortbildungsveranstaltungen mit insgesamt 484 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den alten Bundesländern organisiert. Bemerkenswert war dabei, dass mehrere Schulen am Ort kooperierten, um neben der Weiterbildung auch den Erfahrungsaustausch der Lehrenden untereinander gezielt zu fördern.

In Kooperation mit der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und der Gedenkstättenlehrerin der Dokumentationsstelle Brandenburg-Görden, Projektwerkstatt „Robert Havemann“, veranstaltete der BStU im November 2011 in der Justizvollzugsanstalt Brandenburg eine gut besuchte Lehrkräfteweiterbildung zum Thema „Zeitzeugenarbeit im Unterricht“. Besonders beeindruckte Shanghai Drenger, der als junger Punk wegen politischer Delikte hier für über zwei Jahre inhaftiert war und jetzt erstmals wieder die Haftanstalt betrat.

Lehrerfortbildungen an den Stationen der Wanderausstellung des BStU haben eine lange Tradition und werden von den Lehrerinnen und Lehrern der jeweiligen Orte in der Regel gern wahrgenommen. Auf besonders großes Interesse stieß das Angebot in den Städten Neumünster, Weil am Rhein und Springe sowie in Stockholm, wo gleich zwei Veranstaltungen mit insgesamt 40 Teilneh-

mern, eine an der deutschen Schule und eine am Goethe-Institut, ausgerichtet werden konnten.

Die Anzahl der Studienseminare, die für ihre Lehramtsreferendare die Angebote des BStU nutzen wollten, blieb in den vergangenen zwei Jahren konstant. So fanden im Berichtszeitraum 16 Weiterbildungsveranstaltungen für Lehramtsreferendare statt. Einzelne Studienseminare bieten die Weiterbildungen zur Behandlung des Themas „DDR und MfS im Unterricht“ inzwischen regelmäßig in ihren Programmen an.

Die Zusammenarbeit mit der Lehrkräfteausbildung an Universitäten soll weiter ausgebaut werden. Veranstaltungen an der Universität Osnabrück und der Humboldt-Universität Berlin oder Besuche von Studierenden der Universität Marburg zeigten, dass das Interesse und der Bedarf dafür groß sind. In einem von der Universität Mainz und dem BStU gemeinsam organisierten Blockseminar erhielten junge Lehramtsstudierende die Gelegenheit, sich grundlegende Kenntnisse über die Staatssicherheit anzueignen. Darauf aufbauend erarbeiteten sie Unterrichtsmodelle. Nach einer Einführung war Gelegenheit, intensiv mit Materialien des BStU zu arbeiten, eigene Unterrichtsstunden zu gestalten und diese für 10. Klassen simulativ abzuhalten.

Die seit 2003 etablierten Tagesveranstaltungen für Rechtsreferendare des Berliner Kammergerichts zum Thema „Politische Justiz in der DDR“ fanden weiterhin zwei Mal jährlich statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Rolle des MfS als Ermittlungs- und Untersuchungsorgan, Fallbeispiele für Rechtsbeugung und der menschenrechtswidrige Umgang mit Gegnern der SED-Diktatur sowie Fragen der Aufarbeitung und der dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen.

Auch im Berichtszeitraum wandten sich wieder verschiedene Einheiten der Bundeswehr mit Fortbildungswünschen an die Zentralstelle und die Außenstellen des BStU. Dabei stand vor allem der Einfluss der Stasi auf die Nationale Volksarmee (NVA) im Mittelpunkt sowie in der Außenstelle Rostock das Grenzregime an und auf der Ostsee sowie die zahlreichen Fluchtversuche über das Meer. In dieser Außenstelle finden seit 2010 auch regelmäßig Seminare für die Polizeihochschule Hamburg statt. Im Rahmen eines Ethik-Seminars informierten sich rund 30 Anwärter für den gehobenen Polizeidienst über die „DDR-Geheimpolizei als Garant einer Diktatur. Das Verhältnis von Stasi und Volkspolizei in der DDR“.

6.2.3 Betreuung von Facharbeiten

Die individuelle Betreuung von Facharbeiten, Jahresarbeiten, besonderen Lernleistungen und Seminarfacharbeiten, vornehmlich in den Fächern Geschichte, Politische Bildung und Sozialkunde, nimmt in der Zentralstelle und den Außenstellen des BStU einen wichtigen Platz ein. Die Zentralstelle betreut dabei fast ausschließlich Schülerinnen und Schüler aus den alten Bundesländern, welche an einem meist selbst gewählten Thema anhand von Aktenauszügen, Sekundärliteratur oder Zeitzeugeninterviews arbeiten. Die Ergebnisse werden in den Schulen als schrift-

liche Ausarbeitung eingereicht oder als Referat präsentiert. Weil diese Jugendlichen meist keine Möglichkeit haben, dafür extra nach Berlin oder zu einer Außenstelle zu reisen, erfolgt die Betreuung in der Regel telefonisch und per Mail. Insgesamt wurden von der Zentralstelle 18 Schülerprojekte betreut. Außerdem wurden acht Studentinnen und Studenten bei der Anfertigung ihrer Examensarbeiten fachlich beraten.

In den Außenstellen wurden darüber hinaus auch 31 Forschungsanträge von Schulen aus der Region bearbeitet, bei denen die Schülerinnen und Schüler in vorbereitete Stasi-Akten Einsicht nehmen konnten. Dafür mussten die Jugendlichen mehrmals in die Außenstellen kommen. Die Betreuung solcher Anträge erstreckt sich in der Regel über 18 Monate.

Ein Forschungsantrag zum Thema „Alltag in der DDR und der Mauerbau in der Region um Fürstenwalde“ wurde vom Oberstufenzentrum Palmnicken, Berufliches Gymnasium, in Kooperation mit dem Katholischen Gymnasium Bernhardinum Fürstenwalde in der Außenstelle Frankfurt (Oder) gestellt. Während einer Exkursion in die Außenstelle erhielten die Schülerinnen und Schüler und Auszubildenden Einblick in die Tätigkeit der Staatssicherheit in der Region und in die Grundlagen der Archivarbeit. Im Rahmen anschließender Akteneinsichten werteten die Jugendlichen rund 4 000 Dokumentenseiten aus. Dabei erlangten sie umfangreiche Kenntnisse über die Repressionen des SED-Regimes, erfuhren aber auch, wie couragiert sich Jugendliche gegen Einschränkungen ihrer Freiheit in der DDR wehrten. Besonders nachhaltig war für die Lernenden das Abhören einer im Jahr 1961 aufgezeichneten Gerichtsverhandlung gegen Jugendliche, die gegen den Bau der Mauer protestiert hatten und dafür verurteilt wurden.

Die aus 15 Schülerinnen und Schülern der Klassenstufen 10 und 11 bestehende Arbeitsgemeinschaft „Geschichte“ am Goldberg-Gymnasium Sindelfingen hatte sich in einem Forschungsprojekt mit den Stasi-Akten über die Städtepartnerschaft Sindelfingen – Torgau befasst. Die Arbeit am Projekt dauerte fast zwei Jahre und wurde vorrangig von der Außenstelle Leipzig unterstützt. Die Gymnasiasten beschäftigten sich in diesem Zeitraum mit über 800 Kopien aus Stasi-Akten, die ihrer Schule zur Verfügung gestellt worden waren (siehe Abschnitt 4.3.6). Als Ergebnis entstand eine interessante Serie aus 14 Artikeln, die seit April 2012 in den Lokalzeitungen von Sindelfingen und Torgau veröffentlicht wurde. Die Artikel sind auf der Bildungs-Webseite des BStU zu lesen.

6.2.4 Materialien

Die vom BStU seit 2003 herausgegebene Broschürenreihe „Quellen für die Schule“ ist zu einem in vielen Schulen gern genutzten Arbeitsmaterial geworden. Das zeigen sowohl die ausnahmslos positiven Meldungen von Geschichts- und Politiklehrkräften aus der gesamten Republik als auch die gleichbleibend hohen Bestellzahlen. So mussten die Quellen 1 bis 3 im Berichtszeitraum zum vierten Mal neu aufgelegt werden, die neueren Quellenhefte 5 und 6 zum zweiten Mal. Alle Broschüren wurden

aus diesem Anlass gründlich überarbeitet und neu gestaltet. Die Quelle 4 mit dem Stasi-Lehrfilm „Revisor“ gab es bisher nur als DVD, sie wurde aber aufgrund der Nachfrage nun ebenfalls in gedruckter Form hergestellt.

Die bewährte Form der Schülerprojekttag zum Thema „DDR und Staatssicherheit“ mithilfe der „Quellen für die Schule“ wurde mit dem Ziel erweitert, Lehrerinnen und Lehrern die Erarbeitung des Themas anhand der Quellen im regulären Unterricht zu ermöglichen. Dazu entwickelte der BStU neue Arbeitsbögen, die nicht mehr die Lektüre eines ganzen Quellenheftes voraussetzen, sondern die Auseinandersetzung mit ausgewählten Dokumenten in den Quellen gestatten. Gezielte Fragen, thematisch pro Kleingruppe gegliedert und mit genauer Angabe der jeweils zu untersuchenden Dokumente, ermöglichen jetzt punktgenaue Einblicke in kürzerer Zeit. Eine Anleitung für die Lehrkräfte ist beigelegt, in der erklärt wird, wie sie die Arbeit mit den Quellen in den Unterricht integrieren können. Das Angebot wurde für den Download im Internet (siehe Menüpunkt Unterrichtsmaterialien auf der BStU-Homepage) und für die Klassenstufen 9 und 10 konzipiert.

Der BStU kann die Durchführung von Seminaren und Fortbildungsveranstaltungen für Lernende und Lehrkräfte aus Gründen der Personalkapazität nicht ausweiten. Daher entwickelt die Behörde neben ihrer Arbeit mit Multiplikatoren auch praxisorientierte Angebote über das Internet. Diese erreichen einen großen Kreis interessierter Lehrkräfte und geben ihnen gesicherte Informationen an die Hand. So wurden alle „Materialien für den Unterricht“ der Außenstellen als Downloads ins Internet gestellt. Die Webseite des BStU wird künftig noch stärkere Bedeutung für die Verbreitung der Bildungsangebote erhalten. Die Materialien des BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit sind im Anhang 11 aufgeführt.

6.2.5 Kooperationspartner

Im Juli 2012 kamen die Leiter der Außenstellen Halle und Magdeburg zu einem ersten Gespräch mit Vertretern des Niedersächsischen Kultusministeriums zusammen. Erörtert wurden praxisorientierte Möglichkeiten, das Kultusministerium bei der schulischen Beschäftigung mit dem Thema „DDR-Staatssicherheit“ zu unterstützen.

Im Jahr 2010 vereinbarten das Bildungsministerium Mecklenburg-Vorpommern und die drei nördlichen Außenstellen des BStU, die Kooperation bei der Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes im Schulunterricht, bei Schülerprojekten und bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften zu verstärken. Die bisherige Zusammenarbeit basierte auf der Gemeinsamen Erklärung zwischen dem BStU und dem Bildungsministerium aus dem Jahr 2009. Ein bedeutendes Ergebnis dieser Zusammenarbeit war die Lehrerkonferenz im Februar 2011, an der 160 Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Mecklenburg-Vorpommern teilnahmen. Das Potenzial der Kooperation gilt es auch in Zukunft auszuschöpfen.

Eine für die Bildungsarbeit des BStU förderliche Zusammenarbeit hat sich in den Außenstellen Rostock und Gera entwickelt. Die staatlichen Schulämter Rudolstadt/Ilm-

Kreis, Jena/Stadtroda und Gera/Schmölln erklärten sich bereit, für einen befristeten Zeitraum vier Lehrkräfte zum BStU abzuordnen. Ebenso ordnete das staatliche Schulamt Rostock eine Lehrerin für zwei Tage pro Woche ab, die als Unterstützungslehrerin in der Dokumentations- und Gedenkstätte tätig ist. Ziel war es, zusammen mit den Außenstellen Bildungsangebote zum Thema Staatssicherheitsdienst zu entwickeln und diese in die Schulen zu bringen. Darin liegt eine große Chance, den Schulen regionalspezifische und unterrichtspraktische Materialien zur Verfügung zu stellen und Lehrkräfte zu qualifizieren. Eine ähnliche Zusammenarbeit startete im Januar 2012 auch zwischen der Außenstelle Neubrandenburg und dem Staatlichen Schulamt Neubrandenburg. Die Ergebnisse dieser Kooperationen lassen – ungeachtet einiger Unterschiede – erkennen, welche Möglichkeiten in der Konzentration von Kompetenzen liegen.

Die 2003 in der „trilateralen Arbeitsgemeinschaft“ begonnene Zusammenarbeit zwischen dem BStU, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Stiftung) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat sich im Berichtszeitraum weiter vertieft. So koordinierten der BStU und die bpb ihre Internetpräsentationen, welche zum 60. Jahrestag des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 veröffentlicht werden. Außerdem wurde der Unterrichtsfilm des BStU „Ein Volk unter Verdacht“ in die Angebotspalette der bpb aufgenommen. BStU und Stiftung entwickelten und veröffentlichten gemeinsam einen Bildungswegweiser, der den Schulen als Orientierung zur Vorbereitung von Unterricht und Projekttagen über den 17. Juni 1953 dienen kann. Auf der Didacta gestalteten die drei Institutionen eine gemeinsame Gesprächsrunde zu Fragen der politischen Bildungsarbeit.

Schließlich seien noch zwei Kooperationen erwähnt, die inzwischen in der Außenstelle Rostock eine gute Tradition haben. So findet jährlich im August in Rostock ein vom Baltic Youth Office und dem Rostocker Offenen Kanal (rok-tv) organisiertes „Ostseejugend-Mediencamp“ statt, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Tag lang als praktische Übung einen Filmbeitrag über die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt erarbeiten, inklusive davor geschalteter Führung für den inhaltlichen Einstieg. Seit 2011 gibt es überdies eine Kooperation mit dem Verein Prora-Zentrum e. V., der es sich zur Aufgabe gemacht hat, in Prora auf Rügen mit Schülerinnen und Schülern nicht nur zur NS-Vergangenheit dieses historischen Ortes zu arbeiten, sondern auch dessen Geschichte zwischen 1945 und 1989 zu thematisieren. Die Außenstelle Rostock lieferte dafür Zuarbeiten und Fallbeispiele zu den Themen „Flucht über die Ostsee und die Stasi“ und „DDR-Bausoldaten im Stasi-Visier“.

6.3 Veranstaltungen

Mit gut 800 Veranstaltungen informierte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen die Öffentlichkeit über Strukturen, Methoden und Wirkungsweise der DDR-Staatssicherheit, aber auch über die Tätigkeitsfelder und Dienstleistungen der Behörde, wie die Arbeit in den Archiven und den Service rund um die Akteneinsicht. Die Veranstaltungen richteten sich an unterschiedliche Ziel-

gruppen. An Bürger, die durch eigene biografische Bezüge oder auch generell an Aufarbeitung interessiert sind, aber auch an Multiplikatoren der politischen Bildungsarbeit, Journalisten und Wissenschaftler sowie jüngere Menschen, die die SED-Diktatur nicht selbst erlebt haben. Angeboten wurden die verschiedensten Formate, u. a. Ausstellungen, Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengespräche, Filmabende, Lesungen, „Tage der offenen Tür“.

Etliche Veranstaltungen im Berichtszeitraum widmeten sich den vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit den Stasi-Akten vor dem Hintergrund, dass Akteneinsichten nunmehr seit 20 Jahren möglich sind. Mit zahlreichen regionalen Veranstaltungen und Beratungsangeboten bewies die Behörde ihre Bürgernähe und trug dabei dem nach wie vor hohen Interesse an der Akteneinsicht Rechnung.

Insgesamt wurden 2011 und 2012 mehr als 78 000 Besucherinnen und Besucher bei den Veranstaltungen des Bundesbeauftragten in Berlin und den zwölf Außenstellen in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gezählt.

6.3.1 Veranstaltungen der Zentralstelle

Das Highlight der Veranstaltungen des BStU in Berlin war der Bürgertag am 14. Januar 2012, zu dem fast 6 000 Besucherinnen und Besucher auf das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg kamen. „Wissen wie es war“ – unter dem Motto stand dieser Tag und erinnerte so an die ersten Akteneinsichten für Bürger auf Grundlage des Stasi-Unterlagen-Gesetzes (StUG) im Januar 1992. Das Motto folgte dem Schwerpunktthema des Jahres „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“, das in den Gesprächsrunden aus dem Blickwinkel verschiedener Nutzer diskutiert wurde: für die persönliche Aufarbeitung; um Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht zu erlangen; für die Zwecke von Medien und Forschung und schließlich für die Ersuchen von öffentlichen Stellen, um ihre Beschäftigten auf Stasi-Verstrickungen zu überprüfen. Verantwortliche und Betroffene aus diesen Nutzergruppen diskutierten, wie sie für ihre Ziele die Stasi-Unterlagen verwenden konnten und welchen Beitrag die Behörde dafür leistete. Ein Höhepunkt des Tages war die erste gemeinsame öffentliche Diskussion der ehemaligen Bundesbeauftragten Joachim Gauck und Marianne Birthler und des amtierenden Bundesbeauftragten Roland Jahn.

Viele Gäste besichtigten am Bürgertag auch „Haus 1“, den ehemaligen Dienstsitz des Stasi-Ministers Erich Mielke. Das Gebäude war nach seiner Sanierung aus Mitteln des Konjunkturprogramms II ab diesem Tag wieder für die Öffentlichkeit zugänglich (siehe Abschnitt 6.1.1.1). Großer Andrang herrschte zudem im Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde, das ganztägig für Besucher begehbar war. Abgerundet wurde der Bürgertag durch Führungen über das Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale, die Präsentation von audiovisuellen Stasi-Dokumenten und der Rekonstruktion zerrissener Stasi-Unterlagen, einen „Markt der Möglichkeiten“ von Berliner Aufarbeitungsinstitutionen und eine Bürgerberatung zur Akteneinsicht.

Am 9. Juni 2012 fand in Potsdam in der Gedenkstätte „Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ ein Bürgertag unter dem gleichen Motto statt. Kooperationspartner waren hier die Gedenkstätte Lindenstraße sowie die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur. Hunderte von Besucherinnen und Besuchern bekamen ein vielfältiges Informations- und Diskussionsprogramm in der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Potsdam geboten: So berichteten ehemals Verfolgte über ihre Akteneinsicht, und die Fraktionsspitzen des Brandenburger Landtags diskutierten, wie es mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg weitergehen soll.

Insgesamt organisierte die Berliner Zentralstelle in den Jahren 2011 und 2012 36 Veranstaltungen in Berlin und Potsdam, oft in Kooperation mit anderen Aufarbeitungsinstitutionen wie der Robert-Havemann-Gesellschaft, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin. Dazu werden im Folgenden einige Beispiele vorgestellt.

Anlässlich des 50. Jahrestags des Baus der Berliner Mauer wurde der Band zum Jahrgang 1961 der ZAIG-Edition des BStU „Die DDR im Blick der Stasi“ der Öffentlichkeit präsentiert. In einer Open-Air-Veranstaltung auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer diskutierten am 23. Juni 2011 die Zeitzeugen Klaus Schütz, Referent des damaligen Bürgermeisters Willy Brandt und späterer Bürgermeister von Berlin, Eva-Maria Hagen, Schauspielerin und Musikerin, sowie der Bundesbeauftragte Roland Jahn und die Herausgeberin der Edition, Prof. Dr. Daniela Münkel. Eingeleitet wurde die Diskussion vor über 180 Gästen auf dem Mauerstreifen von Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke.

2011 bildete die internationale Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit einen thematischen Schwerpunkt. Gemeinsam mit dem Slowakischen Institut und dem Tschechischen Zentrum und unter der Schirmherrschaft der Botschafter der Tschechischen und der Slowakischen Republik in Deutschland fand in Berlin die Reihe „Fokus DDR – ČSSR. Alltag und Geheimpolizei in zwei kommunistischen Diktaturen“ statt. Zehn Veranstaltungen widmeten sich zwischen März und November 2011 der DDR-Staatssicherheit und ihrem „Bruderorgan“, der tschechoslowakischen Staatssicherheit. Untersucht wurden Fragen der Zusammenarbeit beider Geheimpolizeien, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, aber auch der unterschiedliche Umgang der Deutschen, Tschechen und Slowaken mit dem Erbe ihrer Geheimpolizeien.

Mit der internationalen Konferenz „Einsicht durch Einsicht? Die Akten der kommunistischen Geheimpolizeien und die Aufarbeitung der Vergangenheit“ gelang am 14. und 15. September 2011 in der Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin ein Blick über Mitteleuropa hinaus. Kooperationspartner des BStU waren die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e. V. und die Südosteuropa-Gesellschaft. Die Konferenz fragte danach, welche Relevanz der Umgang mit den Hinterlassenschaften der Geheimpolizeien in den osteuropäischen Gesellschaften hat und ob die Diskussionen im Osten Europas

Impulse für eine gesamteuropäische Auseinandersetzung mit den Hinterlassenschaften anderer Diktaturen des 20. Jahrhunderts liefern. Eingeladen waren Referenten aus Bulgarien, Deutschland, Lettland, der Republik Moldau, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, der Ukraine und Ungarn, aber auch Griechenland und Spanien.

„Der Traum ist aus ...“ war der Titel einer Gedenkveranstaltung mit mehreren Schulklassen am 12. April 2011 zum 30. Todestag des Jenaer Oppositionellen Matthias Domaschk, der in der Stasi-Untersuchungshaft in Gera ums Leben kam. An sein Leben und seinen viel zu frühen Tod erinnerten seine Freunde Siegfried Reiprich und Roland Jahn. Um Waffendienstverweigerer, sogenannte Bausoldaten, ging es in der Diskussion „Feindlich negative Kräfte? – Bausoldaten in der DDR“. Sie standen unter besonderer Beobachtung der Staatssicherheit, Totalverweigerer des Militärdienstes wurden zu hohen Haftstrafen verurteilt. Drei ehemalige Bausoldaten, darunter der Vorsitzende der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Rainer Eppelmann, und ein Totalverweigerer sprachen über ihre damaligen Erlebnisse vor einem großen Publikum mit zahlreichen weiteren Zeitzeugen. Versöhnung war 22 Jahre nach der Friedlichen Revolution am 7. Oktober 2011 in der Berliner Gethsemanekirche ein emotional diskutiertes Thema. Prof. Dr. Thomas Hoppe, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Friederike von Kirchbach, Pröpstin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, und der Bundesbeauftragte Roland Jahn versuchten unter dem Titel „Vergeben, vergessen und vorbei“ der Frage nachzugehen: Kann es zwischen Tätern und Opfern nach einer Diktatur zur Aussöhnung kommen? Was schafft wirklich Befriedung, Aufklärung oder der oft bemühte Schlussstrich?

Im November 2011 erinnerte die Veranstaltung „Wolf Biermann 1976 – Die Ausbürgerung und ihre Folgen“ an das Konzert in Köln vor 35 Jahren, das die SED zum Vorwand nahm, Biermann auszubürgern. In der großen Kooperationsveranstaltung in den Räumen der Heinrich-Böll-Stiftung reflektierten Zeitzeugen, welche Auswirkungen diese Maßnahme in Ost und West hatte. Höhepunkte waren ein Gespräch zwischen Ilko-Sascha Kowalczyk (Abteilung BF des BStU) und Wolf Biermann sowie die Aufführung des Fernsehmitschnitts des Konzerts.

Im Januar 2012 wurde in Zusammenarbeit mit der Robert-Havemann-Gesellschaft vor über 400 Zuschauern im Berliner Kino Babylon der Dokumentarfilm „Vaterlandsverräter“ über den Schriftsteller Paul Gratzik vorgeführt. Die anschließende Podiumsdiskussion über seine inoffizielle Tätigkeit für die Stasi, über Aufklärung, Versöhnung und unterschiedliche Sichten auf die DDR rief heftige Reaktionen im Publikum hervor. Auf der Bühne saßen die Regisseurin Annetkatrin Hendel, Paul Gratzik, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn und der Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau und Zeitzeuge Wolfgang Templin.

Im Umfeld der Fußball-Europameisterschaften fand im Juni 2012 die Veranstaltung „Stasi am Ball – DDR-Fußball und Staatssicherheit“ in Kooperation mit dem Deut-

schen Fußball-Bund statt. Spieler, Fans, Zeitzeugen und Historiker diskutierten mit dem Bundesbeauftragten über die Beeinflussung von Spielerkarrieren, Spielertransfers, Auslandsspielen und über Kontrollen der Sportler durch die Stasi.

Anlässlich der 25 Jahre zurückliegenden Razzia in der Umwelt-Bibliothek gestaltete der BStU im November 2012 mit der Robert-Havemann-Gesellschaft einen Spaziergang zu authentischen Orten im Kiez Prenzlauer Berg und erreichte damit zahlreiche junge und teils aus der Nachbarschaft stammende Menschen. Viele verfolgten anschließend die Gespräche in der Zionskirche mit ehemaligen Mitgliedern der Umwelt-Bibliothek und der Kirchenleitung über die Ereignisse von 1987.

Die Reihe „Filme im Bildungszentrum“ zeigte im Jahr 2011 „Jeder schweigt von etwas anderem“, einen Dokumentarfilm über die Auseinandersetzung dreier Familien von politischen Häftlingen mit den generationenübergreifenden Folgen der DDR-Vergangenheit, „Gesicht zur Wand“ über das Schicksal von fünf inhaftierten DDR-Bürgern, den preisgekrönten Film „Feindberührung“ (siehe Abschnitt 4.3.9 sowie Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 63) sowie eine Retrospektive des Filmemachers Thomas Heise.

Die Filmreihe „STASI *doku* SCHICKSAL“ thematisierte 2012 die Einzelschicksale von Menschen, die, weil sie sich nicht der Norm fügten, von der Stasi verfolgt wurden. „Keine verlorene Zeit“ zeigte eine Gruppe junger Leipziger, die ins Blickfeld des MfS gerieten. Der Kurzfilm mit dem Titel „Radfahrer“ porträtiert den systemkritischen Fotografen Harald Hauswald. „Der schwule Neger Nobi“ erzählt die Geschichte von Andreas Göbel, der 1961 in der DDR-Provinz als Kind eines afrikanischen Vaters und einer deutschen Mutter geboren wurde. Als junger Mann kam er ins Visier der Staatssicherheit, nachdem er die Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei verweigert hatte.

6.3.2 Veranstaltungen der Außenstellen

Auch die Außenstellen konzipierten im Jahr 2012 schwerpunktmäßig Veranstaltungen zum Thema „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“. Mit vielen Zeitzeugen – auch aus den jeweiligen Regionen – und zu lokalen oder regionalen Themen reflektierten sie die Nutzung der Akten und den Nutzen für die Gesellschaft.

Zahlreiche Außenstellen präsentierten im Berichtszeitraum zwei Veranstaltungsformate, die in den kommenden Jahren in weiteren Orten gezeigt werden sollen. „Wo sind wir bloß hingekommen? Die letzten Monate der DDR-Staatssicherheit im Originalton“ ist eine Collage aus originalen Tonaufzeichnungen der Staatssicherheit aus dem Jahr 1989. Sie enthält Mitschnitte von Telefonaten zwischen Stasi-Dienststellen und Informanten, Berichte über Demonstrationen sowie Meldungen über Ein- und Ausreisezahlen. Insbesondere die Aufzeichnungen der Gespräche von Stasi-Bediensteten untereinander zeugen von zunehmender Ratlosigkeit und Frustration angesichts des nahenden Endes von SED-Staat und Staatssicherheit. Bebildert ist das Feature auf der Kinoleinwand mit Fotos aus

dem Archiv der Stasi-Unterlagen-Behörde und dem Bundesarchiv. Bislang wurde die Collage in Berlin, Dresden, Erfurt und Halle aufgeführt.

Der Leseabend „Literaturinventur: Staatssicherheit“ gastierte in Berlin, Leipzig, Meerane, Greifswald, Erfurt und Neubrandenburg. Mit Lesungen und Vorträgen wird dargestellt, ob und in welcher Form die Stasi Thema in der neuen deutschen Literatur ist und mit welchen Erzählmustern und Stilmitteln sich Autorinnen und Autoren diesem Stoff nähern. Vorgestellt werden Romane von Uwe Johnson, Christa Wolf, Günter Grass und Wolfgang Hilbig, aber auch von jüngeren Autoren wie Thomas Brussig, Rayk Wieland und Antje Ravic-Strubel.

Vier Außenstellen zeigten 2012 die vom Deutschen Zentrum für Sportgeschichte konzipierte und mithilfe der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Deutschen Klassenlotterie finanzierte Ausstellung „ZOV Sportverräter“ (siehe Abschnitt 6.1.2.1). Zu jeder Eröffnung fanden gut besuchte Zeitzeugenabende statt, in denen ehemalige Sportler über ihre Erfahrungen im DDR-Sport, ihre Flucht und ihre fortdauernde Verfolgung im Westen berichteten.

Viele der Veranstaltungen der Außenstellen fanden in Zusammenarbeit mit lokalen, regionalen und überregionalen Partnern statt. Dazu gehören die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, die Landeszentralen für politische Bildung, die Stiftungen der Parteien sowie Volkshochschulen, Städte- oder Gemeindeverwaltungen, Kirchengemeinden und Aufarbeitungsinitiativen.

In **Sachsen** beteiligten sich die drei Außenstellen Chemnitz, Leipzig und Dresden gemeinsam am „Tag der Sachsen“ in Kamenz (2011) bzw. in Freiberg (2012). Ebenfalls gemeinsam und in erstmaliger Kooperation mit dem DDR-Museum „Zeitreise“ (Radebeul) organisierten die drei Außenstellen und die sächsische Landeszentrale für politische Bildung im März 2012 eine Fachkonferenz für Pädagogen, Mittler politischer Bildung und Journalisten unter dem Titel „Früher war alles besser. Unser historisches Bewusstsein zwischen Aufklärung und Verklärung“.

Höhepunkt der Veranstaltungen der Außenstelle Leipzig war in Erinnerung an die Friedliche Revolution 1989 die alljährliche Beteiligung am Leipziger Lichtfest am 9. Oktober. Im Jahr 2011 war dies verbunden mit der Veranstaltung „Die Kirchen und ihr ‚politisches Mandat‘“ vier Tage zuvor. Diese spannte einen weiten Bogen von der Entstehung der Solidarność im Jahre 1980 zu den Aktivitäten der Kirchen während der Friedlichen Revolution 1989 und ihrer Beobachtung durch die Stasi. Zum Tage selbst öffnete die Außenstelle zur „Nacht der offenen Tür“ und informierte mit Ausstellungen, der Filmvorführung „Panzer gegen Polen. Honeckers Geheimplan gegen Solidarność“ sowie szenischen Lesungen aus Stasi-Akten zum Thema Solidarność über die historische Zeit. Am 9. Oktober 2012, zum 23. Jahrestag der bedeutendsten Montagsdemonstration in Leipzig, fand ein Zeitzeugengespräch mit Roland Jahn und Siegfert Scheffke statt, der die Demonstration heimlich gefilmt hatte. Zur Veranstaltung mit dem Titel „OV ‚Satan‘. Die Montags-Demos im

West-Fernsehen“ – benannt nach dem zu Schefke angelegten Operativen Vorgang – waren drei Schulklassen aus der Region eingeladen.

Im April 2012 berichteten nach einem Vortrag von Martin Albrecht, der seine Masterarbeit über die Untersuchungshaftanstalt der Leipziger Bezirksverwaltung für Staatssicherheit geschrieben hat (siehe Abschnitt 4.3.3), ehemalige Untersuchungshäftlinge als Zeitzeugen. Die gemeinsame Museumsnacht Leipzig/Halle 2012 (zur gemeinsamen Museumsnacht 2011 siehe Außenstelle Halle) stand unter dem Motto „Nachtaktiv“, das die Außenstelle mit der neuen Ausstellung „Als der Südfriedhof mein Wohnzimmer war“ begleitete. Besonders junge Leute interessierten sich für die Ausstellung über die Grufti-Szene in der DDR und deren Überwachung durch das MfS. Insgesamt kamen in der Museumsnacht 1 200 Besucher in die Außenstelle.

Die Außenstelle Chemnitz hatte mit ihren Veranstaltungen vier thematische Schwerpunkte im Blick: regionale Bezüge zum 50. Jahrestag des Mauerbaus sowie 20 Jahre Akteneinsicht in der Region Chemnitz, zudem das MfS-Gefängnis Karl-Marx-Stadt mitsamt dem dortigen Gefangenenerkauf sowie den Uranbergbau der Sowjetisch-Deutschen-Aktiengesellschaft (SDAG) Wismut. Da die Außenstelle die Überlieferung der „MfS-Objektverwaltung Wismut“ verwahrt, ergibt sich für das Thema ein besonders guter Aktenzugang. So konnte die Außenstelle 2011 gemeinsam mit dem Ch. Links Verlag sowie Herausgebern und Autoren exklusiv eine Studie zum Uranbergbau der SDAG Wismut im historischen Gebäude der ehemaligen SDAG präsentieren, die auf großes regionales und Medienecho stieß. Weitere Veranstaltungen zum Beispiel in Kooperation mit dem Bergbaumuseum Oelsnitz vertieften das Thema in der Region.

Die Stasi-Haftanstalt auf dem Chemnitzer Kaßberg, letzte Station des Häftlingserkaufs aus der DDR, sorgte für großes Interesse – nicht zuletzt, weil der Bundesbeauftragte anregte, der historischen Bedeutung des Ortes durch die Umwandlung in eine Gedenkstätte gerecht zu werden. Auch der ARD-Fernsehfilm „Es ist nicht vorbei“ über das Schicksal der politischen Gefangenen im DDR-Gefängnis Hoheneck trug zu einer erhöhten Aufmerksamkeit für das Thema Kaßberg bei, dem die Außenstelle mit Veranstaltungen zu Haftarbeitslagern und deutsch-deutschem Häftlingserkauf nachkam.

50 Jahre Mauerbau bzw. 20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten bildeten den thematischen Schwerpunkt der Außenstelle bei der Chemnitzer Museumsnacht 2011 bzw. 2012. Darüber hinaus konnte die Außenstelle die Veranstaltungsreihe „Neue Forschungen zur SED-Herrschaft und MfS-Geschichte“ in Zusammenarbeit mit einer örtlichen Buchhandlung etablieren.

In Dresden wird alljährlich gemeinsam mit der Gedenkstätte Bautzner Straße mit einem Tag der offenen Tür der Besetzung der Dresdner Stasi-Bezirksverwaltung am 5. Dezember 1989 gedacht. 2011 wurde neben den obligatorischen Führungen durch das Hafthaus das Theaterstück „Noch mal Glück gehabt ...?!“ von Schülern der Klassenstufe 13 des Beruflichen Schulzentrums „Ernst Lößnitz-

zer“ aufgeführt. Das Theaterstück setzt sich mit dem Leben in der DDR, der Stasi und der Ausreiseproblematik aus heutiger Sicht auseinander. Es war aus einer Reihe von Informationsveranstaltungen der Außenstelle am Schulzentrum entstanden. Im Jahre 2012 hat sich die Außenstelle beim Gedenken an die Erstürmung der Stasi-Bezirksverwaltung mit einer Bürgerberatung präsentiert und das Abschlusspodium „Stasi am Ende. Die friedliche Besetzung und Auflösung der Dresdner Stasi-Zentrale 1989“ mitgestaltet.

Die 25-jährige Städtepartnerschaft zwischen Meißen und Fellbach war der Anlass für zwei begleitende Veranstaltungen der Außenstelle im Raum Stuttgart zu den BStU-Ausstellungen „Zwischen Aufbegehren und Anpassen. Jugend in der DDR“ und „Stasi Ohn(e)Macht“.

Seit 2003 beteiligt sich die Außenstelle Dresden an der Dresdner Museumssommernacht, die jährlich Mitte Juli stattfindet. 2011 informierte die Außenstelle zum Thema unangepasste Jugendliche in der DDR, 2012 drehte sich der Abend um das Thema Heimkinder in der DDR. Im März 2012 war die Außenstelle erstmals bei der Museumsnacht im angrenzenden Radebeul vertreten und sie beteiligte sich am Internationalen Museumstag.

In **Thüringen** luden die Außenstellen in Erfurt, Gera und Suhl zum Schwerpunktthema „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“ lokale und regionale Zeitzeugen ein, um über ihre Erfahrungen im Umgang mit der Einsicht in die Stasi-Akten zu berichten.

Ein Höhepunkt der Veranstaltungen der Außenstelle Erfurt war 2011 die Aufführung des Dokumentarfilms „Feindberührung“ (siehe Abschnitt 4.3.9 und Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 63). Das Gespräch mit Regisseurin Heike Bachelier und den beiden Protagonisten, einem ehemaligen IM und einem von ihm bespitzelten Mann, war ein Spannungsgeladenes Ereignis im vollbesetzten Kinosaal. Die heikle Diskussion mit einem inoffiziellen Mitarbeiter über sein Wirken angesichts des Menschen, den er verraten hat, war eine eindruckliche Geschichtsstunde und für manche der Anwesenden im Saal nicht einfach zu erleben.

2012 wurde mit der Aufführung der Filme „Die Architekten“, „Radfahrer“ und der O-Ton-Collage „Wo sind wir bloß hingekommen“ das erfolgreiche Film-Format fortgesetzt. Hinzu kamen Liederabende, Lesungen und Zeitzeugengespräche zum Thema Heimerziehung, Unangepasstsein und Opposition in der DDR.

Die Außenstelle Gera entwickelte 2011/12 in enger Partnerschaft mit dem Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang“, der die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt als Gedenkstätte betreut, eine Reihe von Veranstaltungen. So diskutierte der Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums des BStU, Prof. Dr. Hans-Joachim Veen, am historischen Ort über „Aufarbeitung als Thema der Vergangenheit oder Zukunft?“, und der Schriftsteller und Zeitzeuge Harald Beer las aus seinen Veröffentlichungen zur politischen Haft in Sachsenhausen.

2011 und 2012 beteiligte sich Gera an der städtischen Museumsnacht. Besonderes Highlight der Lesungen im Veranstaltungsprogramm war im April 2011 ein Abend mit dem ehemaligen Bundesbeauftragten Joachim Gauck, der aus seiner Biografie las. Für die Region von besonderem Interesse war ein in Kooperation mit der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen gestalteter Abend über die Staatssicherheit in Greiz.

Mit zwei Veranstaltungen zum Thema „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“ konnten Zeitzeugen und Forscher im Oktober 2012 eine Fülle an Details und Erinnerungen zur Erstürmung der Geraer Bezirksverwaltung austauschen. Besonders die Verdienste von Jürgen Fuchs um die Analyse der Arbeitsweise des MfS sowie die weitere Nutzung der Akten wurden hervorgehoben. Die Zeitzeugen Andreas Schmidt, Roland Geipel, Dr. Manfred Eckstein und die Witwe des Bürgerrechtlers Jürgen Fuchs, Lilo Fuchs, sorgten für tiefe Einblicke in eine bewegende Zeit.

Im Herbst 2012 schließlich diskutierte der Bundesbeauftragte in Greiz mit fast 200 überwiegend jugendlichen Zuhörern über das Leben in der DDR „Zwischen Anpassung und Widerspruch“.

Mit Podiumsdiskussionen unter den Titeln „50 Jahre Mauerbau. Von der Zonengrenze zur Grenze zweier Militärblöcke“ und „Gehen oder Bleiben – gemeinsame Wurzeln – geteilte Erinnerungen“ erinnerte die Außenstelle Suhl 2011 an die Schließung der innerdeutschen Grenze. Veranstaltungen zu diversen Themen verdeutlichten darüber hinaus das Ausmaß der Überwachung aller Lebensbereiche durch die Geheimpolizei. Als Beispiele seien genannt die Filmvorführungen „Feindberührung“ (siehe oben) und „Sportsfreund Löttsch“, ein Film über die Lebensgeschichte eines der talentiertesten Radsportler der DDR, dessen sportliches Vorwärtstkommen verhindert wurde, weil er sich weigerte, in die SED einzutreten. Seine Kritik am politischen System der DDR kostete ihn die Karriere. Weitere Veranstaltungsangebote der Außenstelle waren eine Lesung von Heidemarie Puls aus ihrem Buch „Schattenkinder hinter Torgauer Mauern“ und Vorträge zum Thema „Zielgruppe Ärzteschaft – Mediziner als inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit“.

In **Sachsen-Anhalt** beteiligten sich die Außenstellen Halle und Magdeburg wie jedes Jahr mit einem Informationsstand am Sachsen-Anhalt-Tag.

Bereits zum dritten Mal fand am 7. Mai 2011 die gemeinsame Museumsnacht der Städte Halle und Leipzig statt (zur gemeinsamen Museumsnacht 2012 vgl. Außenstelle Leipzig). Das Motto lautete „Heimliche Liebe“. Die Außenstelle wählte zusätzlich das Thema „Konspiration“ und eröffnete zur Museumsnacht die Ausstellung „Verdeckt und getarnt – Mittel und Methoden der geheimen Beobachtung“. Ergänzt wurde das Programm durch Vorträge und eine „Lange Filmmacht in der Stasi-Garage“ mit Schulungsfilmen des MfS und Filmen zur Arbeit des BStU. Neben Vorträgen und Lesungen bot das Veranstaltungsprogramm in Halle auch Dokumentar- und Spielfilme zum Thema Staatssicherheit. Ein breites Publikum,

darunter zunehmend Studenten, interessierte sich für die monatlichen Angebote.

Zum Auftakt des Jahres am 26. Januar 2012 fand in Halle im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Wissen wie es war“ eine Podiumsdiskussion im Stadthaus Halle statt. Im Gespräch mit dem Bundesbeauftragten reflektierten Zeitzeugen ihre frühen Erfahrungen mit und bei der Einsicht in die über sie vom MfS angelegten Akten. Prof. Peter Bohley, der als einer der ersten „seine“ Akte einsehen konnte, Wasja Götze, Maler und Liedermacher aus Halle, und Martina Schmitt, dienstälteste Mitarbeiterin der Außenstelle Halle, saßen auf dem Podium. Die sich anschließende rege Beteiligung am Saalgespräch zeigte das große Interesse an der Aufarbeitung.

Am 3. März 2012 beteiligte sich die Außenstelle Halle mit einer Ausstellung zu in Stasi-Unterlagen dokumentierten Unglücken, Arbeitsunfällen, Bränden und ähnlichen Vorfällen erstmals am nationalen „Tag der Archive“, der unter dem Motto „Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“ stand. Der Umgang der Stasi mit solchen Ereignissen und die auf Verschleierung angelegte „Informationspolitik“ gegenüber der Bevölkerung waren wesentliche Bestandteile der Ausstellung und einer dazugehörigen Veranstaltung.

Zum Ende der Amtszeit Marianne Birthlers gestaltete die Außenstelle Magdeburg gemeinsam mit dem Kultursender MDR-Figaro im Februar 2011 die Podiumsdiskussion „Die Akten sind offen!“ Unter diesem Titel stand am 3. Oktober 2011 auch der dortige „Tag der offenen Tür“, bei dem neben dem gleichnamigen kurzen Film des BStU über Geschichte und Arbeit der Behörde Archivführungen und die Ausstellung „Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze?“ geboten wurden.

Zum bundesweiten „Tag der Archive“ am 3. März 2012 öffnete die Außenstelle ihre Türen unter dem Motto „... unter Ausnahmegenehmigung“ – Stasi-Informationen zum Zustand der regionalen Wirtschaft in den 80er-Jahren“ und präsentierte dazu neben ihrer Ausstellung „Die Firma im Betrieb – Stasi in der Volkswirtschaft“ Fotodokumente und Geheimunterlagen des MfS zu Firmen in der Region.

In **Mecklenburg-Vorpommern** boten die Außenstellen Neubrandenburg, Schwerin und Rostock diverse Veranstaltungen zum Wirken der Stasi in der Region an und beteiligten sich gemeinsam am Mecklenburg-Vorpommern-Tag 2012 in Stralsund.

In Verbindung mit der Thematik „50 Jahre Mauerbau“ öffnete im Mai 2011 die Außenstelle Neubrandenburg ganztägig ihre Türen. In Vorträgen und Ausstellungen wurde u. a. über Fluchtversuche über die Ostsee und die Methoden der Stasi, diese zu verhindern, berichtet. Im Juni 2011 fand eine Lesung mit dem ehemaligen Bundesbeauftragten Joachim Gauck statt.

Im März 2012 veranstaltete die Außenstelle ihren „Tag der offenen Tür“ unter dem Thema „Wissen wie es war“. Neben Vorträgen und Ausstellungen fanden Podiumsdiskussionen und Zeitzeugengespräche zu den 20-jährigen Er-

fahrungen rund um die Akteneinsicht statt. Dr. Christian Halbrock, wissenschaftlicher Mitarbeiter des BStU, stellte Passagen aus dem Manuskript seiner Studie „Ein System geht baden: Widerstand und Opposition im Norden der DDR“ vor. Beendet wurde der „Tag der offenen Tür“ mit der Podiumsdiskussion „Wissen wie es wirklich war“. Marita Pagels-Heineking (Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Mecklenburg-Vorpommern), Ulrike Poppe (Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Brandenburg) und Ulrich von Saß (Teilnehmer bei der Besetzung der Bezirksverwaltung Neubrandenburg) berichteten aus ihren Erinnerungen und auch über ihre eigene Akteneinsicht.

Über das Jahr verteilt wurde parallel zur Ausstellung „Freiheit und Zensur“ mit Filmvorführungen und Vorträgen das Thema „SED und Stasi als Regisseure in DDR-Filmwesen“ thematisiert.

Mit einer Veranstaltung am 1. Februar 2012 in der Petrikirche leistete die Außenstelle Rostock ihren Beitrag zu der Reihe „Wissen wie es war“.

Neben übergreifenden Themen wie „Politische Justiz in der DDR und die Stasi“, „Opposition und Widerstand in der DDR und die Stasi“ oder „Jugend im Visier des MfS“ bot die Außenstelle in mittleren und kleineren Städten regional und lokal bedeutsame Themen an. Beispiele dafür waren im Berichtszeitraum folgende Veranstaltungen: „Eigentor. Der F.C. Hansa Rostock und die Stasi“, „Eingesperrt! Die Stasi und die Reaktionen auf den Mauerbau“, „Geheimpolizei zwischen Dock und Helling. Die Stasi und die Werften in der DDR“, „Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier“, „LPG, VEG und individuelle Hauswirtschaft“. Zur Überwachung der Landwirtschaft durch die Stasi“.

Für öffentliche Veranstaltungen der Außenstelle wurde oft die heute in der ehemaligen MfS-Haftanstalt ansässige Dokumentations- und Gedenkstätte (DuG) in der Rostocker Innenstadt genutzt. Allerdings konnte sich die Außenstelle aufgrund baulicher Einschränkungen nicht an Großveranstaltungen wie den jährlichen Internationalen Museumstagen, den Tagen des offenen Denkmals oder den Rostocker Museumsnächten beteiligen. Weitergeführt werden konnten kleinere Veranstaltungen in der DuG wie z. B. die bereits im siebten Jahr stattfindende Zeitzeugenreihe „Unterdrückt – Zerbrochen – Widerstanden. Schicksale in Ostdeutschland 1945 – 1989“.

Die Außenstelle Schwerin startete 2011 die Vortragsreihe „20 Jahre Stasi-Unterlagen-Behörde“. Von Februar bis Oktober wurden monatlich Vorträge angeboten, die die verschiedenen Arbeitsbereiche der Behörde sowie Forschungsergebnisse des BStU vorstellten. Die Resonanz auf die Reihe war so positiv, dass sie im Jahr 2012 in loser Folge fortgesetzt wurde: Am 28. Januar 2012, dem Tag der ersten Akteneinsicht in der Außenstelle Schwerin vor 20 Jahren, fand ein sehr gut besuchtes Podiumsgespräch mit den zwei Zeitzeugen Heiko Lietz und Ulrich Schacht in der Stadtbibliothek statt.

Am 10. Juni 2012 beteiligte sich die Außenstelle erstmals am Tag der offenen Tür des Landtags Mecklenburg-Vor-

pommern in Schwerin. An einem Infostand konnten sich die Besucher auf neuentwickelten Fahnen einen Überblick über die Arbeit der Behörde verschaffen und erfahren, wo sich in der Stadt Schwerin konspirative Wohnungen der Stasi befanden.

Im Land **Brandenburg** war die Außenstelle Frankfurt (Oder) mit einer Vielzahl von Veranstaltungen aktiv. Vor allem die regionalen und lokalen Bürgerberatungen mit Informationen über das Wirken der Stasi in der Region sind ein Publikumserfolg und Beleg für das anhaltende Interesse an der Beschäftigung mit dem Thema. Im Jahre 2011 kamen etwa 3 000 Bürger zu Beratungstagen in Städte wie Bernau, Lauchhammer, Wittenberge, Brandenburg an der Havel, Eisenhüttenstadt, Massen oder Schwedt. 2012 nahmen 2 500 Bürger u. a. in Falkenberg, Luckau, Peitz, Ludwigsfelde, Senftenberg (gemeinsam mit der LAKD), Wriezen und Beeskow die Beratungsangebote vor Ort an – allein 350 in Falkenberg oder 250 in Luckau.

Die Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) hat sich weiter intensiviert, zum Beispiel durch gemeinsame Veranstaltungen beim Brandenburgtag am 1. und 2. September 2012 in Lübbenau.

Im Juni 2011 feierte die Außenstelle ihr 20-jähriges Bestehen mit Berichten von Zeitzeugen über die Besetzung der Stasi-Dienststellen und die eigene Akteneinsicht sowie einer ganztägigen Möglichkeit, das Archiv zu besichtigen, das in Frankfurt nicht nur die Bestände der Frankfurter Bezirksverwaltung der Stasi beherbergt, sondern auch die aus Cottbus. Auch zu den traditionellen jährlichen Tagen der offenen Tür waren die Podiumsdiskussionen und Archivführungen sowie Ausstellungen gut besucht. 2011 bildete die Diskussion zum Tod der damals 18-jährigen Marienetta Jirkowsky, die 1980 bei einem Fluchtversuch an der Grenze erschossen wurde, einen Höhepunkt. 2012 ging es um das Thema „Stasi und Sport“, das durch Zeitzeugen eindrucksvoll begleitet wurde.

Weitere Höhepunkte des Veranstaltungskalenders der Außenstelle Frankfurt (Oder) waren im November 2011 eine Diskussion zum Thema „Dableiben oder weggehen“ in der gut besuchten Oberkirche Cottbus. Der Bundesbeauftragte diskutierte mit Zeitzeugen über die bis heute unstrittene Frage, ob man die DDR von innen her hätte verändern müssen oder nur habe gehen können. Und im Juni 2012 erinnerte auch die Außenstelle Frankfurt, wieder in der Oberkirche Cottbus, an „20 Jahre Einsicht in die Stasiakten“. Mit dem Film „Gesicht zur Wand“ über die Langzeitfolgen von Haft und Stasiverfolgung sowie Lesungen von Schülern, die sich mit Stasiakten beschäftigt hatten, wurde greifbar, wie aktuell die Vergangenheit auch heute noch ist.

6.4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.4.1 Pressearbeit

Aufgaben und Tätigkeit der Stasi-Unterlagen-Behörde fanden im Berichtszeitraum ein stetiges mediales Interesse. Dominierende Themen der Berichterstattungen in Presse, Funk und Fernsehen waren neben der Amtsüber-

gabe von Marianne Birthler an Roland Jahn die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, das Schwerpunktthema „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“, der Dialog mit jungen Menschen, die die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, und die Bedeutung authentischer historischer Orte für die Aufarbeitung.

Im Rahmen des Jahresprogramms „20 Jahre Einsicht in die Stasi-Akten“ fanden in Berlin und an den Standorten der Außenstellen zahlreiche, medial stark beachtete Veranstaltungen statt. In Berlin stachen vor allem der Bürgertag in der ehemaligen Stasi-Zentrale am 14. Januar 2012 und die offizielle Wiedereröffnung von „Haus 1“ wenige Tage zuvor heraus. Für den Bürgertag konnten die „Bild“-Zeitung und der rbb als Medienpartner gewonnen werden, die die Veranstaltung aufwändig und umfassend begleiteten und auf diese Weise auch maßgebliche Multiplikatoren für eine breitenwirksame Darstellung der 20-jährigen Tätigkeit der Behörde waren.

Ein gesteigertes Interesse der Medien haben auch Begegnungen und Diskussionsrunden des Bundesbeauftragten mit Schülern in Ost- und Westdeutschland hervorgerufen. Ebenso rückten authentische Orte ins Blickfeld der Journalisten: Neben der Wiedereröffnung von „Haus 1“ waren offizielle Besuche des Bundesbeauftragten von Gedenkstätten für regionale wie bundesweite Medien immer wieder Anlass, das Thema aufzunehmen und zu reflektieren. Auch die Besuche ausländischer Gäste, darunter viele aus arabischen Ländern, im Berliner Archiv als einem authentischen Ort hatten ein breites Medienecho.

Das Projekt der virtuellen Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen stieß bei den Medien – auch des populären Wissenschaftsjournalismus – weiterhin auf starkes Interesse. Etliche Beiträge, Artikel und Sendungen wurden zum Thema produziert. Über die seit 2008 tourende Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ wurde an den Ausstellungsorten in Deutschland und im Ausland umfangreich berichtet. Veranstaltungen und Publikationen der Behörde zu spezifischen Themen wie etwa „Fußball und die Stasi“ oder die „Westarbeit der Stasi“ lösten mehrfach Wellen von Medienanfragen aus.

In der ausländischen Presse fand die Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde vor allem in den skandinavischen Ländern, in England und in Osteuropa ihren Widerhall. Während sich die Medien der nordischen Länder hauptsächlich mit den Rosenholz-Dateien und Spionagefällen beschäftigten, zielte das Interesse der osteuropäischen Pressevertreter insbesondere auf Fragen rund um die Archivierung und Öffnung der Unterlagen. Im November 2012 sorgte schließlich die Präsentation der Ergebnisse einer von IKEA Deutschland in Auftrag gegebenen Untersuchung zum Einsatz von politischen Häftlingen bei der Möbelproduktion in der DDR für ein gewaltiges Medienecho. Der Bundesbeauftragte begleitete die Diskussion durch seine Forderung nach Transparenz und Aufklärung.

Die Veranstaltungen der Behörde in Berlin und den Außenstellen, Ausstellungen, Neuerscheinungen, Auftritte des Bundesbeauftragten und diverse Themenschwerpunkte wurden von der Pressestelle beworben – den An-

lässen entsprechend u. a. mit Pressemitteilungen, Pressegesprächen und -konferenzen, Interviews, auch in enger Abstimmung mit Kooperationspartnern. Seit dem 4. Quartal 2012 versendet die Pressestelle einen Newsletter an alle Nutzer, die weitere Nachrichten aus allen Bereichen der Behörde sowie aktuelle Veranstaltungshinweise erhalten möchten.

Resümierend lässt sich festhalten, dass das Interesse der Medien an der Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde nicht nur ungebrochen groß, sondern auch facettenreich ist. Die Zukunft der Aufarbeitung und die in diesem Zusammenhang gesetzten Impulse der Stasi-Unterlagen-Behörde waren zunehmend gefragte Themen.

Besuchsprogramme für Journalistinnen und Journalisten

Die Angebote des BStU richten sich an Nachwuchsjournalisten, vor allem Volontäre und Studierende der Publizistik/Journalistik, die sich einen Überblick über die Entstehung der Behörde, ihre Tätigkeitsfelder und Aktivitäten verschaffen möchten. Im Berichtszeitraum besuchten im Rahmen des Programms sechs Gruppen der „Axel Springer Akademie“ mit jeweils 25 Teilnehmern die Behörde sowie eine Gruppe des Journalistik-Aufbaustudiums der Universität Mainz.

6.4.2 Öffentlichkeitsarbeit

Im Berichtszeitraum wurde der Internetauftritt der Behörde einem umfangreichen Relaunch unterzogen. Für die Pflege der Webseiten nutzt der BStU das einheitliche Content-Management-System für die Bundesverwaltung aus der E-Government-Initiative BundOnline: den Government Site Builder (GSB).

Bei der Umstellung auf die neue Version des GSB wurden Startseite, Navigation und Struktur des Webauftritts den aktuellen Standards moderner Internetauftritte angepasst. Ziel war es, schnelle und verständliche Einstiegspunkte in die breit gefächerte Arbeit der Behörde anzubieten und durch Vereinfachungen und Umstrukturierungen den Nutzwert der Seite für die unterschiedlichen Zielgruppen zu verbessern. Gleichzeitig wurde die Internetseite optisch überarbeitet, um die Inhalte ansprechender und moderner präsentieren zu können. Neue Funktionalitäten wie beispielsweise die Einbindung von Filmen oder Tondokumenten aus dem Archivbestand des BStU geben Einblick in die audiovisuellen Hinterlassenschaften der Stasi.

Auch wurden die Inhalte der Website neu akzentuiert und erweitert. Aus dem reichen Reservoir des Archivs werden seit 2011 fortlaufend Quellen, insbesondere zu aktuellen Anlässen und zu Jahrestagen historischer Ereignisse wie zum Beispiel zum Transitabkommen, dem Schauprozess gegen den Verleger Walter Janka oder dem Olympia-Attentat in München, von der Pressestelle ausgewertet und in Artikeln publiziert – gedacht auch als Anreiz, weiter in die vielfältigen Themen und Archivmöglichkeiten einzusteigen.

Seit Ende 2012 wird die englischsprachige Fassung des Webauftritts vorbereitet, deren Überarbeitung aufgrund des Relaunchs der Webseite notwendig ist. So kann künftig auch international das Interesse an Informationen über die Arbeit der Behörde besser bedient werden.

Ein Schwerpunkt bleibt die Entwicklung einer Mediathek. Ton- und Videodokumente sowie Fotos und Beispielakten befinden sich bereits thematisch sortiert in den jeweiligen Navigationsebenen. Die im Aufbau befindliche Mediathek soll die Dokumente bündeln und die Homepage chronologisch wie thematisch durchsuchbar machen. Sie soll vor allem eine jüngere Zielgruppe ansprechen, die z. B. für Hausarbeiten und Schulprojekte Originaldokumente sucht. Viele Schulen unterrichten heute auf Whiteboards mit Internetanschluss. Die Dokumente und Filme des BStU könnten so künftig direkt vor der Klasse präsentiert werden.

Derzeit online zu finden sind auch mehrere kurze Filme, in denen die wesentlichen Arbeitsbereiche der Behörde präsentiert werden. „Vergangenheit erfahren“ zeigt in 16 Minuten am Beispiel eines Antragstellers auf private Akteneinsicht die Arbeit in den Archiven der Stasi-Unterlagen-Behörde. Zu sehen ist, welche Arbeitsschritte nötig sind, bis die Akten letztlich zur Verfügung gestellt werden können. Eine englische Version ist für ausländische Nutzer online. In das Pilotprojekt der virtuellen Rekonstruktion führt der 15-minütige Film „Virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen“ ein.

Bei den Printprodukten der Behörde wurden die Flyer mit Grundinformationen zu einzelnen Bereichen des BStU zum großen Teil dem neuen Corporate Design der Bundesregierung angepasst und inhaltlich aktualisiert. Darüber hinaus wurden neue Werbematerialien entwickelt, beispielsweise eine kompakte Broschüre in deutscher und englischer Sprache, die leicht verständlich die zentralen Aufgaben und Dienstleistungen der Behörde darstellt. Ebenso wurden gemeinsam mit der ASTAK Werbematerialien für das Stasi-Museum in deutscher und englischer Sprache entwickelt. Seit Anfang 2012 betreiben der BStU und die ASTAK gemeinsam das „Haus 1“ in der ehemaligen Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit, in dem sich das Stasi-Museum befindet (siehe Abschnitt 6.1.1.1).

Für die zwölf Außenstellen des BStU wurden ebenfalls neue Werbematerialien wie Banner und Informations-Flyer produziert, die die Arbeit und die Dienstleistungsangebote der Behörde in den Regionen darstellen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum rund 550 Veranstaltungen der Behörde mit spezifischen Werbematerialien öffentlichkeitswirksam begleitet.

Am Haupteingang des zentralen Verwaltungsgebäudes des BStU in Berlin wurden an den Fensterfronten im Erdgeschoss von innen beleuchtete Motive rund um das Thema Stasi-Aufarbeitung angebracht. Abends werden hier zudem Filmausschnitte aus den Archiv-Beständen gezeigt.

Im Sommer 2011 unterstützte der BStU die Klanginstallation „50 Aktenkilometer. Ein begehbares Stasi-Hörspiel“ der Theatergruppe Rimini Protokoll des Theaters „Hebbel

am Ufer“ (siehe Abschnitt 4.3.8). Im Nachgang zur ersten erfolgreichen Aufführung des Hörspiels am Alexanderplatz im Mai 2011 nutzten Hunderte von Besuchern die Möglichkeit, sich im Bildungszentrum des BStU die notwendige Mobilfunktechnik auszuleihen und dann auf die (Klang-)Spurensuche in der Stadt zu gehen. Mithilfe dieser GPS-Telefone (die über Satellitentechnik die aktuelle Position bestimmen) wurden Protokolle der Observation von Demonstranten und Passanten am Ort ihrer Aufnahme in Berlin-Mitte hörbar gemacht. Dem gegenüber gestellt sind in der mobilen Klanginstallation die gesprochenen Erlebnisprotokolle der damals Observierten. In dem als Hörspiel gestalteten Stadtrundgang konfrontieren die Hörspielautoren so Besucherinnen und Besucher an authentischen Orten mit der Geschichte der DDR. Der BStU stellte dafür zahlreiche Tondokumente aus dem Stasi-Archiv zur Verfügung.

Bundesweit war die Behörde bei den zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Bonn (2011) und München (2012) jeweils mit einem Informationsstand vertreten. Dazu wurde eigens für den jeweiligen Veranstaltungsort eine kleine Ausstellung über das Wirken der Staatssicherheit mit regionalen Bezügen entwickelt. Großer Andrang herrschte an den Informationsständen des BStU aber auch bei Landesfesten, so beispielsweise 2012 beim Mecklenburg-Vorpommern-Tag, dem Brandenburg-Tag und dem Sachsen-Anhalt-Tag, oder dem 33. Evangelischen Kirchentag in Dresden 2011. Neben umfangreichem Informationsmaterial waren besonders die Beratungsangebote zum Thema Akteneinsicht stark nachgefragt.

Einen maßgeblichen Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit stellt auch das Angebot dar, durch die Archive des BStU zu führen. Sowohl das Archiv der Zentralstelle in Berlin als auch die Archive der Außenstellen erfreuen sich anhaltend hoher Besucherzahlen. Im Jahr 2011 waren allein im Archiv der Zentralstelle insgesamt 277 Gruppen mit rund 3 300 Besucherinnen und Besuchern. 2012 waren es 361 Gruppen mit rund 3 600 Personen zu Gast. Neben diesen Führungen für angemeldete Gruppen finden in den Archiven in der Regel an einem Abend im Monat Führungen für interessierte Einzelbesucher statt.

Auch das Interesse aus dem Ausland an Archivbesuchen ist weiterhin hoch. Gruppen aus über 20 Ländern besuchten das ehemalige Stasi-Archiv in Berlin. Bemerkenswert ist der Zuwachs aus Ägypten, Libyen und Tunesien, wo – bedingt durch den „Arabischen Frühling“ – nun ebenfalls nach rechtsstaatlichen Wegen im Umgang mit den Hinterlassenschaften der alten Geheimpolizei gesucht wird (siehe Kapitel 7).

Das Archiv der Zentralstelle in Berlin bietet neben den monatlichen Archivführungen zwischen April und Oktober öffentliche Geländeführungen an. Interessierte können sich einen Eindruck über einen Stadtraum in Berlin-Lichtenberg verschaffen, der zwischen 1950 und 1990 durch die MfS-Zentrale geprägt wurde.

In den Archiven der Außenstellen wurden im Jahr 2011 10 886 und im Jahr 2012 11 876 Gäste verzeichnet. Mehrere Außenstellen beteiligten sich am „Tag der Archive“

oder an lokalen Veranstaltungen wie Museumsnächten. Der BStU hat 2012 auch am bundesweiten „Tag der Archive“ teilgenommen, der diesmal unter dem Motto „Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen“ stand. Neben dem Archiv der Zentralstelle in Berlin beteiligten sich die Außenstellen in Erfurt, Frankfurt (Oder), Halle, Leipzig, Rostock, Magdeburg und Schwerin an diesem Archivtag.

7 Internationalisierung der Aufarbeitung

Neben der erfolgreich fortgesetzten Arbeit im „Europäischen Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ (siehe Abschnitt 7.1) zeichnete sich im Berichtszeitraum ein neuer Schwerpunkt der internationalen Arbeit ab.

Viele demokratische Kräfte, die in Ländern des Nahen Ostens den „Arabischen Frühling“ erzwungen haben, setzen sich nun damit auseinander, wie sie das Wirken der Repressionsorgane und früheren Eliten aufarbeiten können. Ihnen stellen sich ähnliche Fragen wie der Bürgerbewegung in der Friedlichen Revolution in der DDR, und sie wollen von den damaligen Erfahrungen und von der heutigen Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) und ihrer gesetzlichen Grundlage lernen. Meist über deutsche oder internationale Organisationen vermittelt, die im Nahen Osten tätig sind, wurde deshalb seit März 2011 die Behörde diesbezüglich um Rat gefragt. Dabei ist die Situation dort bekanntlich noch instabil und im Ausgang offen, Teile der repressiven Machtapparate sind noch aktiv. In Ägypten beispielsweise sollte der Geheimpolizeichef den Dialog mit den Oppositionsgruppen führen. Im Abschnitt 7.2.2 wird darauf näher eingegangen.

Angefragt waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BStU anlässlich mehrerer Tagungen im Ausland als auch innerhalb der Behörde als Gesprächspartner für die Besucher aus dem Ausland. Die thematische Spannweite reichte von grundlegenden praktischen Fragen der Aufarbeitung einer Diktatur über archivfachliche Aspekte bis hin zu juristischen Problemstellungen zum Umgang mit sensiblen Daten.

Als Vermittlungspartner für viele Kontakte agierten die politischen Stiftungen, die Goethe-Institute, die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), das Auswärtige Amt, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die Robert Bosch Stiftung, die Europäische Akademie, das Max-Planck-Institut und andere mehr. Weiterhin waren leitende Mitarbeiter der Behörde, wie in den Jahren zuvor, für Veranstaltungen des Auswärtigen Amtes und der Robert Bosch Stiftung sowie der DGAP angefragt, die halbtägig in der Behörde stattfinden: Diplomats Programme und Diplomatenkolleg. Diplomaten aus aller Welt sind zu Gast in Deutschland und nehmen an Terminen teil, die in öffentlich-privater Partnerschaft ermöglicht werden, indem die Kompetenzen von privaten Stiftungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes gebündelt werden.

Im Zehnten Tätigkeitsbericht wurde über zwei transnationale Initiativen berichtet. Bei der vom spanischen Centro

Documental de la Memoria Histórica angestoßenen Initiative (siehe Zehnter Tätigkeitsbericht, S. 98), welche die Vernetzung mit anderen Dokumentationszentren und Archiven anstrebt, gibt es nur bescheidene Fortschritte. Ein leitender Mitarbeiter der Behörde war in Spanien, um sich vor Ort mit dem gegenwärtigen Stand der Aufarbeitung zu befassen.

Die andere Initiative, die vom tschechischen Institut für das Studium totalitärer Regime (USTR) maßgeblich geförderte Plattform des Europäischen Gedenkens und Gewissens („Platform of European Memory and Conscience“), wurde inzwischen aus der Taufe gehoben. Bei beiden Initiativen war der BStU eingeladen, Expertise und Vorschläge einzubringen.

Von Beginn an wurde das Plattform-Vorhaben durch das EU-Parlament wohlwollend begleitet und unterstützt, u. a. mit einer Resolution vom 2. April 2009. Die darin enthaltenen Aussagen zum europäischen Gedenken und zum Totalitarismus wurden vom EU-Ministerrat in der Sitzung des General Affairs and External Relations Council auf der Ebene der EU-Außenminister am 15. Juni 2009 bekräftigt. Die Dokumente besagen, dass bestehende nationale Einrichtungen unterstützt werden und zusammenarbeiten sollen. Es wird darin zur Gründung eines europäischen Dokumentationszentrums für die Opfer aller totalitären Regime aufgerufen. In einem Bericht an den EU-Rat und das EU-Parlament vom 22. Oktober 2010 hatte die EU-Kommission das Vorhaben wie folgt dargestellt: Es solle eine bedeutende europäische Initiative entstehen, die alle Akteure der Mitgliedstaaten – staatliche Institutionen und Nichtregierungseinrichtungen sowie die verschiedensten Organisationen, die sich mit Forschung, Dokumentation, Erinnerung und Bildung zum Thema der totalitären Diktaturen beschäftigen – zusammenbringt, um Erfahrungen auszutauschen. Diese Organisationen sollen sich darüber verständigen, wie kollektive Erinnerung auf verschiedenen Wegen befördert werden kann, um das Bewusstsein für totalitäre Diktaturen zu schärfen.

Am 14. Oktober 2011 haben 21 Einrichtungen, darunter der BStU, aus 13 EU-Mitgliedstaaten in Prag das Gründungsdokument der Plattform unterzeichnet. Anwesend waren der tschechische Ministerpräsident Petr Nečas, der Ministerpräsident Polens, Donald Tusk, der zu dieser Zeit als EU-Ratspräsident fungierte, sowie der Ministerpräsident Ungarns, Viktor Orbán.

Das Ziel der Plattform ist thematisch sehr breit gefasst und geht schon deshalb weit über das Aufgabengebiet des BStU hinaus. Neben der Behörde sind auch andere deutsche Einrichtungen in der Plattform vertreten, die jedoch insgesamt der Breite der Diktaturaufarbeitung in Deutschland noch nicht entsprechen.

7.1 Die Arbeit des Netzwerks

Nachdem die Geschäftsführung des Netzwerks Ende 2010 vom polnischen Institut des Nationalen Gedenkens (IPN) an den rumänischen Nationalen Rat für das Studium der Archive der Securitate (CNSAS) übergegangen war, berei-

teten die beteiligten Behörden Zuarbeiten für eine dann am 14. Juli 2011 in Bukarest eröffnete Ausstellung vor. An prominentem Ort, dem ehemaligen in der Zeit Ceaușescus sogenannten Haus des Volkes und heutigem Parlamentspalast, wurde die Ausstellung „Communist Secret Police Agencies and the Cold War Propaganda Warfare“ gezeigt. Die Zeitspanne reichte aus den späten 40er-Jahren bis in die 80er-Jahre und umfasste thematisch alle sieben Mitgliedstaaten des Netzwerks. Besondere Aufmerksamkeit lag auf bildlichen Darstellungen, aber auch Textdokumente aus den Geheimpolizeiarchiven der Länder sowie Zeitungsausschnitte und Magazine spielten eine Rolle. Ein gesonderter Abschnitt wurde dem Rundfunk als Mittel zur schnellen und einfachen Verbreitung von Informationen im ehemaligen Ostblock gewidmet. Beispielsweise wurde anhand von Dokumenten der rumänischen Securitate verdeutlicht, dass der Geheimdienst einen starken Einfluss von Radio Free Europe auf die Bevölkerung befürchtete. Zu erfahren war außerdem, welche Gegenmaßnahmen vorbereitet wurden. Der BStU hatte zu diesem Ausstellungsteil Material aus dem Bestand der Hauptabteilung III des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) beigesteuert, die sich mit der Funkaufklärung und mit aktiven Maßnahmen der Funkfahndung und Funk- sowie Radiostörung befasste. Wenig bekannt ist beispielsweise die Unterstützungsaktion des MfS für die polnische Geheimpolizei bei der Bekämpfung der Untergrund-Radiosendungen der Solidarność in verschiedenen polnischen Großstädten seit April 1982. Ein zweites Dossier befasste sich mit Störmaßnahmen gegen westliche Sender, hier gegen „Radio 100/Glasnost“ und „Roter Stachel“, die beide aus West-Berlin sendeten.

Auf der turnusmäßigen Netzwerk-Klausurtagung im Juli 2011 in Bukarest wurde neben dem Projekt einer gemeinsamen internationalen Wanderausstellung aller Behörden auch die Frage potenzieller Beitritte zum Netzwerk diskutiert. Nach dem Statut müssen mehrere objektive Faktoren gegeben sein, die derzeit kein Kandidat erfüllt. Am 15. Juli 2011 wurde die Geschäftsführung im Netzwerk an Bulgarien übergeben.

Am 30. November und 1. Dezember 2011 war die neue Amtsleitung des polnischen IPN zu einem Besuch bei der Behördenleitung in Berlin. Dr. Łukasz Kamiński und Dr. Andrzej Zawinslowski trafen darüber hinaus die Vertreter der Leitung der Abteilung Bildung und Forschung des BStU, um über einen Arbeitsplan zur internationalen Wanderausstellung der Netzwerkbehörden zu sprechen. Ein weiterer Gegenstand der Gespräche war die Vorstellung von laufenden und künftigen Forschungsprojekten der Abteilungen und Möglichkeiten des Zusammenlegens von Vorhaben. Es wurde auch deutlich, dass die Betrachtung der Wirkmechanismen von Denunziation in der Forschungslandschaft beider Länder eine zunehmende Rolle spielt. Interesse wurde ferner an der Untersuchung von Kontakten der oppositionellen Gruppen der DDR, ČSSR und der Volksrepublik Polen geäußert, die von den Geheimpolizeien aller drei Staaten verfolgt wurden. Im Rahmen des Programms wurde gemeinsam mit dem Botschafter Polens, Dr. Marek Prawda, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen besucht.

Das Netzwerktreffen in Sofia bestand aus einer internen Tagung am 22. November und einer öffentlichen Konferenz am 23. November 2011. In der internen Tagung wurden die Weichen für Vorhaben für das Jahr 2012 (Ausstellungskonzeptionen, Handreichungen für die Öffentlichkeitsarbeit) gestellt; ferner wurden die Kriterien für die Aufnahme von Organisationen mit Beobachterstatus definiert. Große Beachtung fanden die Fortschritte, welche die Kommission COMDOS seit ihrer Gründung gemacht hat. So wurde den Mitgliedern des Netzwerks eine sehr moderne Archivstätte für die Geheimpolizeidokumente in Bankya präsentiert. Die internationale Konferenz am 23. November stand unter dem Titel: International Terrorism in the Documents of the Communist Secret Services. Der Direktor der Behörde, Hans Altendorf, sprach zum Thema „State Treatment of left-wing terrorist groups in West and East Germany (1970 – 1989)“.

Ein Vorhaben, das aus dem bilateralen Abkommen mit der bulgarischen Kommission herrührt, wurde im Berichtszeitraum intensiv vorangetrieben. In den Archiven Sofias wird nach Dokumenten gesucht, die zur Zusammenarbeit der bulgarischen Geheimpolizei DS und des MfS Auskunft geben.

Am 21. Februar 2012 wurde im Zusammenhang mit einem Netzwerktreffen in Sofia ein Forum veranstaltet, in dem die bulgarische Kommission COMDOS u. a. im Beisein des bulgarischen Innenministers ihren eigenen Tätigkeitsbericht über die zu Ende gehende Amtszeit der Kommission vorstellte. Die slowakische Behörde unter der Leitung von Dr. Ivan A. Petransky übernahm anschließend die Amtsgeschäfte im Netzwerk.

Ein wichtiges Zukunfts-Projekt des Netzwerks, die internationale Wanderausstellung, wurde während der Klausurtagung am 20. September 2012 in Bratislava von BStU und IPN vorgestellt. Beide großen Behörden hatten im Laufe des Jahres eine Arbeitsgruppe aus eigenen Experten ins Leben gerufen, die sich im April und Juli 2012 in Berlin traf. Gegenstand der Ausstellung werden die Entstehung und Entwicklung der geheimpolizeilichen Apparate, ihre Tätigkeitsfelder und ihre Methoden sein. Die charakteristischen Hauptlinien des Täterapparats der kommunistischen Regime werden kenntlich gemacht. In ihrem Ausblick wird die Wanderausstellung auf das Ende der Regime eingehen und die verschiedenen Wege des Umgangs mit der kommunistischen Vergangenheit bzw. ihrer Aufarbeitung nachzeichnen. Jedes Netzwerkmitglied wird sein eigenes Dienstleistungsangebot darstellen können.

Die Versammlung beschloss auch den Beitritt des slowenischen SCNR (Studienzentrum für nationale Aussöhnung) in der Form eines Beobachterstatus zum Netzwerk. Das Studienzentrum sammelt alle relevanten Aufzeichnungen, dokumentiert Zeugenaussagen und Erinnerungen von Zeitzeugen aus dem 20. Jahrhundert, hat einen Bildungs- und Informationsauftrag und soll sich international entsprechend vernetzen. Der Aufbau einer Fachbibliothek und eines Aktenbestandes gehören ebenso wie der Aufbau einer Auskunftsabteilung für Bürgerinnen und Bürger zu dessen Aufgaben. Für die Vollmitgliedschaft im Netzwerk fehlt beim SCNR hauptsächlich der Zugriff auf die Unter-

lagen der früheren Geheimdienste und deren Verwendung für Zwecke der Aufarbeitung. Im Beobachterstatus kann das SCNR nun an den Klausurtagungen und Konferenzen des Netzwerks teilnehmen, ist jedoch nicht stimmberechtigt. Damit sollen die Initiativen in Slowenien zur Gründung einer Einrichtung zur rechtsstaatlichen Öffnung und Nutzung von Geheimpolizeiakten (sofern vorhanden) unterstützt werden. Es wurde ferner überlegt, weitere interessierte Institutionen zu assoziieren.

Die Klausurtagung behandelte auch ein Thema, das für die rumänische Partnerinstitution CNSAS von besonderer Brisanz war. Die Medien – auch in Deutschland – berichteten im Sommer 2012, dass in Rumänien ein Regierungsvorhaben existieren würde, nach dem mehrere staatliche Einrichtungen wie der Verfassungsgerichtshof, eine Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft gegen Korruption und auch die für die Securitate-Archive zuständige Behörde CNSAS sofort aufzulösen wären. Mit der Bitte um Aufklärung wandte sich der BStU schriftlich an den CNSAS-Vorsitzenden, Dr. Dragoș Petrescu. Die gemeinsame Sorge der Netzwerker um den Fortbestand des CNSAS, ausgedrückt durch diese Nachfrage in Bukarest, veranlasste den Ministerpräsidenten Rumäniens, Victor Ponta, sich mit einer offiziellen Erklärung an den BStU zu wenden. Darin wurde dargelegt, dass die Regierung die Arbeit des CNSAS, wie auch der anderen Einrichtungen, die sich für Transparenz und gegen Korruption einsetzen, respektiere. Es würde keine Maßnahme gegen eine dieser Einrichtungen ergriffen werden. Das Schreiben wurde von den Konferenzteilnehmern mit Erleichterung zur Kenntnis genommen; der CNSAS-Vorsitzende stufte diese Initiative als eine wichtige Hilfe ein.

Auch das ungarische Historische Archiv der Staatssicherheitsdienste (ABTL) hatte eine Zeit der Ungewissheit, als durch einen Gesetzentwurf (Dezember 2010) und öffentliche Diskussionen die Zukunft der Institution gefährdet war. Nach einem Gesetzentwurf des Justizministeriums sollten die bisherigen Regelungen zum Umgang mit den ungarischen Stasi-Akten (und anderen aus der Zeit der Volksrepublik) revidiert werden. Es wurde angestrebt, den Bürgern auf Antrag ihre eigene Originalakte auszuhändigen. Dies sollte auch die inzwischen eventuell vorliegenden Berichte des ABTL zur Aktenlage umfassen. Dieses Verfahren hätte die schrittweise Auflösung des Archivs bedeutet. Der Leiter des ABTL, Dr. György Gyarmati, wies auf den mit der ersatzlosen Herausgabe von Originalunterlagen entstehenden unersetzlichen Verlust für die Forschung hin. Im November 2011 wurde das Netzwerk von den ungarischen Kollegen informiert, dass die Regierung von dem Gesetzentwurf Abstand genommen habe.

So konnte das ungarische Archiv ABTL im Oktober 2012 auf sein 15-jähriges Bestehen zurückblicken. Dieses Ereignis wurde mit einer internationalen Konferenz verbunden, auf der auch ein Vertreter des BStU einen Fachbeitrag hielt. Eine weitere Einladung des ungarischen ABTL kam einen Monat später für die Konferenz „Germans under Observation in Cold War“, bei der ein Mitarbeiter des BStU zur Überwachung der Rumäniendeutschen durch die Stasi sprach.

An die Klausurtagung am 20. September 2012 der Netzwerkinstitutionen in Bratislava wurden zwei Veranstaltungen angekoppelt. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des slowakischen Instituts des Nationalen Gedenkens (UPN) wurde eine Ausstellung eröffnet, die diese Dekade der Arbeit des UPN visuell dokumentiert und die Behörde gleichsam eingebettet in die Netzwerkstruktur darstellt, indem jede Partnerbehörde mit einer eigenen Dokumentationstafel vertreten war. Diese Beiträge wurden in Kooperation von allen Partnerinstitutionen zusammengetragen. Am 21. September 2012 folgte die wissenschaftliche Konferenz der Netzwerkbehörden „Coming to Terms with Totalitarian Past – from the Level of Criminal Law, Aspects to the Scientific Research“. Für den BStU sprach dessen Direktor.

Die neue Archivleitung des tschechischen Partnerinstitutes stattete der Archivleitung des BStU am 31. Mai 2012 einen Besuch ab. Fragen der Überlieferung, Konservierung, technische Sicherheitssysteme und die Digitalisierung standen im Mittelpunkt des Fachgesprächs.

Vertreter der polnischen und tschechischen Partnerarchive waren auf Einladung des Fraunhofer Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) im November 2012 zu einem Initialtreffen mit dem Bundesbeauftragten beim EU-Projekt „Moderne Informationstechnologien für die Aufarbeitung von Gewaltregimen in Europa“ in Berlin. Vertreter des IPK erläuterten, wie die Lesbarmachung von zerstörten Dokumenten realisiert werden kann.

7.2 Ausgewählte internationale Kontakte

7.2.1 Europa

Das Sofioter Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung lud zum 28. März 2011 zu einer Tagung mit dem Titel „Demokratie braucht Wahrheit – vom Umgang mit den Akten des ehemaligen bulgarischen Staatssicherheitsdienstes“ ein. Ein leitender Mitarbeiter des BStU gab dort in einem längeren Beitrag Einblicke in die deutsche Praxis. Der Direktor der Netzwerkpartnerinstitution COMDOS berichtete in Anwesenheit des bulgarischen Innenministers über den Stand der Aktenzusammenführung in ein neues Archiv. Zu dieser Zeit überprüfte COMDOS eine große Anzahl von Mitarbeitern des diplomatischen Dienstes Bulgariens auf eine frühere Zusammenarbeit mit der Geheimpolizei, was – wegen der vielen festgestellten Verstrickungen – in den internationalen Medien beachtlichen Niederschlag fand.

Die Behörde nahm an der öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament zum Thema „What do young Europeans know about Totalitarianism“ am 29. März 2011 teil. Die Anhörung wurde von den Mitgliedern des Parlaments Laszlo Tökes, Sandra Kalniete und Milan Zver organisiert. Die Erarbeitung von Lehrbüchern und Curricula für die junge Generation war ein wichtiges Thema der Veranstaltung.

Für den 21. Juni 2011 hatte die Robert Bosch Stiftung Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, Journalisten und Historiker von Partnerinstitutionen aus dem Balkan in der Behörde angemeldet, die an einer Studienreise zum

Thema „deutsche Erinnerungskulturen“ teilnahmen. Erinnerungsorte aus beiden Diktaturen und Gespräche mit Zeitzeugen und Experten standen auf der Agenda.

Vertreter der im Jahre 2012 im Beobachterstatus in das Netzwerk aufgenommenen slowenischen Aufarbeitungseinrichtung SCNR besuchten unter der Leitung ihrer Direktorin, Andreja Valič, die Behördenleitung und das Archiv am 13. September 2011. Sie informierte über den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Aufarbeitungsbemühungen in Slowenien und insbesondere die Arbeit des Instituts, das formal unabhängig ist und über das Budget des Justizministeriums finanziert wird.

Das Nationalarchiv Norwegens entsandte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu einem archivfachlichen Erfahrungsaustausch mit den Archivbeschäftigten beim BStU am 15. September 2011.

Das Duitsland Institut Amsterdam hatte den Bundesbeauftragten zum 20. September 2011 zu einer Podiumsdiskussion im Rahmen eines vom Außenministerium der Niederlande unterstützten Programms „65 Jahre Freiheit in Europa“ eingeladen. Der Bundesbeauftragte berichtete in einem Podiums- und Publikumsgespräch von seinen persönlichen Erinnerungen an den Kampf um die Freiheit, seinem Leben in der DDR und über den Weg zum Rechtsstaat.

Bereits in früheren Tätigkeitsberichten wurde von den Bestrebungen in Albanien berichtet, sich mit der Aufarbeitung der Diktatur nach dem 2. Weltkrieg zu befassen (siehe Neunter Tätigkeitsbericht, S. 87). Die Konrad-Adenauer-Stiftung lud am 10. November 2011 eine Delegation albanischer Experten für Lustration und Vergangenheitsbewältigung nach Berlin zum BStU ein. Diskutiert wurde über ein Vorhaben, in Albanien eine verpflichtende Lustration für herausgehobene Funktionen des öffentlichen Dienstes einzuführen.

Der Botschafter des Königreichs der Niederlande in Deutschland, Marnix Krop, ließ sich am 29. November 2011 bei einem Besuch des Berliner Archivs die Aufgaben der Behörde erklären. Er zeigte sich sehr beeindruckt und berichtete, dass er die Arbeit der Behörde seit der Übernahme seiner Amtsgeschäfte in Berlin im Jahr 2009 mit Interesse verfolgte.

Das bulgarische Außenministerium lud den BStU zu einem internationalen Workshop im Dezember 2011 mit dem Titel „Transitional Justice“ ein. Ein Vertreter der Behörde trug zum Abschnitt „Dealing with the Past“ aus deutscher Perspektive vor. Der Workshop richtete sich insbesondere an Teilnehmer aus den Ländern des „Arabischen Frühlings“ und diente dazu, die Erfahrungen der Länder Zentral- und Osteuropas im Hinblick auf Gelungenes und Misslungenes bei der Diktaturaufarbeitung weiterzugeben. Es wurde für einen offenen Umgang mit dem jeweiligen Erbe der Regime geworben.

Eine Parlamentariergruppe aus Litauen unter der Leitung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses besuchte zusammen mit dem Botschafter Litauens die Behörde. Der Direktor beim BStU sprach über die gesellschaftliche

Resonanz der Arbeit und die Beurteilung totalitärer Regime im Rahmen der Arbeit der EU-Gremien bis hin zur Plattform des Europäischen Gedenkens und Gewissens. Die Parlamentarier interessierten sich auch sehr für die Tätigkeit des Netzwerks und die Erfahrungswerte in den früheren Ostblockländern über die Durchdringung der jeweiligen Geheimpolizeien durch den KGB, ein Thema, das in Litauen von hoher Brisanz ist.

Auf Einladung der Deutschen Botschaft in Wien trug der Bundesbeauftragte in der Botschaft vor geladenen Gästen zum Thema „Die Stasi-Unterlagen der DDR: Akteneinsicht und Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit“ am 22. März 2012 vor. Weitere Gesprächspartner kamen aus Österreich und Polen. Die besondere Rolle der Demokratiebewegung in Polen für das Aufbrechen des Ostblocks wurde gewürdigt.

Am 25. April 2012 nahm der Bundesbeauftragte auf Einladung des Goethe-Instituts an einer Podiumsdiskussion in Paris zum Thema: *Société allemande – société française: différences et ressemblances* teil. Das sehr interessante Podiumsgespräch drehte sich um Themen wie: Wie können wir Demokratie vor dem historischen Hintergrund von Diktaturmechanismen gestalten? Können wir Gerechtigkeit mit dem Rechtsstaat bringen? Braucht es eine Behörde und ein Gesetz oder ist der Weg von Wahrheitskommissionen eine Alternative? Zur Sprache kam auch die Kulturpolitik Frankreichs und der DDR in den 80er-Jahren, die im Französischen Kulturzentrum in Ost-Berlin gewissermaßen einen Ausdruck fand.

Hochrangiger Besuch aus Schweden wurde am 16. Mai 2012 vom Bundesbeauftragten im Berliner Archiv empfangen. Neben einer Führung durch das Archiv und das Stasi-Museum wurde mit dem Botschafter des Königreichs Schweden, Staffan Carlsson, die zu diesem Zeitpunkt aktuelle Frage erörtert, wie und in welchem Umfang schwedische Firmen in die erzwungene Häftlingsarbeit der DDR verstrickt waren. Allgemein wurde über die Einwirkung der Stasi auf die Länder Skandinaviens gesprochen. Bald nach diesem Termin empfing der Bundesbeauftragte auch den Botschafter des Königreichs Norwegen, Sven Erik Svedman, sowie eine Delegation norwegischer Staatssekretäre aus allen Ministerien und dem Büro des Ministerpräsidenten im Archiv.

In Zusammenarbeit mit der Süddänischen Universität Odense waren 50 Geschichts- und Politik-Lehrer aus dänischen Internatsschulen im September 2012 zu einer Weiterbildungs- und Informationsveranstaltung mit Schwerpunkt „Einfluss der Stasi auf den DDR-Leistungssport“ zu Gast. In Zusammenarbeit mit Dr. Jutta Braun von der Universität Potsdam, die als Referentin für dieses Spezialthema zur Verfügung stand, gab es eine angeregte Diskussion über staatlich sanktionierten Missbrauch von Medikamenten zur Leistungssteigerung und die Bedeutung des Leistungssports für die Anerkennung der DDR. Die Überwachung dieses Bereichs durch die Stasi und die Fluchten von Sportlern in den Westen waren von herausgehobenem Interesse für die Gäste aus Dänemark.

Eine besondere Dimension hatte ein Treffen des Bundesbeauftragten mit Menschenrechtsaktivisten und Mitgliedern von Nichtregierungsorganisationen aus Weißrussland angesichts der dort anhaltenden starken Repression gegen die Opposition. Mit großem Interesse verfolgten die Gäste Ausführungen über die Zugänglichkeit zu Informationen und die Möglichkeit für ehemalige politische Häftlinge, Opferrenten zu beziehen.

7.2.2 Nahost („Arabischer Frühling“)

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) nahmen bald nach den Unruhen in Nahost Kontakt zur Behörde auf. Insbesondere aus Ägypten kamen Anfragen. Über die Nichtregierungsorganisationen wurde ägyptischen Menschenrechtsinitiativen als erste Handreichung englischsprachiges Informationsmaterial übermittelt.

Auch das Auswärtige Amt nahm über einen Arbeitsstab „Transformationspartnerschaft“ Kontakt zum BStU auf. Die Erfahrungen, die Deutschland und diese Behörde seit 1989 gemacht haben, sollten der ägyptischen Öffentlichkeit und auch staatlichen Einrichtungen weitergegeben werden. Schließlich kristallisierte sich heraus, dass ein erfahrener Mitarbeiter des BStU vor Ort Multiplikatoren und Aktivisten treffen sollte, um über die Nutzbarmachung der Archive und die Erfahrungen aus der Zeit der Friedlichen Revolution und des Umbruchs in Deutschland zu berichten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung übernahm die Organisation in Kairo. Während der Gespräche vom 25. bis 28. März 2011 stand auch die Frage der Reformierbarkeit der Sicherheitsbehörden immer wieder im Vordergrund. In den gestürzten Polizeizentralen fand man große Mengen von geschreddertem Material, Verurteilungen und Verhörzellen. Ein öffentlicher Vortrag des Mitarbeiters des BStU wurde überwiegend von jungen Menschen besucht. Auch das Goethe-Institut Kairo führte eine öffentliche Veranstaltung durch, in der über die Erfahrungen in den osteuropäischen Ländern mit der Überlieferung von Dokumenten gesprochen wurde; der Deutsche Botschafter nahm an dem Gespräch teil. Der BStU-Vertreter hatte darüber hinaus Unterredungen mit Reformpolitikern, jungen Aktivisten sowie dem Vizepräsidenten des Verfassungsgerichts und dem Informationsdirektor des Innenministeriums. Über den Besuch in Ägypten wurde auch in den deutschen Medien ausführlich berichtet.

Der Direktor empfing eine Gruppe von Aktivisten (Blogger, Journalisten, Politikwissenschaftler, Mitglieder von Oppositionsparteien) aus Ägypten, Tunesien und dem Jemen am 10. Mai 2011 im Berliner Bildungszentrum der Behörde. Die Gäste wurden von der Friedrich-Ebert-Stiftung betreut. Im Fokus standen Fragen des Machtkampfes nach der Beseitigung von Diktaturen und wie mit den alten Eliten umzugehen wäre, was hinsichtlich ausgedehnter Sicherheitsapparate zu großer Besorgnis führte. Außerdem wurde über die Kosten von Aufarbeitung diskutiert. Am Beispiel von Institutionen in Mittel-Südosteuropa konnte dargestellt werden, dass Aufarbeitung auch mit kleineren Einrichtungen möglich ist, wenn die Aktenhoheit hergestellt ist. Bereits drei Tage später waren

erneut Nachwuchspolitiker und Aktivisten aus Ägypten in der Behörde, unter ihnen Mitglieder der Kommission für Rehabilitierung. Die Gäste mutmaßten, dass die geheimpolizeilichen Dimensionen in Ägypten denen in der DDR nicht nachgestanden hätten und man beim Sturm auf die Gebäude nicht in die eigentlichen Geheimarchive vorgedrungen sei.

Über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der UNESCO in Paris erhielt der BStU eine Einladung für eine Rundtisch-Diskussion am 21. Juni 2011 über den demokratischen Umbruch in der arabischen Welt. Gefragt waren Informationen über den Umgang mit wichtigen Akten des SED-Regimes und den Nutzen der Aufarbeitung für eine Zivilgesellschaft. Demokratie und Erneuerung in der arabischen Welt wurden unter Experten aus Kuwait, Jordanien, Jemen, Ägypten, Tunesien, Marokko, Südafrika und Frankreich diskutiert.

Großes Interesse an einer Veranstaltung in der Behörde äußerte auch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit mit einem Projekt für Journalisten aus Asien und Nordafrika. Im Rahmen von „Freedom and Responsibility in the Media“ lud die Behörde zu einem Hintergrundgespräch zum Seminar „Dealing with the past“. Dabei wurde über das Für und Wider der Offenlegung von Stasi-Akten und über die Medienberichterstattung diskutiert.

Hingegen ging es einer Gruppe ägyptischer Politiker aus dem jüngeren Parteienspektrum am 9. August 2011 eher um die Frage der Vergangenheit von Eliten beim Umbau der staatlichen Strukturen, die strafrechtliche Verfolgung und künftige politische Entscheidungen beim Umgang mit sensiblen Aktenbeständen.

Eine hochrangige Delegation aus dem Irak wurde der Behörde über das Auswärtige Amt vermittelt. Am 26. September 2011 traf sich die Behördenleitung mit dem Ersten Stellvertretenden Präsidenten des Parlaments der Republik Irak sowie Fraktions- und Ausschussvorsitzenden. Das Gespräch wurde sehr offen geführt und schnitt verschiedene Punkte innenpolitischer Brisanz für den Irak an. So wird vermutet, dass irakische Geheimdienstler bei der Stasi ausgebildet wurden oder zumindest gute Kontakte bestanden. Großen Respekt zollten die Gäste dem Erreichten bei der Aufarbeitung in Deutschland.

Zu einer Kooperationstagung der Schweizer Institution Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces und Le Labó Démocratique (Tunis) war die Pressesprecherin des BStU am 12. und 13. November 2011 in Tunesien. Die Tagung hatte den Titel: The Archives of the Secret Police: A Challenge for the Democratic Transition? In einem Redebeitrag vor ca. 200 Repräsentanten der tunesischen Zivilgesellschaft, Akademikern, Beamten aus verschiedenen Ministerien und Parteiaktivisten sprach sie zur Rolle der Geheimpolizeiarchive im demokratischen Transformationsprozess einer Gesellschaft. An die Diskussionen schlossen sich Workshops an, deren Teilnehmer Empfehlungen für die verfassunggebende Versammlung erarbeiteten. Die Teilnahme der Behörde wurde mit der Deutschen Botschaft in Tunis koordiniert.

Über die Friedrich-Ebert-Stiftung kontaktierten im Exil lebende iranische Journalisten und oppositionelle Aktivistinnen, Frauenrechtskämpferinnen und Geistliche die Behörde. Am 23. November 2011 wurde über den Umgang mit Geschichte, Diktatur und über die Arbeit des BStU gesprochen.

Ein leitender Mitarbeiter der Behörde war am 13. und 14. Dezember 2011 in Tunis, um auf einer von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit initiierten Konferenz „Transitional Justice: From a Civil Initiative to a Political Commitment“ über die deutschen Erfahrungen zu berichten.

Am 29. Februar 2012 weilte eine tunesische Besuchergruppe zu einem Gespräch mit Archivführung beim BStU. Darunter waren die Vorsitzende von Labó Démocratique, die den BStU bereits zu der November-Tagung 2011 nach Tunis eingeladen hatte, die stellvertretende Vorsitzende vom Centre de Tunis pour la justice transitionnelle, Juristen, Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und Blogger. Es wurden viele Vergleiche zwischen der gefürchteten Geheimpolizei Tunesiens und der Stasi angestellt.

Innerhalb des Programms „Demokratie und die Rolle der Frau im Maghreb“ (über das Auswärtige Amt) war die Behörde in einen Programmpunkt eingebunden, bei dem Aktivistinnen aus Marokko, Tunesien, Algerien und Mauretanien am 18. April 2012 zu Gast waren. Neben den klassischen Themen des BStU wurde über die Rolle der Frau in den „bewaffneten Organen“ sowie während der Revolution wie auch über Frauenrechte in der modernen Gesellschaft gesprochen.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik organisierte für eine größere Delegation aus Syrien ein Gespräch mit einem leitenden Mitarbeiter des Hauses zur Relevanz der Beweissicherung, zur Frage der Ahndung von Verbrechen und zur Bedeutung des Opferschutzes im Zusammenhang mit der Nutzung von Akten.

Der Bundesbeauftragte empfing am 16. Mai 2012 eine Gruppe aus Tunesien, die auf Einladung des Goethe-Instituts Deutschland besuchte. Es handelte sich u. a. um Direktoren und Mitarbeiter tunesischer Kulturinstitute, die an der deutschen Aufarbeitungsstrategie im Allgemeinen und der Gedenkkultur im Besonderen interessiert waren. Zum gleichen Themenkomplex waren am 5. Juni 2012 zwei Historiker und der Präsident einer auf dieses Gebiet spezialisierten Stiftung aus Tunesien in der Behörde.

Schon wenige Wochen später kam, vermittelt durch das Max-Planck-Institut, eine Delegation von Mitgliedern der Tunesischen verfassunggebenden Versammlung zu einem Gespräch mit dem Bundesbeauftragten. Die Gruppe wurde durch den Vizepräsidenten dieses Gremiums geleitet. Neben dem Bundesbeauftragten waren mehrere leitende Mitarbeiter der Behörde gebeten, zu ihren Tätigkeitsfeldern Rede und Antwort zu stehen. Entsprechend der Aufgabe der verfassunggebenden Versammlung wurde auch über verschiedene Modelle der Aufarbeitung und Lustration gesprochen. Die rechtlich unabhängige Stellung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Deutschland

wurde mit großem Interesse diskutiert. Im Spiegel der dynamischen Ereignisse in Tunesien hatte das Auswärtige Amt zusätzlich zu einer Diplomatenfortbildung für tunesische Botschaftsangehörige geladen, bei der Mitarbeiter aus verschiedenen Abteilungen der Behörde über Transformationsprozesse und Erkenntnisse aus dem deutschen Aufarbeitungsprozess sprachen.

Anfang August und im September waren Gruppen von Studenten und Journalisten aus Nordafrika/Nahost in der Behörde, die über die GIZ bzw. über die DGAP betreut wurden. Im Rahmen von deren Sommerschulprogramm standen die Umbrüche in der arabischen Welt im Vordergrund. Darüber hinaus entsandte der Deutsche Bundestag Stipendiaten aus arabischen Staaten zum BStU.

Die Ereignisse und der aktuelle innenpolitische Zustand in Ägypten und Tunesien wurden im Rahmen einer vom Deutschlandfunk live übertragenen Podiumsveranstaltung Mitte Dezember 2012 diskutiert, bei der der Bundesbeauftragte mit dem Bundestagsabgeordneten Ruprecht Polenz und der ehemaligen Justizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin im Gespräch mit Botschaftern und Ministern aus beiden Ländern war. Die Veranstaltung mit dem Thema: „Diktatur bewältigen – Wie gehen Ägypten und Tunesien mit der Vergangenheit um?“ wurde von der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in Berlin ausgerichtet und vom Auswärtigen Amt unterstützt.

7.2.3 Weitere Länder

Von wachsender Bedeutung ist der internationale Erfahrungsaustausch im Bereich Transitional Justice, der unter anderem in Programmen der GIZ thematisiert wird. Dabei werden gesellschaftliche Grundfragen der Aufarbeitung auch unter juristischen Blickwinkeln diskutiert. Ein leitender Mitarbeiter des Hauses war von der GIZ eingeladen, am internationalen Human Rights NGO-Forum in Simbabwe teilzunehmen, welches im Oktober 2012 eine Konferenz zum Kernthema Transitional Justice abhielt. Das Forum selbst besteht aus 19 nationalen NGOs aus Simbabwe. Zu der Konferenz waren neben dem Vertreter aus Deutschland mehrere Delegationen von Menschenrechtsorganisationen aus Kenia, Liberia, den Philippinen, Ruanda, Uganda und Südafrika geladen. Über die Verletzungen von Menschenrechten, Folter, Mord, Vertreibung und Diktatur wurde intensiv und ergebnisorientiert diskutiert, wobei von den Sprechern der Delegationen neueste Forschungsberichte und Dokumentationen zu diesen Themen gezeigt wurden.

GIZ-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter trafen sich zu einer Veranstaltung in Potsdam mit Beschäftigten staatlicher Aufarbeitungseinrichtungen aus Deutschland, um das Thema Transitional Justice zu diskutieren. Ein leitender Vertreter des BStU war bei dieser Tagung mit einem Beitrag im „Network International Cooperation in Conflicts and Disasters“ vertreten.

Chile

Prof. Dr. Cath Collins von der University Diego Portales besuchte die Behörde im Januar 2011. In Sachen Men-

schenrechte unterwegs, ging es um die Aufarbeitungslage der Militärdiktatur in Chile. Viele Akten seien vernichtet oder verschleppt worden, berichtete sie. Es werde überlegt, wie dieser Teil der jüngeren Geschichte den nächsten Generationen vermittelt werden könne. Es sei auch daran gedacht, frühere Folterzentren als Gedenkorte zu nutzen. Hoffnungsvoll stimme ein sich aufbauendes Netzwerk in Lateinamerika, das sich gemeinsam mit diesen Epochen befasse.

Die Archivleiterin und eine Mitarbeiterin der Forschungsabteilung des Museo de la Memoria weilten am 24. und 25. Oktober 2011 auf Vermittlung der Heinrich-Böll-Stiftung zu mehreren Einzelgesprächen mit Vertretern aus den Abteilungen beim BStU. Das Museo wurde im Januar 2010 eingeweiht und arbeitet in den Bereichen Dokumentation, Erziehung, Forschung, Ausstellungen und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Zeit der Militärdiktatur und der vom Staat begangenen Menschenrechtsverletzungen aufzuarbeiten. Anliegen der Gäste war es insbesondere, praktische Erfahrungen in der Archivarbeit auszutauschen. Die Direktorin der Gedenkstätte Parque por la Paz Villa Grimaldi in Santiago de Chile nahm an einer Konferenz in Berlin teil und nutzte die Gelegenheit, am 21. November ein Fachgespräch mit Archivexperten der BStU zu führen.

Korea

Aus der Republik Korea (umgangssprachlich Südkorea) waren mehrere Delegationen zu Gast. Über die Friedrich-Ebert-Stiftung waren im April 2011 Mitarbeiter aus dem dortigen Wiedervereinigungsministerium beim BStU. Mit dieser Einrichtung gab es bereits in früheren Jahren einen Erfahrungsaustausch, da man die staatliche Teilung in Korea mit der deutschen vergleicht und Lehren Deutschlands in nationale Prozesse einfließen lassen möchte. Das Thema der Geheimpolizei und der „bewaffneten Organe“ spielt dabei eine herausgehobene Rolle.

Der Bundesbeauftragte empfing am 24. Juni 2011 eine große Gruppe der koreanischen Wonkwang Universität in Iksan und der Seoul Theological University (Professoren, Theologen, Studenten). Eine persönliche Schilderung der Ereignisse vor und während der Friedlichen Revolution aus der Sicht eines Aktivisten und nun Vertreters einer staatlichen Aufarbeitungsbehörde zu erhalten, war Ziel des Zusammentreffens. Dabei war den Gästen wichtig zu hören, welche Bilanz man in Deutschland nach zwei Dekaden zieht, was für Korea übertragbar wäre und welchen Einfluss DDR-Biografien im gemeinsamen Deutschland hatten und haben. Aber auch Fragen der Kirchen und Religionsausübung in der DDR waren von großem Interesse.

Eine außergewöhnliche Delegation des Center for Korean Woman & Politics setzte sich aus Frauen Südkoreas und geflüchteten Nordkoreanerinnen zusammen, die auf Einladung der Hanns-Seidel-Stiftung unterwegs waren. Das Gespräch Anfang November 2011 fokussierte auf die politische Rolle der Frauen in der DDR und insbesondere

deren Mitwirkung in den sogenannten bewaffneten Organen der DDR.

Forscher und Beamte des koreanischen Northeast-Asia-Policy Institutes wandten sich an Experten des BStU mit sehr konkreten und detaillierten Fragen, so zum Strukturmodell der Behörde, zur ablauforganisatorischen Umsetzung des gesetzlichen Auftrags und zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden des Landes. Darüber hinaus interessierte, welche Strafverfahren mithilfe der MfS-Akten aufgeklärt werden konnten.

Japan

Vom Institut für Sozialwissenschaft der Chukyo-Universität trafen zwei Professoren für Politikgeschichte und Verfassungsrecht sowie eine Dozentin für Archivwesen mit der Leitungsebene des Archivs des BStU zusammen. Schwerpunkte des Gesprächs waren der Schutz der Personaldaten und die Organisation von Personal und Archivtechnik, angewandte Standards, Restaurierung und die virtuelle Rekonstruktion zerrissener Unterlagen.

Kanada

Ein persönliches Gespräch führte der Bundesbeauftragte im Berliner Archiv mit dem kanadischen Minister für Öffentliche Sicherheit, Vic Toews, am 24. Juni 2011. Der Minister hatte großes Interesse zu erfahren, wie der Umgang mit den Stasi-Informationen in Deutschland rechtlich gehandhabt wird und welche datenschutzrechtlichen Aspekte abgewogen werden müssen.

Südafrika

Im Juni und Juli 2011 waren zwei Gruppen aus Südafrika bei BStU-Experten zu Besuch. Die Humboldt-Universität zu Berlin entsandte Jurastudenten im Rahmen ihres Summer School Programms zu einer vertiefenden Gesprächsrunde mit einem Juristen des Hauses über die Anwendung des StUG. Eine kleine Delegation aus dem Nationalarchiv Südafrikas war zu einem Gedankenaustausch bei der Archivleitung zu Gast.

China, Taiwan

Der Heinrich-Böll-Stiftung war es möglich, im November 2011 eine Gruppe chinesischer Menschenrechtler nach Berlin einzuladen. Sie arbeiten in juristischen, akademischen und journalistischen Berufen, wobei sie sich mit der Menschenrechtsthematik befassen. Mit dem Bundesbeauftragten gab es eine intensive Unterhaltung zur individuellen Verantwortung in der Diktatur und zum Themenkreis „Alltag in repressiven Systemen“ sowie „Täter/Opfer-Gespräche“.

Eine Delegation der Taiwan Association for Truth and Reconciliation und der Nylon Cheng Liberty Foundation war am 6. Dezember 2012 zu einer Informationsveranstaltung im Archiv und Bildungszentrum, wobei hauptsächlich ausstellungstechnische und pädagogische Annäherungen an das Thema Aufarbeitung von Terror in der eigenen Geschichte im Mittelpunkt standen.

Anhang

	Seite
Anhang 1 Organisationsplan	106
Anhang 2 Anschriftenverzeichnis	107
Anhang 3 Mitglieder des Beirats	109
Anhang 4 Abteilung Archiv: „Zukunft in Einheit“. Für die unzertrennte Erhaltung, Pflege und Nutzung des MfS-Archivguts	110
Anhang 5 Eingang und Erledigung von Anträgen und Ersuchen	112
Anhang 6 Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 StUG	114
Anhang 7 Anträge gemäß §§ 32 und 34 StUG – Antragseingänge, Themenkomplexe	115
Anhang 8 Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums	118
Anhang 9 Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung im Berichtszeitraum	119
Anhang 10 Publikationsreihen	120
Anhang 11 Materialien des BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit	127
Anhang 12 Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“	129
Anhang 13 Regionale Ausstellungen der Außenstellen	130
Anhang 14 Das Bildungszentrum Berlin, die Informations- und Dokumentationszentren des BStU sowie Gedenkstätten	133
Anhang 15 Sonderausstellungen im Bildungszentrum Berlin	135
Anhang 16 Abkürzungsverzeichnis	137

Anhang 1

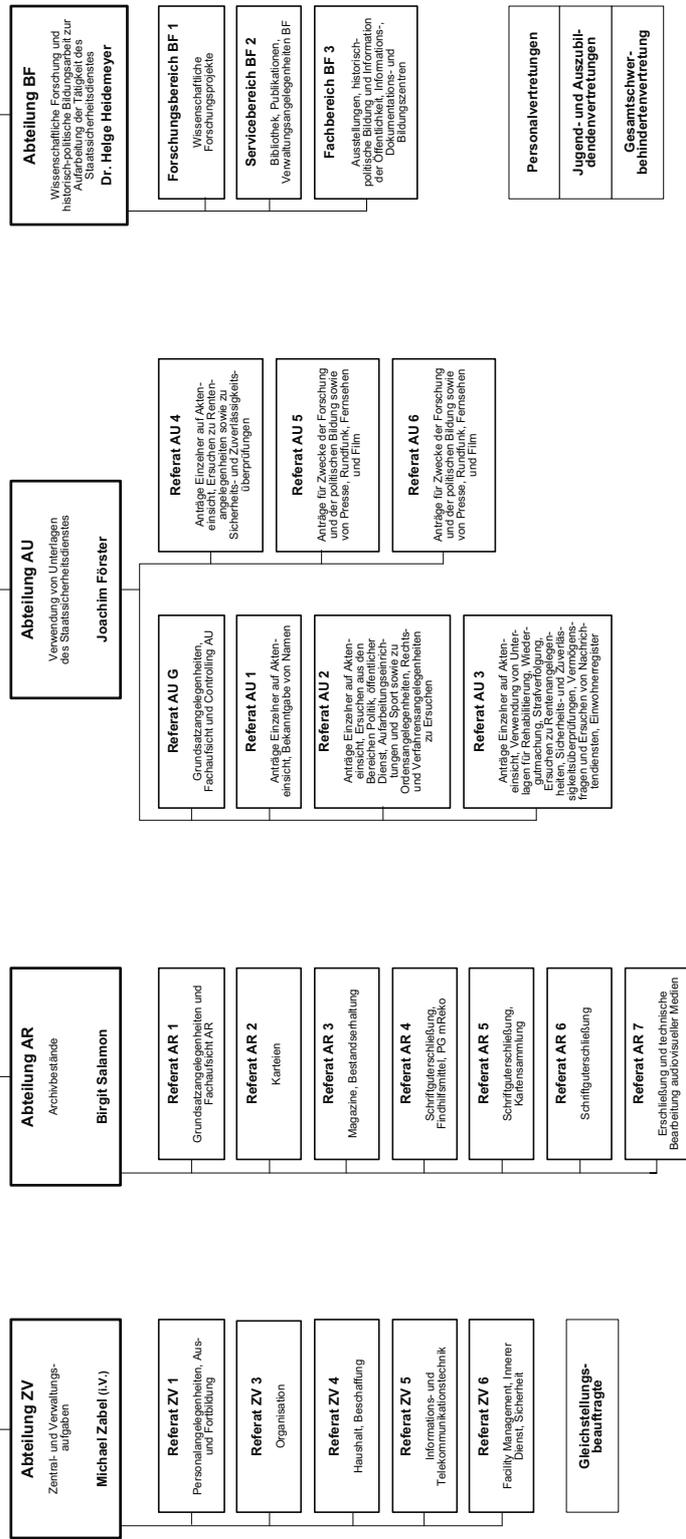
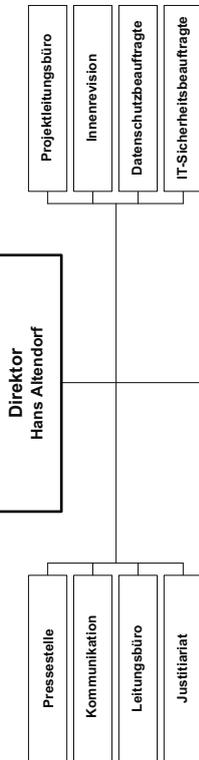
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Organisationsplan
Dezember 2012

Wissenschaftliches
Beratungsgremium

Der Bundesbeauftragte
Roland Jahn

Beirat



Außenstellen

Chemnitz Dr. Clemens Heilmann	Dresden Konrad Felber	Erfurt Wolfgang Brunner	Frankfurt (Oder) Rüdiger Siefert	Gera Petra Schell (LV)	Halle Uta Leichaenring	Leipzig Regina Schild	Magdeburg Jörg Stoye	Neubrandenburg Holm-Henning Freier	Rostock Dr. Volker Höfer	Schwerin Corinna Kalkreuth	Suhl Monika Aschenbach
----------------------------------	--------------------------	----------------------------	-------------------------------------	---------------------------	---------------------------	--------------------------	-------------------------	---------------------------------------	-----------------------------	-------------------------------	---------------------------

Anhang 2**Anschriftenverzeichnis****Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik****Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Zentralstelle des BStU****Postanschrift:**

10106 Berlin

Hausanschrift/Akteneinsichtsbereich/Lesesäle/Antragstellung:

Karl-Liebknecht-Str. 31/33	Telefon	030 2324-50
10178 Berlin	Telefax	030 2324-7799
	Telefon IVBB-Netz	030 18 665-0
	Telefax IVBB-Netz	030 18 665-7799

Bürgerberatung:

Telefon	030 2324-7000
Telefon IVBB-Netz	030 18 665-7000

Persönliche Beratung mit vorheriger telefonischer Terminvereinbarung

E-Mail: post@bstu.bund.de**Internet-Adresse:** <http://www.bstu.de>**Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstelle in Brandenburg****Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87	Telefon	0335 6068-0
15234 Frankfurt	Telefax	0335 6068-2419
	E-Mail	astfrankfurt@bstu.bund.de

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Mecklenburg-Vorpommern**Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120	Telefon	0395 7774-0
17033 Neubrandenburg	Telefax	0395 7774-1619
	E-Mail	astneubrandenburg@bstu.bund.de

Rostock

Hohen Tannen 11	Telefon	038208 826-0
18196 Waldeck-Dummerstorf	Telefax	038208 826-1219
	E-Mail	astrostock@bstu.bund.de

Schwerin

19065 Görslow	Telefon	03860 503-0
	Telefax	03860 503-1419
	E-Mail	astschwerin@bstu.bund.de

noch Anhang 2

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen

Chemnitz

Jagdschänkenstraße 52 09117 Chemnitz	Telefon Telefax E-Mail	0371 8082-0 0371 8082-3719 astchemnitz@bstu.bund.de
---	------------------------------	---

Leipzig

Dittrichring 24 04109 Leipzig	Telefon Telefax E-Mail	0341 2247-0 0341 2247-3219 astleipzig@bstu.bund.de
----------------------------------	------------------------------	--

Dresden

Riesaer Straße 7 01129 Dresden	Telefon Telefax E-Mail	0351 2508-0 0351 2508-3419 astdresden@bstu.bund.de
-----------------------------------	------------------------------	--

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Sachsen-Anhalt

Halle

Blücherstraße 2 06122 Halle (Saale)	Telefon Telefax E-Mail	0345 6141-0 0345 6141-2719 asthalle@bstu.bund.de
--	------------------------------	--

Magdeburg

Georg-Kaiser-Straße 4 39116 Magdeburg	Telefon Telefax E-Mail	0391 6271-0 0391 6271-2219 astmagdeburg@bstu.bund.de
--	------------------------------	--

Anschriften/Telefon- und Faxnummern der Außenstellen in Thüringen

Erfurt

Petersberg Haus 19 99084 Erfurt	Telefon Telefax E-Mail	0361 5519-0 0361 5519-4719 asterfurt@bstu.bund.de
------------------------------------	------------------------------	---

Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1 07548 Gera	Telefon Telefax E-Mail	0365 5518-0 0365 5518-4219 astgera@bstu.bund.de
--	------------------------------	---

Suhl

Weidbergstraße 34 98527 Suhl	Telefon Telefax E-Mail	03681 456-0 03681 456-4519 astsuhl@bstu.bund.de
---------------------------------	------------------------------	---

Anhang 3

Mitglieder des Beirats

Stand: Dezember 2012

Vom Deutschen Bundestag gewählte Mitglieder des Beirats:

1. Prof. Dr. Richard Schröder Vorsitzender
2. Ulrike Poppe erste stellvertretende Vorsitzende
3. Patrick Kurth, MdB
4. Markus Meckel
5. Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller
6. Beatrix Philipp, MdB
7. Prof. Dr. Manfred Wilke
8. Jörn Wunderlich, MdB

Von den Ländern benannte Mitglieder des Beirats:

9. Rainer Eppelmann Brandenburg
zweiter stellvertretender Vorsitzender
10. Ludwig Große Thüringen
11. Dr. André Gursky Sachsen-Anhalt
12. Martin Gutzeit Berlin
13. Prof. Dr. Ulrike Höroldt Sachsen-Anhalt
14. Prof. Dr. Georg Machnik Thüringen
15. Jörn Mothes Mecklenburg-Vorpommern
16. Frank Richter Sachsen
17. Jürgen Schwarz Sachsen

Im Berichtszeitraum ergaben sich im Beirat folgende personelle Entwicklungen:

Wolf-Dieter Beyer und Hansjörg Weigel, die den Freistaat Sachsen im Beirat vertreten hatten, schieden 2012 aus dem Gremium aus. Als Nachfolger wurden Frank Richter und Jürgen Schwarz vom Freistaat Sachsen für den Beirat benannt. Die Bestellung erfolgte im Juni 2012.

Vom Deutschen Bundestag neu in den Beirat gewählt wurde im Oktober 2012 Patrick Kurth als Nachfolger von Christoph Waitz, dessen Amtszeit endete. Herr Kurth wurde im Dezember 2012 bestellt.

Im Jahr 2011 wurden als Mitglieder des Beirats für weitere fünf Jahre Jörn Wunderlich, wiedergewählt vom Deutschen Bundestag, und Prof. Dr. Georg Machnik, wiederbenannt vom Landtag des Freistaates Thüringen, bestellt. Im Jahr 2012 wurde als Mitglied des Beirats für weitere fünf Jahre Prof. Dr. Ulrike Höroldt, wiederbenannt vom Landtag Sachsen-Anhalt, bestellt.

Anhang 4

Abteilung Archiv:

„Zukunft in Einheit.“ Für die unzertrennte Erhaltung, Pflege und Nutzung des MfS-Archivguts

1. Die Entscheidung zur Zukunft der Verwaltung des MfS-Archivbestandes obliegt dem Gesetzgeber. Dazu gibt es bisher keine Vorentscheidungen, auch nicht dahingehend, dass bestimmte Szenarien bereits als „gesetzlich“ gelten, die die Überführung und Zertrennung des Bestandes auf das Bundesarchiv, die SAPMO und sechs weitere Landesarchivverwaltungen vorsehen.
2. Es entspricht dem Respekt vor dem Gesetzgeber, sachkundige Vorschläge zur weiterhin fachgerechten, nachhaltigen und bürgerfreundlichen Verwaltung der MfS-Überlieferung zu unterbreiten. Ziel sollte sein, den historisch gewachsenen Bestand vor Zersplitterung oder Dezimierung zu schützen, optimale Nutzungsbedingungen zu sichern und den Aufbau unnötiger Nutzungshürden zu verhindern.
3. In der bisherigen Debatte wurden die grundlegenden Rechtsfragen, die sich bei veränderten Zuständigkeiten für den MfS-Bestand ergeben würden, nur gestreift. Ausreichend detaillierte Vergleichsanalysen zwischen den unterschiedlichen archiv- und zugangsrechtlichen Normen in StUG, BArchG und den Archivgesetzen der Länder gibt es nicht. Gleiches gilt für die umfassende Erörterung der den jeweiligen Normen zugrunde liegenden Sachverhalte. § 2 Absatz 1 StUG fordert die zentrale Erfassung, Verwaltung, Verwahrung und Verwendung der Stasi-Unterlagen durch eine öffentliche Stelle des Bundes. § 37 Absatz 2 StUG formuliert das Gebot der Verwaltung der Unterlagen nach einheitlichen Grundsätzen. Diese Vorschriften gehen inhaltlich bereits auf den Einigungsvertrag zurück. Sie sind kein bloßes „Formelwerk“, das man ohne materielle Wirkungen beliebig austauschen könnte. Vielmehr gab es triftige Gründe dafür, dass sich der Gesetzgeber zur Einführung dieser Vorschriften entschlossen hat.
4. Die entscheidende Kernfrage wurde in der Debatte bislang weitgehend ausgeklammert: *„Welche realen Auswirkungen ergeben sich bzw. welche Handlungsbedarfe und Risiken bestehen neu bei veränderten und ggf. bei den Ländern vermehrten Zuständigkeiten für die Erschließung und Nutzbarkeit sowie Erhaltung und Pflege des MfS-Bestandes?“* Diese Frage kann aber nicht erst im Anschluss an zuerst festgelegte (abstrakte) „Leitentscheidungen“ erörtert werden. Vielmehr müssen die wesentlichen Aspekte dieser Kernfrage bereits fachkundig beantwortet sein, damit sachgerechte Entscheidungen zur Zukunft des MfS-Bestandes getroffen werden und ihren Ausdruck in guter Gesetzgebung finden können.
5. Die DDR-Staatssicherheit war in allen Phasen ihrer Existenz eine auch nach innen ungewöhnlich zentralistisch strukturierte Institution. Sie verfügte in der gesamten DDR über spezielle Unterbau-Strukturen, die nur dem Namen nach den üblichen mittleren und unteren staatlichen Verwaltungseinheiten entsprachen oder ähnelten. Es handelte sich dabei tatsächlich um eine – auch im Staatsaufbau der DDR einmalige – *Parallelstruktur außerhalb* aller üblichen mittleren und unteren DDR-Verwaltungseinheiten.
6. Dass die Aktenhinterlassenschaften nachgeordneter Bereiche und Behörden aus anderen DDR-Ressorts unter dem Gesichtspunkt regional oder lokal abgegrenzter Zuständigkeiten in die Archivlandschaft der neuen Länder eingeflossen sind, entsprach der Bereitschaft des Bundes, die föderale Kompetenzverteilung auch auf dem Gebiet der archivischen Verwaltung von staatlichen DDR-Unterlagen grundsätzlich anzuerkennen. Freilich darf dieser Grundsatz – abgesehen davon, dass der Gesetzgeber abweichend hiervon für die MfS-Überlieferung im Stasi-Unterlagen-Gesetz eine einheitliche Bundesverwaltung vorgeschrieben hat – nicht bereits mit konkreten Lösungen verwechselt werden.
7. Alle Organisationseinheiten der Staatssicherheit waren auch nach DDR-Maßstab ungewöhnlich stark auf die Zentrale des MfS ausgerichtet. Die Arbeit nach dem sogenannten Linienprinzip, also die vertikalen Arbeitszusammenhänge der jeweiligen „Fachlinien“ auf den unterschiedlichen territorialen Ebenen (z. B. Hauptabteilung XX der Zentrale mit den Abteilungen XX der Bezirksverwaltungen), spiegelt sich zwangsläufig in der schriftlichen Hinterlassenschaft aus den unterschiedlichen Herkunftsstellen aller Ebenen des MfS. Diese Hinterlassenschaft ist deshalb inhaltlich wie registraturtechnisch auf engste Weise miteinander verwoben. Das gilt sogar noch mit Blick auf die vom MfS in seinen Bezirksverwaltungen unterhaltenen sogenannten Archive, die registratur- und informationslogistisch ebenfalls auf das Engste mit der MfS-Zentrale verbunden blieben.
8. Im Interesse einer nachhaltigen Lösung, die den besonderen Erhaltungs- und Verwahrungsbedingungen der MfS-Überlieferung dauerhaft gerecht wird, darf der MfS-Bestand nicht – in einfacher Analogie zu anderen DDR-Überlieferungen – im Nachgang „föderalisiert“ und schematisch zerteilt werden. Geschähe dies, *würde ein zentralistisch gewachsener und verwalteter, in sich vielfach verwobener Überlieferungskörper nachträglich auseinandergerissen.*
9. Die aus dem Zusammenwirken des „Linien- und Territorialprinzips“ im MfS resultierende komplexe Verflechtung von Vorgängen mit regionalen und zentralen Bezügen macht auch weiterhin die Nutzerbetreuung und Recherche aus einer Hand sinnvoll und effizient. Würde der Bestand auf das Bundes- und die Landesarchive aufgeteilt, so müsste dafür nicht nur erst noch ein komplexer Rechercheverbund geschaffen werden, sondern es müssten auch Möglichkeiten vorgesehen werden, aus verschiedenen Archiven stammende Unterlagen etwa für die Akteneinsicht zusammenzufassen. Andernfalls könnten Antragsteller künftig *in Fällen, in denen heute eine Benutzung und Betreuung beim BStU aus einer Hand*

noch Anhang 4

möglich ist, ein vergleichbares Ergebnis erst durch mehrere Antragsverfahren und Einsichtnahmen an verschiedenen Orten erzielen. Das wäre ein Rückschritt für die Benutzer. Unklar wäre bei einer Bestandszertrennung auch, wie eine einheitliche Anwendung der dann geltenden rechtlichen Normen organisatorisch in voneinander unabhängigen Archiven sichergestellt werden kann.

10. Das gelegentlich vertretene Argument, eine Zertrennung des MfS-Bestandes würde die Erforschung der Staatssicherheit „im Zusammenhang“ mit anderen (regionalen, lokalen) DDR-Beständen fördern, ist in mehrfacher Hinsicht nicht stichhaltig. *Erstens* ist auch heute schon eine kontextorientierte DDR-Forschung ungehindert möglich: Das beweist schon die nicht mehr überschaubare Zahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen zur SED-Diktatur. Die Einschränkungen beim Zugang zu Stasi-Akten sind auf Restriktionen zurückzuführen, die verfassungsrechtlicher Natur sind und der Überlieferungslage geschuldet sind. An dieser Situation ändert sich (zu Recht) noch nichts, wenn Zuständigkeiten umverteilt oder Akten umgelagert werden. *Zweitens* ist es für die Forschung keineswegs ungewöhnlich, wenn die für ein Vorhaben infrage kommenden Unterlagen nicht an einem Ort „beisammen“ liegen. So ist auf die korrespondierenden DDR-Bestände aus Kreisarchiven, Stadtarchiven, Kirchenarchiven, Parteiarchiven, Betriebsarchiven, Universitätsarchiven usw. zu verweisen. In letzter Konsequenz ließe sich die Aufhebung des föderalen Archivprinzips fordern. Es entspricht also durchaus der Forschungsnormalität, verschiedene Archive zu nutzen.
11. Überlegungen zur Übernahme von Bestandteilen einer Provenienz (hier: MfS) in einen regionalen Überlieferungsverbund mit anderen Beständen sollten dann zurücktreten, wenn deutlich wird, dass durch die Teilung eines einzelnen, unikalen Archivbestandes innere Zusammenhänge zerrissen würden, die den Informationswert der zergliederten Überlieferung insgesamt schmälern, weil innere Informationszusammenhänge entweder nicht mehr oder allenfalls nachträglich mit erhöhtem Aufwand festgestellt werden können. Genau das aber wäre der Fall, würde der MfS-Bestand zertrennt.
12. Sicherzustellen wäre zudem, *dass andere Archivträger die vom BStU bereits zuerkannte Archivwürdigkeit der Unterlagen vollständig akzeptieren.* Im Archiv des BStU wird nach besonders sensiblen Maßstäben und unter Billigung des Beirats deutlich umfassender positiv bewertet, als dies im allgemeinen Archivreich üblich ist. Aus diesem Grund werden beispielsweise sämtliche Akten der Betroffenen (Opferakten) und die Akten der hauptamtlichen oder inoffiziellen Mitarbeiter der Staatssicherheit als archivwürdig bewertet. Aus Sicht des BStU sollte sich daran auch zukünftig nichts mehr ändern, das heißt, diese Akten sollten auch in Zukunft geschlossen und

auf Dauer erhalten bleiben. *Nachkassationen müssen ausgeschlossen werden.*

13. Die sehr umfangreichen Überlieferungen würden zu großen Herausforderungen für die ostdeutschen Landesarchivverwaltungen führen. Es stellt sich daher die Frage, *wie realistisch eine Aufteilung des Bestandes auf die Länder in finanzpolitischer Hinsicht ist, wenn gleichzeitig gewährleistet sein soll, dass die Unterlagen auch im übergebenen Umfang dauernd erhalten und nutzbar bleiben.* Durch die positive Bewertungspraxis des BStU kämen auf die Länder gewaltige Aktenmengen zu.
14. Die Stasi-Unterlagen sind der zentrale Repressionsaktenbestand der DDR, in dem sich politische Verfolgung und Überwachung in der Diktatur am intensivsten spiegeln. Sie nehmen eine zentrale Rolle bei der materiellen und kulturellen Bewältigung der Diktaturfolgen ein. Ihre Erhaltung und Zugänglichkeit sind ein Vermächtnis der Friedlichen Revolution. *Der MfS-Bestand entfaltet gerade in seiner Gesamtheit und Geschlossenheit eine politisch-symbolische Bedeutung, die nicht nur in Deutschland wirkt, sondern auch in andere ehemals kommunistische Staaten Osteuropas sowie weltweit in Länder mit Diktaturerfahrung ausstrahlt.* Eine Zerstückelung des MfS-Bestandes würde diese Bedeutung für das politische und historische Vermächtnis der Aktenrettung und Aktenöffnung entscheidend mindern.
15. Richtig ist, dass bereits 1991 in den parlamentarischen Beratungen zum Stasi-Unterlagen-Gesetz eine stärkere Berücksichtigung der Länderinteressen bei der Verwaltung des MfS-Bestandes gefordert und von einigen Ländern organisatorische Alternativen zur Errichtung einer Bundesoberbehörde vorgeschlagen wurden. Richtig ist aber auch, dass es bei allen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Ländern über die beste Organisationsform immer unstrittig war, den MfS-Bestand insgesamt unzertrennt zu bewahren, weil – so 1991 der Vertreter Sachsens im Bundesrat – *„die Überführung der Archive in alleinige Länderverwaltung nicht sinnvoll ist. Denn die MfS-Archive waren hierarchisch aufgebaut, mit einer klaren zentralistischen Struktur. Die vom Volkstammengesetz vorgesehene Auflösung in einzelne und voneinander mehr oder weniger unabhängige, selbständige Länderarchive würde diese nun einmal vorgegebene Struktur zerstören und die Nutzung erschweren. Das wollen wir im Interesse der Sache nicht.“*¹ Diese Auffassung ist heute noch genauso zutreffend wie damals. Deshalb bleibt es auch in Zukunft richtig, den MfS-Bestand unzerteilt zu pflegen, zu verwahren und zugänglich zu halten.

Nach der Vorlage an den Beirat wurde der Text redaktionell leicht angepasst (u. a. nummeriert).

¹ BR-Plenarprotokoll, 633. Sitzung (5. Juli 1991), S. 314A-B (Hervorhebungen wie im Original).

Anhang 5

Eingang von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2012

Verwendungszweck	1990 – 1999	2000 – 2004	2005/2006	2007/2008	2009	2010	2011	2012	Eingänge gesamt
Bürgeranträge gesamt¹	1 674 485	518 297	177 642	188 887	102 658	87 514	80 611	88 231	2 918 325
Ersuchen öffentlicher Dienst	1 561 700	127 359	64 133	868	175	76	210	317	1 754 838
Ersuchen Rentenanlagenheiten ²	615 497	365 296	111 014	37 744	6 792	5 334	6 524	6 845	1 155 046
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/ Zuverlässigkeitsüberprüfungen	82 210	60 057	23 896	18 152	11 587	10 606	9 532	7 834	223 874
Sonstige Ersuchen (parlamentarische Mandatsträger, Ordensangelegenheiten u. a.)	171 481	26 445	10 640	2 872	3 087	6 393	1 715	2 064	224 697
Ersuchen Überprüfung gesamt	2 430 888	579 157	209 683	59 636	21 641	22 409	17 981	17 060	3 358 455
Ersuchen Rehabilitierung (Reha)	65 417	18 575	2 642	3 839	2 368	2 240	1 543	1 596	98 220
Ersuchen Wiedergutmachung (WGM)	70 274	32 066	6 648	36 840	8 678	6 968	4 421	3 681	169 576
Ersuchen Strafverfolgung (StV)	192 527	22 823	3 071	1 011	373	302	518	270	220 895
Ersuchen Reha/WGM/StV gesamt	328 218	73 464	12 361	41 690	11 419	9 510	6 482	5 547	488 691
Anträge Forschung und politische Bildung ³	4 553	3 269	1 435	1 704	1 037	910	959	994	14 861
Anträge Presse, Rundfunk und Film ³	5 906	2 498	917	1 101	893	576	542	436	12 869
Anträge Forschung und Medien gesamt³	10 459	5 767	2 352	2 805	1 930	1 486	1 501	1 430	27 730
Summe	4 444 050	1 176 685	402 038	293 018	137 648	120 919	106 575	112 268	6 793 201

¹ umfasst Anträge auf Auskunft, Einsicht, Kopienherausgabe und Decknamenentschlüsselung

² Im Ergebnis der 2002 durchgeführten Bestandszählung wurde der Eingang an Ersuchen des Jahres 1999 um 35 017 Personen verringert.

³ Zählung nur der beantragten Themen

noch Anhang 5

Erledigung von Anträgen und Ersuchen
Stand: Dezember 2012

Verwendungszweck	1990 – 1999	2000 – 2004	2005/2006	2007/2008	2009	2010	2011	2012	Erledigungen gesamt
Bürgeranträge gesamt¹	1 482 632	652 130	193 874	188 199	90 626	89 453	79 158	78 949	2 830 574
Ersuchen öffentlicher Dienst	1 544 200	91 044	117 942	840	203	78	201	310	1 754 818
Ersuchen Rentenanlagenheiten	494 551	450 587	117 420	57 850	12 697	7 300	5 351	7 777	1 153 533
Ersuchen Sicherheitsüberprüfungen/Zuverlässigkeitsüberprüfungen	76 250	64 032	25 132	17 505	11 121	11 506	9 523	8 040	223 109
Sonstige Ersuchen (parlamentarische Mandatsträger, Ordensangelegenheiten u. a.)	164 721	29 713	13 897	2 743	2 179	5 047	4 024	1 898	224 222
Ersuchen Überprüfung gesamt	2 279 722	635 376	274 391	78 938	26 200	23 931	19 099	18 025	3 355 682
Ersuchen Rehabilitation (Reha)	67 905	15 156	2 518	4 012	2 008	2 433	1 983	1 671	97 686
Ersuchen Wiedergutmachung (WGM)	59 250	39 935	7 295	33 010	12 657	7 075	5 517	3 765	168 504
Ersuchen Strafverfolgung (StV)	178 977	26 953	6 839	6 334	532	260	513	214	220 622
Ersuchen Reha/WGM/StV gesamt	306 132	82 044	16 652	43 356	15 197	9 768	8 013	5 650	486 812
Anträge Forschung und politische Bildung ²	2 702	3 561	1 742	1 755	1 025	931	942	914	13 572
Anträge Presse, Rundfunk und Film ²	4 923	2 801	1 100	1 182	798	666	582	488	12 540
Anträge Forschung und Medien gesamt²	7 625	6 362	2 842	2 937	1 823	1 597	1 524	1 402	26 112
Summe	4 076 111	1 375 912	487 759	313 430	133 846	124 749	107 794	104 026	6 699 180

¹ Umfasst Anträge auf Auskunft, Einsicht, Kopienherausgabe und Decknamenschlüsselung. Im Ergebnis der 2002 durchgeführten Bestandszählung wurde die Summe der Jahre 1992 bis 2002 um 24 447 Erledigungen verringert.

² Zählung nur der abgearbeiteten Themen

Anhang 6

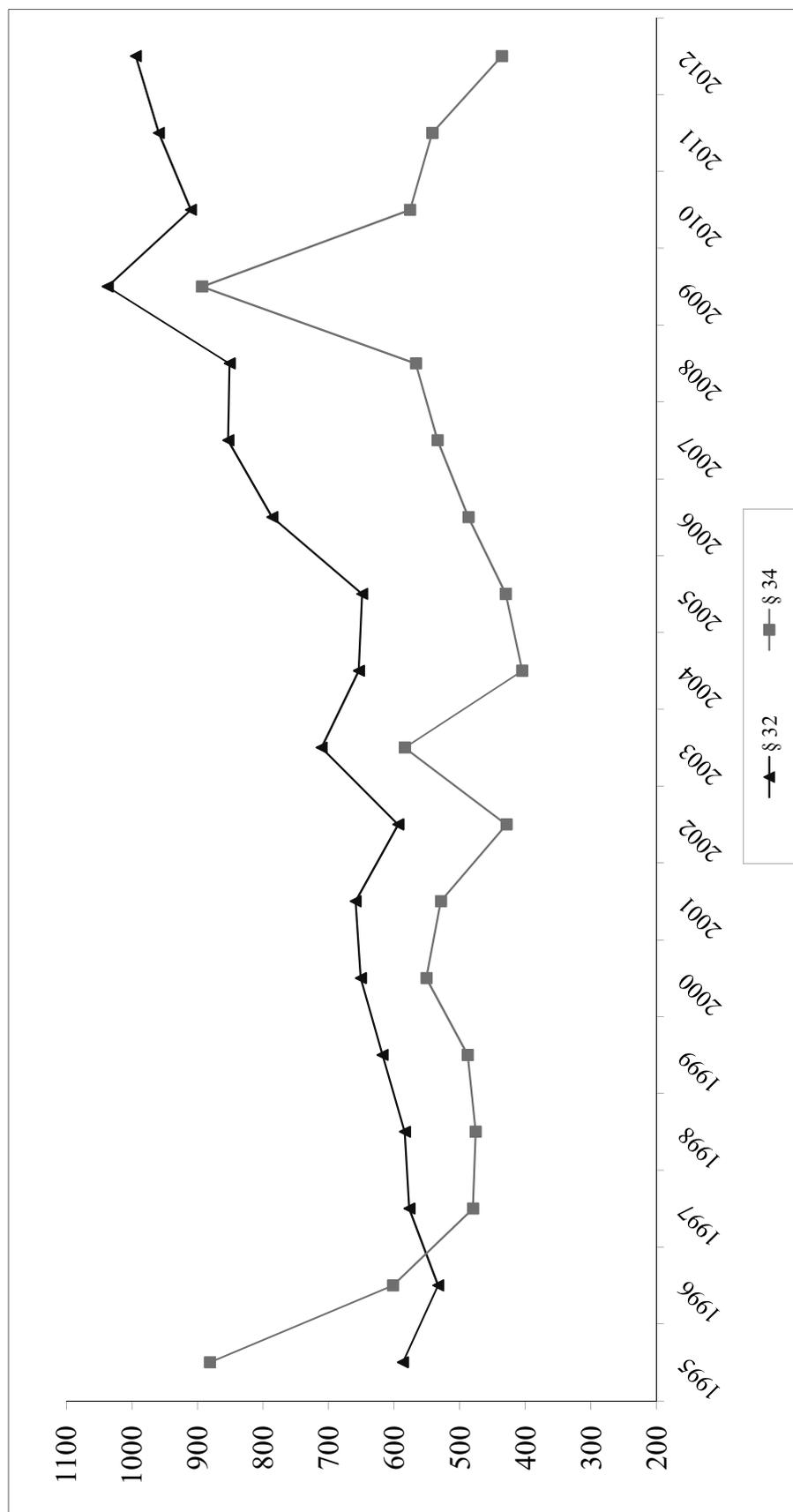
Anträge zu vermissten oder verstorbenen nahen Angehörigen nach § 15 StUG
im Jahre 2012

Monat	Erstanträge gesamt	davon nach § 15 StUG	
		Anzahl	in Prozent
Januar	7 937	628	7,9
Februar	7 482	642	8,6
März	6 280	580	9,2
April	5 171	515	10,0
Mai	4 722	464	9,8
Juni	4 465	468	10,5
Juli	3 843	449	11,7
August	3 753	495	13,2
September	3 158	322	10,2
Oktober	3 338	380	11,4
November	3 785	416	11,0
Dezember	1 837	222	12,1
Summe	55 771	5 581	10,0

Anhang 7

Eingänge von Anträgen gemäß §§ 32 und 34 StUG für den Zeitraum 1993 bis 31. Dezember 2012
Stand Dezember 2012

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
§ 32	587	533	577	584	618	651	659	594	711	654	649	786	853	851	1037	910	959	994
§ 34	881	602	480	476	488	551	529	429	584	405	430	487	534	567	893	576	542	436



noch Anhang 7

Struktur der Antragsteller
Eingang von Anträgen im Berichtszeitraum

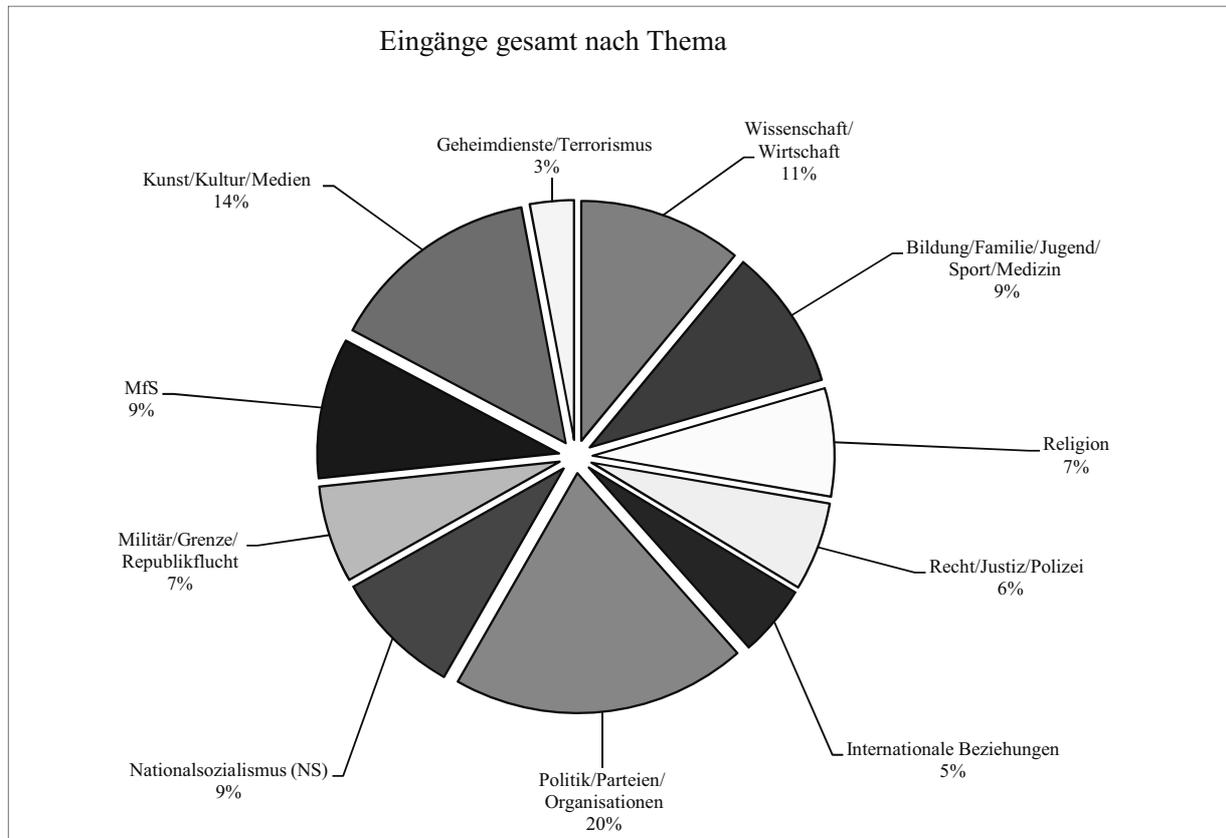
§ 32 StUG

	Eingang	davon Anträge aus dem Ausland
Universitäten/Hochschulen	581	150
Privatpersonen	620	70
Vereine, Verbände, Institutionen	95	10
Stiftungen	122	2
Kirchen und Glaubensgemeinschaften	12	2
Parteien/Organisationen	3	0
Museen	52	2
Landesbeauftragte	86	0
Aufarbeitungsinitiativen	5	0
Sonstige	377	25
gesamt	1 953	261

§ 34 StUG

	Eingang	davon Anträge aus dem Ausland
Tageszeitungen	311	14
Wochenmagazine	77	3
Freie Journalisten	85	9
Medien, öffentlich-rechtlich	299	10
Medien, privat	21	7
Produktionsgesellschaften	102	14
Wochenzeitungen	22	3
Agenturen	12	0
Sonstige	49	7
gesamt	978	67

noch Anhang 7



Anhang 8**Mitglieder des Wissenschaftlichen Beratungsgremiums**

Vom Bundestag 2007 benannte Mitglieder:

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen	Vom Gremium zum Vorsitzenden gewählt. Politikwissenschaftler, seit 2002 Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ettersberg, Weimar
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke	Vom Gremium zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Historiker, seit 1997 bis zur Emeritierung im Oktober 2012 Universitätsprofessor an der Technischen Universität Dresden
Dr. Hubertus Knabe	Historiker, seit 2000 Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Prof. Dr. Thomas Lindenberger	Historiker, seit 2009 Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Europäische Geschichte und Öffentlichkeit, Wien
Dr. Ulrich Mählert	Politikwissenschaftler, seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin
Prof. Dr. Angelika Menne-Haritz	Historikerin, seit 2006 Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Berlin
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller	Historiker, 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, 1996 bis zu seiner Emeritierung 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München
Dr. Wilfriede Otto	Historikerin, Berlin
Prof. Dr. Alexander Vatlin	Historiker, seit 2006 Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Historischen Fakultät der Lomonossow-Universität, Moskau

Vom Deutschen Bundestag 2012 benannte Mitglieder (Konstituierung des Gremiums am 21. Januar 2013):

Prof. Dr. Hans-Joachim Veen	Vom Gremium zum Vorsitzenden gewählt. Politikwissenschaftler, seit 2002 Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Ettersberg, Weimar
Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke	Vom Gremium zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Historiker, seit 1997 bis zur Emeritierung im Oktober 2012 Universitätsprofessor an der Technischen Universität Dresden
Dr. Michael Hollmann	Historiker, seit 2011 Präsident des Bundesarchivs, Berlin
Dr. Hubertus Knabe	Historiker, seit 2000 Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
Stefan Liebich	Diplom-Betriebswirt, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
Dr. Ulrich Mählert	Politikwissenschaftler, seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller	Historiker, 1992 bis 2011 Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, 1996 bis zu seiner Emeritierung 2011 Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität München
Prof. Dr. Klaus Schroeder	Politikwissenschaftler, seit 1992 Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik des Otto-Suhr-Institutes, Berlin
Prof. Dr. Alexander Vatlin	Historiker, seit 2006 Professor für Neue und Neueste Geschichte an der Historischen Fakultät der Lomonossow-Universität, Moskau

Anhang 9**Veranstaltungen des wissenschaftlichen Kolloquiums der Abteilung Bildung und Forschung im Berichtszeitraum**

Datum	Referent(en)	Thema
09.02.2011	Johannes Beleites	Ungeklärte Verhältnisse – Das Ministerium für Staatssicherheit und die Strafprozessordnung der DDR
18.05.2011	Dr. Tobias Wunschik und Jenny Schekahn	Zelleninformatoren und Deliktstatistik in der MfS-Untersuchungshaftanstalt Rostock 1970 bis 1989
15.06.2011	Dr. Henrik Bispinck	Oberschullehrer in Mecklenburg 1918 bis 1961. Eine bildungsbürgerliche Berufsgruppe im Systemwandel
06.07.2011	Prof. Dr. Manfred Wilke	Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte
12.10.2011	Martin Stief	Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus
23.11.2011	Enrico Rennebarth	Kommunale „innerdeutsche Außenpolitik“ und das Ministerium für Staatssicherheit
18.01.2012	Christian Booß	Die Verteidigung im politischen Prozess der 80er-Jahre. Zwischenbilanz einer quantitativen Auswertung
29.02.2012	Dr. Christian Halbrock	Widerstand im Alltag – Alltag des Widerstandes: Verweigerung, Aufbegehren, Widerstand und Opposition im Norden der DDR. (Erfahrungsbericht, Ergebnisse und Resümee zum Projekt „Ostseebezirk Rostock“)
25.04.2012	Dr. des. Christian Domnitz	U-Boote im Herrschaftsdiskurs. Narrative Europas und Verfall parteistaatlicher Legitimität in der DDR, Polen und der ČSSR
09.05.2012	Thomas Weißbach	West-Ost-Migration. Buchpräsentation: Schwerer Weg. Übersiedlung aus der BRD und West-Berlin in die DDR 1961 bis 1989
04.07.2012	Dr. Renate Hürtgen	Die Antragsteller auf Ausreise im Kreis Halberstadt
17.10.2012	Gunter Gerick M.A.	„Wenn man eure Informationen liest, muss man zu der Meinung kommen, die Konterrevolution steht bevor.“ Das Verhältnis von SED und MfS im Bezirk Karl-Marx-Stadt.
31.10.2012	Dr. Bernd Schäfer	Zur Zusammenarbeit des MfS mit Vietnam und Nordkorea
05.12.2012	Dr. Anita Krätzner	Der Mauerbau und die Universitäten der DDR

Anhang 10**Publikationsreihen****Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten –
Analysen und Dokumente****Über den Buchhandel zu beziehen**

Erschienen im Ch. Links Verlag, Berlin (zahlreiche Titel sind auch als digitale Bücher verfügbar unter www.links-verlag.de)

Band 1: Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, 244 S., 2. Aufl., Berlin 1996, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-098-8

Band 2: Karl Wilhelm Fricke: Akten-Einsicht. Rekonstruktion einer politischen Verfolgung. Mit einem Vorwort von Joachim Gauck, 264 S., 4., akt. Aufl., Berlin 1997, 17,50 Euro, ISBN 3-86153-099-6

Band 3: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, 544 S., 4., durchges. Aufl., Berlin 2010, 20,50 Euro, ISBN 3-86153-101-1

Band 4: Matthias Braun: Drama um eine Komödie. Das Ensemble von SED und Staatssicherheit, FDJ und Kulturministerium gegen Heiner Müllers „Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande“ im Oktober 1961, 170 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1996, 12,00 Euro, ISBN 3-86153-102-X

Band 5: Siegfried Suckut (Hg.): Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, 472 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2001, 20,50 Euro, ISBN 3-86153-111-9

Band 6: Joachim Walther: Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik, 888 S., Berlin 1996, 34,80 Euro, ISBN 3-86153-121-6

Band 7: Clemens Vollnhals (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, 464 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 1997, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-122-4

Band 8: Siegfried Suckut und Walter Süß (Hg.): Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, 351 S., Berlin 1997, 19,50 Euro, ISBN 3-896153-131-3

Band 9: Silke Schumann: Parteierziehung in der Geheimpolizei. Zur Rolle der SED im MfS der fünfziger Jahre, 218 S., Berlin 2000, 10,00 Euro, ISBN 3-86153-146-1

Band 10: Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Anleitungen für die Arbeit mit Agenten, Kundschaftern und Spionen in der Bundesrepublik Deutschland, 1 118 S., 2. Aufl., Berlin 1998, 34,80 Euro, ISBN 3-86153-145-3

Band 11: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und

politische Prozesse in der DDR 1953–1956, 359 S., Berlin 1998, 19,50 Euro, ISBN 3-86153-147-X

Band 12: Reinhard Buthmann: Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena. Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms. Mit einem Vorwort von Walter Süß, 256 S., Berlin 1997, 12,50 Euro, ISBN 3-86153-153-4

Band 13: Clemens Vollnhals: Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz, 312 S., 2., akt. Aufl., Berlin 2000, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-215-8

Band 14: Sonja Süß: Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, 773 S., 3. Aufl., Berlin 2000, 29,50 Euro, ISBN 3-86153-173-9

Band 15: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, 815 S., 2. Aufl., Berlin 1999, 29,50 Euro, ISBN 3-86153-181-X

Band 16: Roger Engelmann und Clemens Vollnhals (Hg.): Justiz im Dienste der Parteiherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, 574 S., Berlin 1999, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-184-4

Band 17: Thomas Auerbach: Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front. Terror- und Sabotagevorbereitungen des MfS gegen die Bundesrepublik Deutschland. Mit einem Vorwort von Ehrhart Neubert, 192 S., 6. Aufl., Berlin 2012, 19,90 Euro, ISBN 3-86153-183-6

Band 18: Hubertus Knabe: West-Arbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“, 597 S., 2. Aufl., Berlin 1999, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-182-8

Band 19: Wolfgang Buschfort: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, 260 S., Berlin 2000, 15,50 Euro, ISBN 3-86153-226-3

Band 20: Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, 615 S., Berlin 2000, 24,50 Euro, ISBN 3-86153-227-1

Erschienen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Band 21: Ehrhart Neubert und Bernd Eisenfeld (Hg.): Macht – Ohnmacht – Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, 457 S., Bremen 2001, 24,90 Euro, ISBN 3-86108-792-8

Band 22: Hans-Peter Löhn: Spitzbart, Bauch und Brille – sind nicht des Volkes Wille! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Halle an der Saale, 212 S., Bremen 2003, 10,90 Euro, ISBN 3-86108-373-6

Band 23: Georg Herbstritt und Helmut Müller-Enbergs (Hg.): Das Gesicht dem Westen zu ... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland, 458 S., Bremen 2003, 22,90 Euro, ISBN 3-86108-388-4

Band 24: Karl Wilhelm Fricke und Roger Engelmann: Der „Tag X“ und die Staatssicherheit. 17. Juni 1953 – Re-

noch Anhang 10

aktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, 347 S., Bremen 2003, 17,90 Euro, ISBN 3-86108-386-8

Band 25: Bernd Eisenfeld, Ilko-Sascha Kowalczyk und Ehrhart Neubert: Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, 847 S., zahlr. Abb., Bremen 2004, 29,90 Euro, ISBN 3-86108-387-6

Band 26: Matthias Braun: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form“. Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, 229 S., Bremen 2004, 11,90 Euro, ISBN 3-86108-398-1

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 27: Roger Engelmann und Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.): Volkserhebung gegen den SED-Staat. Eine Bestandsaufnahme zum 17. Juni 1953, 478 S., Göttingen 2005, 32,90 Euro, ISBN 3-525-35004-X

Band 28: Henry Leide: NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, 448 S., 3. Aufl., Göttingen 2007, 29,90 Euro, ISBN 3-525-35018-X

Band 29: Georg Herbricht: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, 459 S., Göttingen 2007, 29,90 Euro, ISBN 978-3-525-35021-8

Band 30: Jens Gieseke (Hg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, 383 S., Göttingen 2007, 27,90 Euro, ISBN 978-3-525-35083-6

Band 31: Matthias Braun: Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit, 446 S., Göttingen 2007, 31,90 Euro, ISBN 978-3-525-35049-2

Band 32: Roger Engelmann, Thomas Großbölting, Hermann Wentker: Kommunismus in der Krise. Die Entstalinisierung 1956 und die Folgen, 478 S., Göttingen 2008, 34,90 Euro, ISBN 978-3-525-35052-2

Band 33: Łukasz Kamiński, Krzysztof Persak und Jens Gieseke (Hg.): Handbuch der kommunistischen Geheimdienste in Osteuropa 1944–1991, 583 S., Göttingen 2009, 39,90 Euro, ISBN 978-3-525-35100-0

Band 34: Bernd Florath (Hg.): Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur. 251 S., Göttingen 2011, 19,95 Euro, ISBN 978-3-525-35045-4

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Edition Temmen, Bremen

Über den BStU zu beziehen

Band 1: Peter Eisenfeld: „... rausschmeißen ...“. 20 Jahre politische Gegnerschaft in der DDR, 504 S., zahlr. Abb., Bremen 2002, 5,00 Euro, ISBN 3-86108-342-6

Band 2: Wolfgang Schollwer: „Gesamtdeutschland ist uns Verpflichtung“. Aufzeichnungen aus dem FDP-Ostbüro 1951–1957, 298 S., Bremen 2004, 5,00 Euro, ISBN 3-86108-043-5

Unterreihe: Biografische Quellen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Band 3: Dietmar Riemann: Laufzettel. Tagebuch einer Ausreise, 512 S., Göttingen 2005, 29,90 Euro, ISBN 3-525-35800-8

Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung

Über den Buchhandel zu beziehen

Erschienen im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen

Siegfried Suckut (Hg.): Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2009, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37300-2

Frank Joestel (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1988. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2010, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37502-0

Daniela Münkler (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2011, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37503-7

Henrik Bispinck (Bearb.): Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, 320 S., mit Datenbank auf CD-ROM, Göttingen 2012, 29,99 Euro, ISBN 978-3-525-37501-3

Einzelveröffentlichungen

Über den Buchhandel zu beziehen

Klaus-Dietmar Henke (Hg.): Wann bricht schon mal ein Staat zusammen! Die Debatte über die Stasi-Akten auf dem 39. Historikertag 1992, München 1993 (vergriffen)

Arbeitsgebiet I der Kriminalpolizei. Aufgaben, Struktur und Verhältnis zum MfS, 56 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer Herrschaftsausübung, 24 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Bernd Eisenfeld und Roger Engelmann: 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 120 S., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-87-5

Ilko-Sascha Kowalczyk: 17. Juni 1953. Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, 312 S., Audio-CD, Bremen 2003, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-86-8

noch Anhang 10

Jens Gieseke: Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, 320 S., 3., erw. und akt. Aufl., München 2006, 24,90 Euro, ISBN 3-421-05952-7

Helmut Müller-Enbergs unter Mitarbeit von Susanne Muhle: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 3: Statistiken, 1 024 S., Berlin 2008, 39,30 Euro, ISBN 978-3-86153-441-9

Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, 602 S., München 2009, 24,90 Euro, ISBN 978-3-406-58357-5

Feind ist, wer anders denkt. Eine Ausstellung über die Staatssicherheit der DDR, 88 S., 3., akt. Aufl., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-89-9

„The Dissenter is the Enemy“. An Exhibition on the State Security Service in the GDR, 88 S., 3rd updated edition, Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-92-9

„Stasi. Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit.“ Katalog und Aufsätze, 221 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-84-4

Reinhard Buthmann: Konfliktfall Kosmos. Die politische Geschichte einer Jugendarbeitsgruppe in der DDR, 389 S., Wien u. a. 2012, 39,90 Euro, ISBN 978-3-412-20742-7

Roger Engelmann, Bernd Florath, Helge Heidemeyer, Daniela Münkler, Arno Polzin, Walter Süß (Hg.): Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR. 440 S., 2., durchges. und erw. Aufl., Berlin 2012, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86153-681-9

Ilko-Sascha Kowalczyk: Die 101 wichtigsten Fragen – DDR, 159 S., München 2009, 9,95 Euro, ISBN 978-3-406-59232-4

MfS-Handbuch

Anatomie der Staatssicherheit – Geschichte, Struktur, Methoden

Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen

Roland Wiedmann (Bearb.): Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit 1989, Teil V/1, 403 S., Berlin 1995, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-27-1 (vergriffen)

Jens Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil IV/1, 107 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-25-7

Bernd Eisenfeld: Die Zentrale Koordinierungsgruppe. Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Teil III/17, 52 S., 2. Aufl., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-16-5

Tobias Wunschik: Die Hauptabteilung XXII: „Terrorabwehr“, Teil III/16, 56 S., 2. Aufl., Berlin 1995, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-14-1

Günter Förster: Die Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit, Teil III/6, 42 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-22-6 (vergriffen)

Maria Haendcke-Hoppe-Arndt: Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft, Teil III/10, 130 S., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-12-7

Hanna Labrenz-Weiß: Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr, Teil III/7, 79 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-05-9 (vergriffen)

Silke Schumann: Die Parteiorganisation der SED im MfS, Teil III/20, 89 S., 3. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-23-3

Jens Gieseke (Hg.): Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989, Teil V/4, 84 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-30-1

Reinhard Buthmann: Die Objektdienststellen des MfS, Teil II/3, 25 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-24-0

Hubertus Knabe: Die Rechtsstelle des MfS, Teil III/4, 21 S., Berlin 1999, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-21-9

Reinhard Buthmann: Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, Teil III/11, 67 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-18-9

Roger Engelmann und Frank Joestel (Bearb.): Grundsatzdokumente des MfS, Teil V/5, 508 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-31-8

Johannes Beleites: Abteilung XIV: Haftvollzug, 65 S., Berlin 2004, ISBN 978-3-942130-11-0 (vergriffen)

Stephan Wolf: Hauptabteilung I: NVA und Grenztruppen, Teil III/13, 102 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-04-2 (vergriffen)

Hanna Labrenz-Weiß: Abteilung M, Teil III/19, 48 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-17-2 (vergriffen)

Monika Tantzscher: Hauptabteilung VI: Grenzkontrollen, Reise- und Touristenverkehr, Teil III/14, 109 S., Berlin 2005, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-07-3 (vergriffen)

Angela Schmole: Abteilung 26: Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung, Teil III/19, 66 S., 2. Aufl., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-19-6

Thomas Auerbach, Matthias Braun, Bernd Eisenfeld, Gesine von Prittwitz und Clemens Vollnhals: Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur,

noch Anhang 10

„politischer Untergrund“, 179 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-13-4

Helmut Müller-Enbergs: Die inoffiziellen Mitarbeiter, 53 S., Berlin 2008, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-26-4

Tobias Wunschik: Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei, 99 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-08-0

Roger Engelmann und Frank Joestel: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, 100 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-20-2

Walter Süß: Die Staatssicherheit im letzten Jahrzehnt der DDR. Geschichte der Staatssicherheit, 114 S., Berlin 2009, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-03-5

Andreas Schmidt: Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, 238 S., mit Beilagekarte zum Stützpunktsystem der HA III, Berlin 2010, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-06-6

Helmut Müller-Enbergs: Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, 356 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-15-8

Angela Schmole: Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme, 136 S., Berlin 2011, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-09-7

Roland Wiedmann: Die Dienstseinheiten des MfS 1950 – 1989: Eine organisatorische Übersicht, 540 S., mit CD-ROM, Berlin 2012, Schutzgebühr 12,00 Euro, ISBN 978-3-942130-28-8

Die bereits erschienenen Handbuch-Lieferungen sind online verfügbar unter www.bstu.de. Dort findet sich auch eine aktuelle Übersicht über das Gesamtwerk.

Dokumente (Reihe A)

Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen

Günter Förster: Die Dissertationen an der „Juristischen Hochschule“ des MfS. Eine annotierte Bibliographie, 143 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-35-6

Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/1991, 349 S., 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-36-3

Günter Förster: Bibliographie der Diplomarbeiten und Abschlußarbeiten an der Hochschule des MfS, 577 S., Berlin 1998, Schutzgebühr 10,00 Euro, ISBN 978-3-942130-37-0

Frank Joestel (Hg.): Strafrechtliche Verfolgung politischer Gegner durch die Staatssicherheit im Jahre 1988. Der letzte Jahresbericht der MfS-Hauptabteilung Unter-

suchung, 128 S., 2. Aufl., Berlin 2004, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-38-7

MfS und Leistungssport. Ein Recherchebericht, 209 S., Berlin 1994 (vergriffen)

Die „Dokumente (Reihe A)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

Analysen und Berichte (Reihe B)

Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen

Thomas Auerbach unter Mitarbeit von Wolf-Dieter Sailer: Vorbereitung auf den Tag X. Die geplanten Isolierungslager des MfS, 154 S., 3., durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Bodo Wegmann und Monika Tantzsch: SOUD. Das geheimdienstliche Datennetz des östlichen Bündnissystems, 104 S., Berlin 1996, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-44-8

Walter Süß: Zu Wahrnehmung und Interpretation des Rechtsextremismus in der DDR durch das MfS, 106 S., 3. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-42-4

Monika Tantzsch: Die verlängerte Mauer. Die Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Warschauer-Pakt-Staaten bei der Verhinderung von „Republikflucht“, 161 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-45-5

Reinhard Buthmann: Hochtechnologien und Staatssicherheit. Die strukturelle Verankerung des MfS in Wissenschaft und Forschung der DDR, 311 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-46-2 (vergriffen)

Aus der Veranstaltungsreihe des Bundesbeauftragten:

Ausreisen oder dableiben? Regulierungsstrategien der Staatssicherheit (öffentliche Veranstaltung am 26. Oktober 1995), 129 S., 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-43-1

Bearbeiten – Zersetzen – Liquidieren; Die Inoffiziellen Mitarbeiter; Freiheit für meine Akte, Berlin 1993 (vergriffen)

Tobias Hollitzer: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen, 321 S., 2., durchges. Aufl., Berlin 2000 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: Das Zusammenspiel von Staatssicherheit und SED nach der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz aus Rippicha am 18. August 1976, Berlin 1993 (vergriffen)

Monika Tantzsch: Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings

noch Anhang 10

1968/69 im Spiegel der MfS-Akten, 145 S., 2. Aufl., Berlin 1998 (vergriffen)

Verfolgung und die Folgen. Über den Umgang mit den Opfern (öffentliche Veranstaltung am 27. Oktober 1994), 98 S., Berlin 1995 (vergriffen)

Die „Analysen und Berichte (Reihe B)“ werden fortgeführt in der Reihe „BF informiert“.

BF informiert

Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen

Walter Süß (Edition): Erich Mielke und KGB-Vize Leonid Schebarschin über den drohenden Untergang des Sozialistischen Lagers. Mitschrift eines Streitgesprächs am 7. April 1989, 41 S., (1/1993) (vergriffen)

Joachim Walther und Gesine von Prittwitz: Staatssicherheit und Schriftsteller. Bericht zum Forschungsprojekt, 30 S., (2/1993) (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985–1989, 64 S., (3/1993), ISBN 978-3-942130-50-9 (vergriffen)

Jens Gieseke: Die Hauptamtlichen 1962. Zur Personalstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), ISBN 978-3-942130-51-6 (vergriffen)

Jürgen Fuchs: Unter Nutzung der Angst. Die „leise Form“ des Terrors – Zersetzungsmaßnahmen des MfS, 40 S., (2/1994) (vergriffen)

Roger Engelmann: Zu Struktur, Charakter und Bedeutung der Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit, 63 S., (3/1994), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-52-3

Walter Süß: Entmachtung und Verfall der Staatssicherheit. Ein Kapitel aus dem Spätherbst 1989, 75 S., (5/1994), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-53-0

Jens Gieseke: Doktoren der Tschechistik. Die Promovenden der „Juristischen Hochschule“ des MfS, 29 S., (6/1994), ISBN 978-3-942130-54-7

Roger Engelmann und Silke Schumann: Kurs auf die entwickelte Diktatur. Walter Ulbricht, die Entmachtung Ernst Wollwebers und die Neuausrichtung des Staatssicherheitsdienstes 1956/57, 81 S., (1/1995), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-55-4

Andreas Niemann und Walter Süß: „Gegen das Volk kann nichts mehr entschieden werden“. MfS und SED im Bezirk Neubrandenburg 1989. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 1), 71 S., (12/1996), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-56-1

Hans-Peter Löhn: „Unsere Nerven lagen allmählich blank“. MfS und SED im Bezirk Halle. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 2), 66 S., (13/1996), 2. Aufl., Berlin 1997 (vergriffen)

Stephan Fingerle und Jens Gieseke: Partisanen des Kalten Krieges. Die Untergrundtruppe der Nationalen Volksarmee 1957 bis 1962 und ihre Übernahme durch die Staatssicherheit, 70 S., (14/1996), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-57-8

Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, zusammengestellt von Hildegard von Zastrow, 124 S., (15/1996), 2., erw. Aufl. (vergriffen)

Clemens Vollnhals: Die kirchenpolitische Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, 43 S., (16/1997), 2. Aufl., Berlin 1997, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-58-5

Walter Süß: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, 36 S., (17/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-59-2

Tobias Wunschik: Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung ihrer „Sektion DDR“ durch das MfS, 45 S., (18/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-60-8

Holger Horsch: „Hat nicht wenigstens die Stasi die Stimmung im Lande gekannt?“ MfS und SED im Bezirk Karl-Marx-Stadt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 3), 59 S., (19/1997), 2. Aufl., Berlin 1998, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-61-5

Volker Höffer: „Der Gegner hat Kraft“. MfS und SED im Bezirk Rostock. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 4), 63 S., (20/1997), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-62-2

Jens Gieseke: Das Ministerium für Staatssicherheit 1950 – 1989/90. Ein kurzer historischer Abriß, 56 S., (21/1998) (vergriffen)

Eberhard Stein: „Sorgt dafür, daß sie die Mehrheit nicht hinter sich kriegen“. MfS und SED im Bezirk Erfurt. (Die Entmachtung der Staatssicherheit in den Regionen, Teil 5), 57 S., (22/1999), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-63-9

Andrzej Paczkowski: Terror und Überwachung. Die Funktion des Sicherheitsdienstes im kommunistischen System in Polen von 1944–1956, 37 S., (23/1999), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-64-6

Joachim Lampe: Juristische Aufarbeitung von Westspionage, 35 S., (24/1999), 3., durchges. Aufl., Berlin 2002, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-65-3

Gudrun Weber: Stille Post. Neue Wege der Westarbeit in der Vertriebsorganisation des Ministeriums für Staatssicherheit in den sechziger Jahren, 65 S., (25/2005), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-66-0

Arno Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten, 59 S., (26/2005), 2., überarb. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-67-7

noch Anhang 10

Joachim Granzow: Die Löwengrube. Als Arzt in DDR-Haftanstalten Mitte der fünfziger Jahre. Ein Erlebnisbericht, 215 S., 2. Aufl., Berlin 2006, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-70-7

Regina Teske: Staatssicherheit auf dem Dorfe. Zur Überwachung der ländlichen Gesellschaft vor der Vollkollektivierung 1952 bis 1958, 109 S., (27/2006), ISBN 978-3-942130-68-4 (vergriffen)

Helmut Müller-Enbergs: „Rosenholz“. Eine Quellenkritik, 234 S., (28/2007), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-69-1 (vergriffen)

Wilhelm Mensing: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946 – 1976), 320 S., (29/2010), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-71-4

Martin Stief: Desertionen im geteilten Berlin. Bekämpfung von Fahnenfluchten aus den Reihen der Bereitschaftspolizei im Jahr des Mauerbaus, 98 S., (30/2011), Schutzgebühr 2,50 Euro, ISBN 978-3-942130-73-8

Jenny Schekahn und Tobias Wunschik: Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock. Ermittlungsverfahren, Zelleninformatoren und Haftbedingungen in der Ära Honecker, 158 S., (31/2012), Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-942130-74-5

Kooperationsprojekte

Über den Buchhandel bzw. den BStU zu beziehen

Akademie für politische Bildung Tutzing/BStU:

Siegfried Suckut und Jürgen Weber (Hg.): Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, 338 S., München 2003, 19,80 Euro, ISBN 978-3-7892-8135-8

Militärgeschichtliches Forschungsamt Potsdam/BStU:

Torsten Diedrich und Ilko-Sascha Kowalczuk: Staatsgründung auf Raten?, 435 S., Berlin 2005, 29,90 Euro, ISBN 3-86153-380-4

Torsten Diedrich und Walter Süß (Hg.): Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, 372 S., Berlin 2010, 34,90 Euro, ISBN 3-86153-610-9

Bundeszentrale für politische Bildung/BStU:

Jens Gieseke unter Mitarbeit von Doris Hubert: Die DDR-Staatssicherheit, Schild und Schwert der Partei, 120 S., Bonn 2001, Schutzgebühr 2,00 Euro

Jens Gieseke (with Doris Hubert): The GDR State Security. Shield and Sword of the Party, translated by Mary Carlene Forszt, 120 S., Berlin 2004, Schutzgebühr 2,00 Euro, Versand von Einzelexemplaren ins Ausland kostenlos

Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR/BStU:

Johannes Beletes: Schwerin, Demmlerplatz. Die Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit, 239 S., Schwerin 2001, Schutzgebühr 5,00 Euro, ISBN 978-3-933255-12-9

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V./BStU:

Werner Theuer und Arno Polzin unter Mitarbeit von Bernd Florath: Aktenlandschaft Havemann. Nachlass und Archivbestände zu Robert Havemann in der Robert-Havemann-Gesellschaft und bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 576 S., Berlin 2008, 25,00 Euro, ISBN 978-3-938857-07-6

Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur/BStU:

Christian Halbrock: „Stasi-Stadt“ – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes. Mit einem Vorwort von Marianne Birthler, 75 S., Berlin 2009, 12,90 Euro, ISBN 978-3-86153-520-1

Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, 256 S., mit zahlreichen bisher unveröffentlichten Fotos und Karten, Berlin 2010, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86732-073-3

Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien/Der Berliner Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen/BStU

Martin Gutzeit, Helge Heidemeyer und Bettina Tüffers (Hg.): „Opposition und SED in der Friedlichen Revolution. Organisationsgeschichte der alten und neuen politischen Gruppen 1989/90“, Dokumentation einer Tagung am 25. und 26. November 2008 in Berlin, 263 S., Düsseldorf 2010, 29,80 Euro, ISBN 978-3-7700-5304-9

Archivwissenschaftliche Veröffentlichungen

Archiv zur DDR-Staatssicherheit

Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten im LIT Verlag, Münster

Band 1: Dagmar Unverhau: Das „NS-Archiv“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Stationen einer Entwicklung, 258 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2004, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-3512-X

Band 2: Dagmar Unverhau (Hg.): Das Stasi-Unterlagen-Gesetz im Lichte von Datenschutz und Archivgesetzgebung, 312 S., 2., durchges. Aufl., Münster 2003, 20,90 Euro, ISBN 3-8258-3924-9

noch Anhang 10

Band 3: Dagmar Unverhau (Hg.) unter Mitarbeit von Roland Lucht: Lustration, Aktenöffnung, demokratischer Umbruch in Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn, 408 S., 2. Aufl., Münster 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-4515-X

Band 4: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Findbuch zum „Archivbestand 2: Allgemeine Sachablage“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Joachim Franke u. a., 328 S., Münster 2001, 12,90 Euro, ISBN 3-8258-5543-0

Band 5: Dagmar Unverhau (Hg.): Kartenverfälschung als Folge übergroßer Geheimhaltung? Eine Annäherung an das Thema Einflußnahme der Staatssicherheit auf das Kartenwesen der DDR, 304 S., 3., durchges. Aufl., Münster 2006, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-5964-9

Band 6: Dagmar Unverhau (Hg.): Hatte „Janus“ eine Chance? Das Ende der DDR und die Sicherung einer Zukunft der Vergangenheit, 448 S., Münster 2003, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-7120-7

Band 7: Dagmar Unverhau (Hg.): State Security and Mapping in the GDR. Map Falsification as a Consequence of Excessive Secrecy? Lectures to the Conference of the BStU from 8th-9th March 2001 in Berlin, 304 S., Berlin 2006, 29,90 Euro, ISBN 3-8258-9039-2

Band 8: Dagmar Unverhau (Hg.): Vorläufiges Findbuch zur Abteilung X: „Internationale Verbindungen“ des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, bearb. von Marko Pollack und Doreen Bombitzki, 335 S., Münster 2005, 19,90 Euro, ISBN 3-8258-9018-x

Band 9: Dagmar Unverhau (Hg.): Geheimhaltung und Staatssicherheit. Zur Kartographie des Kalten Krieges, 600 S., Münster 2009, 29,90 Euro, Teilband 1: Beiträge und Anlagen, Teilband 2: Abbildungen, ISBN 978-3-643-10070-2

Band 10: Abteilung Archivbestände der BStU (Hg.): Vorläufiges Findbuch Sekretariate der Stellvertreter des Ministers Neiber, Mittig und Schwanitz im Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Bearbeitet von Elisabeth Larssen und Jana Florczak, 400 S., Münster 2008, 19,90 Euro, ISBN 978-3-8258-1106-8

Kostenlos erhältliche Behördenpublikationen

Über den BStU zu beziehen

Zweiter, Dritter, Vierter, Fünfter, Sechster, Siebenter, Achter, Neunter und Zehnter Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)

Act regarding the Records of the State Security Service of the former German Democratic Republic (Stasi Records Act)

Abkürzungsverzeichnis: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 130 S., 10., erg. und korr. Aufl., Berlin 2012

Zehn Jahre Stasi-Unterlagen-Gesetz – Zehn Jahre Aufarbeitung, 73 S., Berlin 2002

Entscheidungen gegen das Schweigen. 15 Jahre Einsicht in die Stasi-Unterlagen, Berlin 2007 (vergriffen)

Das „Europäische Netzwerk der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ – Ein Reader zu ihren gesetzlichen Grundlagen, Strukturen und Aufgaben, 88 S., Berlin, 2010 (vergriffen)

Anhang 11

Materialien des BStU für die historisch-politische Bildungsarbeit**Reihe „Quellen für die Schule“**

- BStU (Hg.): Jugendliche Inoffizielle Mitarbeiter (IM): IM „Shenja“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 4., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 1). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Flucht aus der DDR: „Versuchter Grenzdurchbruch zweier Schüler“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 4., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 2). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): „DDR – eingesperrt“: Jugendliche im Stasi-Visier am Beispiel des Operativen Vorgangs (OV) „Signal“. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 4., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 3). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): „Revisor“: Überwachung, Verfolgung und Inhaftierung eines Mannes durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. Berlin 2012 (Quellen für die Schule 4). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Schülerprotest 1961: Wie die Stasi gegen eine Abiturklasse der Erweiterten Oberschule in Anklam vorging. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 2., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 5). Abgabe kostenfrei.
- BStU (Hg.): Von der Schule verwiesen: Schülerprotest an der Berliner Carl-von-Ossietzky-Schule 1988. Auszug aus einer Akte des MfS mit Arbeitsbögen. 2., korrigierte Auflage, Berlin 2012 (Quellen für die Schule 6). Abgabe kostenfrei.

Arbeits- und Informationsmappen der Außenstellen

- Petra Saar, Marion Wagner: Stasi-Stücke. Szenische Umsetzungen von Fällen aus MfS-Akten zum Lesen und Nachspielen für Schüler. Erfurt 2004. Schutzgebühr 2,00 Euro.
- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote und Materialien für Schulen“ der Außenstelle Frankfurt (Oder) für Lehrer.

Spezielle Materialien für Lehrer mit Informationen zur MfS-Arbeitsweise, Ausstellungs- und Seminarangeboten der Außenstelle sowie Fallbeispielen mit Beispieldokumenten aus dem Raum Frankfurt (Oder). Mit Aktenauszügen und methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und Lernzielerreichung. Frankfurt (Oder) 2005. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.

- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote für Schulen“ der Außenstelle Gera für Lehrer.

Spezielle Materialien für Lehrer, Ausstellungs- und Seminarangebote der Außenstelle sowie Aktenbeispiele. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Gera 2007. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.

- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote und Materialien für Schulen“ der Außenstelle Dresden für Lehrer.

Spezielle Materialien für Lehrer mit umfangreichen Informationen zur Struktur und zur Arbeitsweise des MfS, den Seminarangeboten der Außenstelle sowie Aktenauszügen. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Dresden 2008. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.

- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Angebote und Materialien für Schulen“ der Außenstelle Erfurt für Lehrer.

Spezielle Materialien für Lehrer mit Informationen und ausgewählten Dokumenten zur MfS-Arbeitsweise, Ausstellungs- und Seminarangeboten der Außenstelle sowie Aktenauszügen. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Erfurt 2008. Die Mappe ist kostenfrei über die Außenstelle zu beziehen.

- BStU (Hg.): Arbeits- und Informationsmappe „Materialien für Lehrkräfte – Region Potsdam“.

Spezielle Materialien aus der Region Potsdam mit Informationen, Aktenauszügen und ausgewählten Dokumenten zur MfS-Arbeitsweise. Mit methodisch-didaktischen Hinweisen für die Unterrichtsgestaltung und die Lernzielerreichung. Berlin 2010. Die Mappe wird kostenfrei abgegeben.

Materialien auf CD und DVD

- BStU (Hg.): „Revisor“: Überwachung, Verfolgung, Inhaftierung durch das MfS. Ein Fallbeispiel für den Unterricht. Film-DVD mit einem original Lehrfilm des MfS und Bildungs-DVD mit didaktischen Hinweisen und einem Aktenauszug. Berlin 2007 (Ergänzung zur Quelle 4 „Revisor“). Schutzgebühr 4,00 Euro.
- BStU (Hg.): Ein Volk unter Verdacht: Die Staatssicherheit der DDR. Ein Unterrichtsfilm für Schülerinnen und Schüler aller Schultypen ab Klassenstufe 9, Länge: 40 min. Die DVD enthält zusätzlich Materialien zur Vor- und Nachbereitung des Themas im Unterricht. Berlin 2010. Schutzgebühr 5,00 Euro.

noch Anhang 11

Materialien für die Bildungsarbeit, herausgegeben vom BStU gemeinsam mit Kooperationspartnern:

Christoph Hamann, Axel Janowitz: Feindliche Jugend? Verfolgung und Disziplinierung Jugendlicher durch das Ministerium für Staatssicherheit. Unterrichtseinheiten zu ausgewählten Fällen. Im Auftrag des BStU und des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM). 3., korrigierte Auflage. Berlin 2010. Abgabe kostenfrei.

Die Materialien sind – soweit nicht anders angegeben – erhältlich über:

BStU – Abteilung Bildung und Forschung, BF 3, Sachgebiet Bildungsarbeit für Schüler, Studierende und Lehrkräfte

Postanschrift: 10106 Berlin

E-Mail: bildung@bstu.bund.de

Anhang 12

Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

Ort	Zeitraum	Besucher
Brüssel (B)	31.01. – 04.02.2011	1 022
Neumünster	10.02. – 02.03.2011	2 677
Münster	07.04. – 25.04.2011	1 095
Kaarst	11.05. – 25.05.2011	1 684
Gelnhausen	01.06. – 24.06.2011	1 437
Kassel	10.08. – 02.09.2011	1 985
Graz (A)	12.10. – 28.10.2011	1 375
Düren	10.11. – 23.11.2011	1 192
Zweibrücken	08.12. – 21.12.2011	847
Weil am Rhein	18.01. – 01.02.2012	1 643
Hofheim am Taunus	10.02. – 04.03.2012	1 024
Stockholm (S)	19.04. – 04.05.2012	1 547
Springe	31.05. – 16.06.2012	1 609
Tübingen	13.09. – 04.10.2012	1 347
Dorsten	07.11. – 01.12.2012	1 627
		22 111

Gesamtzahl aller Besucherinnen und Besucher der beiden Wanderausstellungen des BStU „Feind ist, wer anders denkt“ und „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“: 437 521 in 122 Orten

Vorträge im Begleitprogramm der Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“

- Die Akten sind offen
- Endspiel – Die Revolution von 1989 in der DDR
- Die Funkaufklärung des MfS
- „Nur Wolken ungehindert ziehen / von Ost- nach West-Berlin“
- Die Stasi hatte nicht nur Papier
- Staatssicherheit in NRW und Münster
- Die elektronischen Datenbanken der Spionageabteilung der Staatssicherheit
- Das Stasi-Unterlagen-Gesetz und der Umgang mit den Akten
- XV/4313/83 „WIELAND“ Wer verbirgt sich dahinter?
- „Diktatur aufarbeiten. Demokratie gestalten“. Deutsche Erfahrungen im Umgang mit der Vergangenheit
- Wie die Staatssicherheit der DDR die Bürger überwachte
- Die inoffiziellen Mitarbeiter – Hauptwaffe im Kampf gegen die Feinde der DDR
- Die Biermann-Ausbürgerung und ihre Folgen – Das Jahr 1977 im Blick der Stasi

Anhang 13**Regionale Ausstellungen der Außenstellen**

(in Klammern: Jahr und Ort/Orte der Präsentation)

Außenstelle Chemnitz

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011/2012: Chemnitz)

Jugendopposition in der DDR (2012: Chemnitz)

Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland (2011: Annaberg-Buchholz; 2012: Lichtenstein; 2011/2012 Chemnitz)

Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof (2011: Plauen, Werdau, Chemnitz; 2012: Markneukirchen)

Zivilcourage. 40 Jahre SED-Diktatur – 40 Jahre Bürgermut und Widerstand (2011: Plauen; 2012: Zwickau)

Alles im Griff. Die spezifischen Maßnahmen des MfS gegen Andersdenkende (2012: Salzigungen, Flöha, Bad Elster)

Bürger im Visier. Wie das MfS Bürger zu Feinden erklärte (2012: Salzigungen)

Auf Biegen und Brechen. Geschlossener Jugendwerkhof Torgau (2011: Meerane)

Ziel: Umerziehung – Geschlossener Jugendwerkhof Torgau (2012: Chemnitz-Klaffenbach)

Außenstelle Dresden

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011: Hof; 2012: Radebeul, Fellbach, Würzburg, Königsbrunn, Bad Schandau, Nossen, Meißen, Kamenz)

Doppeltes Spiel – Fußball im Visier der Staatssicherheit (2011: Dresden; 2012: Königsbrunn)

Zwischen Aufbegehren und Anpassen – Jugend in der DDR (2011: Magdeburg, Gardelegen, Potsdam, Helmstedt, Waiblingen; 2012: Radebeul, Radeberg, Königsbrunn)

Kaderschmiede Sport – Kinder- und Jugendsportschulen im Fokus der Staatssicherheit (2011: Altenberg, Dresden; 2012: Radebeul, Ebersbach, Meißen, Eichsfeld)

Gut gekauft – gern gekauft. Handel und Versorgung im Blickfeld des Staatssicherheitsdienstes (2011: Dresden)

Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition (2011: Dresden)

DemokratieVersprühen (2011: Dresden)

Herbst 1989 – Die friedliche Revolution und das Ende der Staatssicherheit (2012: Königsbrunn)

Erinnerungen wach halten! Der 17. Juni 1953 in Niesky (2012: Radebeul)

Ziel: Umerziehung – Zur Geschichte repressiver Heim-erziehung (2012: Dresden)

Außenstelle Erfurt

Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR (2012: Erfurt, Schweinfurt)

Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition (2012: Erfurt)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2012: Erfurt)

Offene Briefe. Postkontrolle (2012: Erfurt)

Der weiße Strich. Vorgeschichte und Folgen einer Kunstaktion an der Berliner Mauer (2012: Erfurt)

MfS und Schule (2012: Heppenheim, Teistungen, Klettenberg, Erfurt, Kirchhain, Neubrandenburg)

Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland (2012: Minden, Bad Münstereifel, Monschau)

Außenstelle Frankfurt (Oder)

Die Arbeit am Feind. Der Bürger im Visier der Stasi (2011: Brandenburg, Massen; 2012: Wriezen, Beeskow, Neuruppin, Schönnewalde, Nauen, Pritzwalk)

Postgeheimnis? Die Stasi und die Cottbuser Briefe (2011: Lauchhammer, Schwedt; 2012: Luckau, Magdeburg, Ludwigfelde, Neuruppin, Schönnewalde, Nauen, Pritzwalk)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011: Lauchhammer, Wittenberge, Massen; 2012: Falkenberg, Peitz, Nauen, Pritzwalk)

Eingesperrt. Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit in Frankfurt (Oder) (2012: Cottbus)

Außenstelle Gera

Fluchtschicksale – Der gefährliche Weg in den Westen (2011: Rostock, Chemnitz, Ribnitz-Damgarten, Bad Dürrenberg, Garbsen/Hannover; 2012: Magdeburg, Hof, Halle)

Leben im Überwachungsstaat (2012: Teistungen)

Überwacht und abgeschottet – Der Uranbergbau im Visier der Stasi (2011: Chemnitz, Perleberg, Freiberg; 2012: Freiberg)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011: Nürnberg; 2012: Zeulenroda-Triebes, Saalfeld, Neustadt/Orla, Altenburg, Schkölen)

Stasi – Schattenarmee einer Diktatur (2011: Gera; 2012: Gera)

Außenstelle Halle

Verdeckt und getarnt – Techniken und Methoden der geheimen Beobachtung (2011: Halle)

Viele Grüße von Andreas, wann kann der Teppich geliefert werden? Konspirative Wohnungen im ehemaligen Bezirk Halle (2011: Halle)

noch Anhang 13

Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland (2011: Halle)

Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition (2011: Halle)

DemokratieVersprühen (2011: Halle)

Ein Denkmal für Freiheit und Einheit (2012: Halle)

Wir sind ein Volk (2012: Halle)

Ermittlungen des Staatssicherheitsdienstes zu Katastrophen in Halle und Umgebung (2012: Halle)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011/2012: Halle)

Überwachung – Die Staatssicherheit im Raum Dessau-Roßlau (2012: Dessau)

Außenstelle Leipzig

Freiheit für meine Akte (2011/2012: Leipzig, Borsdorf, Bad Dübener Heide)

Konspirative Fototechnik und Operative Beobachtung (2011/2012: Leipzig)

Grenzdurchbrüche (2011/2012: Leipzig)

Angst vor Solidarność (2011/2012: Leipzig)

Grau in Grau. Die Umweltsituation im Bezirk Leipzig – die Stasi und der „Grüne Feind“ (2012: Leipzig)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011: Leipzig, Werdau)

Die Botschaftsflüchtlinge auf ihrer Fahrt von Prag nach Hof (2011: Leipzig)

Taktische Methoden und operative Legenden – Die Operative Personenmaskierung (OPM) und Beobachtungsmethoden der Stasi (2011: Leipzig)

Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR (2011: Leipzig)

Leipzig im Herbst '89 (2011: Leipzig)

Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland (2011: Leipzig)

Geschichte von jenseits des eisernen Vorhangs. Die Diktatur und Widerstand in Polen, Ungarn, Tschechien, Rumänien und der DDR 1945-1989 (2011: Leipzig)

Feuer, Wasser, Krieg und andere Katastrophen (2012: Leipzig)

Als der Südfriedhof mein Wohnzimmer war – Gruftis im Visier der Stasi (2012: Leipzig)

EXIT. Reise ohne Rückkehr? Eine Ausstellung zur Auswanderung aus der DDR (2012: Leipzig)

Ansprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag (2012: Leipzig)

Außenstelle Magdeburg

Kernkraftwerk Stendal (2011: Schwerin, Wittenberge, Osterburg)

Wir sind überall. Die Stasi im ehemaligen Bezirk Magdeburg (2012: Magdeburg)

Die Firma im Betrieb – Stasi in der Volkswirtschaft in der Region Magdeburg (2012: Magdeburg)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2012: Magdeburg)

Spiele der Macht – Sport im Focus der Magdeburger Stasi (2012: Magdeburg)

Außenstelle Neubrandenburg

Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR (2011: Waren, Malchow, Prenzlau)

Bereits Gras über der deutsch-deutschen Grenze (2011: Neubrandenburg)

Gut gekauft – gern gekauft. Handel und Versorgung im Blickfeld des Staatssicherheitsdienstes (2012: Neubrandenburg)

Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition (2012: Neubrandenburg, Demmin)

Unerkannt durch Freundesland (2011: Neubrandenburg)

Zwangs Aussiedlung (2011: Neubrandenburg)

Jugendopposition in der DDR (2012: Neubrandenburg)

Außenstelle Rostock

Workuta. Zur Geschichte eines sowjetischen Lagers (2011: Rostock)

Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland (2011: Rostock)

Gesichter der Friedlichen Revolution (2012: Rostock)

Der gefährliche Schmied. Die Auseinandersetzung zwischen Friedensbewegung und DDR-Staat (2012: Rostock)

Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR (2012: Rostock)

Das Frauengefängnis Hoheneck. 25 Porträts ehemaliger politischer Häftlinge (2012: Rostock, Ostseebad Baabe)

Der Kalte Krieg. Kurze Geschichte einer geteilten Welt (2012: Rostock)

Über die Ostsee in die Freiheit. Maritime Fluchten aus der DDR (2011: Brest)

Stasi im Ostseeraum (2012: Wedel)

noch Anhang 13

Außenstelle Schwerin

Licht aus am Demmlerplatz – Jugend in der DDR und MfS (2011: Crivitz; 2012: Ludwigslust)

Grenzgebiet – Ereignisse an der innerdeutschen Grenze zwischen Rehna und Cumlosen, an Elbe und Schaalsee (2011: Zarrentin, Wittenberge, Bremerhaven; 2012: Schlagsdorf)

Stasi Ohn(e)Macht – Die Auflösung der DDR-Geheimpolizei (2011: Alt Jabel, Zarrentin, Görslow; 2012: Görslow, Ludwigslust)

Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland (2011: Görslow)

Grenzinschriften – Texte über Fluchten und Vertreibungen, Wiederfinden und Neuanfänge an der innerdeutschen Grenze (2011: Görslow)

Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR (2011: Görslow, 2012: Ludwigslust, Alt Jabel)

Freiheit und Zensur. Filmschaffen in der DDR zwischen Anpassung und Opposition (2012: Görslow, Hitzacker (Elbe))

20 Jahre Aufbruch 1989 – Tage der Erinnerung im Schweriner Dom (2011: Görslow; 2012: Schwerin, Görslow)

Gesichter der Friedlichen Revolution – Fotografien von Dirk Vogel (2012: Görslow)

Mutige Frauen. Widerständiges Verhalten in Zeiten von Diktaturen (2012: Görslow)

Jugendopposition in der DDR (2012: Görslow, Crivitz)

Außenstelle Suhl

Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Suhl (2011: Suhl; 2012: Meiningen, Suhl)

Anhang 14**Das Bildungszentrum Berlin, die Informations- und Dokumentationszentren des BStU sowie Gedenkstätten****Stasi-Museum**

Ruschestraße 103, „Haus 1“
10365 Berlin

Gemeinsam betrieben vom BStU und ASTAK e. V.

geöffnet Montag bis Freitag von 11:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag, Sonntag und Feiertage von 14:00 bis 18:00 Uhr
Eintritt 5 Euro, ermäßigt 4 Euro, Schüler 3 Euro

Telefon	030 553-6854
Telefax	030 553-6853
E-Mail	info@stasimuseum.de
Internet	www.stasimuseum.de

Bildungszentrum Berlin

Zimmerstraße 90 (am ehemaligen Checkpoint Charlie)
10117 Berlin

geöffnet Montag bis Sonntag von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon	030 2324-7951
Telefax	030 2324-7959
E-Mail	infozentrum@bstu.de

Informations- und Dokumentationszentrum Dresden

Riesaer Straße 7, Seiteneingang C
01129 Dresden

geöffnet Montag bis Donnerstag von 8:00 bis 17:00 Uhr,
Freitag von 8:00 bis 14:00 Uhr, Samstag nach Vereinbarung

Telefon	0351 2508-0
Telefax	0351 2508-3419
E-Mail	astdresden@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Erfurt

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt

geöffnet täglich von 9:00 bis 18:00 Uhr

Telefon	0361 5519-4711
Telefax	0361 5519-4719
E-Mail	asterfurt@bstu.bund.de

Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder)

Collegienstraße 10
15230 Frankfurt (Oder)

geöffnet Dienstag und Donnerstag von 10:00 bis 17:00 Uhr,
Mittwoch und Freitag für Besuchergruppen nach Voranmeldung

Telefon	0335 6802712 0335 6068-2411 (BStU) 0335 401560 (Museum Viadrina)
Telefax	0335 6068-2419 (BStU)
E-Mail	astfrankfurt@bstu.bund.de verwaltung@museum-viadrina.de

Informations- und Dokumentationszentrum Frankfurt (Oder)

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt (Oder)

geöffnet täglich von 9:00 bis 17:00 Uhr

Telefon	0335 6068-2510
Telefax	0335 6068-2419
E-Mail	astfrankfurt@bstu.bund.de

Informations- und Dokumentationszentrum Halle

Blücherstraße 2
06122 Halle (Saale)

geöffnet Montag, Mittwoch und Donnerstag von 8:00 bis 17:00 Uhr,
Dienstag von 8:00 bis 18:00 Uhr, Freitag von 8:00 bis 14:00 Uhr

Telefon	0345 6141-2711
Telefax	0345 6141-2719
E-Mail	asthalle@bstu.bund.de

Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Rostock

Hermannstraße 34 b (Zugang über Augustenstraße/Grüner Weg)
18055 Rostock

geöffnet (März – Oktober) Dienstag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr,
Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhr

geöffnet (November – Februar) Dienstag bis Freitag von 9:00 bis 17:00 Uhr,
Samstag von 10:00 bis 17:00 Uhr

An Sonn- und Feiertagen geschlossen. Öffentliche Führungen (auch in englischer Sprache) Mittwoch und Samstag 14:00 Uhr

Telefon	0381 498-5651/52
Fax	0381 498-5650
E-Mail	dug-rostock@bstu.de

Informationspunkt und Bürgerberatung Potsdam

in der Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert

Lindenstraße 54
14467 Potsdam

geöffnet (Informationspunkt) Dienstag bis Sonntag von 10:00 bis 18:00 Uhr

noch Anhang 14

geöffnet (Bürgerberatung) jeden 2. und 4. Dienstag im
Monat von 10:00 bis 18:00 Uhr

Telefon 0331 2011420
Telefax 0331 2011063

Bis auf das Stasi-Museum in Berlin ist der Besuch aller genannten Einrichtungen des BStU kostenfrei. Für Gruppenführungen werden Voranmeldungen erbeten.

Anhang 15

Sonderausstellungen im Bildungszentrum Berlin

5. Oktober 2010 bis 19. Februar 2011

Künstler in Gefangenschaft – Gefangene, die zu Künstlern wurden

Die Kunst in der DDR sollte auf Geheiß der SED Teil der „sozialistischen Nationalkultur“ sein. Eine Mischung aus Versorgung, Privilegien, Gängelung und Kontrolle sorgte dafür, dass viele Künstler sich anpassten oder sich wenigstens politisch unauffällig verhielten. Solch Wohlverhalten vorausgesetzt, hatten ausgebildete Künstler in der DDR ein gesichertes Einkommen. Diejenigen jedoch, die sich nicht anpassen wollten, wurden aus dem staatlich gelenkten Kunstbetrieb ausgeschlossen. Ihnen wurde das Arbeiten erschwert oder sogar unmöglich gemacht, sie wurden überwacht und kriminalisiert. Die Ausstellung dokumentierte einige dieser Schicksale und zeigte ausgewählte Kunstwerke. Die Idee zur Ausstellung ist dem Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. und der Kuratorin Anna Schädlich zu verdanken. Zur Ausstellung erschien ein Katalog.

3. März 2011 bis 30. Juni 2011

Prag durch das Objektiv der Geheimpolizei

Die tschechoslowakische Staatssicherheit StB observierte bis 1989 als „feindlich“ eingestufte Bürgerrechtler, Unterzeichner der Charta 77 oder Kirchenvertreter. Auch Ausländer gerieten in das Visier der Geheimpolizei, viele wurden gleich am Flughafen oder am Bahnhof von Polizeispitzeln erwartet. In den mitunter leicht verwackelten und aus ungewöhnlichen Blickwinkeln aufgenommenen Fotos sind die Bespitzelten in ihrem Alltag zu sehen – auf der Straße, beim Einkaufen oder zusammen mit Freunden. Die Observierungsfotos sind nicht nur Zeugnis der Überwachung, sondern dokumentieren ungeschönt auch die Atmosphäre im Prag der 70er- und 80er-Jahre. Eine Ausstellung des Instituts für das Studium totalitärer Regime und des Archivs der Staatsorgane, Prag. Zur Ausstellung erschien ein Katalog.

Die Ausstellung wurde ergänzt durch ein Modul, das vom BStU erstellt wurde: „Maßnahme F“. Fotografie als Methode der Staatssicherheit.

3. März 2011 bis 30. Juni 2011

„Maßnahme F“. Fotografie als Methode der DDR-Staatssicherheit

Im Kampf gegen den „Feind“ und gegen „kriminelle Machenschaften“ war dem DDR-Staatssicherheitsdienst jedes Mittel recht, beispielsweise Arbeitsplatzdurchsuchungen, Telefon- und Raumüberwachungen, die Beobachtung mit Videotechnik oder der Einsatz inoffizieller Mitarbeiter (IM). Als „Maßnahme F“ bezeichnete das MfS den Einsatz von Fototechnik, wobei es sowohl offen als auch verdeckt vorging. Das Persönlichkeitsrecht und die Privat-

sphäre der Bürger wurden systematisch verletzt. Die Ausstellung wurde vom BStU erstellt.

7. Juli 2011 bis 17. September 2011

Der Weg zur Freiheit. DDR-Bürger in Prag 1989. Fotografien von Blanka Lamrová

Die Schwarzweißaufnahmen der tschechischen Fotografin Blanka Lamrová (geb. 1949) zeigen die Situation der DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag im September 1989. Die Bilder schildern die schwierigen Umstände und die dramatische Lage der DDR-Bürger in der völlig überfüllten Botschaft. Auf ihrem täglichen Weg zur Arbeit beobachtete Blanka Lamrová seit dem frühen Sommer 1989 das Geschehen um das Lobkowitz-Palais, den Sitz der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag. Mitte August entstanden dann ihre ersten Aufnahmen, aus großem Abstand und heimlich gemacht, da die deutsche Botschaft unter strenger Beobachtung von Polizei und Geheimdienst stand. Es war kein professionelles Interesse, sondern die persönliche Anteilnahme an dem Schicksal der Menschen, die die Fotografin zu den ersten Aufnahmen bewegte. Erst nach weiteren zwei Wochen traute sie sich, die Situation direkt vor der Botschaft zu fotografieren. Das Grußwort zur Ausstellung des Tschechischen Zentrums Berlin hielt Dr. Rudolf Jindrák, Botschafter der Tschechischen Republik in der Bundesrepublik Deutschland.

Seit dem 6. August 2011

Täuschen und Vertuschen. Die Stasi und die Mauertoten

Die DDR-Staatssicherheit verschleierte die Todesfälle an der Berliner Mauer so weit wie möglich. Sterbeurkunden wurden gefälscht, Fehlinformationen verbreitet, mancher Leichnam verschwand oder wurde namenlos bestattet. Die Leidtragenden waren vor allem die Angehörigen der Maueropfer. Die Ungewissheit über die Todesumstände warf einen langen Schatten auf ihr Leben. Die Ausstellung zeigt unter anderem auch persönliche Gegenstände der Mauertoten, die die Staatssicherheit einbehält. Die Ausstellung des BStU entstand anlässlich des 50. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer.

27. September 2011 bis 18. Dezember 2011

Blick nach „drüben“. Installation der Künstlerin Andrea Thema

Die deutsch-deutsche Grenze am Rande ihrer fränkischen Heimat, die mit Stacheldraht, Zaun und Minen die Menschen voneinander trennte, bewegt Andrea Thema bis heute. In Objekten und Installationen nähert sie sich mit ungewöhnlichen Materialien dem Sujet an: eine harte Grenze, immer an der gleichen Stelle und doch mit feinem Spiel in den Farben und Strukturen. „Es ist mein Blick nach drüben“, sagt Andrea Thema. Zur Eröffnung der Ausstellung hielt Dr. h. c. Susanne Kastner, Vizepräsidentin

noch Anhang 15

tin des Deutschen Bundestages a. D. und Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, die Laudatio.

17. November 2011 bis 31. Januar 2012

Der weiße Strich. Vorgeschichte und Folgen einer Kunstaktion an der Berliner Mauer

Ein endlos langer weißer Strich auf der Vorderlandmauer Richtung West-Berlin erzürnte die Machthaber in Ost-Berlin. Die Ausstellung dokumentiert erstmalig die spektakuläre Geschichte einer Kunstaktion an der Berliner Mauer im Jahr 1986, die für einen der Beteiligten auf tragische Weise in der Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II endete. Fotografien, Dokumente, Fernsehberichte und Interviews erzählen von der Vorgeschichte der Kunstaktion und deren Folgen. Zur Eröffnung der Wanderausstellung in Berlin sprachen der Bundesbeauftragte Roland Jahn und Dr. Axel Klausmeier, Direktor der Stiftung Berliner Mauer. Die Ausstellung ist ein Kooperationsprojekt der Gedenkstätte Bautzen, der Gedenkstätte Berliner Mauer und der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

16. Februar 2012 bis 23. März 2012

Grüße aus der DDR oder Der Alltag in einem verschwundenen Staat. Fotografien von Siegfried Wittenburg

Wie erlebten die Menschen den Alltag in der SED-Diktatur? Die Fotoausstellung von Siegfried Wittenburg vermittelt eine Vorstellung davon, mit welchen ganz alltäglichen Umständen die Menschen zurechtkommen mussten. Mit fotografischem Gespür für subtile Situationen lichtete er den Alltag ab – und forderte damit die Staatssicherheit heraus. Das Ausstellungsprojekt von Siegfried Wittenburg wurde 2007 von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

3. April 2012 bis 1. Juni 2012

„Das hat's bei uns nicht gegeben!“ Antisemitismus in der DDR

Bis heute hält sich der Mythos, in der DDR hätte es keinen Antisemitismus gegeben. Obwohl auch der Osten Deutschlands einst Teil des nationalsozialistischen Täterlandes war, erklärte die DDR ihre Bevölkerung zu einem Volk von Antifaschisten. Zudem fanden in den Familien und Gemeinden kaum Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit statt. So blieb der Bodensatz des Antisemitismus unangetastet.

In acht ostdeutschen Städten haben Jugendliche mit der Unterstützung von Historikern und Pädagogen Fragen gestellt und Fakten recherchiert: Was wurde in der Regionalzeitung über Israel geschrieben? Wo befindet sich der jüdische Friedhof und wo sind nach 1950 seine Grabsteine geblieben? Und wie wurde öffentlich an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert? Ihre Ergebnisse wur-

den in dieser Ausstellung präsentiert. Die Ausstellung wurde gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Freudenberg Stiftung.

7. Juni 2012 bis 31. August 2012

Fußball für die Stasi. Der Berliner Fußball-Club Dynamo

Der Berliner Fußball-Club Dynamo – kurz BFC Dynamo – war einer der erfolgreichsten Fußballvereine der DDR-Oberliga. Zehnmal in Folge war er von 1979 bis 1988 Fußballmeister der DDR. Trotz dieser Erfolge war der BFC in der DDR nicht sehr beliebt. Als Teil der Sportvereinigung Dynamo, die unter der Ägide des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke stand, galt der Verein als Stasi-Club. Die Ausstellung dokumentiert die ideologische Funktion des BFC. Sie zeichnet den Einfluss der Staatssicherheit auf den Verein nach und macht sichtbar, wie der BFC und seine Fans überwacht und kontrolliert wurden. Hörstationen mit Zeitzeugeninterviews boten eine lebendige Rückschau. Die Ausstellung wurde vom BStU erstellt. Zur Ausstellung erschien ein Katalog.

6. September 2012 bis 2. November 2012

Die Gedanken sind frei. Bilder von Uwe Fehrmann

1984 floh der Künstler Uwe Fehrmann in die streng bewachte Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag, weil er die geistige Enge in der DDR nicht mehr ertrug. Nach Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin erhielt Fehrmann eine Zusicherung auf Ausreise, war allerdings gezwungen, zunächst in die DDR zurückzukehren. 1985 konnte er schließlich in die Bundesrepublik ausreisen. In seinem Bilderzyklus „Die Gedanken sind frei“ setzt sich Fehrmann vor dem Hintergrund seiner Ergebnisse mit der jüngsten deutschen Geschichte auseinander. Er thematisiert Überwachung und Unterdrückung in der DDR, aber auch die Überwindung der Unfreiheit sowie den Umgang mit der Vergangenheit.

9. November 2012 bis 16. März 2013

Berliner Mauer: Fotos verboten. Die heimlichen Aufnahmen von Detlef Matthes in Ost-Berlin

Die Berliner Mauer war für ihn das Ende seiner Lebenswelt, sie machte den Westen unerreichbar: Immer wieder fotografierte Detlef Matthes heimlich die Grenze. 1987 entdeckte die Stasi die Fotos und hielt Matthes mehrere Wochen im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen fest. Matthes konnte später in den Westen ausreisen. Erstmals wurden die Fotos von Detlef Matthes der Öffentlichkeit in einer Ausstellung zugänglich gemacht. Die Aufnahmen vermitteln die Atmosphäre der Stadt Berlin auf der Ostseite der Mauer, und sie erzählen etwas über die Sehnsucht eines Jugendlichen nach Freiheit. Zur Ausstellung erschien ein Katalog.

Anhang 16**Abkürzungsverzeichnis****A**

ABTL	Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára – Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste (Ungarns)
AG	Aktiengesellschaft
AMAG	Aktenausgabe Magazin (IT-Verfahren beim BStU)
AR	Abteilung Archivbestände beim BStU
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARTE	Association Relative à la Télévision Européenne; Fernsehsender in deutsch-französischer Kooperation
ASTAK	Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.
AU	Abteilung Verwendung von Unterlagen beim BStU

B

BArchG	Bundesarchivgesetz
BASYS 2	Archivverwaltungssystem (IT-System) des Bundesarchivs
BBC	British Broadcasting Corporation; britischer Radio- und Fernsehsender
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BEM	Betriebliches Eingliederungsmanagement
BF	Abteilung Bildung und Forschung beim BStU
BfDI	Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BKM	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
BR	Bundesrat
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung (des MfS)

C

CD	Compact Disk (Speicher für digitale Daten)
CD-ROM	Compact Disc Read-Only Memory (Speicher für digitale Daten)
CDU/CSU	gemeinsame Fraktion der Parteien Christlich Demokratische Union Deutschlands und Christlich-Soziale Union in Bayern e. V. im Deutschen Bundestag
CNSAS	Consiliul Național pentru Studierea Arhivelor Securității – Nationaler Rat für das Studium der Archive der Securitate (Rumänien)
COMDOS	Kommission zur Deklassifizierung der Dokumente und Offenlegung der Beziehungen bulgarischer Bürger zum früheren Staatssicherheits- und Nachrichtendienst der Bulgarischen Volksarmee; auch: Kostadinov-Kommission (Republik Bulgarien)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik (1948 – 1993)

D

DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949 – 1990)
DOSA	Dokumentensammlung

noch Anhang 16

DOSB	Deutscher Olympischer Sportbund
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DuG	Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock
DVD	Digital Versatile Disk (digitales Speichermedium)

E

eArchiv	elektronisches Archiv (IT-Verfahren des BStU)
EDV	elektronische Datenverarbeitung
EPR	Elektronisches Personenregister (IT-Verfahren des BStU)
EU	Europäische Union
e. V.	eingetragener Verein

F

F ...	Formblatt (des MfS), z. B. bei Karteien
F 16	Zentrale Personenkartei/Klarnamenkartei (des MfS)
F 22	Vorgangskartei (des MfS)
F 77	Decknamenkartei (des MfS)
F 78	Straßenkartei (des MfS)
F. C.	Fußball-Club
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (Dachverband der Einzelgewerkschaften in der DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend (Jugendverband der DDR)
FDP	Freie Demokratische Partei

G

GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GSB	Government Site Builder (zentrale Content Management Lösung für die Webangebote der Bundesverwaltung)
GSSD	Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland

H

HA	Hauptabteilung (MfS)
HHG	Häftlingshilfegesetz
HHO	Datenbank HV A/HIM/OibE (IT-Verfahren der BStU)
HIM	hauptamtlicher inoffizieller Mitarbeiter (MfS)
HM/WR	Datenbank hauptamtliche Mitarbeiter/Mitarbeiter Wachregiment (IT-Verfahren der BStU)

I

ICA	Internationaler Archivrat
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz)
IfZ	Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
IM	inoffizieller Mitarbeiter (MfS)

noch Anhang 16

IPK	Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik
IPN	Instytut Pamięci Narodowej – Institut des Nationalen Gedenkens (Republik Polen)
IT	Informationstechnik
K	
K 1	Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei
KD	Kreisdienststelle (MfS)
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti – Komitee für Staatssicherheit (Geheimdienst der ehemaligen Sowjetunion, 1954 – 1991)
KKW	Kernkraftwerk
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
kw-Vermerk	Haushaltsvermerk im Stellenplan, der vorsieht, dass Planstellen oder andere Stellen künftig wegfallen (Stellen mit kw-Vermerk können nicht nachbesetzt werden)
KZ	Konzentrationslager
L	
LAKD	Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
lfd. M.	laufende(r) Meter
M	
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdI	Ministerium des Innern (DDR)
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (DDR)
N	
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NGO	Nichtregierungsorganisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (1920 – 1945)
O	
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (MfS)
OPK	Operative Personenkontrolle (MfS)
OV	Operativer Vorgang (MfS)
P	
PDF	Portable Document Format; plattformübergreifendes Dateiformat für Dokumente
R	
RAF	Rote Armee Fraktion
rbb	Rundfunk Berlin-Brandenburg

noch Anhang 16

S

SAE	Sachaktenschließung (IT-Verfahren des BStU)
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SCNR	Study Centre for National Reconciliation – Studienzentrum für nationale Aussöhnung (Slowenien)
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (DDR)
SIRA	System der Informationsrecherche der HV A (Datenbank der HV A)
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP)
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)

T

TU	Technische Universität
----	------------------------

U

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization – Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation
UNO	United Nations Organization (deutsch: Organisation der Vereinten Nationen)
UOKG	Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft
ÚPN	Ústav pamäti národa – Institut des Nationalen Gedenkens (Slowakische Republik)
ÚSTR	Ústav pro Studium Totalitních Režimů – Institut für das Studium totalitärer Regime (Tschechische Republik)

V

VEB	Volkseigener Betrieb (DDR)
VEG	Volkseigenes Gut (DDR)
VS	Verschlusssache

W

WBG	Wissenschaftliches Beratungsgremium des BStU
WDR	Westdeutscher Rundfunk

Z

ZER	Zentrales Einwohnerregister (DDR)
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang (MfS)
ZZF	Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Erläuterungen zu den im Text genannten Dienstseinheiten des MfS

Abt.	Abteilung
Abt. II	Spionageabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA II)
Abt. III	Funkaufklärung, Funkabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA III)
Abt. VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel, Zollabwehr (in den BV; entspricht im MfS: HA VI)
Abt. VII	Inneres/Deutsche Volkspolizei (in den BV; entspricht im MfS: HA VII)
Abt. VIII	Beobachtung, Ermittlung (in den BV; entspricht im MfS: HA VIII)
Abt. XII	Zentrale Auskunft/Speicher (im MfS) bzw. Auskunft/Speicher (in den BV)
Abt. XIV	Untersuchungshaft, Strafvollzug (in den BV und im MfS)
Abt. XV	Aufklärung (in den BV; entspricht im MfS: HV A)
Abt. XX	Staat, Kirche, Sport, Kultur, Opposition (in den BV; entspricht im MfS: HA XX)
Abt. 26	Telefonüberwachung (in den BV und im MfS)
Abt. OT	Operative Technik
Abt. M	Postkontrolle (in den BV und im MfS)
Abt. N	Nachrichten
AG XVII	Besucherbüro Westberlin
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe (in den BV und im MfS)
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe (DDR)
HA	Hauptabteilung
HA I	Abwehrarbeit in der Nationalen Volksarmee und den Grenztruppen
HA II	Spionageabwehr
HA III	Funkaufklärung, Funkabwehr
HA VI	Passkontrolle, Tourismus, Interhotel
HA VII	Abwehr im Ministerium des Innern/Deutsche Volkspolizei
HA VIII	Beobachtung, Ermittlung
HA IX	Untersuchungsorgan
HA IX/11	Aufklärung von Nazi- und Kriegsverbrechen
HA XVIII	Sicherung der Volkswirtschaft
HA XIX	Verkehr, Post- und Nachrichtenwesen
HA XX	Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund
HA XXII	Terrorabwehr
HA KuSch	Hauptabteilung Kader und Schulung
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung
WSE	Wach- und Sicherheitseinheit
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe

